



Herausgegeben  
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von  
Johannes Rau  
Heinz O. Vetter  
Hans-Jochen Vogel  
Herbert Wehner

# Die Neue Gesellschaft 5

1983  
30. Jahrgang

**Redaktion:**  
Peter Glotz (Chefredakteur)  
Rainer Diehl  
Hans Schumacher (verantwortlich)  
Anschrift der Redaktion:  
Godesberger Allee 143  
5300 Bonn 2  
Telefon 37 80 21-25  
Telex: 8 85 479 a fest d

**Verlag Neue Gesellschaft**  
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2  
Postfach 20 01 89  
Telefon (02 28) 37 80 21-25  
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

**Redaktionsbeirat:**  
Helmut Schmidt (Vorsitzender)  
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)  
Iring Fetscher  
Martin Greiffenhagen  
Reimut Jochimsen  
Richard Löwenthal  
Susanne Miller  
Peter von Oertzen

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug  
durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder  
durch den Verlag.  
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM  
zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage  
vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.  
Anzeigenpreisliste Nr. 12

## Zum Inhalt

An der Weisheit höherer Parteigremien kommen einem mitunter sogar dann Zweifel, wenn deren Beschlüsse an sich recht vernünftig erscheinen. So jedenfalls verhielt es sich auf dem Münchener Parteitag 1982 mit dem einstimmig beschlossenen Antrag 791 eines fränkischen Ortsvereins, in welchem die Veröffentlichung der Abschlußresolution des 15. Nachkriegskongresses der Sozialistischen Internationale (SI) in Madrid gefordert wurde. Dabei stand der deutsche Text schon über ein Jahr zuvor in der – selbst in Bayern weit verbreiteten – *Neuen Gesellschaft* (NG 2/81, S. 148–155) zu lesen.

Auch diesmal wollen wir unsere Leser möglichst frühzeitig über die Ergebnisse des SI-Kongresses im portugiesischen Albufeira vom 7. bis 10. April 1983 unterrichten, und zwar noch ausführlicher als bisher: mit der Eröffnungsrede des SI-Präsidenten Willy Brandt, mit dem letzten Brief des ermordeten PLO-Abgesandten Isam Sartawi, der als Gast an dem Kongreß teilgenommen hatte, sowie mit sämtlichen Beschlüssen und Resolutionen. Außerdem hat Karl-Ludolf Hübener den SI-Kongreß sachkundig kommentiert.

Die Sozialistische Internationale hat in den letzten Jahren einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß durchlaufen. Sie ist aus ihrem eigenen (westeuropäischen) Schatten herausgetreten und zu einem bedeutsamen politischen und moralischen Faktor in der Welt und in den internationalen Beziehungen geworden. Lange Zeit hindurch war sie organisatorisch wie politisch betont eurozentristisch ausgerichtet; die Mitgliedsparteien aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt schienen eher folkloristisches Beiwerk zu sein, während einige große mittel- und nordeuropäische Parteien alle übrigen dominierten.

Daß dies mittlerweile gründlich anders geworden ist, hat der Kongreß von Albufeira aufs neue bewiesen. Der Schwerpunkt des Interesses und der Aktivitäten der SI hat sich nicht einfach, wie man auf den ersten Blick vielleicht vermuten könnte, auf die außereuropäischen Länder verlagert, also gewissermaßen ins andere Extrem. Vielmehr spiegelt sich in allen Dokumenten der SI die Einsicht wider, daß kein einziges politisches, wirtschaftliches und soziales Problem isoliert von den Problemen in anderen Regionen der Welt betrachtet und gelöst werden

kann. Die eigentlich recht banale Erkenntnis, daß die Welt, in der wir leben, wirtschaftlich, politisch und sozial eine untrennbare Einheit bildet, stand am Anfang und am Ende eines Prozesses intensiven Nachdenkens, der durch den Einbruch der Weltwirtschaftskrise ausgelöst wurde. Mit frappierender Ehrlichkeit gesteht sich die SI in ihrem Manifest von Albufeira ein, daß die Sozialisten mit ihrer herkömmlichen Weisheit nicht mehr weiterkamen. Nicht bloß eine bestimmte Politik, eine ganze Konzeption sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Politik war an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen und ins Wanken geraten.

Das Manifest von Albufeira will und soll kein neues Patentrezept liefern. Aber es umreißt die allgemeine Zielrichtung, in der Wege zur Überwindung der Krise der kapitalistischen Weltökonomie, von der ja auch die kommunistischen Länder in starkem Maße erfaßt worden sind, beschritten werden müssen. Ohne Eingriffe in die Grundstrukturen der Weltwirtschaftsordnung aber – und das heißt nicht zuletzt auch: ohne Eingriffe in die Privilegien der Besitzenden – kann dies freilich nicht abgehen. Die reichen, fortgeschrittenen Industrieländer, die sich auf Kosten der Menschen in der Dritten und Vierten Welt zu sanieren trachten, handeln nicht mehr nur langfristig, sondern bereits kurzfristig gegen ihre eigenen, elementaren Interessen. Schon der Zusammenbruch eines Schwellenlandes kann das ganz Gebäude der Weltwirtschaft zum Einsturz bringen.

Daneben droht das Wettrüsten zwischen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion die Erde in den Abgrund eines neuen Weltkrieges zu stürzen, von dem wir nur wissen, daß er grausamer und verheerender sein würde als alle bisherigen Kriege in der Geschichte der Menschheit zusammengenommen. Die SI hat erneut realistisch gangbare Wege zur Beendigung des Wettrüstens und zur Einleitung eines allgemeinen ausgewogenen Abrüstens gewiesen. Aber noch verhindern dogmatische Starrsinnigkeit und ideologische Borniertheit auf beiden Seiten, daß diese Wege auch beschritten werden. Die einleitenden Beiträge zur Friedens- und Abrüstungspolitik unterstreichen dies noch einmal besonders eindringlich.



# **INHALTS VERZEICHNIS**

<b>Seite</b>	<b>Autor</b>	<b>Titel</b>
396	Hermann Scheer	Verhandlungsdogmatismus überwinden
399	Oswald Hirschfeld	Ideologie verdeckt die Augen – Zum Stand der Genfer Raketenverhandlungen
405	Ulrich Simon	Sicherheitspartnerschaft mit den Sowjets?
409	Volker Krönig	Rechtliche Orientierung deutscher Friedenspolitik
		Kongreß der Sozialistischen Internationale in Albufeira
414	Karl-Ludolf Hübener	SI in Albufeira
418	Willy Brandt	Internationalismus ist heute wichtiger denn je
428	Isam A. Sartawi†	Für einen gerechten und ehrenhaften Frieden
429		Manifest von Albufeira
441		Entschliebung zu Sicherheits- und Abrüstungsfragen
442		Fortschreibung des Abrüstungsberichts der SI von 1980 – Die Sozialistische Internationale und die Abrüstung
448		Resolution über Lateinamerika und die Karibik
448		Entschliebung zum Nahen Osten
448	Heinz Timmermann	Die genetischen Mutationen der KPI
456	Wolfgang Merkel	Bettino Craxi – Taktiker oder Stratege?
459	Detlev Albers	Der 6. März 1983, seine Ursachen und Folgen
463	Jürgen Kocka	Hochschulstudium wofür?
468	Reinhold Schattenfroh	Ziele und Aufgaben eines Kulturforums der SPD
472	Hans-Peter Jäger	Literatur und Politik
477	Theodor Weißenborn	Außenseiter – eine Kategorie der Verdrängung
		Berichte aus europäischen Ländern
481	Frankreich	Schocktherapie
483	Griechenland	Neue Hoffnung
484	Großbritannien	Regierung in der Defensive
486	Irland	Wirtschaftspolitik oder Buchhalterei?
487		Kritik



## ENTSPANNUNG/ ABRÜSTUNG

### Hermann Scheer: Verhandlungsdogmatismus überwinden

*Dr. Hermann Scheer, Jahrgang 1944, ist seit 1980 Bundestagsabgeordneter. Veröffentlichungen u. a. „Die Gegenreform“ (1975) und „Parteien kontra Bürger. Die Zukunft der Parteilendemokratie“ (1979); s. a. NG 2, 3 und 7/77, 6 und 8/78, 9/79, 2 und 5/81 und 9/82).*

Für viele ist der NATO-Doppelbeschluß zu einem Fetisch geworden. Er wird in einer Weise isoliert von den sich verändernden internationalen Konstellationen betrachtet, wie es ansonsten nicht einmal bei einer internationalen Charta geschieht. Der NATO-Doppelbeschluß wird formalisiert und auf vielleicht verhängnisvolle Weise entpolitisiert – fast so, als habe der Beschluß ein durch nichts mehr aufzuhaltenes Eigenleben, als ginge es nicht mehr in erster Linie um das aktuelle politische Handeln der verantwortlichen westlichen Regierungen. Für dieses sollte der Doppelbeschluß ein Instrument europäischer Rüstungskontrollpolitik sein, nicht weniger und auch nicht mehr. Ohne die Zielsetzung und die Konzeption einer Politik der Rüstungskontrolle wird der NATO-Doppelbeschluß seiner ursprünglichen Funktion entkleidet und verkommt zwangsläufig zu einem Nachrüstungsbeschluß, der eine Fülle politischer Risiken und Gefahren in sich birgt. Unverkennbar unterliegt der NATO-Doppelbeschluß gegenwärtig einem solchen Funktionswandel, der bei der amerikanischen Administration bereits 1980 einsetzte und der seit dem Oktober 1982 auch von der deutschen Regierungspolitik mitvollzogen wird. Hundertfünfzigprozentige verfolgen mit Argusaugen vermeintliche Abweichler und achten schon die Erörterung von Kompromißlösungen als Aufweichung des westlichen Standpunkts oder gar als Abkehr von der NATO.

Seit dem Dezember 1979 war immer ein Anschubsen notwendig, um erst Verhandlungen zuwege und nun Verhandlungspositionen in Bewegung zu brin-

gen. Mehr als drei Jahre nach dem Beschluß vom Dezember 1979 vergessen die hauptbeteiligten westlichen Regierungen offenbar zunehmend, welche vorrangige Funktion dieser Beschluß haben sollte und welche Konzeption dahinter steht; seit Helmut Schmidt im Regierungskonzert fehlt, weiß es vielleicht keiner mehr so genau. Die konzeptionelle Unsicherheit wird hinter Kompromißlosigkeit versteckt. So ist der amerikanische Verhandlungsansatz so global angelegt, daß er die europäischen Komponenten nicht mehr gesondert genug sieht, die ja der auslösende Grund für die Notwendigkeit einer euro-strategischen Rüstungskontrolle waren. Solange die Vereinigten Staaten ihren Ansatz nicht ändern, muß es in fast jeder Einzelfrage der Verhandlungen unvereinbare Standpunkte und damit einen Verhandlungsmißerfolg geben.

Trotz der schon häufig geführten Debatte über die Grundlagen des NATO-Doppelbeschlusses muß an die zentralen politischen Voraussetzungen erinnert werden, auf die bei der früheren Bundesregierung 1979 die Beschlußlage gründete. Die eine Voraussetzung war die Einordnung des Doppelbeschlusses in das Konzept der Entspannungspolitik, die 1979 noch nicht in Frage stand. Ohne Ost-West-Entspannung schwinden die Chancen erfolgreicher Ost-West-Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung rapide. In politischen Spannungszeiten bliebe von einem Doppelbeschluß nur der Nachrüstungssteil übrig, so daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß ein solcher Beschluß inmitten einer Spannungsperiode überhaupt gefüllt worden wäre. Im Beschlußjahr 1979 war gerade in Wien der SALT II-Vertrag zwischen Carter und Brezhnev unterzeichnet worden, und im gemeinsamen Kommuniqué hatten sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion einen umfangreichen Katalog an neuen Initiativen in der Abrüstung und Rüstungskontrolle vorgenommen. Die Fortsetzung des Entspannungsprozesses stand bei keiner der Großmächte in Frage. Carter hatte 1978 den Bau der Neutronenwaffe gestoppt. Es ging darum, den SALT II-Ratifizierungsprozeß im amerikanischen Senat zu fördern und die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Mittelstreckenraketenfrage zu bewegen und die Vereinigten Staaten auf die besondere Notwendigkeit euronuklearer Rüstungskontrolle zu verpflichten. Die Sowjetunion war noch nicht in Afghanistan einmarschiert.

Die zweite Voraussetzung war, mit Hilfe des militärischen Teils Rüstungskontrollverhandlungen über Nuklearwaffen in Europa zwingend herbeizuführen. Es war übrigens nicht nur die Sowjetunion, die eine

destabilisierende Modernisierung ihrer Mittelstreckenraketen und anderer Nuklearwaffen geringerer Reichweite durchführte, auch die Vereinigten Staaten arbeiten an Modernisierungsprogrammen. Ein gedanklicher Vorläufer des NATO-Doppelbeschlusses war deshalb der Vorschlag Helmut Schmidts im Jahr 1978, den Verzicht auf die westliche Neutronenwaffen-Option als Gegenleistung für den Verzicht der Sowjetunion auf weitere Modernisierung ihrer Mittelstreckenraketen im Zuge von Verhandlungen in einem Zeitraum von zwei Jahren anzubieten. Auch die Forderung, die sowjetischen Mittelstreckenraketen bei SALT II mitzuverhandeln, ist nicht beachtet worden. Beides zeigte, daß dabei die künstliche Trennung von strategischen, eurostrategischen und sogar taktischen Nuklearwaffen keine Rolle spielte, von der die schematisierte Debatte gegenwärtig geprägt wird. Diese Voraussetzungen sind gleichzeitig kennzeichnend für die sozialdemokratische Lesart des Doppelbeschlusses, wie sie von Helmut Schmidt und Alfons Pawelczyk entwickelt und von Egon Bahr weiterentwickelt wurde.

Neben diesem Doppelbeschluß-Konzept, das einer *Verhandlungsschule* zuzurechnen ist, gab es von Anfang an einflußreiche Vertreter einer echten *Nachrüstungsschule*, die sich aber bisher hinter dem Doppelbeschluß und dem Hinweis auf die sowjetische SS 20-Überrüstung bequem verstecken konnten. Die Vertreter dieses Ansatzes gehen von einer Lücke in der westlichen Abschreckung aus, die auch relativ unabhängig von der Anzahl sowjetischer Mittelstreckenraketen ist. Aus innerwestlichen Strategiegründen fehlt ihnen die Stufe amerikanischer Mittelstreckenraketen auf westeuropäischem Festland und insbesondere in der Bundesrepublik, die nun eingebaut werden müsse. Erst dann sei die Bundesrepublik richtig an das strategische Abschreckungspotential der Vereinigten Staaten angekoppelt und damit die Abschreckung perfekt. Mit Hilfe dieser Waffen könnten der Sowjetunion so empfindliche Schläge gegen konventionelle Schlüsselziele im hinteren Raum angedroht werden, eine Art massiver Vergeltung gegen militärische Punktziele. Die politischen und militärischen Risiken eines solchen Konzepts wurden jedoch kaum bedacht. Denn das Auffüllen der Mittelstreckenraketenlücke führt zwangsläufig zu einem neuen strategischen Konzept der NATO in Europa, das zu einer lichterlohen Gefahr für Westeuropa und insbesondere die Bundesrepublik führt. Eine nukleare Mittelstreckenraketen-Rüstung auf westeuropäischem Festland, auf der Basis gescheiterter Rüstungskontrollverhandlungen und im politischen

Konflikt mit der Sowjetunion durchgezogen, führt nicht nur zur Destabilisierung der sicherheitspolitischen Lage, sie entschert vor allem die nuklearen Rüstungspotentiale.

Die Vertreter dieser Richtung der „Abschreckungslücke“ in Europa haben sich mit ihren Beweggründen nie der Öffentlichkeit stellen müssen. Solange sie hoffen konnten, daß die Sowjetunion ohnehin keine Zugeständnisse für ein Verhandlungsergebnis machen würde, war der Doppelbeschluß die bequemere Begründung. Mit der maximalistischen Null-Lösung Reagans im Rücken konnte man alle Kompromißpositionen zurückweisen und den Schwarzen Peter grundsätzlich der Sowjetunion zuschieben. Wenn schon keine volle Raketenanzahl, will diese Richtung wenigstens eine geringere Anzahl erreichen, um erst einmal einen Anfang zu haben. Dies ist dann das Konzept der „Zwischenlösung“, wie sie seit einigen Wochen in Washington und Bonn diskutiert wird. Welche Akteure diese Richtung vertreten, ist unschwer zu erkennen. Es sind zumindest alle, die ständig von einer „Abkoppelungsgefahr“ reden, sobald Verhandlungslösungen erörtert werden, die einen Verzicht auf die Stationierung in Westeuropa vorsehen. Wer in Bonn oder Washington den britischen und französischen Standpunkt teilt, daß deren Systeme nicht berücksichtigt werden dürften, den kann man wohl der Nachrüstungsschule zuordnen. Dies zeigt sich noch an zwei weiteren Positionen: Wer die französischen und britischen Systeme nicht mitverrechnet haben will, der verfolgt nicht mehr den Grundsatz des eurostrategischen Gleichgewichts und verläßt damit einen der zentralen Ausgangspunkte des NATO-Doppelbeschlusses. Wer überdies die Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearraketen ablehnt, weil diese eine sogenannte strategische und keine eurostrategische Funktion hätten, der vertritt eine schematische Einstufung, die ein reines innerwestliches Problem darstellt und die ebenfalls vom nichtschematischen Grundsatz des euronuklearen Rüstungskontrollaspekts abweicht. Offensichtlich überwiegen diese Positionen bei der neuen Bundesregierung, die damit genau das tut, was sie der SPD vorwirft, nämlich von der Kontinuität des Doppelbeschlusses abzugehen.

In der amerikanischen Position verbirgt sich aber nicht ausschließlich diese Richtung. Die amerikanischen Schwierigkeiten, auf Kompromißlösungen einzugehen, liegen in einer weiteren Komponente ihres Verhandlungsansatzes. Mit der Sowjetunion wird *global* verhandelt über eine Reduzierung von Mittelstreckenraketen. Ihre weltpolitische Position zwingt

sie, die Europa-Zentrierung des NATO-Doppelbeschlusses nicht realisieren zu können. Obwohl über eine Reduzierung strategischer Nuklearwaffen in Europa verhandelt werden soll und sich allein daraus die gesonderten Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen rechtfertigen, wollen die Vereinigten Staaten nicht nur mit diesem regionalen Bezug verhandeln und können es wahrscheinlich auch gar nicht. Schon eine Verlagerung der SS 20 weit hinter den Ural, von wo Westeuropa nicht mehr erreicht werden könnte, stößt so auf Schwierigkeiten. Die Zahl der Japan und China bedrohenden Systeme könnte dann größer werden, und würden die USA hierfür ihr Plazet geben, bekämen sie Reibungsprobleme in Asien, worauf sie auch hingewiesen wurden. Denkbar ist auch, daß eine weite Rückverlagerung der SS 20 diese dann in die Reichweite des amerikanischen Territoriums bringen könnte.

Mit ihrem globalen Verhandlungsansatz haben sie also unter der Hand den Europa-Bezug des NATO-Doppelbeschlusses verändert. Wenn die Vereinigten Staaten aber schon mit einem globalen Ansatz verhandeln, dann steht der amerikanische Ansatz vor einem weiteren Widerspruch. Sie fügen dem ohnehin schon willkürlichen Herausschneiden der Mittelstreckenraketen-Problematik aus dem Spektrum der strategischen Nuklearwaffen einen noch willkürlicheren Ausschnitt hinzu, indem sie nur noch ihre nicht vorhandenen landgestützten Mittelstreckenraketen in Westeuropa gegen landgestützte sowjetische Mittelstreckenraketen verrechnen wollen. Es ist aber nicht einsichtig, wenn schon über ein globales Mittelstreckenraketen-gleichgewicht verhandelt wird, warum dann Washington nicht auch alle seine neuen Mittelstreckenraketen mit einbezieht, nur weil diese nicht auf westeuropäischem Territorium stationiert werden. Washington hat mit der Einführung mehrerer tausend mit nuklearen Sprengköpfen ausgerüsteter Cruise Missile auf Flugzeugen und über 500 Cruise Missile auf Schiffen begonnen. Deshalb stellt sich die Frage, welchen Sinn Mittelstreckenraketenverhandlungen machen sollen, wenn Washington zwar global verhandelt, aber sein Potential nicht global einbringt, bzw. warum es überhaupt noch gesonderte Mittelstreckenraketenverhandlungen neben den parallel laufenden START-Verhandlungen geben muß. Als 1979 der NATO-Doppelbeschluß verabschiedet wurde, war nicht an gesonderte INF-Verhandlungen gedacht worden, sondern an die Einbeziehung der euronuklearen Problematik in die erwartete SALT III-Verhandlungsrunde. Gesonderte INF-Verhandlungen entstanden erst, als Reagan noch nicht zur Wie-

deraufnahme des SALT-Prozesses bereit war, aber dem westeuropäischen Drängen auf Einhaltung der Verhandlungsverpflichtung des Doppelbeschlusses nachgeben mußte.

Eine Verhandlungslösung ist also auf der Grundlage der jetzigen westlichen Verhandlungsansätze kaum vorstellbar. Zu einer Lösung wird man nur kommen, wenn man vor dem Hintergrund veränderter Entwicklungen flexibel bleibt und auch bereit ist, einmal getroffene Entscheidungen zu korrigieren. Für eine konstruktive Lösung, die eine westliche Nachrüstung überflüssig machen würde, bieten sich folgende Denkmodelle an:

1. Nur wenn man zu den ursprünglichen Kategorien des NATO-Doppelbeschlusses zurückkehrt, sind weitere gesonderte INF-Verhandlungen einigermaßen stimmig, wobei aber eine unmittelbare Verbindung zu den SALT-Verhandlungen hergestellt werden muß. Dies bedeutet selbstverständlich die Berücksichtigung der britischen und französischen Potentiale, zumal diese in den 80er Jahren vergrößert werden sollen. Bei den MBFR-Verhandlungen ist dieser Grundsatz akzeptiert; es gibt also keinen Grund, ihn nicht auch bei der nuklearen Rüstungskontrolle einzubauen. Würden diese nicht berücksichtigt, wären das Verlangen eines Totalabbaus der auf Europa gerichteten SS 20 gleichbedeutend mit einer westlichen Überlegenheit in Europa. Vom Gleichgewichtsgedanken her wäre ein Übergewicht des Westens ebenso gefährlich wie eines der östlichen Seite. Bisher hieß es, die französischen und britischen Potentiale sollten besser bei den START-Verhandlungen berücksichtigt werden. Für eine rechtzeitige, konstruktive Verhandlungslösung bei den INF-Verhandlungen würde dieses aber voraussetzen, daß bis zum Sommer 1983 bereits ein Zwischenabkommen bei START zustandekommt, das die Behandlung der britischen und französischen Systeme verbindlich regelt. Anderenfalls wäre ein INF-Ergebnis zum Herbst 1983 kaum vorstellbar. Da jedoch ein solches START-Zwischenergebnis sehr viel schwieriger zu erreichen ist als eine sehr viel überschaubarere Berücksichtigung der strittigen Potentiale bei den INF-Verhandlungen, ist der Vorschlag von Paul Warnke realistischer: ein INF-Ergebnis unter Einbeziehung französischer und britischer Raketen in Form eines Zwischenergebnisses für die START-Verhandlungen. Damit wäre die Funktion des NATO-Doppelbeschlusses erfüllt, eine Stationierung in Westeuropa fände nicht statt. Der Dezember-Vorschlag des sowjetischen Generalsekretärs zeigt, daß dieser Weg gegangen werden und Erfolg haben könnte.

2. Wehren sich Frankreich und Großbritannien weiterhin gegen die Einbeziehung ihrer Potentiale, u. a. weil sie nicht mitverhandeln, so ist auch die Möglichkeit zu erwägen, ob an beide die Möglichkeit einer unmittelbaren Beteiligung herangetragen werden könnte. Vor allem Frankreich müßte dann aber seinen bisherigen Grundsatz ändern, sich nicht an solchen Gesprächen zu beteiligen, solange die Supermächte nicht ihr Atomwaffenpotential drastisch reduziert haben. Aber der zusätzliche politische Mitwirkungseinfluß, den es dabei hätte, ist nicht von der Hand zu weisen. Der Anlaß ist wichtig genug, um bisher völlig Ungewohntes zu bedenken. Eine Berücksichtigung der britischen und französischen Systeme auf der Grundlage des Mitverhandelns müßte überdies mehr in ihrem Interesse liegen als eine Berücksichtigung ohne Mitverhandeln. Frankreich und Großbritannien müßten dann aber dazu bereit sein, auch über die Begrenzung ihrer nuklearen Rüstungspläne für das kommende Jahrzehnt zu verhandeln. Dies wäre jedoch die konsequente Weiterentwicklung des euronuklearen Rüstungskontrollgedankens. Wann, wenn nicht jetzt, ist ein Zeitpunkt geeigneter, um einen lebenswichtigen neuen Schritt zu gehen, der von Europa die dunklen und größer werdenden Schatten der Atom Bombe nehmen könnte? Und eine Veränderung des Verhandlungszeitraums wäre ein solcher Schritt allemal wert.

3. Bleibt es dagegen bei dem globalen Verhandlungsansatz der Vereinigten Staaten, so sind die aufgezeigten Verstrickungen kaum noch aufzulösen, die ein INF-Verhandlungsergebnis selbst bei einigermaßen gutem Willen unmöglich erscheinen lassen. Es sei denn, eine andere Konsequenz wird gezogen: den Versuch gesonderter INF-Verhandlungen zu beenden und die dabei verhandelten Systeme insgesamt in die START-Verhandlungen einzubringen. Durch eine

solche sofortige Integration beider Verhandlungsrunden könnte ebenfalls von einer Stationierung auf westeuropäischem Territorium abgesehen werden, und die Vereinigten Staaten wären widerspruchsfrei in der Lage, global über alles zu verhandeln, ebenso die Sowjetunion. Die neuen Mittelstreckenpotentiale der Vereinigten Staaten auf Flugzeugen und Schiffen könnten und müßten dann zwangsläufig zusammen mit dem Mittelstreckenraketenpotential der Sowjetunion verrechnet werden. Auch in diesem Fall wäre die Funktion des NATO-Doppelbeschlusses durchaus erfüllt, nämlich die Gefahr eines nuklearen Rüstungswettlaufs in Europa durch Einbeziehung der europäischen Problematik in die strategischen Rüstungskontrollverhandlungen einzudämmen. Nicht zu vergessen ist, daß der Doppelbeschuß der NATO gar nicht gekommen wäre, wenn sowjetische Mittelstreckenraketen gemäß der Forderung Helmut Schmidts bereits bei den SALT-Verhandlungen bis 1979 eingebaut gewesen wären.

Ob aber Washington und Bonn einen dieser Wege gehen, ist mehr als zweifelhaft. Wer aber wirklich – ausgehend von dem ausführlichen Rüstungskontroll-Konzept, wie es die SPD beispielhaft 1979 in Berlin beschlossen hat – das Ziel der euronuklearen Rüstungskontrolle und Abrüstung im Auge hat und die Stationierung in Westeuropa überflüssig machen will, der muß wesentlich mehr versuchen als es jetzt der Fall ist. Bei keinem dieser Wege würde die NATO das Gleichgewichtsprinzip fallen lassen müssen. Wer solche Wege aber nicht versucht, der handelt verantwortungslos fahrlässig, weil für ihn der NATO-Doppelbeschuß in umfunktionierter Form ein Fetisch oder gar ein reiner Nachrüstungsbehelf ist. Einer Politik, die sichtbare und einsichtige Chancen ausläßt, wird dann ein sozialdemokratisches *Nein* entgegengehalten werden müssen.

## Oswald Hirschfeld: Ideologie verklebt die Augen – Zum Stand der Genfer Raketenverhandlungen

Oswald Hirschfeld, Jahrgang 1917, war bis Anfang 1982 Journalist und militärpolitischer Kommentator beim Süddeutschen Rundfunk Stuttgart (s. a. seine Beiträge in NG 4, 9 und 10/82).

### I.

„Null-Lösung oder Zwischenlösung?“ Das Hin und Her in der Regierungskoalition in der Frage nach der Zukunft der Genfer Verhandlungen über Mittelstrecken-Raketen in Europa hat mit der Wahl zum Deutschen Bundestag ein Ende. Noch keine zehn Tage später mahnte der Sieger, Bundeskanzler Kohl, den amerikanischen Präsidenten, eine Zwischenlösung anzustreben, damit der tote Punkt bei den Genfer INF-Verhandlungen mit der Sowjetunion überwunden werden könne. Erstaunlich schnell hat Kohl da-

mit seine „grundsatzfeste Haltung“ korrigiert, die ihm ja den Beifall und die Schützenhilfe der drei großen Verbündeten und auch den von Trittbrettfahrern der NATO eingebracht hat. CDU-Kanzler Kohl wird sich deswegen nicht, wie vorher sein Gegner im Bundestagswahlkampf, der sozialdemokratische Kanzlerkandidat Vogel, wegen des gleichen Verlangens an den amerikanischen Präsidenten hier und draußen den Vorwurf mangelnder Bündnistreue einhandeln. Nun hat Kohl, damit die Kurskorrektur nicht allzu auffällig erscheine, seine zutreffende Feststellung, die Zeit für neue Vorschläge sei in der Tat gekommen, mit dem Trost ergänzt, das heiße nicht, daß die Null-Lösung als endgültiges Ziel aufgegeben werden solle. Aber niemand könne auf einem „Alles oder Nichts“ bestehen, so der Bundeskanzler in seinem Interview mit der amerikanischen Zeitung „Washington Post“.

Wenn die SPD zeitweise geglaubt hat, die Stationierungsfrage würde Hauptthema in diesem Wahlkampf sein, so war das ein Irrtum. Ähnlich irt Bundeskanzler Kohl, wenn er den Wahlausgang als Votum für den NATO-Doppelbeschluß im Sinne einer Stationierung deutet. Natürlich kann man demoskopische Umfragen ignorieren, obwohl 67 Prozent Ablehnende kein Pappentstiel sind. Die Wahl vom 6. März war jedenfalls keine Raketen-Wahl, weder in ablehnender noch in zustimmender Weise. Darüber täuscht man sich auch bei den Verbündeten. Die fehlende Begeisterung in der Bundesrepublik für eine Stationierung besonders von Pershing II-Raketen als neuen deutschen Nationalismus oder Neutralismus fehlzudeuten, mag draußen durch die entsprechende Wahlkampfpolemik vor allem gegen Vogel und Bahr verursacht worden sein. Die Befriedigung in den USA wie auch in Großbritannien und im sozialistisch regierten Frankreich über die Abwendung der befürchteten „Katastrophe für die Atlantische Allianz“ bei einem sozialdemokratischen Wahlsieg war eindeutig. Erstaunlich wie die unübersehbaren Tatsachen ignoriert werden. Während der vergangenen dreizehn Jahre waren es die drei sozialdemokratischen Verteidigungsminister Schmidt, Leber und Apel, die für die konventionelle Rüstung der NATO von allen Verbündeten am meisten getan haben. Die Bundesregierungen Brandt und Schmidt haben allerdings auch nicht jeder überzogenen Forderung der USA nachgegeben. Das werden, wenn es über Bekenntnisse hinausgehen soll, die jetzige Regierung und ihr Verteidigungsminister Wörner auch nicht anders halten. Ein erstes Zeichen dafür ist die vorgesehene Erhöhung des Verteidigungshaushalts

um lediglich die Inflationsrate. Nach der Sprachverwirrung und den Parolen des Wahlkampfes verlangt die kühle und nüchterne Vertretung der wohlverstandenen Eigeninteressen, freilich unter Berücksichtigung unserer eingegangenen Verpflichtungen wieder ihr Recht. Die Tatsache unterschiedlicher Interessen hat mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft nichts zu tun.

## II.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in einem längeren Aufsatz die Vereinigten Staaten zur Führung des Westens aufgefordert. Die Frage ist: Führung wohin?

Diese Frage stellt sich angesichts der gegenwärtig praktizierten Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten. Kern und Antrieb dieser Politik ist eine Art von Antikommunismus, die Henry Kissinger in seinem letzten Memoiren-Band wohlwollend, dennoch ironisch „liturgisch“ genannt hat, die sich aber eher als blind und manisch offenbart. Gegnerschaft zum Kommunismus, Verteidigung der Freiheit und Sicherung des Friedens lassen sich überzeugender verfechten, als dies durch Präsident Reagan und seine Administration geschieht. Rasch aufeinander folgen bisher ungewohnte Beleidigungen der Sowjet-Führung und ihres Systems sowie Beteuerungen, mit dem Generalsekretär Andropow zusammenzutreffen zu wollen, oder – in der „Visions“-Rede am 23. März – „daß wir jede Möglichkeit zum Abbau der Spannungen und zur Einführung einer größeren Stabilität im strategischen Kalkül beider Seiten gründlich prüfen müssen“.

In dieser Rede wiederholt Präsident Reagan seine Meinung von der strategischen Unterlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion, obwohl angesehene und unumstrittene Experten in den USA wie in Europa ein Gleichgewicht oder sogar eine leichte Überlegenheit Amerikas ausmachen. Zwar sind den Sowjets vertraglich mehr Träger zugestanden worden, entscheidend ist aber die größere Zahl von Gefechtsköpfen. Die haben die USA. Angaben des Präsidenten oder des Verteidigungsministers werden durch eigene Institutionen wie CIA und FBI korrigiert, so die Behauptungen, die SU verstoße gegen die beiden SALT-Abkommen, die amerikanische Friedensbewegung sei von Moskau gesteuert, oder die irreführenden Angaben über die sowjetischen Rüstungsausgaben, gemessen am Brutto-Sozialprodukt. 10 Prozent des amerikanischen BSP ergeben natürlich einen ganz anderen Betrag als der gleiche Prozentsatz des sowjetischen. Auf Kritik sind auch die Dokumenta-



tionen des Pentagon über die sowjetische Militärmacht gestoßen, weil Angaben darin zweckbestimmt erscheinen, nämlich zur Begründung eines Aufrüstungsprogramms mit astronomischen Ausgaben.

Mit seinen Klagen über den Zustand der amerikanischen Rüstung unterstellt Reagan seinen Vorgängern in den siebziger Jahren gefährliche Vernachlässigungen und Unterlassungen. Das trifft den Demokraten Carter wie die Republikaner Ford und Nixon. Reagan und seine Mannschaft haben die frühere, während des Wahlkampfes und im Anfang der Regierung erhobene Forderung nach Wiederherstellung der militärischen Überlegenheit durch Politik der Stärke ersetzt. Aber die Bereitschaft, seiner Politik zu folgen, nimmt ab. Das Repräsentantenhaus hat den Verteidigungshaushalt gekürzt, muß aber noch die Mehrheit des Senats dafür gewinnen. Es wird wahrscheinlich inzwischen eine Resolution für das Einfrieren der Nuklear-Rüstung angenommen haben. Die amerikanische Friedensbewegung und einige Kirchen, vor allem die katholische, streben Gleiches an. Das MX-Raketen-Programm wird möglicherweise völlig umgeworfen, nicht zuletzt weil die für die Stationierung vorgesehenen Bundesstaaten sich verweigern. Die Mehrheit der Gouverneure der Bundesstaaten kritisieren die Höhe der Rüstungsausgaben, die alle bisherigen Vorstellungen übertreffen. Die Kritik beschränkt sich nicht auf die politischen Gegner, auch in der eigenen Partei hat Reagan erhebliche und wachsende Widerstände zu überwinden, will er seine Politik fortsetzen. Für die Europäer war die Weigerung der NATO, auf den Erstgebrauch von Atomwaffen zu verzichten, bei der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa einigmaßen verständlich. Nachdem nun die Sowjetunion aber auch den beiderseitigen Verzicht auf Ersteininsatz konventioneller Waffen vorgeschlagen hat, ist die Mißachtung Washingtons und der NATO gegenüber dem sowjetischen Angebot unbegreiflich. Denn „der Bruch der einen Verpflichtung durch die Sowjets höbe die andere [der NATO] automatisch auf, das Verteidigungskonzept der „angemessenen Erwidern“ bliebe unberührt“ (siehe NG 9/82, S. 887).

Jeder amerikanische Präsident, so meinte der frühere amerikanische Außenminister Kissinger kürzlich bei einem Vortrag in Stuttgart, erfinde die Außenpolitik neu. Diese Erkenntnis Kissingers erklärt Europäern etliches an Seltsamkeiten der amerikanischen Politik, genauer, der Außenpolitik. Schwer verständlich ist die Kreuzzug-Mentalität der gegenwärtigen Administration. Die Ideologie-Bezogenheit der zwei-

ten Supermacht, der Sowjetunion, sorgt doch bereits für mehr als ausreichende Schwierigkeiten und Spannungen in der Weltpolitik. Ideologie verklebt die Augen und hindert, die Wirklichkeit wahrzunehmen. Sowenig etwa die Westeuropäer der „Ketten des Kapitalismus“, wie die Formel heißt, ledig sein wollen, sowenig wartet die große Masse der Russen darauf, vom Sowjetjoch befreit zu werden. Vor diesem Trugschluß im Westen warnte kürzlich der auch in den USA als Rußland-Kenner angesehene Prof. Klaus Mehnert in einem Rundfunk-Kommentar. Dabei wünschte er sich, daß ihm Reagan und Weinberger zuhörten. Wenn die Politik der beiden Supermächte auf solchen oder ähnlichen Trugschlüssen gründet, dann erwachsen Gefahren für den Frieden in der Welt. An Bekenntnissen zum Frieden fehlt es auf beiden Seiten nicht. Keiner kann und darf unterstellt werden, sie wolle den Krieg. Auch ermangelt es nicht an Zustimmung zum Prinzip des Gleichgewichts und der Gleichberechtigung. In der praktischen Politik halten sich beide Kontrahenten allerdings jeweils für „gleicher“ als den anderen. Abgrundtiefes Mißtrauen beherrscht beide Führungen und große Teile der Öffentlichkeit. Möglicherweise oder sogar wahrscheinlich würde der sowjetische Generalsekretär Andropow (wie vor ihm Breschnew) im Amte des amerikanischen Präsidenten daher nicht anders als Reagan (und umgekehrt dieser an der Stelle des Sowjetführers nicht anders) handeln, als sie es tatsächlich tun, und zwar weil ihre „Weltanschauung“ und ihr Mißtrauen es nicht anders zulassen.

### III.

Auf dem Wege der Sowjets zur Gleichberechtigung, wie sie sie verstehen, bot die moderne Festtreibstoff-Rakete SS 20 die Chance der Rundum-„Verteidigung“ nach allen Richtungen angesichts der angeblichen „Bedrohung“ durch den Kranz amerikanischer Stützpunkte und Bündnisse rund um die SU, vor allem aber durch NATO-Europa. Daß die Länder und Völker innerhalb der Reichweite der SS 20-Rakete diese Waffe als Bedrohung empfinden, kommt den Sowjets so wenig in den Sinn wie im umgekehrten Fall der Regierung in Washington. Um der Aufstellung der SS 20 gegen Westeuropa zu begegnen, wurde im Dezember 1979 der NATO-Doppelbeschuß gefaßt: Als Gegengewicht, nicht als Gegenwaffe, sollen im Falle, daß es nicht zur Abrüstung der SS 20 kommt, Pershing II-Raketen und Marschflugkörper in einigen NATO-Ländern stationiert werden. Gegenüber Fragen und Zweifeln, ob bei der

vorhandenen „Overkill“-Kapazität weitere Atomwaffen notwendig sind, werden vor allem drei Gründe angeführt: 1. Die Parität zwischen der SU und den USA bei den strategischen Interkontinentalraketen mache es unwahrscheinlich, daß die USA diese Waffen bei einem sowjetischen Nuklear-Angriff auf Westeuropa einsetzen, denn dies verlange die Bereitschaft zum Selbstmord. (Amerikanische Politiker, u. a. auch Kissinger, haben entsprechende Erklärungen abgegeben.) 2. Ohne Stationierung werde Westeuropa von der amerikanischen Nuklear-Garantie abgekoppelt; bei einer Stationierung bleibe es direkt an das amerikanische strategische Potential angeschlossen. 3. Mit den beiden Systemen soll eine Lücke in der Reihe der Abschreckungswaffen geschlossen werden, so daß Moskau im Falle eines Angriffs mit Vergeltung durch diese Waffen rechnen müßte. Ihre Zahl ist absichtlich auf 108 Pershing II und 464 Marschflugkörper begrenzt, die mit jeweils nur einem Sprengkopf ausgestattet sind, damit Moskau sie nicht als existenzgefährdend betrachten kann. In der NATO haben sich die Europäer mit dieser Begrenzung durchgesetzt. Die Marschflugkörper sind wegen ihrer langen Flugdauer ausgesprochene Zweitschlagwaffen. Bei den Pershing II-Raketen – sie sollen ausnahmslos in der Bundesrepublik stationiert werden – ist die Reichweite auf 1800 Kilometer beschränkt, damit sie die Hauptstadt Moskau nicht mehr erreichen können. Ihre kurze Flugdauer von ca. 11 Minuten, die ihr zugeschriebene bzw. ihre angestrebte Zielgenauigkeit machen sie zwar zu einer Erstschlagwaffe. Ihre geringe Zahl verweist jedoch derartige Absichten ins Absurde. Das gilt auch dann noch, wenn ihre Reichweite durch Einbau einer dritten Stufe über 1800 km hinaus erweitert würde. Diese technische Möglichkeit kann wohl außer Betracht bleiben, denn umgekehrt kann auch die Reichweite der SS 20 weit über 5500 km ausgebaut und die SS 20 so zu einer strategischen Waffe werden.

Die Unterscheidung zwischen strategischen Waffen, Mittelstrecken- und Gefechtsfeld-Waffen sollte einmal die Bemühungen um eine Begrenzung oder Verminderung der Nuklear-Rüstung erleichtern. Die technische Entwicklung hat diese Einteilung fragwürdig werden lassen. Heute erweist sie sich immer mehr als Hemmnis, denn sie erlaubt den Kontrahenten der verschiedenen „Regional“-Verhandlungen ein Hinundherschreiben strittiger Fragen der Grenzbereiche.

Das angeführte zweite Argument überzeugt nicht. Wieso werden die USA bei einer Stationierung ihre strategischen Waffen für die europäischen Verbünde-

ten einsetzen und damit ihr Land dem sowjetischen Vergeltungsschlag aussetzen und dies ohne Pershing II und Marschflugkörper in Europa nicht tun?

#### IV.

Wie „siegreich“ ein begrenzter Nuklear-Krieg endet, von dem die Militaristen, ob in Zivil oder Uniform, im Kreml oder im Pentagon glauben, daß er erfolgreich geführt werden könne, wird hoffentlich nie geklärt. Wenn sich in der Theorie auch recht unterschiedliche Abläufe einer nuklearen Auseinandersetzung zwischen Ost und West ausdenken lassen, vorherrschende Auffassung hüben wie drüben ist heute jedoch, daß ein Einsatz von Atom-Waffen die Eskalation zum Großen Krieg auslösen würde.

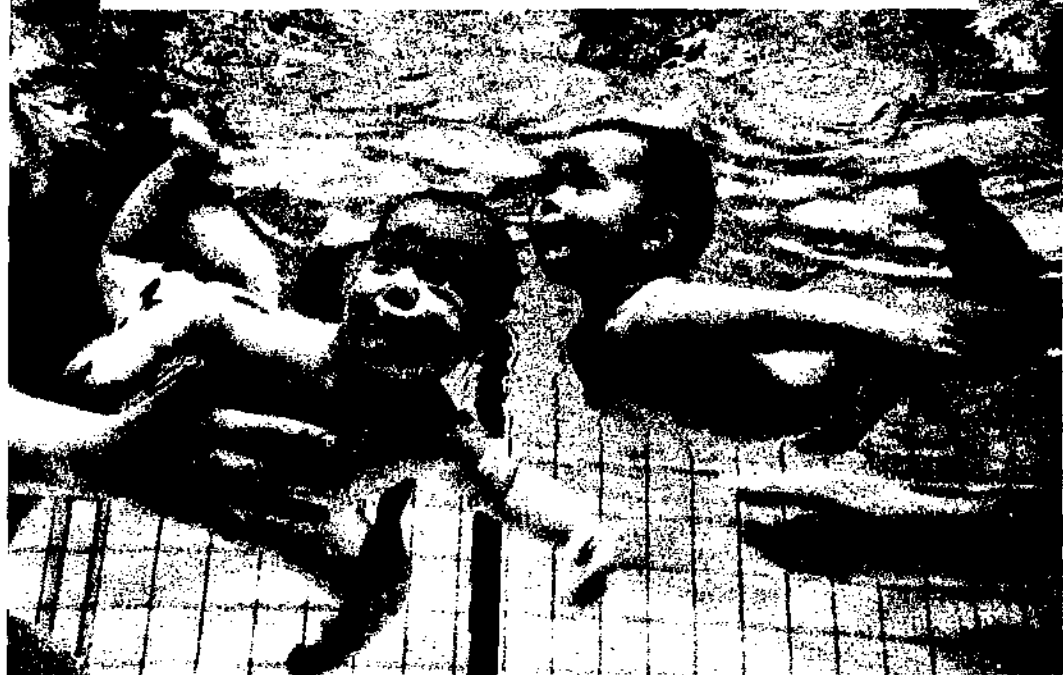
Schwer vorstellbar ist allerdings ein Verzicht der Sowjets auf einen Schlag gegen die USA, wenn der allein Verfügungsberechtigte, der amerikanische Präsident, gleichgültig in welcher Situation und aus welchen Gründen, in Europa Atomwaffen einsetzen würde, von denen die SU empfindlich getroffen worden wäre. Insofern ist das „Abkoppeln“ oder „Ankoppeln“ ziemlich theoretisch.

#### V.

Mit zwei Reden ist der amerikanische Präsident der Kritik im eigenen Land an seinen Rüstungsausgaben und der in Europa an seinem langen Beharren auf der Null-Lösung bei den Genfer Verhandlungen über die Mittelstrecken-Waffen in Europa begegnet. Ob mit anhaltendem Erfolg scheint fraglich. Mit seinen Angaben, daß die Sowjets Ende 1979 mehr als 800 Gefechtsköpfe auf Mittelstrecken-Raketen gehabt hätten, jetzt aber deren 1300, offenbart er einen kardinalen Fehler der NATO, nämlich die sofortige Ablehnung des Moratorium-Angebots von Breschnew. Damals im Oktober 1979 hatten die Sowjets erst ca. 80 SS 20-Raketen stationiert. Wer auf deutscher Seite die Ablehnung bei der NATO betrieben hat – das Bundesverteidigungsministerium war nicht dagegen – wird heute kaum der Einsicht zugänglich sein, daß der Westen dadurch überhaupt nichts gewonnen hat. Im Gegenteil, es wurde den Sowjets Gelegenheit gegeben, die Ablehnung zu nutzen. Sie fällt nicht unter die Mitverantwortung Reagans, muß hier angemerkt werden.

Reagans Angebot einer Zwischenlösung bei den Mittelstrecken-Raketen verzichtet auf Zahlen-Vorschläge und sieht vielmehr eine *globale* Obergrenze bei den Sprengköpfen vor. Bei Licht besehen, unterscheidet sich dieser Vorschlag in der Qualität so gut wie gar nicht von der Null-Lösung, sondern lediglich

# Jetzt auch ganz besonders für unsere Kinder: Keine Sorge - Volksfürsorge.



## An alle Eltern, die ihrem Kind so früh wie möglich eine finanziell gesicherte Zukunft bieten wollen.

Gerade Kinder brauchen Sicherheit. Verantwortungsbewußte Eltern handeln danach. Wenn Sie das auch so sehen, sollten Sie mit uns sprechen.

## Wir setzen neue Maßstäbe.

Mit Leistungen, die diesen Anspruch halten. Zum Beispiel:

Das neue Volksfürsorge-Programm für Kinder „Der erste Schritt“ garantiert Ihrem Kind finanziellen Schutz bei Unfällen und stellt ein ansehnliches Startkapital bereit für die ersten

Schritte ins Leben, wie Ausbildung, Berufsbeginn, Hochzeit.

## Es gibt immer ein paar Gründe mehr, mit uns zu sprechen.

Wir haben für alles eine Lösung: Lebens-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung, Bausparen. Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter.

Keine Sorge-

 **Volksfürsorge**

in der Quantität. Seine Ablehnung durch die SU war deshalb zu erwarten. Ohne eine irgendwie einvernehmliche Berücksichtigung der französischen und britischen Nuklear-Systeme, die ja beide noch weiter aufgebaut werden, sowie gewisser Flugzeug-Typen auf beiden Seiten und von bestimmten U-Booten der Sowjets wird wohl kaum ein Abkommen geschlossen. Es scheint deshalb an der Zeit, wie vorher schon angedeutet, die Verhandlungen über begrenzte Systeme aufzugeben und mit Gesprächen über alle Nuklear-Waffen zu beginnen. Wenn dazu ein Totalverbot von Atomwaffen-Versuchen vereinbart und weitere Abkommen, die den dauernden Modernisierungen ein Ende setzten, getroffen würden, dann könnten solche Gesamtverhandlungen ohne selbstauferlegte Fristen ohne Zeitnot zu Ergebnissen führen.

## VI.

Was Verteidigungsminister Wörner noch höflich „absolute Zukunftsmusik“ nannte, das bezeichnete ein bekannter deutscher General als „Phantasterei und Spinnerei“. Gemeint ist, was der amerikanische Präsident eine Verheißung nannte, „den Kurs der menschlichen Geschichte zu verändern“, nämlich Kernwaffen und nukleare Abschreckung durch neue Abwehrwaffen gegen Raketen überflüssig zu machen. Sowjetische Raketen sollen nach dem Start im Flug durch Laser-Strahlen-Kanonen aus dem Weltall vernichtet werden. Vielleicht ist nicht auszuschließen, daß derartige Waffen irgendwann einmal konstruiert werden können. Fragwürdig sind die Konsequenzen der Ankündigung Reagans. In seiner „Visions“-Rede sagt er selbst, daß ein solches Defensivsystem, mit Offensivsystemen verbunden, als „Nährboden einer aggressiven Politik betrachtet werden könnte“. Gleichzeitig aber erklärte er, in Übereinstimmung mit dem amerikanisch-sowjetischen Vertrag über Raketen-Abwehrwaffen zu handeln, der eben diese Gefahr ausräumen soll. Nun wird es unvermeidbar auch noch zu einem Rüstungswettlauf im Weltall mit riesigen Kosten kommen.

## VII.

Angeichts des riesigen Tötungs- und Vernichtungspotentials auf beiden Seiten ist der Begriff der militärischen Überlegenheit praktisch unerheblich und unbedeutend geworden. Indessen spielt er im Denken der Supermächte immer noch eine große, wohl nur mit Psychologie zu erklärende Rolle. Beide und in ihrem Gefolge ihre Verbündeten müssen sich

entscheiden, ob sie Sicherheit durch Stabilität eines auf ungefähre Parität beruhenden militärischen Kräfteverhältnisses oder durch militärische Überlegenheit gewinnen wollen. Überlegenheit bedeutet Unsicherheit für die andere Seite. Sie ist dazu noch, wie die Geschichte zeigt, nur auf beschränkte Dauer zu halten, sofern der Gegner nicht resigniert und seine Unterlegenheit hinnimmt. Tut er das nicht, ist man selbst zur ständigen Erhaltung der militärischen Überlegenheit gezwungen. Die Folge ist dann ein nicht endender Rüstungswettlauf. Rüstungskontrolle und Steuerung mit dem Ziel einer Verminderung der Rüstungen ist nur möglich, wenn Stabilität gesichert ist. Es ist kein Widerspruch zum Begriff der Parität, wenn sich die Waffensysteme beider Seiten nicht spiegelbildlich gleichen. Es genügt eigentlich schon, wenn beide Seiten einander vernichten können.

## VIII.

Die Kritik an der amerikanischen Sicherheitspolitik wird durch die beiden Ankündigungen Reagans nicht verstummen, sondern nach der ersten Befriedigung darüber, daß er sich „bewegt“ hat, zunehmen. Die Zahl derer wächst, die es aufgegeben haben, die amerikanische Sicherheitspolitik dieser Administration noch verstehen zu wollen. Bei einer nüchternen und kritischen Prüfung der Fakten zeigt sich, daß die von allen Verbündeten ausdrücklich festgelegten oder von ihnen anerkannten, entscheidenden Grundlagen der NATO-Strategie beginnen brüchig zu werden, als da sind

- ▷ der Harmel-Bericht mit seinem Prinzip: ausreichte Verteidigung und Bemühungen um Entspannung,
- ▷ Kriegsverhinderung durch Abschreckung samt „gesicherter gegenseitiger Zerstörung“ (Vertrag über Raketen-Abwehrwaffen),
- ▷ Gleichgewicht bei gleichzeitiger Rüstungsverminderung.

Es bestehen berechtigte Zweifel, ob die Rüstungshysterie der Sowjets, geboren aus Unsicherheit und uneingestandenem Inferioritätskomplexen von den USA mit Hysterie beantwortet werden muß.

Bei seinem Vortrag in Stuttgart hat Henry Kissinger von einer gegenwärtig ungewöhnlich günstigen Gelegenheit für Verhandlungen mit der SU und von einer einmaligen Möglichkeit gesprochen, dabei zu Fortschritten zu kommen. Er empfahl, Zurückhaltung zu üben und warnte davor, den Extremisten der beiden Seiten zu folgen.

## Ulrich Simon: Sicherheitspartnerschaft mit den Sowjets?

*Der parteilose Politologe Dr. Ulrich Simon, Jahrgang 1951, promovierte 1978 mit der Arbeit „Die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft – Das Ringen um die Innere Führung“, erschienen 1980. S. a. seinen Beitrag in NG 4/81.*

In der Beurteilung sowjetischer Politik wird oftmals ein doppelter Maßstab angelegt. Der Beurteilung zu Grunde gelegt wird die – zumeist implizite – Annahme, daß sowjetische Politik grundsätzlich keine moralische Legitimität habe. Dies manifestiert sich insbesondere in der geläufigen Neigung, Maßnahmen oder Trends der sowjetischen Politik als Ausdruck aggressiver Tendenzen aufzufassen, während die gleichen Maßnahmen und Trends, wenn vom Westen getroffen bzw. im Westen auftretend, als defensiv und daher fraglos gerechtfertigt erscheinen. So wird z. B. die (zweifelloso erhebliche) sowjetische Nuklearrüstung der letzten 10 Jahre als wesensmäßig aggressiv dargestellt und zur Rechtfertigung der eigenen „Nachrüstung“ nicht nur im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen herangezogen, während auf die Legitimität der westlichen nuklearen Überlegenheit, die schließlich noch bis in die 70er Jahre hinein bestanden hat, auch nicht der Schatten eines Zweifels fällt. *Daß es diese Überlegenheit gab, wird dabei gar nicht bestritten; Henry Kissinger etwa merkte in seiner berühmten Rede in Brüssel am 1. 9. 1979 an, der Westen habe noch 1973 eine 8 : 1 Überlegenheit bei Raketen Sprengköpfen besessen.<sup>1)</sup> Er sagte dies in aller Unschuld und offenkundig, ohne etwas dabei zu finden.*

Obwohl die Annahme eines sowjetischen Nachholbedürfnisses also eigentlich recht nahe läge, ist man tatsächlich wenig geneigt, sowjetische Rüstungspolitik unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. An Beispielen für diese Haltung besteht kein Mangel: – So meinte z. B. US-Außenminister Haig in einer Rede vor dem Center for Strategic and International Studies der Georgetown University am 6. 4. 1982: „Die Dynamik der sowjetischen nuklearen Aufrüstung zeigt, daß die sowjetischen Führer nicht an das Prinzip der ‚Hinlänglichkeit‘ glauben“<sup>2)</sup> – sicherlich eine recht einseitige Interpretation. – So hielt Lawrence Eagleburger, damals Unterstaatssekretär für Europäische Angelegenheiten, inzwischen zum dritten Mann im State Department

aufgerückt, in einer Rede vor der Nordatlantischen Versammlung in München am 15. 10. 1981 dem Osten u. a. vor: „Die Sowjets vergrößerten (in den späten 60er und 70er Jahren, Anm. v. U.S.) ihren Bestand an Panzern auf etwa 50 000 im Vergleich zu den nur etwa 11 000 Panzern der USA. Sie wandelten ihre Marine von einer Küstenschutzstreitmacht in eine Hochseeflotte um. . . Während eines Zeitraumes, in dem die NATO keinerlei neue nukleare Gefechtsfeldwaffen großer Reichweite dislozierte, dislozierten die Sowjets über 750 Sprengköpfe auf ihren neuen SS 20-Raketen. Und die Sowjets vergrößerten ihren Bestand an strategischen nuklearen Trägersystemen um nahezu 600%. Ist das vielleicht Zurückhaltung?“<sup>3)</sup> Daß zumindest in der Flotten- und strategischen Nuklearrüstung zuvor ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten der USA bestanden hatte, erwähnte er mit keinem Wort. Was die beiden anderen Waffenbereiche angeht, hatte er sicherlich mehr Grund zur Anklage, wenngleich man auch die Frage der Mittelstreckensysteme etwas differenzierter sehen könnte.

– So klagte Richard Burt, seinerzeit noch Direktor des Büros für politisch-militärische Angelegenheiten im State Department, in einer Rede vor der Friedrich-Ebert-Stiftung am 2. 12. 1981 in Bonn: „Vor 12 Jahren lagen die USA nach Maßgabe fast aller Meßgrößen strategischer Macht deutlich vor der Sowjetunion. . . Heute, 12 Jahre später, sind die Sowjets uns bezüglich jeder dieser Meßgrößen voraus. . .“<sup>4)</sup> Daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, ist zu offensichtlich, um noch der Erläuterung zu bedürfen.

Dies zu kritisieren heißt nicht, die Politik der NATO und die der Sowjets in einem moralischen Sinne gleichzusetzen. Die NATO-Partner sind insofern in einer grundlegend anderen Position als die Sowjets, weil ihre Regierungen, vom türkischen Sonderfall abgesehen, demokratisch legitimiert sind und die Grundsätze des Völker- und Menschenrechts im wesentlichen beachten. Daraus zu folgern, daß dem Westen eine generelle Vorrangstellung gegenüber den Sowjets gebühre, mag *moralisch* gerechtfertigt sein, wäre aber recht unpolitisch. Tatsächlich werden in der Diskussion aber häufig politische und moralische Kategorien, die in der theoretischen Analyse unbedingt getrennt gehalten werden müssen, vermengt.

Insbesondere wird nicht selten verkannt, daß eine „partnerschaftliche“ Sichtweise des sowjetischen Gegenparts im Bereich der Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik definitiv nicht auf moralisches Akzeptieren hinausläuft. Es ist ein schlichtes Gebot

der Vernunft und darüber hinaus des Überlebens zu versuchen, im sicherheitspolitischen Bereich zu Arrangements mit der Sowjetunion zu kommen. Die Suche nach solchen Arrangements ist nur möglich im Rahmen eines Systems von „Spielregeln“, die über die moralische Qualität der „Spieler“ überhaupt nichts aussagen – sowenig wie die Regeln des Schachspiels über den Charakter eines speziellen Spielers – aber sehr wohl Kriterien für die Statthaftigkeit oder Unstatthaftigkeit von Verhalten, für die Legitimität oder Illegitimität von Ansprüchen und Interessen usw. enthalten.

Man kann sich die Sachlage an folgender Allegorie verdeutlichen: Wenn ein flüchtiger Gesetzesbrecher in ein Haus eindringt und Geiseln nimmt, so wird die Polizei in aller Regel versuchen, mit ihm zu verhandeln und Modalitäten zu finden, die ein Überleben der Geiseln gewährleisten. Natürlich wird man versuchen, ihn zu überwältigen, wenn eine Chance dazu besteht, aber wenn dies unmöglich ist, so wird Verhandeln eine Existenzfrage für die Geiseln. Man wird in dieser Situation nicht umhinkönnen, den Gangster ungeachtet seiner moralischen Qualität in gewisser Weise als Partner anzuerkennen. Man wird außerdem einräumen müssen, daß er nicht illegitim handelt, wenn er seine Sicherheitsinteressen, d. h. sein Interesse daran, zu überleben und davonzukommen, verfolgt. Natürlich könnte man argumentieren, daß genau dies Interesse illegitim sei, d. h., daß er kein Recht zum Davonkommen, vielleicht auch nicht zum Leben habe. Letzterer Einwand ist eine Frage der ethischen Axiome, aber der erstere ist unzweifelhaft berechtigt. Nur – eine solche Argumentation wäre offenkundig unpragmatisch, also unpolitisch im übertragenen Sinne. Sie sprengt die Möglichkeit zur Partnerschaft, die ihrerseits eben nicht auf einer moralischen Anerkennung des Geiselnehmers beruht. Sie beruht vielmehr auf komplementären Interessen: das Leben der Geiseln ist in seiner Hand wie sein Leben in der Hand der Behörden ist; er will überleben wie die Behörden wollen, daß die Geiseln überleben. Die Partnerschaft beruht ferner auf bestimmten Regeln, die teilweise explizit vereinbart, teils stillschweigend vorausgesetzt werden: keiner hintergehe den anderen, jeder halte seine Zusagen ein etc.

In einer dergestalt pragmatisch-wertfreien Sicht erscheint dann auch nicht notwendig alles, was der Gangster tut, als Ausdruck weitergehender krimineller Absichten. Daß er die Tür verriegelt oder durchs Fenster ein Gewehr auf die Polizisten richtet, ist keine Äußerung krimineller Energie, sondern eine plausible Maßnahme zur Wahrnehmung seiner Sicher-

heitsinteressen, die durch die wertfreien Spielregeln als legitim definiert sind. Nochmals: diese Regeln betreffen nicht seinen moralischen Status; sie setzen sogar voraus, daß er ein Verbrecher ist. Dies ist zwar ursächlich für die Konfliktsituation, aber nicht zwangsläufig relevant für sein konkretes Verhalten in dieser Situation. Dies wird in erster Linie von seinem schlichten Überlebensinteresse bestimmt.

Obwohl der vorliegende Beitrag von der Annahme ausgeht, daß ein fundamentaler und unaufhebbarer Gegensatz zwischen dem Sowjetsystem und den Werten der westlichen Demokratien besteht, ist es selbstverständlich nicht Sinn der obigen Allegorie, eine Gleichsetzung von Sowjetkommunisten und Verbrechern zu suggerieren; hier geht es nicht darum, solch platte Polemik zu üben. Was verdeutlicht werden sollte, ist dies: Es gibt Situationen, in denen man eine Basis für Gespräche mit einem Gegner finden muß, ganz gleich, wie das, was ihn zum Gegner macht, in moralischer Hinsicht zu bewerten ist. Der Polizeichef, der dem Geiselnehmer gegenübersteht, muß verhandeln; seine Verantwortung für das Leben der Geiseln zwingt ihn dazu. Dabei ist es relativ gleichgültig, ob der Rechtsbrecher nur ein Kohlhaas-Typ ist, den ein widriges Geschick in die Illegalität getrieben hat, oder aber ein absolut skrupelloser Raubmörder. Es gibt keine Schwelle an moralischer Verwerflichkeit, bei deren Überschreiten der Zwang zum Verhandeln entfällt.

Ein analoger Zwang zum Dialog besteht für den Westen gegenüber den Sowjets, und zwar unabhängig davon, wie man die moralische Qualität ihrer Herrschaft beurteilt. Selbst wenn man sich auf den Standpunkt des fanatischen „Kommunistenfressers“ stellt, der die denkbar negativste aller möglichen moralischen Wertungen sowjetischer Politik vertritt, so ändert das nichts; selbst er muß eine Gesprächsbasis suchen – es sei denn, sein eigenes Überleben und das der westlichen Welt schlechthin wäre ihm weniger wichtig als das uneingeschränkte Ausleben seiner verletzten moralischen Empfindungen.

Zwischen den Supermächten besteht eine „mutual hostage relationship“, ein wechselseitiges Geiselnverhältnis, das voraussichtlich fort dauern wird.<sup>5)</sup> Daß ein Bemühen um eine Verminderung der enormen existenzbedrohenden Risiken, die ihm innewohnen, dringend geboten ist, wird allgemein anerkannt und darf daher unterstellt werden. Ein solches Unterfangen setzt aber Kooperation voraus. Sie zu befürworten schließt keinerlei Aussage über die moralische Qualität des Sowjetsystems ein. Sicherheits„partnerschaft“ mit den Sowjets bedeutet in diesem Sinne

keine Aufwertung ihrer Politik, sondern es ist Ausdruck des Willens, Leben zu erhalten, nicht jedoch Ausdruck moralischer Permissivität. Das Wort „Partnerschaft“ darf nicht mit normativen Konnotationen versehen werden. Dies geschieht jedoch oft<sup>6)</sup>, wahrscheinlich, weil in der Alltagserfahrung Kooperation meist eine positive Haltung gegenüber dem anderen einschließt. Antagonistische Kooperation ist in der individuellen wie politischen Erfahrung selten.

Auf der Basis so verstandener Sicherheitspartnerschaft wird man kaum umhinkönnen, den Sowjets legitime Sicherheitsinteressen zuzugestehen – legitim nicht, weil die sowjetische Politik moralisch akzeptabel wäre, sondern weil man vernünftigerweise nicht von ihnen verlangen kann, daß sie ihre eigene Existenzberechtigung in Frage stellen. Das ist keine Frage der Moral, sondern eine des Realitätssinnes. D.h. konkret, das Kriterium für die Legitimität sowjetischer rüstungspolitischer Maßnahmen ist nicht die moralische Qualität des Sowjetsystems, sondern die Begründbarkeit solcher Maßnahmen aus dem Selbsterhaltungsinteresse. Dem Sowjetsystem die Existenzberechtigung abzusprechen, wäre zwar moralisch diskutabel, politisch aber offensichtlich unsinnig, weil fruchtlos und handlungsblockierend. Die Einmischung solcher Werturteile in den rüstungskontrollpolitischen Dialog kann ihn nur erschweren, wenn nicht zum Scheitern bringen.

Eine weitere Folgerung aus solchen Überlegungen ist, daß man in der Beurteilung von Rüstungspolitik eben nicht zweierlei Maßstäbe anlegen darf. Man darf nicht unterstellen, daß die amerikanische Überlegenheit während der ersten 30 Nachkriegsjahre die Sowjets gefälligst nicht zu stören hatte, weil es schließlich eine Überlegenheit des „guten“ Westens war, während die sowjetischen Rüstungsanstrengungen in den 70er Jahren Ausdruck des Hegemonialstrebens des „bösen“ Ostens waren. Angesichts der ursprünglichen nuklearen Überlegenheit der USA war die sowjetische Rüstung lange Zeit objektiv eine „Nachrüstung“. Sie ist plausibel zu erklären, ohne daß man einen sowjetischen weltrevolutionären „master plan“ (Kissinger) annehmen mußte, wie Konservative das so gern tun. Natürlich geht die sowjetische Rüstung inzwischen in allen Bereichen weit über das zur Verteidigung Notwendige hinaus. Man sollte jedoch dreierlei berücksichtigen:

– Eine sowjetische Tendenz zur Überversicherung ist insofern verständlich (nicht entschuldigbar!), als die Beinahe-Katastrophe von 1941 in der Lebenserfahrung der jetzigen Führergeneration nach wie vor eine kaum zu überschätzende Rolle spielt.

– Rüstungswettläufe folgen generell einer Eigendynamik. Man orientiert den eigenen Bedarf nicht nur an dem, was der Gegner an Waffen und Optionen hat, sondern auch an dem, was er möglicherweise in der Zukunft erwerben könnte, wobei seine Fähigkeiten grundsätzlich hoch veranschlagt werden (worst case analysis).

– Man sollte die Rationalität selbst schwerwiegender Rüstungsentscheidungen nicht überschätzen. Es berührt eigenartig, wenn man einerseits Henry Kissinger sagen hört, daß „wir in den 50er und 60er Jahren einige Tausend Atomwaffen nach Europa brachten. Wir hatten, wohlgedacht, keine sehr genaue Vorstellung davon, was wir mit ihnen eigentlich sollten...“<sup>7)</sup>, andererseits aber der sowjetischen Mittelstreckenrüstung häufig ein außerordentliches Maß an Zielgerichtetheit und Rationalität unterstellt wird.

All das heißt nicht, daß der Westen sich mit jedweder sowjetischer Rüstungsmaßnahme abzufinden hat. Rüstungspolitische Saumseligkeit des Westens könnte die Sowjets sehr wohl veranlassen, sich Ziele zu stecken, die über die Absicherung ihrer Sicherheitsinteressen hinausweisen. Aggressions- und Gewaltbereitschaft hat der Sowjetstaat vor wie nach 1945 sattem Beweis; darüber darf man sich bei aller Bereitschaft, die Dinge auch aus sowjetischem Blickwinkel zu sehen, keiner Täuschung hingeben. Was aber geboten ist, ist ein nüchterner, leidenschaftsloser „approach“ bei der Beurteilung sowjetischer Rüstungspolitik und ihrer Implikationen für das strategische Gleichgewicht. Was es zu vermeiden gilt, ist eine Dämonisierung des Gegners und ein Sich-Hineinsteigern in zwanghafte Vorstellungen nach Art der „Raketenlücke“ der Kennedy-Jahre, Vorstellungen, die entstehen, wenn an die Stelle nüchterner Analyse Angst, ideologische Ressentiments und die abstrakten Gedankengänge der Planspielstrategen treten. Zu Recht bemerkt Richard J. Barnet: „Wenn Staatsmänner erst einmal begonnen haben, sich den Verlockungen der abgeschlossenen Welt strategischer Planspiele hinzugeben, verlieren sie die Berührung mit der Wirklichkeit.“<sup>8)</sup>

Wenn die Wirkung der eigenen Rüstungspolitik auf die Sowjets so vollständig ausgeblendet wird wie in den Äußerungen der eingangs zitierten Repräsentanten der Reagan-Administration, so kann umgekehrt die Wahrnehmung der sowjetischen Politik leicht zum Zerrbild geraten. Dann scheint ihr plötzlich eine aggressive Zielstrebigkeit innezuwohnen, die, obwohl tatsächlich nicht unbedingt gegeben, den Westen sehr leicht veranlassen kann, in vermeintlicher Reaktion seinerseits Fakten zu schaffen. Natur-

lich ist äußerstes Mißtrauen geboten, aber eben ein rationales Mißtrauen, das sich nicht völlig unwahrscheinlicher Prämissen bedient. Den Sowjets wird häufig – und absolut zu Recht – vorgeworfen, daß sie ihre Sicherheitsinteressen ungemein weitherzig definieren, zur Überversicherung neigen und sich dabei wenig um die Sicherheitsinteressen der anderen, d. h. westlichen Seite scheren. Völlig frei von solchen Neigungen sind aber auch die USA nicht, wie in jüngster Zeit insbesondere das MX-Programm illustriert. Was sollen die Sowjets eigentlich von einem Programm halten, das auf der Annahme fußt, daß sie einen Überraschungsschlag gegen die ortsfest verbunkerten amerikanischen Interkontinentalraketen (die nur 25 % des amerikanischen strategischen Potentials ausmachen) führen und dabei unterstellen könnten, daß die USA *nicht* mit den verbleibenden 75 % zurückschlagen würden? Welch eine wahnwitzige Risikobereitschaft wird hier der sowjetischen Führung unterstellt! Es sei unbestritten, daß der ehemalige Verteidigungsminister Brown in gewisser Weise Recht hatte, als er in seinem Jahresbericht 1981 schrieb: „Die Verwundbarkeit unserer Interkontinentalraketen ist nicht gleichbedeutend mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit für einen sowjetischen Überraschungsangriff. Aber die bedeutet, daß ein wesentlicher Teil der TRIADE (bestehend aus Atom-U-Booten, Atombombern und Interkontinentalraketen, Anm. v. U. S.) geschwächt und die Sowjets ermutigt würden, auch noch den Rest zu unterminieren.“<sup>3)</sup> Nur: die Bedrohung der TRIADE durch einen Entwaffnungsschlag ist vorerst recht fiktiv und wird es noch lange bleiben, während die USA im Begriff sind, in Reaktion auf diese antizipierte Bedrohung die Sowjets vor neue und höchst materielle Fakten zu stellen.

Da es sehr unwahrscheinlich ist, daß den Sowjets die offizielle amerikanische Rechtfertigung des MX-Programms plausibel erscheint, werden sie darin wohl einfach eine Erhöhung der vom nuklearen Potential der USA ausgehenden Bedrohung sehen und eine Notwendigkeit zur Verstärkung ihrer eigenen Rüstungsanstrengungen daraus ableiten – um so mehr, als sie die Einführung der MX, die wesentlich treffgenauer sein wird als die „Minuteman“, im weiteren Kontext der jüngsten Trends in der Rüstungspolitik und im strategischen Denken der USA sehen werden, Trends, die, grob gesagt, im Übergehen zu einer „counterforce strategy“ (Stichwort Presidential Directive 59) und der Einführung entsprechender Punktschlagwaffen (Pershing II, Trident II, vor allem aber der diversen Cruise-Missiles-Typen) bestehen.

Ein weiteres Auflisten der Sowjets unter dem Eindruck dieser Programme wird wiederum von den USA als erhöhte Bedrohung und Ausdruck aggressiven Vorherrschaftsstrebens erfahren werden usw. usw.

Mit der Ankurbelung des MX-Programms, mit dem das „Fenster der Verwundbarkeit“ (window of vulnerability) geschlossen werden soll, das angeblich durch die sowjetischen Rüstungsanstrengungen des letzten Jahrzehnts aufgestoßen wurde, nach Ansicht vieler kompetenter Fachleute aber eher in der Phantasie einiger Planspielstrategen als in Wirklichkeit existiert, befinden sich die USA in einer ähnlichen Situation wie ein Polizeichef, der auf jede Bewegung des verschanzten Geiselnähmers mit einer erneuten massiven und demonstrativen Verstärkung der polizeilichen Präsenz reagiert, selbst dann, wenn sich der Verbrecher lediglich „vernünftig“, d. h. zweckrational im Sinne seines Überlebens und Davonkommens verhält, z. B. indem er Vorkehrungen gegen einen Überraschungsangriff der Polizei trifft.

In diesem Sinne war auch die sowjetische Nuklearrüstung während der 70er Jahre „vernünftig“, zumindest streckenweise, denn wo sie ein Ausmaß erreichte, das westliche Reaktionen provozieren mußte, verdient sie dies Prädikat sicherlich nicht mehr uneingeschränkt. Wesentlich ist aber dies: wenn eine Macht den Rüstungsvorsprung ihres Todfeindes in zentralen Waffenkategorien wettmacht – und daß die USA noch vor einem Jahrzehnt klar überlegen waren, wird, wie wir eingangs gesehen haben, selbst von hartgesottenen Reagan-Leuten nicht bestritten – so handelt sie zunächst einmal einfach plausibel und „vernünftig“ im Sinne der Selbsterhaltung. Moralische Gesichtspunkte bleiben bei dieser Einschätzung, um es zu wiederholen, unberücksichtigt. Sie einzubeziehen hieße in letzter Konsequenz, die Sowjets zur Selbstaufgabe aufzufordern – sicherlich kein sehr fruchtbarer politischer Ansatz, so berechtigt er moralisch auch immer sein mag.

Die zentrale praktische Schlußfolgerung aus diesen Überlegungen ist, daß eine der beteiligten Seiten bewußt und demonstrativ zumindest vorübergehend auf eine Reaktion auf die jüngsten Maßnahmen des Gegners verzichten muß. Andernfalls wird der Rüstungswettlauf unvermindert weitergehen, zunehmend hektischer werden und, angesichts sich verfeinernder Waffentechnik und entsprechend differenzierter werdender Optionen, eine steigende Tendenz zur Destabilisierung des Gleichgewichts entwickeln. Solcher Verzicht ist selbstredend nur dann möglich, wenn ihn das Kräfteverhältnis ohne Gefährdung der eigenen Sicherheit erlaubt.



Ob dies derzeit der Fall ist, ist strittig. Die Reagan-Administration verneint, daß sich der Westen solchen Verzicht derzeit leisten könne.<sup>10)</sup> Andere, wie z. B. der ehemalige SALT-Unterhändler Paul Warnke, bejahen es und fordern Verhandlungen über einen „freeze“, d. h. über ein Einfrieren der nuklearen Rüstung auf dem derzeitigen oder einem zu spezifizierenden zukünftigen Stand.

Die Positionen beider Seiten nachzuzeichnen und zu diskutieren, würde an dieser Stelle zu weit führen. Wenn sich jedoch erhärten ließe, daß Warnke und seine Mitstreiter (insbesondere natürlich die Senatoren Kennedy und Hatfield) in ihrer Einschätzung des Kräftegleichgewichts der Wirklichkeit gerecht werden – und es spricht viel dafür, daß dem so ist<sup>11)</sup> – so sollte man sich durch berechnete moralisch-ideologische Vorbehalte gegenüber den Sowjets nicht davon abhalten lassen, den Freeze-Ansatz weiterzuverfolgen, nicht mit dem Ziel einer Verbrüderung mit den Sowjets, was aus moralischen Gründen untragbar wäre, sondern um die Konfrontation, wenn sie denn unabänderlich ist, auf eine Basis zu stellen, die gewährleistet, daß die Schwelle zum Krieg niemals überschritten wird.

#### Anmerkungen

1) Kissinger, Henry, NATO: The Next Thirty Years; zitiert aus: Survival, No. 6 (November/Dezember) 1979, Vol. XXI; vgl. insbesondere S. 265.

2) „The dynamic nature of the Soviet nuclear buildup demonstrates that the Soviet leaders do not believe in the concept of „sufficiency“.

3) „The Soviets increased their inventory of tanks to some 50.000, compared to just 11.000 American tanks. They transformed their navy from a coastal defense force to an ocean fleet. . . During a period when NATO deployed no new long-range theater nuclear forces, the Soviet Union deployed over 750 warheads on their new SS-20 missiles. And the Soviets increased their strategic nuclear delivery vehicles nearly six hundred percent. Is that restraint?“

4) „Twelve years ago the United States was substantially ahead of the Soviet Union in virtually every indicator of strategic power. . . Now, 12 years later, the Soviets are ahead of us in each of those same indicators. . .“

5) In der jüngeren Literatur überzeugend begründet vor allem von Keeny, Jr., Spurgeon M. und Wolfgang Panofsky, MAD versus NUTS, Can Doctrine or Weaponry Remedy the Mutual Hostage Relationship of the Superpowers?, in: Foreign Affairs, Winter 1981/82, Vol. 60, No. 2, S. 287–304.

6) Vgl. z. B. den Leitartikel von Johann Georg Reißmüller in der Frankfurter Allgemeinen vom 21. 4. 1982, S. 1.

7) „In the fifties and sixties we put several thousand nuclear weapons into Europe. To be sure, we had no very precise idea of what to do with them. . .“, Kissinger, H. a.a.O., S. 266.

8) „Once statesmen have been enticed into the hermetic world of war games, they lose touch with reality“, Barnett, Richard J., A Reporter at Large. The Search for National Security, in: The New Yorker vom 27. 4. 1981, S. 7.

9) „The vulnerability of our ICBMs does not mean an increased probability of a Soviet surprise attack. But it does mean that a significant part of the TRIAD would be eroded, and that the Soviets would be encouraged to undermine the rest of it“, Brown, Harold, Department of Defense, Annual Report, Fiscal Year 1981, S. 6.

10) Vgl. insbesondere die Broschüre „The Nuclear Freeze“, hrsg. vom State Department, Bureau of Public Affairs, am 13. 4. 1982.

11) Vgl. z. B. sein Interview in: Der Spiegel, Nr. 15 vom 12. 4. 1982, 36. Jg., S. 155–166.

12) Es sei nochmals auf den ausgezeichneten Beitrag von Keeny/Panofsky verwiesen (vgl. Anm. 5).

## Volker Kröning: Rechtliche Orientierungen deutscher Friedenspolitik

*Der Rechtsanwalt Volker Kröning, Jahrgang 1945, ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft und Mitbegründer der Studiengruppe Alternative Sicherheitspolitik.*

Nationale Selbstbestimmung, Gleichberechtigung in Europa und Dienst am Frieden sind die obersten Ziele, die das Grundgesetz in seiner Präambel dem

deutschen Volk in seinem westlichen Teilstaat setzt. Zusammen mit dem Bekenntnis zu den Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt leiten sie die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Die Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen, die Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit zur Wahrung des Friedens und der Beitritt zu einer Schiedsgerichtsbarkeit zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten sind die wichtigsten Mittel, die das Grundgesetz der Bundesrepublik für ihre Friedenspolitik gibt. Die Väter der Verfassung haben dies

ausdrücklich als „Vorleistung“ bezeichnet. Beispiele – wenn auch noch unvollkommen – sind die Europäische Gemeinschaft, die Vereinten Nationen und der Internationale Gerichtshof.

*Das Grundgesetz „... besagt, was geschehen sollte und was noch nicht geschaffen werden konnte.“*

*Carlo Schmid, 6. Mai 1949*

Die Einbeziehung der allgemeinen Völkerrechtsregeln in das staatliche Recht bekräftigt das Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen für alle Staatsorgane und Bürger der Bundesrepublik. Das gleiche gilt für das Recht jedes – und damit auch unseres – Staates zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, das die Teilnahme an Militärbündnissen wie dem Nordatlantikpakt und der Westeuropäischen Union zuläßt.

Gewalt ist in erster Linie – aber nicht nur – militärische Gewalt. Formen nichtmilitärischer Gewalt fallen nicht unter das Gewalt-, sondern das (bisher weniger starke) Interventionsverbot. Das Selbstverteidigungsrecht ist völker- und verfassungsrechtlich durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit begrenzt, dem auch Struktur und Einsatz der Verteidigungskräfte im Frieden, in einer Krise und in einem Krieg genügen müssen.

Auswärtige Gewalt und Verteidigung – einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung – sind an Gesetz und Recht, insbesondere an den Schutz des Lebens und der freien Entfaltung der Menschen gebunden. Staatliche Akte oder private Tätigkeiten, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, sind verfassungswidrig; Vereinigungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten. Das Parlament hat auf jenen Gebieten – bis hin zu Umfang, Organisation und Ausrüstung der Streitkräfte, den Dienstpflichten und der Herstellung und Verbreitung von Kriegswaffen – besondere Kontroll- und Gestaltungsrechte. Noch der Spannungs- und der Verteidigungsfall und die Maßnahmen, die zur Abwehr einer äußeren Gefahr erforderlich sind, stehen unter dem Primat des Rechts und der Politik.

Dem Bruch mit der Vergangenheit und der Zukunftsoffenheit, die das Grundgesetz markiert, stehen allerdings Bindungen gegenüber, die ihren historischen und rechtlichen Grund in der Kapitulation von 1945 und den außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der Bundesrepublik bis 1955 haben.

#### Defizite westdeutscher Souveränität

Der Deutschlandvertrag von 1955 beendete zwar das Besatzungsregime und gewährte dem neuen Staat innere und äußere Souveränität. Die Bundesrepublik mußte sich aber gegenüber den drei westlichen Siegermächten damit einverstanden erklären, daß vom Inkrafttreten der Abmachungen über den deutschen Verteidigungsbeitrag an Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivstärke wie zur Zeit jenes Inkrafttretens in der Bundesrepublik stationiert werden dürfen. Dem „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik“ traten auch die übrigen Staaten, die damals Streitkräfte in der Bundesrepublik unterhielten, bei (Belgien, Dänemark, Kanada, Luxemburg und Niederlande).

Die Effektivstärke der in der Bundesrepublik stationierten Truppen darf nach diesem Vertrag mit Zustimmung der Bundesregierung jederzeit erhöht werden. Das gleiche gilt für den Aufenthalt zusätzlicher Streitkräfte zu Übungszwecken bis zu einer Höchstdauer von jeweils 30 Tagen. Das Recht der drei Westmächte, ihre Streitkräfte das Bundesgebiet auf dem Weg in irgendeinen Mitgliedsstaat der NATO betreten und durchqueren zu lassen, richtet sich danach, was zwischen diesen Staaten „üblich“ ist oder mit Wirkung für alle Mitgliedsstaaten im NATO-Rat „vereinbart“ wird. – Über Art und Umfang der Bewaffnung der ausländischen Truppen sagt der Stationierungsvertrag nichts. Es gibt jedoch Vereinbarungen über die Ausrüstung mit Waffen, die nicht veröffentlicht sind. Die Einführung wesentlich neuer Waffensysteme dürfte von neuen Abmachungen – zumindest von einer Zustimmung der Bundesregierung – abhängen.

Die Rechte, die sich die drei Mächte auch nach Abschluß der Wehrgesetzgebung 1968 vorbehalten haben, betreffen einmal die von ihnen bis zur Beendigung des Besatzungsregimes ausgeübten und innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung und einer friedensvertraglichen Regelung, zum anderen die von den drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland, soweit sie für die Ausübung der Vorbehaltsrechte erforderlich sind.

Der Deutschlandvertrag gilt unbefristet und sieht unter bestimmten Voraussetzungen der deutschen und europäischen Entwicklung eine Überprüfung vor. Der Stationierungsvertrag tritt mit einem Friedensvertrag oder bei Einvernehmen zwischen den Unterzeichnerstaaten außer Kraft.

## NATO und WEU

Die Militärbündnisse, denen die Bundesrepublik im Gegenzug zur Erlangung ihrer (begrenzten) Souveränität beitrug, sind Handlungssysteme von größerer Offenheit (aber auch Bindung), als bisher von Politik und Öffentlichkeit beachtet worden ist. Die Beistandspflicht in der NATO ist weit gefaßt. Die Entscheidung, ob ein bewaffneter Angriff vorliegt und welche Maßnahmen erforderlich sind, liegt – im Rahmen der vertraglichen Konsultation in Notsituationen und auf Verlangen der betroffenen Partei – in der nationalen Zuständigkeit und im politischen Ermessen der einzelnen Bündnispartner. Das gleiche gilt für die Pflicht, das jeweilige nationale Verteidigungspotential zu erhalten und auszubauen und sich bei der Erfüllung dieser Pflicht gegenseitig zu unterstützen. Die – in der Regel vom Verteidigungsausschuß vorbereiteten – Beschlüsse des Rates sind Empfehlungen mit vorheriger Selbstverpflichtung der vertretenen Regierungen (z. B. im Falle von Mehrjahresplänen oder weitreichenden Produktions- und Stationierungsvorhaben). Der Rat hat keine Möglichkeit, Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten zu verhängen, die einer eingegangenen Verpflichtung nicht nachkommen.

Auf der Basis der ständigen außen- und verteidigungspolitischen Konsultation hat sich eine militärische Organisation und Planung von erheblicher Stärke und Eigendynamik entwickelt. Den – erst nach dem Beitritt der Bundesrepublik geschaffenen – Obersten Alliierten Kommandos (Europa, Atlantik, Ärmel-Kanal) obliegt in Friedenszeiten die operative Planung (Dislozierungen, Organisation, Ausbildung, Logistik, Ausrüstung), in Spannungszeiten und vor allem mit Beginn von Kampfhandlungen der Vollzug dieser Planung, d. h. die operative Führung. Die Zuordnung der in Europa stationierten Streitkräfte der Bündnispartner („Assignierung“) ist rechtlich ein einseitiger, auf Grund eigenständiger nationaler Entscheidung getroffener Akt der einzelnen Mitgliedsstaaten, der selbst im Falle eines Krieges rückgängig gemacht werden kann.

In Spannungszeiten und spätestens mit Kriegsausbruch geht jedoch die Entscheidungsgewalt über die assignierten Streitkräfte von den nationalen Behörden auf die alliierten Führer über. Eine Schlüsselstellung hat der Befehlshaber Europa. Er ist zugleich Oberkommandierender der amerikanischen Streitkräfte in Europa. Außerdem ist er in ein nationales amerikanisches Führungssystem einbezogen, das im nuklearen Bereich nicht nur die amerikanischen Verbände erfaßt, sondern das Führungssystem der

NATO-Streitkräfte insgesamt ergänzt und überlagert. Mit dem Inkrafttreten des sog. „operational command“ beginnt die Unterstellung für den Einsatz, d. h. die Befehlshaber erteilen Aufträge und überwachen ihre Erfüllung bis zur taktischen Führungsebene (einschließlich der Veränderung der Dislozierungen und Unterstellungen). Doch sogar die Auslösung des Alarmsystems unterliegt rechtlich der Entscheidungsgewalt der einzelnen Regierungen.

Mit der Aufnahme in die NATO unterwarf sich die Bundesrepublik im Rahmen der WEU gegenüber deren Mitgliedsstaaten einem damals wie heute bedeutsamen absoluten Produktionsverbot – nämlich für A-, B- und C-Waffen – und zahlreichen Produktionsverboten mit Genehmigungsvorbehalt, die jedoch inzwischen in vielen Fällen gelockert sind (z. B. bei Kriegsschiffen). Die allen Mitgliedsstaaten auferlegten Höchstgrenzen an Truppen schöpfte die Bundesrepublik im Dienste der gemeinsamen westlichen Verteidigung aus.

Aus der militärischen Integration der NATO (die die der WEU überlagert) kann jeder Mitgliedsstaat durch schlichte Mitteilung ausscheiden. Auch die Assignierung der Streitkräfte bildet keine Übertragung von Hoheitsrechten auf eine zwischenstaatliche Einrichtung. Die politische Mitgliedschaft in der NATO ist mit Ablauf eines Jahres nach Mitteilung gegenüber der Regierung der USA kündbar. Der WEU-Vertrag gilt bis 1998.

## Ost- und Deutschlandpolitik

Der Friedenspolitik der Bundesrepublik haben sich auf der Grundlage der außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen der 50er Jahre im Laufe der 70er Jahre zwei weitere Dimensionen erschlossen: die Ergänzung von Bündnis und Verteidigung des Westens durch Entspannung und Zusammenarbeit mit dem Ziel gemeinsamer Sicherheit in ganz Europa und die Ergänzung von Kriegsverhütung durch Abschreckung um Kriegsverhütung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung, die dem Gewaltverbot erst einen angemessenen Platz im Prozeß der Friedenssicherung gibt.

Mit den Verträgen von Moskau und Warschau und dem Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten hat sich die Bundesrepublik – ebenso wie ihre Vertragspartner – verpflichtet, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten, ihre Grenzen als unverletzlich anzusehen und keine Gebietsansprüche geltend zu machen. Dies gilt auch – und ist besonders bekräftigt worden – im Verhältnis zur

DDR. Alle früher abgeschlossenen Verträge der Parteien sind unberührt geblieben; das betrifft die vierseitigen Abkommen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges ebenso wie die Verträge der Bundesrepublik mit den Westmächten, vor allem den Deutschlandvertrag. Alle vier Mächte haben diese Politik mit dem Viermächte-Abkommen für Berlin um einen wesentlichen Bestandteil ergänzt.

Die Verträge konkretisieren das völkerrechtliche Gewaltverbot im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, Polen und der DDR; die ausdrückliche Bezugnahme auf das Gewaltverbot gibt ihm in beiden Richtungen eine besondere Rechtsqualität. Die Bundesrepublik darf auch nicht an einer Politik anderer Staaten mitwirken, die die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit ihrer östlichen Nachbarstaaten zu verändern oder beeinflussen versucht. Ebenso berechtigt ist die Bundesrepublik, von ihren Nachbarn zu fordern, daß ihr Status respektiert wird wie der anderer Staaten. Ohne Überwindung der rechtlichen (und faktischen) Reste des wechselseitigen Feindbildes ist ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit in Europa ohne Aussicht.

Der Grundvertrag bezieht sich ausdrücklich auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker, doch ohne die – auch völkerrechtlich streitige – Definition des Selbstbestimmungsrechts zu klären. Es ist kein Verstoß gegen Völkerrecht, daß die Organe der Bundesrepublik weiterhin – in Übereinstimmung mit der Präambel des Grundgesetzes – das politische Ziel der Wiedervereinigung verfolgen und sich daran – entsprechend dem Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts – gebunden fühlen. Doch eine Regelung über die deutsche Einheit bzw. einen Frieden mit Deutschland – also den Restinhalt der aus dem Ergebnis des Zweiten Weltkrieges folgenden Viermächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten – braucht nicht mit einem Gesamtdeutschland getroffen zu werden, sondern kann auch mit beiden deutschen Staaten getrennt zustande kommen. Dies entspricht dem politischen Konsens der Bundesrepublik, daß Freiheit und Frieden der Einheit vorgehen.

Als einziger der Ostverträge spricht der Grundvertrag deutlich von den Zielen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, ihrer Bedeutung für die Sicherheit des Friedens und ihrem Zusammenhang mit der Sicherheit der beteiligten Staaten. Dies ist bei Unterzeichnung des Vertrages durch eine mündliche Vereinbarung über entsprechende politische Konsultationen noch betont worden. Die mehrseitigen Ver-

handlungen auf UN-, MBFR- und KSZE-Ebene bieten unmittelbare Gesprächsmöglichkeiten über die Blockgrenzen hinweg. Auf die zweiseitigen Verhandlungen zwischen den Großmächten können die beiden deutschen Staaten nur begrenzt und vorwiegend innerhalb der Bündnisse einwirken. Dennoch bleibt der Grundvertrag von allen Verträgen der Bundesrepublik nicht nur die konkreteste Perspektive einer Friedensordnung in Europa, sondern auch einer blockübergreifenden Politik, die für alle Staaten in Europa bedeutsam ist.

#### **Völkerrecht als Recht friedenssichernden Wandels**

Die friedenspolitischen Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik zeigen sich heute an Entwicklungen der internationalen Politik und des Völkerrechts, die von den Beschränkungen ihrer Souveränität unabhängig sind und weit über ihre Bindungen an den Westen hinaus weisen. Das Grundgesetz ist dabei als Handlungsmuster einer friedenssichernden Politik überraschend aktuell, auch wenn – oder weil – die Nachkriegsgeschichte anders verlaufen ist als 1949 entworfen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Völkerrechtsentwicklung der 60er und 70er Jahre, die es heute in praktischer Politik zu bewahren und zu bewähren gilt, sind:

(1) die „Grundsätze des Völkerrechts betreffend die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen“, nach mehr als zehnjähriger Vorarbeit 1970 von der Generalversammlung einstimmig beschlossen (Gewaltverbot, Prinzip der friedlichen Streitbeilegung, Interventionsverbot, Pflicht zur Zusammenarbeit, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Prinzip der souveränen Gleichheit, Prinzip des guten Glaubens) und in der Schlußakte von Helsinki 1975 für die Region Europa um drei Prinzipien erweitert worden sind (Unverletzlichkeit der Grenzen, territoriale Integrität der Staaten und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten); (2) die Politik der Kriegsverhütung und Friedenssicherung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Massenvernichtungsmittel und nach den Kategorien: Herstellungsverbot (Konvention über bakteriologische und Toxin-Waffen 1972), Einsatzverbot (Genfer Protokoll über chemische und biologische Kampfmittel 1925 – inzwischen Gewohnheitsrecht; Diskussion über Verbot des Ersteinsatzes von Atomwaffen), Verbreitungsverbot (Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen 1968 – von der Bundesrepublik 1974 ra-

tifiziert; Antarktis-Meeresboden- und Weltraumvertrag), Testverbot (Teststop-Abkommen 1963 und Testschwellenvertrag 1974), Rüstungsbegrenzung und -verminderung für bestimmte Waffen (MBFR, SALT/START), Schaffung atomwaffenfreier Zonen (Vertrag für Lateinamerika und Pläne für Afrika, den Indischen Ozean und – neuerdings wieder – Europa), militärische Vertrauensbildung (KSZE, KAE) und Sondergeneralversammlungen der Vereinten Nationen über Abrüstung (1978 und 1982); (3) die Protokolle der „Genfer Konferenz zur Neubestätigung und Weiterentwicklung des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts“ – von 1974 bis 1977 erarbeitet und auch von der Bundesrepublik unterzeichnet (jedoch noch nicht ra-

tifiziert) –, die der Anwendung bewaffneter Gewalt zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie der Gefangenen und Verwundeten in einem Krieg absolute Grenzen zu setzen und durch Bestimmung verhältnismäßiger Methoden und Mittel bewaffneter Gewaltanwendung humanitären Schutz und „militärische Notwendigkeit“ zum Ausgleich zu bringen suchen.

Diese rechtlichen Dimensionen versprechen Friedenspolitik und Friedensbewegung neue Impulse. Sie sind – jenseits aller innen- und außenpolitischen Kontroversen über Ziele, Wege und Motive – ein Orientierungsrahmen unserer Entspannungs-, Abrüstungs- und Verteidigungspolitik.



## Ein einzigartiges Zeitdokument: Die bedeutendsten Reden Helmut Schmidts aus dem letzten Jahr seiner Kanzlerschaft

Helmut Schmidt  
**Freiheit verantworten**  
400 Seiten, Leinen, 38 DM

„Freiheit verantworten“ dokumentiert alle wesentlichen Äußerungen Helmut Schmidts aus den letzten eineinhalb Jahren seiner Amtszeit als Bundeskanzler. Vier große Themen beinhaltet dieser Band: die Diskussionen zur Friedenspolitik und zur Friedensbewegung, die Auseinandersetzung mit der FDP, den Kampf um die Freiheit der eigenen Partei, das innen- und außenpolitische Ringen um die Bewältigung der Wirtschaftskrise. Reden zur Kunst und Kulturpolitik beweisen die Sensibilität von Helmut Schmidt. Dieses einzigartige Zeitdokument belegt die Gradlinigkeit der Politik dieses Kanzlers und die Glaubwürdigkeit seines Versprechens bei seinem Abschied: „Jedermann darf und muß mit unserer Stetigkeit rechnen“.

**ECON**

Postfach 9229  
4000 Düsseldorf 1

In jeder Buchhandlung!



## SOZIALISTISCHE INTERNATIONALE

### Karl-Ludolf Hübener SI in Albufeira

*Der ehemalige Redakteur der „Neuen Gesellschaft“, Dr. Karl-Ludolf Hübener, Jahrgang 1940, war von 1976 bis Ende 1982 verantwortlicher Projektleiter der „Nueva Sociedad“ in Caracas/Venezuela und ist heute als freier Journalist tätig. Veröffentlichungen: zahlreiche Artikel in Zeitschriften und Zeitungen zu Problemen Lateinamerikas und der Entwicklungspolitik; s. a. seine Beiträge in der NG.*

„Die Welt sieht wahrlich nicht heller aus, seit wir uns vor zweieinhalb Jahren in Madrid zu unserem vorigen Kongreß getroffen haben.“ Willy Brandts einleitender Satz auf dem XXI. Kongreß der Sozialistischen Internationalen in Albufeira/Portugal vom 7.-10. April war ein deutlicher Hinweis, daß auch für Sozialdemokraten und Sozialisten unbequemere Zeiten begonnen haben. Wettüben, Weltwirtschaftskrise, Naher Osten, Zentralamerika sind nur einige Stichworte für Krisen und Konflikte, in die Mitgliedsparteien der SI direkt oder indirekt verwickelt sind. Der Mord an Isam Sartawi von der PLO unterstrich die eher düsteren Aussichten.

Schon während des Madrider Kongresses deutete sich an, daß Entspannungs- und Rüstungskontrollpolitik schwieriger werden würden. Die Wahl Ronald Reagans 1980 zum amerikanischen Präsidenten mit der Folge einer gewaltigen Aufblähung des US-Militärhaushalts und die folgende Verhärtung sowjetischer Positionen markierten die Wende zu verstärkter Aufrüstung und einem Wiederaufleben des vergessenen geglaubten Kalten Krieges. Auf der anderen Seite wuchsen die Friedensbewegungen.

Da sich die SI als weltweite Friedenspartei versteht, nahm die Diskussion über Abrüstung und Frieden – wie schon bei früheren Sitzungen – einen breiten Raum ein.

„Jahre der Enttäuschung“ heißt denn auch ein Untertitel in der Abrüstungsresolution. Und in vielen Beiträgen klang durch, daß den Verhandelenden die Zeit unter den Händen zerrinnt. Die Debatte konzentrierte sich auf die Genfer Verhandlungen, die „von entscheidender Bedeutung für die gesamte

internationale politische und militärische Entwicklung“ (SIDAC-Resolution) sind. An abschließende erfolgreiche Gespräche mag wohl so recht keiner mehr glauben, denn die Supermächte seien wohl von ihren maximalen Positionen abgerückt, aber das sei nicht genug, meinte Egon Bahr. Der Kongreß appellierte an die beiden Großmächte, so schnell wie möglich zu einer Übereinkunft zu kommen. Aber eine für beide Seiten annehmbare Zwischenlösung ist derzeit nicht wahrscheinlich, weshalb Bahr einen Schritt weiterging:

„Wenn in der nächsten Verhandlungsrunde – Mitte Mai – die Umrisse einer Einigung nicht sichtbar werden, kann der Augenblick kommen zu überlegen, ob nicht wenigstens ein weiteres Jahr ins Auge gefaßt wird, um den Verhandlungen eine Chance zu geben – natürlich ohne daß während dieser Zeit neue oder weitere Stationierungen erfolgen.“

Bevor die Abrüstungsresolutionen verabschiedet werden konnten, waren allerdings noch einige französische Einwände zu verkräften. Die Sozialistische Partei Frankreichs entwickelt sich mehr und mehr zu einem Gegenpol, der im Bereich der Ost-West-Beziehungen manchmal eher auf der Linie der US-Regierung liegt, so daß Kompromißformeln immer schwerer zu finden sind. So ist es auch zu erklären, weshalb die Friedensbewegungen, mit denen wichtige SI-Parteien sympathisieren, in den Dokumenten des Albufeira-Kongresses „unter ferner liefen“ eingeordnet sind. Die Mitterrand-Partei wittert hinter diesen Bewegungen einseitige Interessen. Mit den Abrüstungspapieren waren aber schließlich alle zufrieden, lassen sie doch einiges an Interpretationen offen.

Echte Sicherheit werde es aber erst geben, wenn das militärische Wettüben durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ersetzt wird – so die SI, die sich verstärkt der schlimmsten Wirtschaftskrise der letzten fünfzig Jahre annimmt. Im Manifest von Albufeira, das von „großer Angst und großer Hoffnung“ geprägt ist, wird bemerkenswerte Selbstkritik geübt: „Es gab euphorische Illusionen über einen gewandelten Kapitalismus, die Idylle eines endlosen Wachstums, das immer mehr Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Nationen hervorbringen würde, ohne unbequeme ernsthafte institutionelle Änderungen erforderlich zu machen.“ Und „dies ist nun ein Trümmerhaufen“. Aber auch die kommunistische Staatenwelt wird von heftigen Krisen geschüttelt, weshalb der Kongreß zu dem Schluß kam, daß die sozialistische Ideologie die einzige sei, „die sowohl den Völkern der Dritten Welt als auch denen der Industrienationen Hoffnung bringen kann. Sie ist

auch der einzige Ansatz, der gleichermaßen die Notwendigkeit von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Achtung der Menschenrechte berücksichtigt.“ Da die SI sich nicht als Vorstandsetage für die in aller Welt verstreuten Parteifilialen verstehen will, wurde kein detaillierter Plan für die Lösung der Krise vorgelegt, sondern versucht, neue Richtungen anzudeuten. Vorgeschlagen wird ein Acht-Punkte-Programm als Rahmen für sozialistisches Handeln (s. S. 433 f.).

- Sicherlich ist es wichtig und erfreulich,
- daß sich die SI die Forderung der Palme-Kommission zu eigen macht, die größeren Nationen sollten fünf Prozent der durch echte Abrüstung eingesparten Gelder für internationale wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt bereitstellen;
  - daß es keine Frage ist, ob es Planung geben wird, sondern nur, wer planen wird und wie geplant wird;
  - daß Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Ressourcen in wirklich produktive Investitionen zu leiten und um der „kapitalistischen Verschwendung Einhalt zu gebieten“;
  - daß Einkommen und Wohlstand umverteilt werden sollen, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik Hand in Hand gehen sollen;
  - daß Arbeitstag, Arbeitswoche, Arbeitsjahr und Arbeitsleben verkürzt werden sollen
  - und daß klipp und klar gesagt wird, „daß die Wirtschaftskrise der achtziger Jahre nicht in den Vorstandsetagen überwunden werden kann, sondern daß man ihr mit der Ausdehnung des demokratischen Prinzips auf allen Ebenen der Gesellschaft und auf die Weltwirtschaft selbst begegnen muß“.

Aber weshalb wird dann so vage verlangt, daß eine gewisse demokratische und soziale Kontrolle über die Macht der multinationalen Gesellschaften erzielt werden soll? Und ist es richtig beobachtet, daß viele erst seit kurzem unabhängige Nationen Gefahr laufen, in Abhängigkeit von den reichen Ländern und verschiedenen internationalen Organisationen zu geraten? Ist es vielmehr nicht so, daß die weltweite Rezession unzweideutig offenlegt, wie abhängig die Dritte Welt trotz Dekolonialisierung immer war?

Fraglich ist deshalb auch, ob die katastrophale Finanzkrise der Entwicklungsländer mit der Umstrukturierung der unerträglichen Zinslast und Umschuldungsaktionen bewältigt werden kann. Auch während der sogenannten Boomzeiten zeigte die Verschuldung der Dritten Welt stets steigende Tendenz an. Brasilien sei nur als Beispiel für viele andere Leidensgenossen genannt. Die Schuldenlast wurde auch damals nie gestoppt, geschweige denn abgebaut. Die

von Jamaikas Ex-Premier Michael Manley geleitete Arbeitsgruppe der SI wird sich mit der immensen Verschuldung und ihren Konsequenzen sicherlich künftig noch intensiver beschäftigen müssen. Warum nicht die *Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen* fordern? Denn für demokratische Sozialisten kann die Abstimmungsregel des Internationalen Währungsfonds – je reicher, desto mehr Stimmen – kaum gerechtfertigt sein.

Die Zeit drängt, wie schon in zahlreichen Resolutionen der SI in Albufeira unterstrichen worden ist. Die noch bestehenden Demokratien in Lateinamerika, Afrika und Asien sind in Gefahr, denn der wirtschaftliche und soziale Spielraum der Regierenden wird angesichts der drückenden Schulden immer mehr eingeengt. An der Krise droht „die – nicht selten ohnehin fragile – politische Stabilität vieler Entwicklungsländer zu zerschellen.“ (Willy Brandt) Abgesehen von tiefgreifenden Reformen im Weltwirtschaftssystem müßte binnenwirtschaftlich besser geplant werden, was häufig ohne Verstaatlichung oder Sozialisierung von Schlüsselindustrien oder Rohstoffproduktion nicht möglich ist. Aber die Kassen sind leer, für Entschädigungen ist nichts übriggeblieben. Über die Verschuldung ist die Wirtschaft der Dritten Welt vorläufig noch fester im eisernen Griff der Industrienationen, der Ausweg über eine Reformpolitik à la Allende in Chile verbarrikadiert.

Die vom Internationalen Währungsfonds auferlegten Maßnahmen müßten als „undemokratisch“ und „als eine Manifestation wirtschaftlicher Unterdrückung“ angesehen werden, meint die SI in ihrer Lateinamerika-Resolution. Im Positionspapier der Manley-Arbeitsgruppe wird darauf verwiesen, daß die RGW-Staaten für ihre Verbündeten und Freunde Hilfsprogramme hätten. Auch einige konservative Regierungen hätten für die ihr freundlich gesinnte Klientel vorteilhafte Programme zurechtgeschneidert. Zwischen Regierungen, an denen SI-Mitgliedsparteien beteiligt seien, aber existierten keine entsprechenden Abmachungen. Daraus zog die Arbeitsgruppe den Schluß, eine Art „Mini-Weltwirtschaftsordnung“ unter demokratischen Sozialisten voranzutreiben.

Ein Drittel aller Waffen für die Dritte Welt – allein 30 Milliarden Dollar waren es insgesamt im vergangenen Jahr – gehen in den Nahen Osten, einer Konfliktzone, in der die SI auf beiden Seiten steht: Arbeiterpartei und MAPAM aus Israel und die Progressive Sozialistische Partei aus dem Libanon sind Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale. Die SI hat unter Leitung von Mario Soares in

den vergangenen Jahren drei Missionen in den Nahen Osten geschickt. Auch sie versuchten die Möglichkeiten einer friedlichen politischen Lösung zu erkunden, die sich nach wie vor als schwierig erweist. Die SI setzt auf die gemäßigten Kräfte in Israel und den arabischen Ländern: „Die Sozialistische Internationale schaut in diesem Zusammenhang mit großer Besorgnis auf die wachsende Flut verschiedener extremistischer Bewegungen in islamischen Ländern und in Israel wie auch auf die massive Dislozierung hochentwickelter Waffen in diesem Gebiet.“

Die SI ist der Ansicht, daß die Anerkennung des „Rechtes des Libanon, als vollständig unabhängiger und souveräner Staat zu bestehen“, ein erster Schritt in Richtung Frieden sei. Zu diesem Zweck müßten die Israelis und die palästinensischen und syrischen Truppen unverzüglich den vollständigen Rückzug aus diesem Land antreten. Während die SI das Recht Israels, in einem eigenen Staat in Sicherheit zu leben, und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und Heimatland anerkennt, ist hinsichtlich der PLO nur eine Kompromißformel möglich. Die Anerkennung war nicht durchzusetzen, und die SI bleibt damit hinter der UNO zurück: Es sei allein Sache des palästinensischen Volkes, seine legitimen Vertreter zu bestimmen, und es sei nicht Aufgabe der SI, als Organisation zu entscheiden, ob die PLO die legitime Vertretung des palästinensischen Volkes sei. Im Falle der SWAPO Namibias war die Internationale allerdings nicht so vorsichtig.

Südafrika, Namibia und die Nachbarstaaten nehmen im Manifest einen breiten Raum ein: „In den letzten Jahren hat das rassistische Regime die Subversion und Destabilisierung unabhängiger Nachbarstaaten verstärkt. Namibia, Angola, Mozambique, Lesotho, Zimbabwe und Sambia sind alle Gegenstand militärischer und politischer Übergriffe durch Südafrika gewesen, das verzweifelt versucht, eine illegale Hegemonie im südlichen Afrika aufrechtzuerhalten.“ Pretoria nimmt bewußt in Kauf, daß sich junge Staaten, die noch die Lasten der Kolonialen Zerstörungen und der Unabhängigkeitskriege mit sich herum-schleppen, sozial und wirtschaftlich nicht vom Fleck kommen und vor dem Ruin stehen. Das Manifest: „Diese Unterdrückung und bewaffnete Konfrontation stellt die übrige Welt vor die entscheidende Wahl zwischen Afrika oder Südafrika.“

Die SI setzt sich deshalb für die politische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen, der unabhängigen Gewerkschaften und der Opfer der

Apartheid, verstärkte Wirtschaftshilfe für die Frontstaaten, verstärkte Solidaritätsarbeit mit dem Volk von Namibia und Südafrika – und verbindliche UN-Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ein.

Die Geschichte der UN-Sanktionen ist aber eher die traurige Geschichte des Scheiterns. Auch demokratische Sozialisten an der Regierung haben nicht immer den von den Afrikanern geforderten Druck auf das südafrikanische Rassistenregime ausgeübt. Die wirtschaftlichen Eigeninteressen ließen oft nur verbale Proteste zu.

In Arusha/Tansania hat die SI im Juni die Chance, ihr Engagement für die Unterdrückten in Südafrika und Namibia zu bekräftigen, geht aber auch das Wagnis ein, daß konkrete harte Vorschläge zur Bekämpfung des Pretoria-Regimes an der Umsetzung durch die einzelnen SI-Parteien, insbesondere in Europa, gemessen werden. Der Verweis auf die Souveränität der einzelnen Mitglieder könnte leicht als faule Ausrede gewertet werden.

Wenig begeistert zeigt sich die Sozialistische Partei des Senegal von der Unterstützung einiger Frontstaaten durch einige SI-Parteien. Ihr und insbesondere Leopold Senghor sind einige Regierungen zu radikal, oder sie sind gar als kommunistisch einzuschätzen. Senghor hatte mit seiner „Interafricaine Socialiste“ eine Regionalorganisation der SI für Afrika aufbauen wollen. Offensichtlich behagt vielen SI-Mitgliedern aber nicht die Zusammensetzung der Interafricaine, sind in ihr doch vorwiegend zentristisch bis konservativ orientierte Parteien versammelt, denen ein Engagement für den demokratischen Sozialismus schon aufgrund ihrer Regierungspraxis kaum geglaubt wird. Die Interafricaine Senghorscher Prägung stand schon mehrfach auf der Tagesordnung der SI, aber stets wurde dieser Diskussionspunkt vertagt oder eher vage angesprochen. Interafricaine und Frontstaaten lassen sich auch nur schwer auf einen politischen Nenner bringen.

Die SI als internationale Friedensbewegung unterstreicht die Priorität politischer Lösungen. Das gilt für den Nahen Osten, für Afghanistan wie für Zentralamerika. Die mittelamerikanische Region bereitet derzeit mehr als Kopfzerbrechen, denn die Mehrzahl der Dritte-Welt-Parteien in der SI kommt aus Lateinamerika und der Karibik und einige Parteien und Freunde sind direkt in die Konflikte verwickelt. Hier trifft die SI unmittelbar auf US-amerikanische Interessen, nachdem Ronald Reagan offiziell Zentralamerika vom ehemaligen „Hinterhof“ der USA zum sicherheitspolitischen „Vorgarten“ befördert hat.



Bei uns bleibt beim  
Tapezieren immer  
was hängen.



Keiner unserer Kunden ist wie der andere.  
Für jeden finden wir eine individuelle Lösung.  
Zum Beispiel den BfG-Kapitalsparbrief für die

mittelfristige Geldanlage. Der wirft Jahr für Jahr  
gleichbleibend hohe Zinsen ab, die man nur noch  
einzustreichen braucht.

*Fordern Sie uns.*

**BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.**

**Willy Brandt:  
Internationalismus ist heute  
wichtiger denn je  
Rede zur Eröffnung des SI-Kongresses  
in Albufeira, 7. April 1983**

**I.**

Die Welt sieht wahrlich nicht heller aus, seit wir uns vor zweieinhalb Jahren in Madrid zu unserem vorigen Kongreß getroffen haben. Die Kräfte der sozialen Demokratie, des demokratischen Sozialismus, haben es in dieser Zeit gewiß nicht leicht. Um so mehr freuen wir uns über die stolzen Erfolge, die unsere Parteien haben erringen können: in Frankreich und in Spanien, in Schweden, Finnland und in Griechenland, in der Dominikanischen Republik, in Costa Rica, vor wenigen Wochen erst in Australien.

Leider fehlt es auch nicht an Rückschlägen. Wir wollen uns dadurch nicht entmutigen lassen. Prüfen wir statt dessen immer wieder neu, wie wir die Kraft unserer Ideen, unserer Moral und unseres politischen Gestaltungswillens so bündeln können, daß Frieden, Freiheit und Solidarität dadurch gestärkt werden.

Wirklichkeitsfremder Optimismus liegt uns fern; er hilft nur unseren Widersachern. Wir wissen: die Weltkarte weist weiterhin viele, zu viele weiße (oder unterschiedlich gefärbte) Flecken auf, in denen freier, demokratischer Sozialismus noch immer keine Chance erhält. Auch heute, 1983, leidet die Welt unter einer Vielzahl autoritärer Regime und blutiger Diktaturen, die sich dem Freiheitsdrang ihrer Bürger in den Weg stellen und sie in ihrer Würde erniedrigen. Die Befreiung des Menschen von Not und Blend ist universell noch immer nur eine Forderung und längst keine Realität.

Was wir repräsentieren, entspricht der Hoffnung vieler: deshalb sollten wir diesen Kongreß nutzen, um unsere Ziele neu zu bestimmen und die Ausstrahlungskraft unserer Internationale zu stärken.

Wir hatten gehofft, diesmal in Sydney tagen zu können. Ich denke, es wird sich uns bald eine andere Gelegenheit bieten, die Verbundenheit mit unseren Freunden in Australien und Neuseeland – und darüber hinaus in der pazifisch-asiatischen Region, nicht zuletzt in Japan – zu bekräftigen. Nun sind wir in Portugal, und dieses schöne Land mit bedeutender Geschichte bietet uns gewiß einen besonders geeigneten Rahmen. Portugal steht heute erneut vor einer wichtigen politischen Weggabelung: Wir möchten der gastgebenden Partei – mit unserem Freund

Mario Soares an ihrer Spitze – Dank sagen und größtmöglichen Erfolg wünschen. Am besten helfen wir einander, indem wir mit Sachkunde und Engagement über die Probleme beraten, die uns alle herausfordern und bedrängen – und damit verbinden.

**II.**

Das Motto unseres Kongresses handelt von der Welt in der Krise und von der Antwort, die wir zu geben vermögen. Laßt mich in aller Offenheit sagen: ich bezweifle, ob wir wirklich über die Antwort auf die Weltkrise, zumal auf deren in der Ökonomie begründeten Teil, verfügen. Doch bedenkenwerte, weiterführende Teil-Antworten haben wir gewiß. Und im übrigen verstehe ich unsere internationale Gemeinschaft als einen Ort, dessen eigentliche Bestimmung es ist, uns einander helfen zu lassen, mit den Herausforderungen dieser Zeit fertig zu werden.

Das ist die Aufgabe: Stellen wir uns den Herausforderungen der Zeit. Andere werden es nicht für uns tun! Laßt uns diesen Kongreß nutzen, um unsere Positionen möglichst konkret zu bestimmen. Das würde uns allen in unserer nationalen Verantwortung und bei unseren internationalen Bemühungen helfen können.

Die Zukunftsaussichten haben sich seit dem Beginn der achtziger Jahre weiter drastisch verschlechtert, wenn auch für manche viel stärker spürbar als für andere. Das gilt für die Weltwirtschaft allgemein und zumal für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Das gilt ebenso für die dramatisch angewachsenen Gefahren, die sich aus der Zerstörung unserer Umwelt und der rücksichtslosen Ausbeutung knapper, kostbarer Ressourcen ergeben – mit einer früher nicht erkannten Art von Verelendung als Folge. Das gilt nicht zuletzt für die zusätzliche Verarmung durch den sich überschlagenden Rüstungswettkampf.

Niemals zuvor stand das Überleben der Menschheit im ganzen in Frage. Nie zuvor war die Menschheit in der Lage, sich selbst wirklich auszurotten – nicht nur als denkbare Ergebnis eines weltweiten Wettrüstens, sondern auch als Folge unkontrollierter Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt. Dies hat es in der Geschichte der Menschheit bisher nicht gegeben. Wir könnten uns gar zu Tode rüsten, ohne daß wir jenen Krieg überhaupt führen: indem man die Volkswirtschaften erdrosselt und es in sträflicher Weise versäumt, für kommende Zeiten vorzusorgen.

Jedermann weiß – oder sollte wissen –, wohin die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre schließlich führte. Jeder sollte wissen, welche immensen Gefahren

die gegenwärtige internationale Krise birgt. Und daß nur eine grundlegende Reform der weltwirtschaftlichen Beziehungen beitragen kann, die Gefahren zu überwinden.

Tatsächlich haben wir es mit einem explosiven Gemisch nationaler und internationaler Krisenfaktoren zu tun. Nicht nur in den entwickelten Industriegesellschaften sehen wir uns Widersprüchen gegenüber, die uns moralisch empören und uns politisch schwer zu schaffen machen: ein noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehaltenes Heer von Arbeitslosen, gleichzeitig viel Arbeit, die zu leisten wäre. Groteske Fehlleitungen von Ressourcen in nutzlose Vorhaben, gleichzeitig ein drückender Mangel an Mitteln für Zukunftsinvestitionen.

Auf oft kaltschnäuzige Weise werden Ressourcen vergeudet, geht biologischer Reichtum verloren. Die Interessen künftiger Generationen werden grob vernachlässigt. Soziale Entscheidung und das Empfinden der Menschen spielen nur eine untergeordnete, wenn überhaupt eine Rolle. Und als ob das nicht reicht, wird in den letzten Jahren in einigen Industriestaaten, in flagrantem Widerspruch zu den gewaltigen sozialen und ökologischen Herausforderungen, eine primitive, frühkapitalistische Wirtschafts-ideologie propagiert, die diese Probleme verschärft und nicht löst.

Indessen wird in vielen Ländern das Prinzip des Wettbewerbs unserer Volkswirtschaften zunehmend außer Kraft gesetzt. Konzentrationsvorgänge sind überall sichtbar. Die Verflechtung von politischer und ökonomischer Macht ist überdeutlich. Auch die miserable Verteilung von Gütern unter den Menschen – sowohl im nationalen wie im internationalen Maßstab – zeugt von der mangelnden Leistungsfähigkeit der vorhandenen Steuerungssysteme. Eine ganze Reihe der Länder, von denen ich spreche, ist dabei, durch eine prozyklische Wirtschaftspolitik die Gefahren weiter zu verschärfen. Selbst in reichen Ländern taucht blanke Not wieder auf, die leicht zum Nährboden irrationaler Reaktionen werden kann. Wer von uns Älteren hätte gedacht, daß er in seinem Leben zum zweiten Mal Bilder aus den reichen Ländern mit ansehen müßte, auf denen Tausende von Menschen nach einem Teller Suppe anstehen?

Ich halte es nicht für einen Trost, daß die Steuerungsmechanismen in den Ländern des Warschauer Pakts noch weniger überzeugen. Daß dort die Rückständigkeiten und Verkrustungen noch lähmender wirken. Daß ein Teil dieser Länder in Auslandsschulden zu versinken droht, ohne ein Rezept zu finden,

die legitimen Bedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen. Oder angemessen dazu beizutragen, daß systemüberwältigende Fragen beantwortet werden.

Sprechen wir nicht zuletzt von der Dritten Welt: Die Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage bedeutet hier zehntausendfach die akute Bedrohung nackter menschlicher Existenz. Kein Wunder, daß daran die – nicht selten ohnehin fragile – politische Stabilität vieler Entwicklungsländer zu zerschellen droht. Tatsächlich haben sich die ohnehin nicht überschwenglichen Hoffnungen darauf, die Lage durch eine Reform des bestehenden Weltwirtschaftssystems zu verbessern, gerade in den letzten Jahren deutlich verringert. Zugleich bedeuten wachsende Zahlungsungleichgewichte die Gefahr einer schweren Krise in den internationalen Finanz- und Währungsbeziehungen. Das bestehende Instrumentarium reicht nicht aus, mit diesen Ungleichgewichten sowie mit der Bewältigung der globalen Liquiditäts- und Schuldenprobleme fertig zu werden. Katastrophale Zusammenbrüche sind nicht auszuschließen.

Ein erster sogenannter Nord-Süd-Gipfel hat zwar im Herbst 1981 in Cancun (Mexico) stattgefunden, doch jene Veranstaltung hat die in sie gesetzten Erwartungen bei weitem nicht erfüllt oder erfüllen können. Von dort gingen weder neue Leitlinien aus, noch irgend ein wirksamer Impuls für wirksame Verhandlungen. Entschiedene Maßnahmen zur Beilegung der Weltwirtschaft wurden nicht ergriffen.

Inzwischen hat die Unabhängige Nord-Süd-Kommission einen Zusatzbericht unterbreitet, in dem ein Programm von Dringlichkeitsmaßnahmen – Finanzen, Handel, Lebensmittel und Energie – begründet wird. Ich empfehle dieses Programm unser aller Aufmerksamkeit. Und gleichzeitig bitte ich um Unterstützung dafür, daß UNCTAD [Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen; Red.] in Belgrad in zwei Monaten zu einer Tagung gemacht wird, auf der man ausbricht aus dem Zirkel der ebenso wohlformulierten wie nutzlosen Reden. Eine gründliche Reform der Bretton-Woods-Institutionen, wie sie gegen Ende des Zweiten Weltkrieges – in einer anders beschaffenen Welt als heute – geschaffen wurden, ist dringend geboten.

Die seit langem angestrebten Globalverhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen sollten auch endlich beginnen. Eine umfassende Verständigung ist sicherlich nicht von heute auf morgen zu erreichen. Weil solche umfassenden Verhandlungen auch im günstigsten Falle eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen werden, kommt einem Programm

von Dringlichkeitsmaßnahmen um so größere Bedeutung zu.

### III.

Ich sage noch einmal: ein Patentrezept, mit dem wir die immensen Schwierigkeiten mit einem Schlag beseitigen könnten, gibt es nirgendwo, auch uns steht es nicht zur Verfügung. Doch um die eigentlichen Fragen, die alten und die neuen, wollen gerade wir uns nicht herumschleichen. Es wird vieler, gebündelter Anstrengungen auf den unterschiedlichen Ebenen bedürfen, um endlich von jenem gefährlichen Abhang wegzukommen, auf den die Menschheit sich begeben hat. Woran es mangelt, um mit den Herausforderungen der gegenwärtigen Krise fertig zu werden, sind nach meiner festen Überzeugung nicht die bloß „technischen“ Lösungen. Diese sind größtenteils längst bekannt. Was uns fehlt, ist ein klares und weithin akzeptiertes Verständnis der Lage und ihrer Gefahren. Es fehlt der koordinierte politische Wille, der erforderlich ist. Nur in einem neuen Geist der Solidarität, der auf Respekt vor dem jeweiligen nationalen Erbe und dem Wohl der Völkergemeinschaft beruht, können wir die so dringend benötigten Lösungen finden. Diesen Geist zu fördern, Bewußtsein zu schaffen für die Erfordernisse unserer Zeit: darin läge eine hervorragende Aufgabe, in der sich unsere Parteiengemeinschaft neu bewähren könnte.

Ich sehe hier für Sozialdemokraten, für freiheitliche Sozialisten in aller Welt eine Chance, die sich anderen kaum bietet. Wir können, gestützt auf unsere Überzeugungen und Traditionen, glaubwürdig darauf hinweisen, daß alle sich einzuordnen und ihren Beitrag zu leisten haben: Es gilt, Ungerechtigkeit und krasse Ungleichheit sowohl international als auch in den einzelnen Staaten zu überwinden. Ein größerer Teil der Last wird zweifellos von denen zu tragen sein, die reicher sind und über kräftigere Schultern verfügen.

Der globale Ansatz ist nicht auf wirtschaftliche Fragen zu beschränken. Aber ohne eine Lösung der drückenden wirtschaftlichen Fragen wird man schwerlich die anderen Schwierigkeiten meistern. Jegliche Weltordnung, die unseren Maßstäben genüge und den Geboten der Vernunft entspräche, muß jedenfalls auf der Respektierung des Individuums und seiner wesentlichen Rechte aufbauen, wie sie in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ definiert sind. Frieden und Fortschritt und Gerechtigkeit lassen sich vom Ringen um die elementaren Menschenrechte nicht trennen.

Im Jahre 1982, als andere Spannungen den ohnehin schon gefährlichen Ost-West-Konflikt noch einmal dramatisch ergänzten, beliefen sich die Militärausgaben weltweit auf etwa 650 Milliarden Dollar. Das Waffenarsenal, das längst ausreichte, die Menschheit mehrfach zu vernichten, wird weiter vergrößert. Für mich ist kein Zweifel daran, daß diese – objektiv gesehen – gigantische Verschwendung von Geld und Material, Geist und Arbeit die Weltwirtschaft zusätzlich belastet und die Weltwirtschaftskrise verschärft. Auch aus ökonomischen Gründen muß dem Wettüben ein Ende bereitet, müssen Mittel zugunsten produktiver Zwecke umgelenkt werden.

Für viele Menschen ist es zu einem unerträglichen Widerspruch geworden, daß in einem Jahr Hunderte von Milliarden für Rüstungen ausgegeben wurden, während ein Bruchteil davon ausreichen würde, um Hunderte von Millionen nicht Hunger leiden zu lassen. Die Zusammenhänge zwischen Rüstung und Entwicklung, zwischen Wettüben und Weltwirtschaft verdienen, klarer herausgearbeitet zu werden. Ich hoffe, wir werden dazu einen gewichtigen Beitrag leisten können. Und ich trete nachdrücklich für eine Vereinbarung ein, durch die sich die Staaten verpflichten, auf zunächst fünf Prozent ihrer Militärausgaben zu verzichten und die dadurch freiwerdenden Mittel für Zwecke der Entwicklung einzusetzen.

Gleichzeitig sollten wir – so rasch es irgend geht – einen internationalen Beschäftigungspakt herbeiführen helfen, auf dessen Grundlage die Industriestaaten gemeinsam wieder eine expansivere Wirtschaftspolitik betreiben. Die vor kurzem von unseren französischen Freunden angeregte, mit anderen sozialistisch geführten Regierungen auf den Weg gebrachte gemeinsame Plattform für den nächsten sogenannten Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg könnte hierzu einen durchschlagenden Anstoß geben.

Ich habe internationale Anstrengungen in den Vordergrund gestellt. So entspricht es der Dimension der Probleme, so entspricht es auch dem Charakter unserer internationalen Gemeinschaft. Aber natürlich wird es auch erheblich darauf ankommen, daß – zumal in den wirtschaftlich starken Industriestaaten – eine Politik betrieben wird, die die Borniertheit der letzten Jahre hinter sich läßt.

Es ist gewiß von Vorteil, wenn die Inflation in den meisten Industrieländern zurückgeht. Auch ist unumstritten, daß übertriebene Budgetdefizite auf die Dauer untragbar sind. Aber man darf die Weltkonjunktur auch nicht kaputtsparen. Es ist wirt-

schaftlich vernünftiger und sozial gerechter, über Kredite Arbeit zu bezahlen, als Arbeitslosenunterstützung zu finanzieren. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die Verbesserung der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmer – besonders der Frauen –, öffentliche und private Investitionen im Umweltschutz und in der Energieversorgung sowie ein verstärkter Wohnungsbau können erhebliche Wirkungen erzielen, zumal wenn man die kumulativen Folgen in Betracht zieht. Dienstleistungen kommen hinzu, wo es um neue Beschäftigungsmöglichkeiten geht. Die Weichen für die 80er Jahre lassen sich in eine bessere Richtung stellen.

Bei den Überlegungen, die über den Tag hinausreichen, wird man nicht unberücksichtigt lassen dürfen, daß die immer raschere Entwicklung von Forschung und Wissenschaft und Technik die Gefahr mit sich bringt, daß die Menschen die Herrschaft verlieren über die von ihnen geschaffene Zivilisation. Und daß die Befreiung von den Zwängen der Natur umzuschlagen droht in die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir als demokratische Sozialisten haben solche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zu fördern, die aus dem Dilemma herausführen: Gesellschaftlicher Fortschritt erwächst nicht aus ungesteuerter Fortentwicklung aller Art produzierender Tätigkeit. Es bedarf mit Sicherheit einer verstärkten gesellschaftlichen und politischen Gestaltung des technischen Fortschritts.

Es wird in Zukunft für die Politik stärker als bisher darauf ankommen, nicht nur die Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Existenz zu sichern, sondern den Menschen ihr Gestaltungsrecht zu erkämpfen, wo es sich darum handelt, *wie* wir leben und *wie* wir arbeiten wollen; auch darüber, *was* wir technisch haben und *was* wir *nicht* haben wollen.

#### IV.

Ich habe davon gesprochen, wie wichtig es ist, daß wir realistisch und unvoreingenommen das ganze Ausmaß der Herausforderungen begreifen. Also gilt es, unsere Augen auch nicht zu verschließen vor den Verhärtungen im Ost-West-Verhältnis, die sich in den letzten Jahren vollzogen haben.

Das Bemühen um den Abbau von Spannungen zwischen Ost und West war von Anfang an vielfältigen Belastungen ausgesetzt. Inzwischen aber wehen eisige Winde, wie lange nicht mehr. Wir haben das nicht einfach hinzunehmen. Sondern wir haben uns zu fragen: Wie kann verhindert werden, daß die Früchte der Entspannungspolitik vollends verkom-

men? Welche Initiativen sind möglich, um allen Schwierigkeiten zum Trotz mitzuhelfen, daß Spannungen nicht noch verschärft, sondern daß sie reduziert und abgebaut werden?

Die völkerrechtswidrige, für keinen von uns hinnehmbare sowjetische Intervention in Afghanistan war für einige einflußreiche Leute in den USA der willkommene Anlaß, Furcht vor der Sowjetunion in beschleunigte Rüstung umzusetzen und den Kalten Krieg zu kultivieren. Wir aber müssen darauf bestehen, daß illusionslos daran gearbeitet wird, den Entspannungsprozeß wieder aufzunehmen.

Auf die gefährlichen wirtschaftlichen Folgen, die von dem weltweiten Wettrüsten ausgehen, habe ich hingewiesen. Daneben steht die alte Erfahrung: Das Anhäufen von Waffenbergen schürt Mißtrauen. Und wo das Mißtrauen wächst, können Fehlkalkulationen leicht in Krisen und dann in kriegerische Konflikte münden. Dabei wissen wir doch alle: Ein dritter Weltkrieg würde die Existenz der Menschheit selbst aufs Spiel setzen.

Ich sage also heute noch einmal: Die Welt *ist* in Gefahr, sich zu Tode zu rüsten. Wir rennen immer schneller auf einen Abgrund zu, das heißt: einige rennen und ziehen alle anderen mit. Zuerst an die beiden stärksten Mächte geht daher die dringliche Aufforderung, neue Wege einzuschlagen und mehr Sicherheit zu schaffen durch die Vereinbarung eines seriösen und gleichwertigen Rüstungsabbaus.

Wichtige Schritte, die zu mehr Stabilität führen könnten, sind in dem Bericht der Kommission enthalten, die von unserem Freund Olof Palme geleitet worden ist. Ich kann nur hoffen, daß die Mächtigen dieser Welt nicht zu lange damit warten, die verschiedenen Vorschläge ernsthaft zu prüfen und zum Bestandteil praktischer Politik zu machen.

Dabei denke ich gerade auch an die Teile, die darauf abzielen, die friedenssichernden Funktionen der Vereinten Nationen zu stärken. Dabei will ich nicht verhehlen, daß eine grundlegende Reform fast des gesamten UN-Systems fällig wäre.

Unsere größte Sorge gilt natürlich der Gefahr einer nuklearen Konfrontation. Daher kommt den Verhandlungen, die gegenwärtig über Nuklearwaffen in Genf geführt werden, besondere Bedeutung zu. Niemand kann sagen, ob sich hier nicht eine letzte Chance bietet, diese bedrohlichen Waffensysteme doch noch in den Griff zu kriegen.

Jedenfalls ist sicher: Wenn Genf nicht genutzt wird, wird es ein neues Rennen qualitativ neuer Waffensysteme geben mit wachsender Instabilität. Und dann: Wenn Genf nicht zum Erfolg wird, werden vie-

le Menschen in vielen Ländern zweifeln, ob Rüstungskontrollverhandlungen überhaupt noch einen Sinn haben. Und wenn sie daran verzweifeln und beginnen, die Glaubwürdigkeit schöner Beteuerungen zu verlachen, dann wird die Welt nichts zu lachen haben.

Genf scheint die letzte Chance zu sein, den Menschen den Glauben an den Sinn solcher Bemühungen zu erhalten, den Rüstungswahnsinn durch Verhandlungen zu stoppen. Dies gilt für die interkontinentalen Zerstörungsmaschinen ebenso wie für die nuklearen sogenannten Mittelstreckenwaffen.

Jeder kennt die heftigen Auseinandersetzungen, die es um dieses Thema gibt. Jeder von uns in Europa erkennt die zusätzlichen Bedrohungen, die durch das Aufstellen hochmoderner Mittelstreckenraketen in der Sowjetunion entstanden sind. Die Meinungen darüber, wie wir hierauf zu reagieren hätten, stimmten nicht immer überein. Doch müssen wir alle befürchten, daß Europa – in der weiteren Folge einer ungezügelten Rivalität der beiden Weltmächte – im schlimmsten Fall zu einem Schlachtfeld der nuklearen Auseinandersetzung werden könnte.

Wir alle sollten die Verantwortlichen mit großem Nachdruck drängen, daß solche Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen überflüssig machen. Die von beiden Seiten bis jetzt vorgelegten Vorschläge reichen nicht aus. Und ich füge hinzu: Alle Betroffenen und Beteiligten müssen sich gut überlegen, was im Sinne größerer Sicherheit für alle an Kompromissen möglich und nötig ist.

In Übereinstimmung mit dem, was wir im November 1980 in Madrid gesagt haben, will ich hier – trotz aller Enttäuschungen – noch einmal auf die prinzipielle Bedeutung dessen hinweisen, was mit der gesamteuropäischen Schlußakte von Helsinki (1975) zusammenhängt – nicht zuletzt der geplanten Europäischen Konferenz über Abrüstung – und was die in Wien geführten Verhandlungen über die Begrenzung von Truppen und Rüstungen in der Mitte Europas angeht.

In Wien haben die Sowjets einen früheren westlichen Reduzierungsvorschlag aufgenommen. Was auf dem Tisch liegt, ist sehr bescheiden, aber man sollte damit endlich anfangen, anstatt einander immerzu nur gegenseitig die Schuld zuzuschreiben.

Die beklagenswerte Entwicklung in Polen, mit der empörenden Unterdrückung einer Freiheitsbewegung, hat uns – in unterschiedlicher Form, doch in gleichem Geist – Solidarität bekunden lassen. Der KSZE-Prozeß hatte Hoffnung vermittelt und gele-

gentlich auch Schutz bedeutet. Wenn an Menschen- und Bürgerrechten gelegen ist, der wird nicht ernsthaft meinen können, sie würden sich in einem Kalten Krieg fördern lassen.

Ideologische Gegensätze zwischen Ost und West dürfen uns nicht vergessen lassen; Sicherheit bedarf heute der Partnerschaft. Spekulationen über die Führbarkeit von Atomkriegen helfen wahrlich nicht weiter, sie zeigen vielmehr – auf welcher Seite auch immer – teuflische Handschrift.

Wenn es an Berechenbarkeit fehlt, könnte die gutgeschmierte Kriegsmaschinerie leicht in Gang kommen, selbst wenn man es eigentlich nicht will. Jeder der vielen Krisenherde könnte dazu den zündenden Funken liefern. Deshalb unsere Sorge um den Nahen Osten, um das Südliche Afrika, um Südostasien, um Zentralamerika.

Wir brauchen möglichst viel sachliche Zusammenarbeit, den Abbau von Spannungen und Erfahrung im friedlichen Umgang der Staaten und ihrer Völker miteinander, um den Weltfrieden zu sichern. In diesem Zusammenhang verdienen die Ergebnisse der Blockfreien-Konferenz in Delhi vor ein paar Wochen unsere besondere Aufmerksamkeit.

Es gibt im übrigen immer mehr Frauen und Männer – und gerade auch junge Menschen –, die verzweifelt die Frage stellen, wohin der Rüstungswahnsinn führen soll. Müssen nicht gerade wir erkennen, daß auch die Sicherheit darunter zu leiden hat, wenn überkommene Formen von Sicherheitspolitik vielfach nicht mehr verstanden werden? Weil man – mit allen möglichen Folgen für das Verhältnis zwischen Staat und Bürgern – befürchtet, daß zerstört werden würde, was verteidigt werden soll.

Friedensbewegungen in aller Welt – so sie sich von einseitigen Machtinteressen freihalten – sind nicht unsere Gegner. Ich sehe sie weithin als Bundesgenossen auf dem Weg zum gleichen Ziel.

Angesichts der wirklich drohenden Gefahren in dieser Welt können mich die wohlfeil ausgestreuten Schlagworte von einer neutralistischen oder pazifistischen Gefahr, die angeblich in Europa und anderswo aufkomme, wenig schrecken. Ich bin kein Neutralist, sondern bewußter Europäer. Ich habe unter dem Eindruck der nazistischen Gefahr kein Pazifist werden können, aber ich weiß: Nicht Friedenspolitik, sondern Realitätsverlust und das Streben nach Überlegenheit haben zum Krieg geführt.

Die Sozialistische Internationale würde ihr Erbe aufgeben, wenn sie aufhörte, gegen verhängnisvolle Tendenzen Front zu machen. Wir müssen weiter – und nachdrücklicher als bisher – als große inter-

# SÜDDEUTSCHER POSTILLON



Uncle Sam: „Komm her Little Filipino, ich will Dich vollends befreien!“  
Filipino: „Dir das kann' ich!“

nationale Partei des Friedens wirken, wenn wir unserer Selbstbestimmung gerecht werden sollen. Laßt uns also gemeinsam neue große Anstrengungen' unternehmen, wenn es geht, viele Länder und viele Millionen Menschen umfassende Initiativen: zu werben und zu wirken für Frieden und Verständigung und weltweite Rüstungsbegrenzung.

So entspricht es unserer Tradition. So entspricht es unserer Pflicht. Denn wir wissen: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist heute alles andere nichts.

## V.

Hier wird gewiß noch im einzelnen von Initiativen und Aktivitäten die Rede sein, die es im Rahmen unserer Gemeinschaft seit dem Madrider Kongreß gegeben hat. Unsere Zusammenarbeit, unser Austausch von Gedanken und Erfahrungen, unsere Entschlüsse, Appelle und – nicht immer öffentlichen – Hinweise bezogen sich auf jene vielen Krisen und Probleme, die die Welt in dieser Zeit bedrängt und erschüttert haben. Auf Polen ebenso wie auf den Persischen Golf. Auf den Nahen Osten und auf die Krisenregionen Afrikas. Auf Falkland/die Malvinen, auf Süd- und Mittelamerika. Und vor allem natürlich auf die Krise der Weltwirtschaft und auf die Sicherung des Weltfriedens.

Den hohen Erwartungen, die von vielen Seiten an uns gerichtet werden, haben wir natürlich bei weitem nicht immer gerecht werden können. Nicht selten wurden unsere Kräfte überschätzt. Und doch, so meine ich, hat sich unsere Arbeit gelohnt, haben wir unverwechselbare Beiträge leisten können, die in mehr als einem Fall weiterführten.

Natürlich konnten Auffassungsunterschiede in der Beurteilung einzelner Vorgänge, Nuancen in der Einschätzung unserer Wirkungsmöglichkeiten nicht ausbleiben. Das ist für sich genommen kein Schaden. Unsere Parteien wirken in verschiedenen Ländern unter oft unvergleichbaren nationalen Bedingungen, in verschiedenen Kontinenten. Sie sind zudem von unterschiedlichen Traditionen geprägt. Sie arbeiten unter spezifischen Bedingungen, die schon im unmittelbaren Nachbarland ganz anders sein können. Es muß also dabei bleiben; wir wollen nicht über einen Leisten schlagen, was nicht auf einen Leisten paßt.

Kulturelle Unterschiedlichkeiten und geistige Vielfalt sind im übrigen ein hohes Gut, das wir nicht abschleifen lassen wollen oder dürfen. Wir dürfen aber auch nicht in krafraubender Vereinzelung gegen Gewalten antreten, deren Arme lang genug sind, den ganzen Globus zu umfassen – und gegebenenfalls

zu zerquetschen. Zu größtmöglicher Einigkeit soll uns unsere eigene Identität führen, dann werden wir stark sein.

Deshalb ist es gut, daß wir uns in wichtigen Bereichen auf gemeinsame Grundüberzeugungen stützen können. Doch es bleibt notwendig, daß wir jede Entscheidung respektieren, die mit Blick auf die besonderen Umstände und Notwendigkeiten eines Landes getroffen wird. Und wir wollen jedem zugestehen, daß er über die Zukunft seines Landes, seiner Region besser urteilen kann als ein noch so wohlmeinender Außenstehender. Hier gibt es also für uns einen klaren Unterschied zwischen hilfreicher Solidarität und jeglicher Form von Einmischung – und sei sie noch so gut gemeint.

Dabei sollten wir nicht nachlassen in dem Bemühen, so viele Gemeinsamkeiten zu entwickeln, wie es nur möglich ist. Und Differenzen, wo es sie gibt, so auszutragen, daß darüber die Gemeinsamkeiten im wesentlichen nicht in den Hintergrund treten.

Von welchen Gemeinsamkeiten spreche ich? Uns verbindet zunächst und vor allem die Überzeugung, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität der Maßstab unserer Politik sein müssen, so sehr es dann darauf ankommt, diese Worte konkret zu füllen. Uns eint der Wille zum Frieden.

Uns verbindet die Überzeugung, daß Heilslehren unterschiedlicher Art schlimme Gefahren heraufbeschwören, weil sie dazu verleiten, das Glück der jetzt Lebenden hintenanzustellen. Also bekämpfen wir ideologische Verblendung jeder Art.

Uns eint der Glaube, daß konkrete Freiheit für die breiten Schichten unserer Völker nur gewährleistet ist, wenn man gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen nicht dem Recht des jeweils Stärkeren überläßt, sondern politisch zu gestalten sucht.

Uns verbindet mithin der Glaube an die Kraft der Demokratie, verstanden nicht nur als staatliches, sondern auch als gesellschaftliches und wirtschaftliches Strukturprinzip.

Uns eint weiter die Überzeugung, daß jeder Mensch – wo er auch leben mag – Freiheitsrechte und Bürgerrechte besitzt, deren Beseitigung oder Beschränkung keine Rechtfertigung kennt.

Uns eint der Wille zu mehr Gerechtigkeit – nicht nur in unseren Gesellschaften, sondern auch im Verhältnis zwischen den Völkern und den Staaten.

Und nie dürfen wir vergessen, was ich hier deshalb noch einmal sage: daß die Sicherung des Friedens die Voraussetzung ist für alles weitere, worum wir uns bemühen. Ohne das wird alles andere Illusion.

Das dürfen wir nie aus den Augen verlieren. Und





# Der politische Hintergrund

# Die Hintergrund- information

## Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- ☐ *Der alltägliche Faschismus.*  
Frauen im Dritten Reich. 1982.  
221 S.
- ☐ *Axel Eggebrecht:*  
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner  
Hauses 1930-1934. TB-Ausgabe 1982. 255 S.
- ☐ *Hanjo Kesting:*  
Dichter ohne Vaterland.  
Gespräche und Aufsätze zur  
Literatur. 1982. 217 S.
- ☐ *Susanne Miller/Heinrich Potthoff:*  
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981.  
416 S.
- ☐ *Johano Strasser/Klaus Traube:*  
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus  
und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Ich habe einen neuen NG-Abonnenten geworben.  
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die  
Neue Gesellschaft“ ab Heft \_\_\_\_ „Die Neue Ge-  
sellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr  
48,- DM zuzüglich 10,20 DM Versandkosten im  
Inland und 11,40 DM im Ausland. Kündigung  
jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Datum

Unterschrift des neuen  
Abonnenten

### Neuerscheinungen

der Verlage Neue Gesellschaft  
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ich bestelle hiermit

Ex. Autor/Titel

DM je Ex.

Ex.	<i>Hermann Glaser:</i> Im Packs des Unbehagens. Eine persönliche Bilanz des Generationenkonflikts. 216 S.	29,80
Ex.	<i>Gilberto Granados/Erik Gurgades:</i> Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsent- wicklung. 444 S.	19,80
Ex.	<i>Friedrich G. Kürbsch (Hg.):</i> Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozial- reportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
Ex.	<i>Susanne Miller/Heinrich Potthoff:</i> Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
Ex.	<i>Corn Stephan (Hg.):</i> Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904-1940. 333 S.	29,80
Ex.	<i>Johano Strasser/Klaus Traube:</i> Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)



# Der politische Hintergrund

# Die Hintergrund-information

Senden Sie an folgende Anschriften ein  
Probeexemplar:

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

PLZ, Ort: .....

**Absender:**

.....

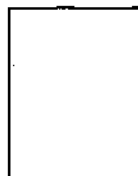
.....

.....

.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit  
Schreibmaschine ausfüllen)

**Werbeantwort**



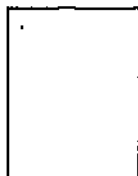
**Die  
Neue  
Gesellschaft**

— Redaktion —

Postfach 200 189

**5300 Bonn 2**

**Postkarte**



**Verlag  
Neue Gesellschaft**

Postfach 200 189

**5300 Bonn 2**

die Orientierungspunkte, von denen ich eben sprach, werden gewiß eine Rolle spielen, wenn die vor einigen Jahren aufgenommenen Bemühungen um eine neu gefaßte Grundsatzerklärung zu einer konkreten Beratungsgrundlage führen, in der die Grundlagen unserer Arbeit genauer definiert und stärker herausgestellt würden. Die Besinnung auf das Gemeinsame würde uns zusätzlich helfen, die Notwendigkeit – und Fruchtbarkeit – enger, vertrauensvoller Beziehungen als vorrangig zu erkennen und gelegentliche Differenzen als nachgeordnet.

Überwindung der Weltwirtschaftskrise und Sicherung des Weltfriedens – das sind die dominierenden Themen. Mit gleichem Gewicht kommt hinzu, eine weitere große Kraftanstrengung zu unternehmen, um unseren Freunden und Partnern in der Dritten Welt wirksamer zur Seite stehen zu können.

Ich habe von der Notwendigkeit gesprochen, Sofortmaßnahmen zu ergreifen, damit der ökonomische Schaden gemindert wird, der auf vielen Entwicklungsländern lastet. Nicht minder wichtig wird es sein, politische Sofortmaßnahmen zu ergreifen, wo wir Einfluß geltend machen können, wie dies in den zurückliegenden Jahren erfreulicherweise mehr als einmal möglich war.

Auf Mittelamerika bezogen heißt dies: für El Salvador, Guatemala und Nicaragua eine gesicherte Zukunft schaffen durch eine multilaterale Friedenslösung, die unmittelbare Kriegsgefahren abwendet und auch den Sicherheitsbedürfnissen der Nachbarstaaten – nicht zuletzt Costa Ricas – entspricht.

Das heißt weiter: über Zentralamerika und die Karibik die großen Länder Südamerikas nicht vergessen, sondern jeden Ansatz zu einer ernsthaften Demokratisierung, wie sie sich etwa in Brasilien – beispielsweise mit großem Erfolg unserer Freunde in Rio de Janeiro – und vielleicht auch in Argentinien abzuzeichnen scheint, nach Kräften fördern.

Das heißt darüber hinaus: den Kampf gegen die Überreste des Kolonialismus im südlichen Afrika in seiner Bedeutung erkennen und tätig mitwirken an der Lösung des Namibia-Problems sowie an der Stabilisierung der Frontstaaten, die sich in einer so schweren Auseinandersetzung mit dem dreisten Regime in Südafrika befinden.

Das bedeutet ferner: im Nahen Osten mitwirken an einer dauerhaften und friedlichen Lösung jenes Konflikts, der die ganze Region seit Jahrzehnten vergiftet.

Das bedeutet nicht zuletzt: in Asien wieder mehr Kooperation entwickeln mit den uns verwandten politischen Kräften. Das Elend in vielen Ländern dieses Kontinents wäre geringer, wenn nicht so oder so geartete Diktaturen unseren Weggenossen dort jede Entfaltungsmöglichkeit nehmen würden.

In welcher Form diese Fortentwicklung unserer Arbeit geschehen soll, ob durch gezielte Initiativen einzelner Parteien oder Regierungen, ob durch Konferenzen, Missionen oder auf andere Weise: darüber sollten wir uns hier in den nächsten Tagen und bei kommenden Gelegenheiten austauschen.

Wir wollen niemanden bevormunden, aber auch niemanden im Zweifel darüber lassen, was unsere eigenen Orientierungen sind, das heißt, was wir unterstützen können und was nicht. Diese Welt leidet darunter, daß es zu wenige politische Kräfte gibt, die erkennen – und auch danach handeln –, wie sehr heute alle voneinander abhängen, aufeinander angewiesen sind.

Internationalismus, diese alte Tugend der Arbeiterbewegung und des Sozialismus, ist heute wichtiger denn je. Richten wir uns danach. Tun wir alles, was in unseren Kräften steht, um den Weg zu weisen in eine gerechtere Welt – möglichst frei von Abhängigkeit und Unterdrückung, von Hunger und Elend.

Ein neues Jahrhundert steht – hoffentlich – bevor und mit ihm vielleicht die Chance für eine neue Zivilisation. Könnten wir nicht heute damit anfangen, einen Grundstein zu legen für jene neue Gemeinschaft, die sich auszeichnen sollte durch möglichst vernünftige Beziehungen zwischen Menschen und Staaten, und eine Welt zu schaffen, in der Frieden herrscht und in der möglichst alle teilhaben an der allgemeinen Wohlfahrt, an Gerechtigkeit, Freiheit und sozialer Sicherheit?

Wir können – gemeinsam – ein lohnendes Ziel erreichen. Darum: machen wir uns – erneut – auf den Weg. Übernehmen wir uns nicht, aber schätzen wir unsere Kraft auch nicht zu gering ein!

## Isam A. Sartawi: Für einen gerechten und ehrenhaften Frieden

*Isam A. Sartawi war persönlicher Beauftragter des Vorsitzenden der PLO und wurde während des SI-Kongresses in Albufeira ermordet.*

9. April 1983

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Brandt, es erfüllt mich mit großer Freude, dem Kongreß der SI durch Sie die Grüße und guten Wünsche des palästinensischen Volkes und seiner einzigen rechtmäßigen Vertretung, der Palästinensischen Befreiungsorganisation, zu überbringen.

In der Tat ist es ein historischer Augenblick von besonderer Bedeutung und Tragweite, daß die PLO als Beobachter zu dem Kongreß der SI eingeladen wurde und daß sie zugestimmt hat, an den Sitzungen dieses Kongresses in dieser Eigenschaft teilzunehmen. Dieses außergewöhnliche Ereignis krönt die engagierten multilateralen Anstrengungen, die sich geduldig und beständig und mit großem Engagement über einen Zeitraum von mehreren Jahren entwickelt haben. Ich möchte es den Geschichtswissenschaftlern überlassen, über die umfangreichen Aktivitäten, die teils in der Öffentlichkeit, teils unter Ausschluß derselben vorstatten gingen und die den Weg für diese Entwicklung ebneten, zu berichten, aber erlauben Sie mir, Herr Vorsitzender, mit Dankbarkeit und Anerkennung Ihre wichtigen Beiträge und diejenigen der Führungsspitze der SI, besonders die des Kanzlers Bruno Kreisky, zu würdigen.

Unter Ihrer ausgezeichneten Führung, Herr Vorsitzender, löste sich die SI aus ihrer früheren eurozentrischen Begrenzung, um sich den Problemen des Internationalismus, der Dritten Welt und dem Nord-Süd-Komplex zu widmen. Ihre geheiligten Tore öffneten sich, getreu ihrer historischen Berufung und ihren philosophischen Verpflichtungen, um Vertreter der leidenden und bedürftigen Völker der Welt einzulassen und sich ihrer dringenden Probleme anzunehmen. Die verfolgten und unterprivilegierten Völker Afrikas, Mittel- und Südamerikas und sogar Asiens wandten sich hilfessuchend an die SI und fanden dort Zuflucht und Beistand.

Ein leidendes Volk in Not schien jedoch von der SI vergessen, Herr Vorsitzender, wie es von dem Rest der Welt vergessen war. Ja, es waren die Palästinenser, mein Volk, das vergessen war. Rückblickend könnte als Entschuldigung vorgebracht werden, daß

es offensichtlich das historische Geschick meines Volkes ist, allein zu leiden, so daß durch seine tragischen Leiden die Welt erlöst werde und sich zum Besseren wandle.

Die SI, Herr Vorsitzender, ist besonders qualifiziert, eine konstruktive Rolle bei der Beendigung des Märtyrertums des palästinensischen Volkes zu spielen, indem sie ihren Beitrag zu einem gerechten und ehrenhaften Frieden im Nahen Osten leistet. Der Erfolg bei einem derartigen Unternehmen erfordert eine Reihe von Voraussetzungen: Unparteilichkeit, Mut und Weitblick.

Unparteilichkeit ist eine wichtige Voraussetzung für eine konstruktive Rolle. Es führt nicht weiter, wenn nur eine Partei des Konfliktes anerkannt wird oder wenn man sich einseitigem Druck unterwirft und die andere Partei nicht beachtet. Das schadet sogar den langfristigen Interessen der druckausübenden Seite. Die SI muß sich von solchen Haltungen lösen und mit allen am Konflikt beteiligten Seiten unparteiisch umgehen.

Ohne Weitblick und die richtige Identifizierung der notwendigen Bestandteile eines gerechten und ehrenhaften Friedens kann kein Fortschritt erzielt werden. Im Mittelpunkt des Konfliktes im Nahen Osten steht das palästinensische Volk mit seinen rechtmäßigen Forderungen auf sein unverzichtbares Recht auf Selbstbestimmung, sein Recht, einen eigenen Staat auf einem Teil des väterlichen Erbes zu errichten, sein Recht, das Problem der palästinensischen Flüchtlinge durch eine Rückkehr oder Wiedergutmachung in Übereinstimmung mit den UN-Resolutionen zu lösen, und sein unbestreitbares Recht, seine eigene rechtmäßige Vertretung, die PLO, frei zu wählen. Die Anerkennung dieser unverzichtbaren Rechte ist die erste dringende Aufgabe, der sich die SI gegenübergestellt sieht und die aus allen offensichtlichen moralischen und politischen Gründen nicht länger aufgeschoben werden kann.

Die zweite Aufgabe besteht darin, Druck auszuüben mit dem Ziel einer Beteiligung der PLO an der Friedenssuche im Nahen Osten. Ohne eine derartige Beteiligung ist kein Friede möglich. Die einzige zivilisierte Möglichkeit, die uns offensteht, ist eine auf dem Verhandlungsweg erreichte Beilegung des Konfliktes im Nahen Osten. In Anerkennung dieses Prinzips hat die PLO eine Reihe von historisch bedeutsamen Resolutionen verkündet, auf die ich Sie aufmerksam machen möchte, Herr Vorsitzender, und durch Sie alle betroffenen Parteien.

Bereits 1977 verabschiedete der 13. Palästinensische Nationalrat eine Anzahl bemerkenswerter Reso-

lutionen. Zuerst und vor allem verkündete er eine Resolution, die in den Annalen menschlicher Konflikte beispiellos war und die den Dialog mit den progressiven und demokratischen Kräften in Israel autorisierte. Die Aufforderung wurde von einigen Kräften, wie z. B. dem Israelischen Rat für einen israelisch-Palästinensischen Frieden, Shelli Rakah, angenommen. Ich grüße diese israelischen demokratischen und progressiven Kräfte und anerkenne ihren Beitrag zum Frieden. Unglücklicherweise haben sich bis jetzt andere israelische Kräfte, die sich als progressiv und demokratisch definieren und unter dieser Bezeichnung an internationalen progressiven und demokratischen Institutionen teilnehmen, gewelgert, sich an diesem friedlichen Dialog zu beteiligen.

Der 13. Palästinensische Nationalrat (PNC) definierte erneut und formell als palästinensisches nationales Ziel die Errichtung eines Palästinensischen Staates auf irgendeinem Gebiet Palästinas, aus dem sich die israelischen Truppen zurückziehen oder welches befreit wird. Die Bedeutung einer derartigen Resolution bedarf keiner weiteren Erklärung.

Der 14. PNC, der 1979 zusammentrat, unterstrich die Resolutionen des Gipfels von Bagdad, die das gemeinsame arabische Ziel als einen „gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage des Rückzuges Israels aus den im Krieg von 1967 besetzten arabischen Gebieten und der Verwirklichung der in den UNO-Resolutionen definier-

ten palästinensischen nationalen Rechte umschrieben. Damit widerrief der Gipfel von Bagdad übrigens die drei *Neins* von Khartum. Auch auf die Bedeutung dieser Resolution muß nicht näher eingegangen werden.

Die PLO ging sogar noch weiter bei der Bekundung ihres Friedenswillens und bestätigte auf dem 15. PNC den Friedensplan von Breschnew, der, bezeichnend genug, einen eigenen Absatz enthielt, in dem allen Staaten in diesem Gebiet, einschließlich Israel, das Recht auf ein Leben in Sicherheit und Souveränität garantiert wird.

Als Krönung aller dieser Resolutionen bestätigte der letzte PNC im Februar dieses Jahres erneut den Breschnew-Plan und ratifizierte die Resolutionen des Gipfels von Fez.

Diese eindrucksvollen gesetzgeberischen Tätigkeiten sind der über jeden Zweifel erhabene Beweis dafür, daß sich die PLO in Wort und Tat einem gerechten, ehrenhaften und dauernden Frieden im Nahen Osten verpflichtet fühlt.

Es ist jetzt die moralische Verpflichtung der Welt, diese eindrucksvolle Position zu erkennen und die Verpflichtung der anderen Parteien, ihrerseits zu handeln.

In dieser Richtung, Herr Vorsitzender, liegt die Rolle der SI und ihrer Mitgliedsparteien.

Vielen Dank.

gez. Isam Sartawi

## Das Manifest von Albufeira

Wir leben in einer Zeit großer Angst und großer Hoffnung.

Angst, weil die Eskalation des nuklearen Wettrüstens die Existenz des Planeten Erde bedroht; Hoffnung, weil ein wachsendes Bewußtsein für diesen größten Horror Millionen vor allem junger Menschen auf der Suche nach Frieden durch Abrüstung mobilisiert hat.

Angst, weil die schlimmste Wirtschaftskrise der letzten fünfzig Jahre die Kluft zwischen reichen und armen Ländern vergrößert und über vierzig Millionen Männer und Frauen in Europa und in Nordamerika arbeitslos gemacht hat; Hoffnung, weil die Erkenntnis zunimmt, daß eine progressive Überwindung dieser Krise national und international eine de-

mokratischere Kontrolle der Menschen über die ihr Leben bestimmenden wirtschaftlichen Entscheidungen erfordert.

Hoffnung schließlich, weil wir jetzt alle begreifen, daß die Antworten auf das Wettrüsten wie auch auf die Wirtschaftskrise miteinander verknüpft werden können und müssen. Durch die Abrüstung könnten Ressourcen für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt freigesetzt werden, und dadurch könnten viele Arbeitslose im Norden die Möglichkeit erhalten, für den Süden Güter für das Leben und nicht für den Tod zu schaffen.

Schlagen wir ernsthaft derart radikale Veränderungen vor?

Ja! Allerdings muß man sich über eines klar sein: die Welt wird sich bis zum Ende des 20. Jahrhunderts radikal verändern, ob wir oder auch andere es nun vorschlagen oder nicht. Die internationale Wirt-

schaft, und damit jede nationale Wirtschaft, befindet sich bereits in einem Prozeß tiefgreifender Umstrukturierung. Die Frage ist also nicht, ob große Umwälzungen stattfinden werden. Sie finden bereits statt. Die Frage ist, wer wird diese Umwälzungen kontrollieren; in wessen Interesse werden sie organisiert und mit welchen politischen und sozialen Konsequenzen? Werden multinationale Gesellschaften eine multinationale Welt beherrschen? Werden Diktaturen diese Veränderungen bestimmen? Oder wäre ein Quantensprung der demokratischen Kontrolle über eine Technologie denkbar, die in der Lage ist, den Erdball neu zu gestalten oder ihn explodieren zu lassen?

Der demokratische Sozialismus ist kein leerer Traum von einer unmöglichen Zukunft. Er ist ein Wille und ein Weg, mit einer bereits fortschreitenden militärischen und wirtschaftlichen Revolution fertig zu werden. Seine Herausforderung besteht darin, wie Willy Brandt beim Genfer Kongreß 1976 sagte, eine dritte Kraft zu sein, eine Alternative zum Kapitalismus und zum Kommunismus des Einparteiensystems.

Das bedeutet nicht, daß es eine einzige einfache Antwort auf diese sich überschneidenden Krisen gibt. Die gibt es natürlich nicht. Wir wissen das sehr gut, denn wir praktizieren den Pluralismus, den wir predigen, und es gibt unterschiedliche Meinungen in und zwischen unseren Mitgliedsparteien darüber, was im einzelnen zu tun ist. Im übrigen wissen wir, daß die bloße Existenz einer dringenden Herausforderung noch keine angemessene Antwort darauf ga-

---

*„Die Konventionelle Weisheit der Nachkriegszeit ist ins Wanken geraten, und nicht nur die sozialistische konventionelle Weisheit.“*

---

rantiert. Unsere Antwort wird also in internationalen Diskussionen erarbeitet und durch politische Aktionen über einen langen und schwierigen Zeitraum, in dem wir Niederlagen und Siege erleben werden, erreicht werden müssen.

Unserer Bewegung ist es immer um Freiheit gegangen, um die Befreiung der Menschheit vom Diktat jeglicher autoritärer Struktur, sei sie nun wirtschaftliche Macht, die die politische Demokratie korrumpiert und untergräbt, oder offene Diktatur, unter welchem Etikett auch immer. Wie aber kann man nach diesem Prinzip handeln in einer Zeit, in der selbst die optimistischsten Szenarien größere Arbeitslosigkeit und weniger Wachstum als während der letzten 25 Jahre ankündigen; in der die fortgeschrittensten Entwicklungsländer Rückschritte zu

verzeichnen haben und die armen Entwicklungsländer unter Hungersnöten leiden; und in der vor allem die Eskalation des atomaren Wettbewerbs der Menschheit ein Ende bereiten könnte?

Die konventionelle Weisheit der Nachkriegszeit ist ins Wanken geraten, und nicht nur die sozialistische konventionelle Weisheit. Es gab euphorische Illusionen über einen gewandelten Kapitalismus, die Idylle eines endlosen Wachstums, das immer mehr Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Nationen hervorbringen würde, ohne die unbequemen ernsthaften institutionellen Forderungen nach Veränderungen. Dies war die übertriebene Verallgemeinerung der Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre, und dies ist nun ein Trümmerhaufen. Auf der Rechten reagieren die Thatchers und Reagans und, schlimmer noch, die Pinochets damit, daß sie die sozialen Errungenschaften eines 50jährigen Kampfes der Völker zu demontieren versuchen.

Die kommunistischen Volkswirtschaften stecken ebenfalls in großen Schwierigkeiten unterschiedlichen Ausmaßes. Sie haben sinkende, ja sogar negative Wachstumsraten, eine chronische landwirtschaftliche Krise und minderwertige Verbrauchsgüter in auf fallendem Gegensatz zu einer hochentwickelten Rüstung. Obgleich diese Schwierigkeiten teilweise auf die Auswirkungen der Krise in den entwickelten kapitalistischen Ländern zurückgeführt werden können, muß betont werden, daß die Ursache dieser Verschlechterung im wesentlichen im kommunistischen Wirtschafts- und Sozialsystem zu sehen ist. In den Ländern des Ostens besteht eine grundlegende organisatorische Krise, die sich in einer beunruhigenden Zunahme interner Spannungen und einer Verschlechterung der sozialen Beziehungen äußert.

In dieser Zeit des kapitalistischen und kommunistischen Umbruchs ist die sozialistische Ideologie die einzige, die sowohl den Völkern der Dritten Welt als auch denen der Industrienationen Hoffnung bringen kann. Sie ist auch der einzige Ansatz, der gleichermaßen die Notwendigkeit von sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Achtung der Menschenrechte berücksichtigt. Dies ist ein Katalog von Wertvorstellungen, die die Grenzen von Alter, Geschlecht und Rasse übergreifen und somit die Menschen vereinen. Und sie ist schließlich eine Ideologie, die die Probleme des Friedens und der Sicherheit in der Welt ohne das geringste Zögern angehen kann.

Daher wollen wir bei diesem Kongreß der Sozialistischen Internationale keinen detaillierten Plan für eine nur undeutlich sichtbare Zukunft vorlegen, sondern neue Richtungen für eine Gegenwart im

Umbruch weisen. Einer ängstlichen und oft verwirrten Welt bieten wir einen sozialistischen Ausgangspunkt für eine Politik der Hoffnung an. Nicht mehr und nicht weniger.

## I.

Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart und der nahen Zukunft besteht darin, klare Lösungen für die Probleme der Weltwirtschaftskrise zu entwickeln.

In den entwickelten Volkswirtschaften des Westens hat es zehn Jahre verminderten Wachstums, galoppierender Inflation und wachsender Arbeitslosigkeit, Währungsinstabilität und verschwenderischer Spekulation gegeben.

Am Beispiel einiger erläuternder Zahlen soll diese bedrohliche Entwicklung aufgezeigt werden. Zwischen 1961 und 1970 stieg das Bruttoinlandsprodukt der OECD-Länder um 5,02%, die Arbeitslosigkeit betrug im Durchschnitt 2,7%. In den Jahren 1971 bis 1980 sank das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 3,26% und die Arbeitslosigkeit stieg auf 5,1%, verdoppelte sich also fast. Die letzten drei Jahre waren jedoch schlimmer als die siebziger Jahre, da das Bruttosozialprodukt in den Vereinigten Staaten 1982 um 1,8% abnahm und in der Europäischen Gemeinschaft insgesamt um nur  $\frac{3}{10}$  eines Prozents zunahm.

Gleichzeitig herrschte die Seuche der Arbeitslosigkeit in vielen dieser Länder: 12,7% im vierten Quartal 1982 in Kanada, 10,7% in den USA, 13% im dritten Quartal 1982 im Vereinigten Königreich, 8,7% in Frankreich im gleichen Quartal und 6,2% in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Bevölkerung der kommunistischen Länder zählt, wie wir gesehen haben, einen schrecklichen Preis für die Fehler undemokratischer Planung.

Am verheerendsten hat diese Krise die Dritte Welt getroffen. Die Indizes für Lebensstandard, Sterblichkeit und Bildung zeigen, daß trotz einiger Erfolge der langfristige Kampf gegen das Elend nicht gewonnen ist. Diese zugrundeliegenden Trends werden durch die weltwirtschaftlichen Wirren noch verschlimmert. Das sinkende Wachstum in den Industrieländern hat die Entwicklungsländer wichtiger Märkte beraubt. Bereits getätigte Investitionen sind nicht länger rentabel. Die zunehmende Stärke des Dollars und hohe Zinssätze führen dazu, daß viele Länder der Dritten Welt nicht mehr in der Lage sind, die Schulden zurückzahlen, die sie zur Finanzierung solcher Investitionen aufnehmen mußten. In den meisten dieser Länder ist das bisher Erreichte durch eine untragbare Finanzsituation gefährdet. Die Auswirkungen der Krise, die in Prozentsätzen des Lebensstandards der

entwickelten Volkswirtschaften gemessen werden, zeigen sich in der wachsenden Zahl der Hungernden in der Dritten Welt; im Norden herrscht Arbeitslosigkeit, im Süden aber Hunger und Tod.

Schließlich gibt es eine politische Dimension dieses Prozesses, die die Vorteile der Dekolonisierung zunichte machen könnte. Viele der erst seit kurzem unabhängigen Nationen laufen Gefahr, in Abhängigkeit von den reichen Ländern und verschiedenen internationalen Organisationen zu geraten. Innerhalb von wenigen Jahren könnten sie die Freiheit verlieren, die sie im Laufe von Jahrzehnten erreicht haben.

In den westlichen Ländern mit konservativen Regierungen hat dies nicht nur zur Aufgabe des Zieles der Vollbeschäftigung als eine Taktik im Kampf gegen die Inflation geführt, sondern auch zu einem Angriff auf einige der wichtigsten Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates. Gleichzeitig wird ein immer größerer Teil der Bevölkerung – hauptsächlich Ju-

---

*„Wir befinden uns in einer Krise ähnlich der Depression der dreißiger Jahre oder dem Übergang zum Monopolkapitalismus in den tumultartigen letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts.“*

---

gendliche, Frauen und rassische und nationale Minderheiten – an den Rand gedrückt, von der Arbeitswelt abgeschnitten. Dies ist oft begleitet von Fremdenfeindlichkeit gegenüber Gastarbeitern aufseiten derer, die die tiefen strukturellen Ursachen der Krise nicht begreifen.

Im Manifest eines Kongresses kann man keine detaillierte Analyse derart komplexer Entwicklungen in Nord, Süd, Ost und West vorlegen. Wir können jedoch eine Reihe wichtiger Themen aufzeigen und sie sogar in einem Gesamtkonzept integrieren. Dieses Konzept betrifft den Kapitalismus selbst. Trotz aller positiven Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft während der letzten hundert oder zweihundert Jahre – der Wohlfahrtsstaat, die Anerkennung der Regierungsverantwortung für Wirtschafts- und Sozialplanung, der zunehmende politische Einfluß der Wählerschaft, vor allem der arbeitenden Menschen, die früher vom öffentlichen Leben ausgeschlossen waren – stolpert das System weiterhin in technische und wirtschaftliche Revolutionen ohne Beachtung der Konsequenzen oder der Alternativen. Das reicht nicht aus. Wir befinden uns in einer Krise ähnlich der Depression der dreißiger Jahre oder dem Übergang zum Monopolkapitalismus in den tumultartigen letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Da-

mals war es gerade die demokratisch-sozialistische Bewegung, die die grundlegenden Fragen aufwarf und institutionelle Veränderungen in Richtung auf eine völlig neue Umwelt forderte. Wir schlagen vor, dies erneut in den achtziger Jahren zu tun, wo tiefe Umwälzungen bereits im Gange sind:

- ▷ eine Verlagerung der internationalen Arbeitsteilung, wodurch Südkorea und Brasilien billiger Stahl erzeugen können als Japan oder der Westen, mit tiefgreifenden Konsequenzen für die etablierten Stahlindustrien, ihre Arbeiter und die davon abhängigen Gemeinwesen;
- ▷ eine Internationalisierung des Kapitals, indem multinationale Gesellschaften eine „globale Fabrik“ errichten und dabei die entwickelten Länder zerrütten, aber keineswegs den Entwicklungsländern ein ausgeglichenes oder auch nur annäherndes Wachstum bringen;
- ▷ eine technologische Revolution – „künstliche Intelligenz“, computer- und robotergesteuerte Produktion etc. –, die wahrscheinlich die technischen und kaufmännischen Angestellten und das mittlere Management trifft, die Zahl der Industriearbeiter im Norden weiter verringert und die Erreichung der Vollbeschäftigung im Süden noch mehr erschwert;
- ▷ die Anwendung monetaristischer Ideen in Diktaturen der Dritten Welt (Argentinien und Chile) wie auch in westlichen Demokratien (Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich), eine enorme Zunahme von Kapitalmarktkrediten an Entwicklungsländer anstelle von Krediten zu Bedingungen der Entwicklungshilfe, und in den letzten Jahren eine erhebliche Ressourcenverlagerung weg von Investitionen in vermögensbildende Anlagen und hin zu Zinsspekulationen;
- ▷ strukturelle Verschiebungen innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Volkswirtschaften, die die Keynes'schen „trade-offs“ von Grund auf neu definieren, d. h. es bedurfte eines Absinkens des Bruttosozialprodukts und eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit um etwa fünf Millionen, um die Inflationsraten in den Vereinigten Staaten vorübergehend in den Griff zu bekommen.

Dies sind nur einige der vorhandenen strukturellen Faktoren – nicht erwähnt wurden z. B. die drei „Ölschocks“ von 1973–74 und 1979–80 und die Probleme der OPEC im Jahr 1983 –, und natürlich können Sozialisten und andere unterschiedlicher Meinung sein über deren relative Bedeutung oder in bezug auf die weggelassenen Faktoren. Unbestritten ist jedoch, daß die Weltwirtschaft zur Zeit mit den tiefgreifend-

sten Veränderungen der letzten fünfzig Jahre zu kämpfen hat.

Natürlich muß jede einzelne Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale ihre eigene nationale Antwort auf diese Krise finden – und gleichzeitig ist internationale Koordination heute wichtiger denn je. „Die wirtschaftliche Interdependenz in der Welt“, schrieb Helmut Schmidt kürzlich in einem Artikel, „war nie zuvor größer als in diesem Jahrzehnt. Nie zuvor war es so notwendig, dafür zu sorgen, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen einander ergänzen und international miteinander vereinbar sind.“ Der Sozialistischen Internationale kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle zu.

Überall in der Welt sind sozialistische und sozialdemokratische Parteien, Gewerkschaften und andere Organisationen aktiv beteiligt an der Suche nach einem Ausweg aus der Krise. Sie alle fordern *wirtschaftliche Belegung, Umverteilung von Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand und die Neustrukturierung der Volkswirtschaften der Dritten Welt und der Industrieländer und deren Beziehungen zueinander*. In der nächsten Zeit muß die Sozialistische Internationale handeln, um den Austausch von Programmen zu erleichtern und bei der Koordinierung der gemeinsamen Maßnahmen dieser progressiven Bewegungen zu helfen.

Wir glauben, daß unsere Regionalgruppierungen – die Asiatisch-Pazifische Sozialistische Organisation, die Parteien Lateinamerikas und der Karibik, die bevorstehende Afrika-Konferenz, die sozialistischen Parteien der EG und ganz Europas – bei diesem Prozeß eine wichtige Rolle zu spielen haben. Wir werden auch mit dem IBFG [Internationaler Bund Freier Gewerkschaften] und den verschiedenen internationalen Berufssekretariaten darauf hinarbeiten, eine gewisse demokratische und soziale Kontrolle über die Macht der multinationalen Gesellschaften zu erzielen.

---

*„Die Frage ist nicht, ob es Planung geben wird, sondern wer planen wird und wie geplant wird.“*

---

Es gibt natürlich kein Patentrezept für die Beendigung der Krise. Es gibt jedoch einige Grundprinzipien, von denen einige sich bereits in der Praxis bewährt haben. Wir stellen z. B. fest, daß die österreichischen Sozialisten mit Hilfe sorgfältiger Input-output-Analysen und kooperativer demokratischer Planung bemerkenswert gut mit den die Weltwirtschaft erschütternden stürmischen Veränderungen fertig geworden sind. Auf Grund dieser und anderer Erfah-



rungen schlagen wir ein *Acht-Punkte-Programm* als Rahmen für sozialistisches Handeln vor.

1. Die Wirtschaftsbelebung in den Industrieländern, begleitet von einer Senkung der Arbeitslosigkeit und der Inflation, ist der Ausgangspunkt für die Antwort der Sozialisten. Die Anstrengungen der entwickelten Länder werden aber auf Dauer keine anhaltende Wirkung haben, wenn keine echte Solidarität zwischen Nord und Süd besteht. Das Engagement für eine neue Weltwirtschaftsordnung ist, wie wir näher ausführen werden, wenn wir den Beitrag der Abrüstung dazu erörtern, mehr als ein grundlegender moralischer Imperativ für uns. Es ist auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

2. Die Frage ist nicht, ob es Planung geben wird, sondern wer planen wird und wie geplant wird. Selbst eine Regierung des militanten freien Unternehmertums, wie die Reagan-Regierung, gestaltet die Steuerpolitik und andere Politiken derart, daß die „Markt“-Ergebnisse vorherbestimmt werden. Die Sozialisten vertreten die offenste und demokratischste Form der Planung. Sowohl die französische als auch die schwedische Partei ist z. B. dezentralisierten Formen sozialen Eigentums verpflichtet, vielleicht eine der entscheidenden Neuerungen dieser Zeit. Wir sehen Wirtschaftsdemokratie als einen Weg zu höherer Produktivität wie auch zu einer gerechteren Machtverteilung.

3. Die Sozialisten werden Maßnahmen ergreifen, um Ressourcen in wirklich produktive Investitionen zu leiten. In vielen kapitalistischen Ländern stand in den letzten Jahren reichlich Kapital zur Spekulation zur Verfügung, und zu wenig Kapital zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Produktionen. Es gibt verschiedene Instrumente – darunter soziales Eigentum –, um dieser kapitalistischen Verschwendung Einhalt zu gebieten. Mittel, die zum Beispiel für den Umweltschutz aufgewendet werden, die Entwicklung neuer Energiequellen, Wohnungsbau, Stadterneuerung, Gesundheit, Bildung und Transport, schaffen sinnvolle Arbeit für Millionen von Männern und Frauen im Süden wie im Norden.

4. Wie bereits erwähnt, ist die Währungsinstabilität für die Dritte Welt noch schädlicher als für die Industrieländer. Die Sozialistische Internationale schlägt daher Verhandlungen zwischen allen interessierten Regierungen zur Stabilisierung der Währungsrelationen und zur Steuerung der Zinsschwankungen vor. Wir wollen ein neues internationales Finanz- und Währungssystem errichten.

Zur Zeit herrscht eine Schuldenkrise vor allem in der Dritten Welt, die Sofortmaßnahmen verlangt. In

Übereinstimmung mit dem Zweiten Bericht der Brandt-Kommission, „Hilfe in der Weltkrise“, drängen wir auf Verhandlungen, um die unerträgliche Zinslast, die den im Süden seit dem Zweiten Weltkrieg erzielten bescheidenen Fortschritt zum großen Teil zu vernichten droht, umzustrukturieren und im Falle der ärmsten Länder zu erlassen.

5. Wir glauben, daß aus Gründen der Gerechtigkeit und der Effizienz eine Umverteilung von Einkommen und Wohlstand stattfinden muß, damit die gegenwärtigen tiefgreifenden Umwälzungen innerhalb und zwischen den Volkswirtschaften der Welt bewältigt werden können. Die Gründe der Gerechtigkeit liegen auf der Hand: es wird enorme Verschiebungen geben, und wenn der Preis dafür von den Verwundbarsten gezahlt werden soll, d. h., wenn die Stahlarbeiter mit ihren Arbeitsplätzen und ruinierte Gemeinden für die Umstrukturierung der Stahlindustrie insgesamt „bezahlen“ müssen, so ist das eine reaktionäre Politik der Übertragung von Reichtum von der arbeitenden Bevölkerung an die Reichen. Im Interesse einer grundsätzlichen Fairness, die von allen Industriedemokratien anerkannt wird, muß ein Teil der Einsparungen durch technischen Fortschritt dafür verwendet werden, Einkommen und Beschäftigung für diejenigen, die durch den Fortschritt verdrängt wurden, zu schaffen – andernfalls ist es kein Fortschritt, sondern von der Technologie verursachtes Elend.

Außerdem ist sowohl in den entwickelten Ländern wie auch zwischen Nord und Süd mehr soziale und wirtschaftliche Gleichheit ein starker Antrieb für das Wachstum. Wenn Einkommensanteile und effektive Kaufkraft der unteren und mittleren Gesellschaftsschichten und auch zwischen den Ländern selbst angehoben werden, werden damit Bedingungen geschaffen, die allen nutzen.

6. Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik können und sollen Hand in Hand gehen. Frauen, Jugendliche, nationale und rassische Minderheiten sind nicht nur systematischer Diskriminierung infolge der Krise ausgesetzt, sondern ihre Repression wirkt als Hemmschuh für die gesamte Wirtschaft. Volle wirtschaftliche, soziale und politische Bürgerrechte für beide Geschlechter und alle Rassen und Nationalitäten vermögen die Produktivität einer Gesellschaft ungeheuer zu steigern.

7. Der Kampf um die Verkürzung von Arbeitstag, Arbeitswoche, Arbeitsjahr und Arbeitsleben läuft seit über 100 Jahren. In diesem Zeitalter der technologischen Revolution ist für die Gesellschaft der Zeitpunkt gekommen, erneut das Verhältnis zwi-

schen Freizeit und Arbeitszeit zu überprüfen.

Dies sind nur einige Anwendungen unseres Grundprinzips: daß die Wirtschaftskrise der achtziger Jahre nicht in den Vorstandsetagen beigelegt werden kann, sondern daß man ihr mit der Ausdehnung des demokratischen Prinzips auf alle Ebenen der Gesellschaft und auf die Weltwirtschaft selbst begegnen muß.

8. Die Sozialistische Internationale kann und muß ein entscheidendes Forum für die demokratische und freiwillige Koordinierung dieser Politik unter den Mitgliedsparteien und anderen progressiven Kräften in der Welt sein.

Ausgehend von dieser Perspektive wenden wir uns nun der internationalen Dimension des Sozialismus in den achtziger Jahren im Kampf um Frieden und Gerechtigkeit in der Welt zu.

## II.

Der erste Aspekt unseres weltweiten Überblicks geht weit über die sozialistische Bewegung hinaus. Die atomare Abrüstung betrifft jeden Mann, jede Frau und jedes Kind auf dieser Erde, und wir werden wie bisher mit Menschen aller Überzeugungen und Glaubensrichtungen in dieser fundamentalsten Frage zusammenarbeiten. Es geht um das Überleben der Menschheit.

Im Brennpunkt stehen für uns zunächst die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, die Supermächte, die ungefähr 95 % der Atomwaffen in der Welt kontrollieren. Die ersten wichtigen Schritte müssen als Voraussetzung für einen mögli-

---

*„Könnte es ein atomares ‚1914‘ geben? Wir glauben, ja, und aus diesem Grund betrachten wir die atomare Abrüstung als den ersten Schritt auf dem langen Weg zu einer wirklich friedlichen Welt.“*

---

chen erweiterten Prozeß der atomaren Abrüstung in Washington und Moskau gemacht werden. Sie müssen sich darauf einigen, einer weiteren Eskalation des Wettrüstens Einhalt zu gebieten und damit zu beginnen, das bestehende gefährliche Gleichgewicht des Schreckens abzubauen. Dann können natürlich andere Länder, vor allem solche mit Atomwaffen – China, Frankreich und das Vereinigte Königreich – an diesen Verhandlungen teilnehmen.

Solange diese thermonuklearen Giganten weiterhin noch destruktivere und noch genauere Waffensysteme entwickeln und verfeinern, könnte jede Krise – wie die sowjetische Invasion in Afghanistan oder die indirekte, aber offensichtliche sowjetische Interven-

tion in Polen, der amerikanische Versuch, Revolutionen in Mittelamerika als sowjetische oder kubanische Verschwörung zu bezeichnen, oder irgendein Ausbruch der Spannung im Mittleren Osten – der Ausgangspunkt für einen Dritten Weltkrieg werden. Die Analogie zu „München“ wird oft in der Abrüstungsdiskussion erwähnt. Aber wie steht es mit der Analogie zu „1914“ – als einem Weltbrand, den keine der führenden Mächte wirklich wollte, durch einen Mord in Sarajewo gezündet wurde? Könnte es ein atomares „1914“ geben? Wir glauben, ja, und aus diesem Grund betrachten wir die atomare Abrüstung als den ersten Schritt auf dem langen Weg zu einer wirklich friedlichen Welt.

Während wir tagen, marschieren Zehntausende für den Frieden, leider nur im Westen und nicht im Osten, und die Frage der Rüstungskontrolle wird bei den INF-Verhandlungen in Genf diskutiert. Gleichzeitig gibt es äußerst beunruhigende Anzeichen dafür, daß eine neue, schlimmere Phase des Wettrüstens möglich werden könnte, indem es sich in den Weltraum erstreckt und immer höher entwickelte Waffensysteme verwendet.

Dieser Kongreß fordert die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auf, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Eskalation zu verhindern. Dazu sollten Vereinbarungen über die ersten praktischen Schritte bei den START-, den INF- und den Wiener Verhandlungen sowie eine Vereinbarung in Madrid über die Einberufung einer europäischen Abrüstungskonferenz gehören. Die beiden Supermächte sollten sich ferner über ein Moratorium über Atomwaffentests und die Herstellung chemischer und biologischer Waffen einigen und Zurückhaltung beim Waffenhandel und -transfer üben. Wir unterstützen ein ausgehandeltes, allgemeines, nachprüfbares beiderseitiges Einfrieren von Atomwaffen.

Die INF-Verhandlungen in den kommenden Monaten in Genf sind von entscheidender Bedeutung für die gesamte internationale politische und militärische Entwicklung. Wenn die Zeit für endgültige Ergebnisse nicht reicht, sollten daher die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten alsbald ein Interimsabkommen abschließen, das aus ausgewogenen beiderseitigen Verpflichtungen ohne destabilisierende Aktionen besteht.

Diese Sofortmaßnahme hätte zum Ziel, den gegenwärtigen Trend des qualitativen wie auch des quantitativen Wettrüstens aufzuhalten und mehr Zeit für Verhandlungen über substantielle Rüstungsbegrenzungen innerhalb der bestehenden Arsenale zu gewinnen.

Die Großmächte sollten durch beiderseitige Zurückhaltung in ihren bilateralen Beziehungen wie auch durch eine Begrenzung ihres militärischen Engagements in verschiedenen Teilen der Welt den politischen Rahmen für die Ost-West-Entspannung wiederherstellen.

Ferner betrachten wir die Genfer Verhandlungen als einen Schritt in Richtung auf eine offene, eindeutige Ablehnung aller Strategien eines begrenzten Atomkrieges sowohl durch die Sowjetunion als auch durch die Vereinigten Staaten.

Die grauenhaften Szenarien dieser Möglichkeit – fast alle würden in Europa ablaufen – gehen davon aus, daß der einmal entfesselte thermonukleare Geist von der einen oder anderen Seite kontrolliert werden kann, und daß der Verlierer eines begrenzten Schlagabtauschs das Ergebnis hinnimmt, ohne mit Eskalation zu antworten. Wir lehnen diese Vorstellung ab, aber selbst, wenn sie plausibler wäre als sie ist, wäre es falsch, auf eine Taktik zu setzen, die zur Einäscherung des größten Teils der Welt und ihrer Bevölkerung führen könnte.

Wenn außerdem Washington und Moskau sich nicht über eine so grundsätzliche Angelegenheit einigen können, was ist dann die moralische und politische Grundlage für ihre Opposition gegen die Verbreitung von Atomwaffen? Wenn die Supermächte sich den Atomkrieg als ein Instrument der Politik vorstellen können, warum dann nicht auch kleinere Mächte? Eine Einigung über nukleare taktische Waffen ist eindeutig eine Voraussetzung für die Begrenzung ihrer Verbreitung auf die übrige Welt.

All dies sollte mit der zentralen Frage verknüpft werden: die Verringerung der Arsenale interkontinentaler Raketen als erster Schritt in Richtung auf die gänzliche Abschaffung solcher Waffen. Es gibt keine „Planspiele“ der Vernichtung.

In den letzten Jahren haben beide Supermächte manchmal so gesprochen, als hätten sie diese Grundwahrheit vergessen oder niemals gelernt. Wir sind der Meinung, daß die Verhandlungen erleichtert werden würden, wenn sie sofort zu den bereits erwähnten vertrauensbildenden Verpflichtungen auf beiden Seiten führen würden, wie z. B. einem Moratorium für alle Atomwaffentests und für die Herstellung weiteren spaltbaren Materials.

Die Supermächte sollten bei ihren Diskussionen zwei verwandte Prinzipien anerkennen: daß alle neuen militärischen Technologien, die das Gleichgewicht des Schreckens weiter zu destabilisieren drohen, begrenzt und verringert werden und der Transfer nuklearer Waffentechnologie beendet wird; daß

jede Macht ungeschmälerte Sicherheit bewahrt, jedoch auf dem niedrigstmöglichen Niveau von Waffen und militärischen Kräften.

Es gibt weitere Maßnahmen, die diesen Abrüstungsprozeß fördern würden: eine Bestätigung der Verpflichtungen durch beide Mächte, in Übereinstimmung mit dem Vertrag zur Begrenzung antibalistischer Raketensysteme von 1972; die amerikanische Ratifizierung von SALT II; eine Einigung über einen dauerhaften Vertrag, der alle Atomwaffentests verbietet; ein Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung chemischer und biologischer Waffen; die Entmilitarisierung des Meeresbodens und des Weltraums zusammen mit dem ausdrücklichen gegenseitigen Versprechen, keine Anti-Satelliten-Systeme zu entwickeln.

Dies sind nur einige der Bereiche, in denen die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion erste erreichbare Schritte zur Abrüstung unternehmen können. Andere Nationen und Regionen können jedoch auch eine Rolle in diesem Prozeß spielen. Der Vertrag von Tlatelolco, der Atomwaffen in Latein-

---

*„In der Tat sollte Europa der Architekt der Entspannung, der Sicherheit und des Friedens sein, da andernfalls eine Verschlimmerung der Spannungen, vor allem in den Ost-West-Beziehungen, sich auf diesem Kontinent mit verhängnisvollen Ergebnissen auswirken wird.“*

---

amerika verbietet, ist ein Beispiel für eine wichtige Initiative der Dritten Welt in diesem Bereich. Wir möchten die Vorschläge unterstützen, die in den Vereinten Nationen im Hinblick auf atomwaffenfreie Zonen in Asien, Afrika, im Südpazifik und im Nahen Osten gemacht wurden. Ferner befürworten wir die Idee einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen und chemischen Waffen freien Zone, die von der Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen unter dem Vorsitz von Olof Palme vorgebracht wurde. Auch befürworten wir die Schaffung einer nordischen atomwaffenfreien Zone in einem größeren europäischen Zusammenhang, wie von den nordischen Sozialdemokratischen Parteien gefordert.

In der Tat sollte Europa der Architekt der Entspannung, der Sicherheit und des Friedens sein, da andernfalls eine Verschlimmerung der Spannungen, vor allem in den Ost-West-Beziehungen, sich auf diesem Kontinent mit verhängnisvollen Ergebnissen auswirken wird.

Schließlich sind diese nur beispielhaft und nicht erschöpfend aufgeführten Punkte an sich schon be-

deutend, aber vielleicht noch wichtiger als Teil eines Prozesses, der die Grundeinstellung der Supermächte verändern wird. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion werden diese Verhandlungen niemals erfolgreich führen können, wenn jede Seite sie als ein weiteres Mittel zur Fortsetzung des Kalten Krieges ansieht. Widerwillige Konzessionen und die Suche nach versteckten Vorteilen müssen einem Prozeß Platz machen, in dem sehr unterschiedliche Gesellschaftssysteme sich darauf einigen, sich gegenseitig nur auf friedliche Weise herauszufordern. Jede Seite muß begreifen, daß Rüstungskontrolle in ihrem eigenen Interesse ist.

Wenn eine echte Verpflichtung zu bilateraler nachprüfbarer Rüstungskontrolle zwischen den Großmächten entstünde, so würde dies auch den Boden bereiten für Fortschritte in der konventionellen Abrüstung.

„Konventionelle“ Waffen verdienen diesen Namen nur im Vergleich zu Atomwaffen. Tatsächlich sind durch die Entwicklung der Militärtechnologie nicht-atomare Waffen unendlich destruktiver geworden als die Waffen des 2. Weltkriegs. Es gibt heute elektronische, computergesteuerte „raffinierte“ Systeme, die vor nur einer Generation reine Phantasien der Science Fiction waren. Der Abbau dieser beispiellosen sogenannten konventionellen Technologien muß gleich an zweiter Stelle nach der Abschaffung der interkontinentalen und taktischen Kernwaffen stehen.

Bei diesem Punkt geht es nicht allein um Krieg und Frieden. Er ist auch von größter Bedeutung für unsere Solidarität mit der Dritten Welt und unserem Engagement dort.

Seit 1945 haben alle Kriege in Asien, Afrika und Lateinamerika stattgefunden. Ein Weltmarkt für Waffen ist entstanden, der im letzten Jahr Geschäfte in Höhe von 30 Milliarden Dollar umfaßte, wobei mehr als drei Viertel davon in die Entwicklungsländer gingen und dadurch wertvolle Ressourcen der Arbeit für das Leben entzogen und zum Kauf von todbringenden Waffen verwendet wurden. Diese Tragödie wirkt zurück auf die Supermächte, da jeder Krieg in der Dritten Welt ein potentieller Streitpunkt zwischen ihnen ist – oder sogar der zufällige Ausgangspunkt für einen Dritten Weltkrieg werden kann.

Auf den Nahen Osten z. B. entfällt ein Drittel der Militärausgaben der gesamten Dritten Welt, wobei die Vereinigten Staaten hochentwickelte Waffen nach Israel und Saudiarabien liefern und die Sowjets ihre moderne Technologie nach Syrien, Libyen, Irak und Iran schicken. 1973 führte ein Konflikt im Nahen Osten zu einer gefährlichen Konfrontation zwischen

Washington und Moskau. Die letzte Kraftprobe konnte vermieden werden, jedoch kann man nie wissen, wann die Welt einmal nicht mehr so viel Glück haben wird.

Daher sind wir für eine politische Lösung im Nahen Osten auf dem Verhandlungsweg nicht nur, um eine Agonie zu beenden, unter der alle Völker dieser Region seit einer Generation leiden, sondern auch, weil wir eine solche Regelung als wichtigen Beitrag zum Weltfrieden betrachten. Sowohl die Israelis als auch die Palästinenser haben einen berechtigten Anspruch auf nationale Selbstbestimmung, den keiner von ihnen in Frieden und Sicherheit durchsetzen kann, wenn nicht jede Seite die Rechte des anderen anerkennt. Wie im einzelnen dieses Prinzip verwirklicht werden soll, muß in direkten Verhandlungen zwischen den Vertretern Israels, Jordaniens und der Palästinenser geregelt werden. Wir nehmen an, daß das Ergebnis solcher Diskussionen keinen der Beteiligten voll und ganz zufriedenstellen wird, und daß

---

*„Die Reagan-Administration begreift revolutionäre Bewegungen, die im Volkskampf gegen oligarchische und terroristische Unterdrückung tief verwurzelt sind, als Agenten einer sowjetischen oder kubanischen Verschwörung. Wir betrachten diese Auffassung als eine radikale Verzerrung der Realität...“*

---

der notwendige Kompromiß die einzige Grundlage für eine dauerhafte friedliche Koexistenz aller Beteiligten ist.

Wir sind natürlich solidarisch mit unseren Mitgliedsparteien in der Region: mit der Arbeiterpartei und Mapam in Israel, die mutig für die Menschenrechte und gegen den Horror von Sabra und Chatila sogar während eines Krieges eintraten; mit der Progressiven Sozialistischen Partei im Libanon, die wie jede andere Gruppierung in diesem tragischen Land ungeheuer unter diesem anscheinend endlosen Konflikt leidet.

Es ergibt sich aus unserem Eintreten für das Prinzip der wechselseitigen Selbstbestimmung in diesem Gebiet, daß wir den Abzug aller fremden Truppen – israelische, PLO und syrische – aus dem Libanon befürworten.

Mittelamerika ist ein weiteres Gebiet, wo der Bürgerkrieg die schwersten internationalen Auswirkungen haben könnte. Die Reagan-Administration begreift revolutionäre Bewegungen, die im Volkskampf gegen oligarchische und terroristische Unterdrückung tief verwurzelt sind, als Agenten einer sowjetischen

oder kubanischen Verschwörung. Wir betrachten diese Auffassung als eine radikale Verzerrung der Realität in diesem Gebiet, wodurch politische Lösungen behindert werden, die die einzige Hoffnung darstellen, eine Ausweitung und vielleicht Regionalisierung oder gar Internationalisierung nationaler Konflikte zu vermeiden.

Dies war einer der Gründe für die Sozialistische Internationale, die Sandinistas in ihrem Kampf gegen die Somoza-Diktatur zu unterstützen, und sie bekräftigt ihre Solidarität mit der nicaraguanischen Revolution in ihrem Bemühen, wirkliche Demokratie im Rahmen von politischem Pluralismus, Mischwirtschaft und Blockfreiheit zu erreichen. Eben weil wir uns dem Streben nach diesen Werten in Nicaragua verpflichtet fühlen, wenden wir uns gegen alle Versuche von außen, die Regierung in Managua zu destabilisieren. Wir glauben daher, daß eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua auf dem Verhandlungswege notwendig ist, um Nicaraguas Recht auf Selbstbestimmung zu garantieren.

In El Salvador, wo unsere Mitgliedspartei, die MNR, eine wesentliche Rolle in der FDR/FMLN unter Führung von Guillermo Ungo von der MNR spielt, unterstützen wir die MNR und die

FDR/FMLN in ihrer Forderung nach einer politischen Lösung auf dem Verhandlungswege. Da eine militärische Lösung in naher Zukunft nicht absehbar ist, werden der Krieg und seine Auswirkungen durch verstärkte ausländische Intervention nur verlängert. Unter diesen Umständen ist die von der FMLN/FDR vorgeschlagene politische Regelung und nationale Versöhnung die einzige Lösung. Die Initiativen Frankreichs und Mexikos in diesem Gebiet sind äußerst positiv und bilden einen Ansatzpunkt für Verhandlungen.

Gleichzeitig lehnen wir die Lösung „demokratischer“ Wahlen ab, bei denen die Führer und Mitglieder der FDR ihr Leben der Gnade eines Regimes ausliefern müßten, das den Mord an einem Erzbischof, an Missionarinnen und Gewerkschaftsführern sowie an Tausenden von Menschen, deren Namen die Geschichte nie erfahren wird, toleriert, ermutigt und entschuldigt hat. Was gebraucht wird, ist ein politischer Verhandlungsprozeß, an dem alle wichtigen Kräfte des Landes beteiligt sind und bei dem Todeschwadronen und ihre Mentoren ausgeschaltet sind. Die Vereinigten Staaten von Amerika müssen klar und eindeutig Stellung beziehen, nicht nur für eine politische Lösung auf dem Verhandlungswege, die zu

## WARUM JEDES RICHTFEST EINES BHW-BAUSPARERS FÜR DIE BAUWIRTSCHAFT EIN DOPPELTER GRUND ZUM FEIERN IST.



Mit einem günstigen Bausparvertrag kann man auch in der heutigen Zeit noch bauen. Deshalb verlassen sich Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst auf ihre BHW-Bausparkasse. Und geben mit jedem Richtfest der Bauwirtschaft einen doppelten Grund zum Feiern.

Denn das BHW zahlt Jahr für Jahr einige Milliarden Mark Baugeld an seine

Darlehensnehmer aus, die damit zu Tausenden bauen, kaufen und modernisieren.

Damit fließt das Geld aus BHW-Bausparverträgen direkt in die Bauwirtschaft und ihre Zulieferbetriebe. Es gibt Arbeitnehmern vieler Wirtschaftszweige Arbeit, Brot und mit jedem Richtfest die Gewißheit, daß es mit dem Bauen vorwärts geht. Wenn das kein Grund zum Feiern ist...

# BHW

Bausparkasse  
für den öffentlichen Dienst.

**DAMIT ES BEIM BAUEN VORWÄRTS GEHT.**

Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst GmbH, 3250 Hameln 1

echter innerer Demokratie führt, sondern gegen die Terroristen und ihre Schutzherren in San Salvador.

Es gibt ein weiteres Gebiet, wo wir sehr besorgt sind über fortgesetzte Verletzungen der Menschenrechte. Wir sind sehr besorgt über Aktionen, die der Schlußakte der Helsinki-Konferenz über „die Freizügigkeit von Menschen und Ideen“ entgegenstehen. Insbesondere möchten wir die fortgesetzte Verweigerung von Grundrechten gegenüber den polnischen Arbeitern erwähnen, und wir begrüßen den von den Führern von *Solidarnosc* bewiesenen Mut. Wir sind natürlich solidarisch mit allen demokratischen Bewegungen in Osteuropa, wie *Solidarnosc*, im Kampf um die Grundrechte, einschließlich der Gewerkschaftsrechte, der Religionsfreiheit und der Verteidigung der Rechte nationaler Minderheiten, die ihre Auswirkungen besonders in der Sowjetunion und in Rumänien haben. Wir sind der Auffassung, daß unser Engagement für Abrüstung und Entspannung eine günstigere Situation für diese Bewegungen schaffen wird. Obgleich wir nicht an „Verknüpfungen“ glauben, müssen wir doch feststellen, daß das Ausbleiben einer wirklichen Veränderung in Polen sich negativ auf das Klima zwischen Ost- und Westeuropa ausgewirkt hat.

Eine weitere Widerstandsbewegung in einem anderen Teil der Welt gehört in diesen kurzen Überblick: Afghanistan. Die sowjetische Invasion Afghanistans im Jahr 1979 hat eindeutig das Recht der nationalen Selbstbestimmung dieses Landes verletzt, Tausende getötet und Unzählige zu Flüchtlingen gemacht. Dem müssen alle, die für eine friedliche Welt kämpfen, entgegenreten. Eine politische Lösung muß von allen beteiligten Parteien gefunden werden, einschließlich der wahren Vertreter des afghanischen Volkes, des afghanischen Widerstandes, und sollte den Abzug der sowjetischen Truppen beinhalten.

Darüber hinaus stellt Südafrika eine wachsende Bedrohung des Weltfriedens dar. Die barbarische Unterdrückung seines eigenen Volkes geht weiter und nimmt zu, ungeachtet einiger rein kosmetischer Änderungen. In den letzten Jahren hat das rassistische Regime die Subversion und Destabilisierung unabhängiger Nachbarstaaten verstärkt. Namibia, Angola, Mozambique, Lesotho, Zimbabwe und Sambia sind alle Gegenstand militärischer und politischer Übergriffe durch Südafrika gewesen, das verzweifelt versucht, eine illegale Hegemonie im südlichen Afrika aufrechtzuerhalten. Die südafrikanische Aggression ist ein bewußter Versuch, die Bemühungen um soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Staaten, die erst vor kurzem die formelle Unabhängigkeit erlangt haben, zu ersticken.

Die Fortsetzung dieser Entwicklung schafft eine weitere ständige regionale Kriegssituation. Technische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der industrialisierten Welt ist eine wesentliche Voraussetzung für Südafrika, um seine Aggression gegen alle Völker der Region, die nach Unabhängigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Frieden streben, fortsetzen zu können.

Diese Unterdrückung und bewaffnete Konfrontation stellt die übrige Welt vor die entscheidende Wahl zwischen Afrika oder Südafrika. Afrika zu wählen ist in diesem Fall nicht nur eine Frage der Menschenrechte und der Menschenwürde. Es ist eine Frage des Weltfriedens, des Völkerrechts und der Rechte aller Völker und Länder, ihr eigenes Geschick zu bestimmen.

Der Weg zum Frieden, zu nationaler Souveränität und sozialer Gerechtigkeit im Südlichen Afrika erfordert die engagierte Beteiligung der internationalen Gemeinschaft. Nach Auffassung der SI gehört dazu:

1. Verstärkte Wirtschaftshilfe für die Frontstaaten und für regionale Zusammenarbeit, um die Abhängigkeit dieser Staaten von Südafrika zu verringern.
2. Politische und materielle Unterstützung der Befreiungsbewegungen, der unabhängigen Gewerkschaften und der Opfer der Apartheid in Südafrika und Namibia. Die Sozialistische Internationale versichert erneut, daß Namibia, ein von Südafrika in Verletzung des Völkerrechts illegal besetztes Land, das Recht auf Unabhängigkeit und das namibische Volk das Recht auf Freiheit hat.

3. Verbindliche UN-Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika. Bis zu einer solchen Entscheidung in den UN sollte jedes Land eine Politik verfolgen, wonach neue Investitionen gestoppt werden, alle Lücken des verbindlichen UN-Waffenembargos geschlossen und alle Kontakte mit dem Apartheidsregime im Bereich von Sport und Kultur verringert werden; all diese Bemühungen sollen den friedlichen Wandel fördern.
4. Verstärkte Solidaritätsarbeit mit dem Volk von Namibia und Südafrika in unseren eigenen Ländern.

Auch in anderen Teilen Afrikas gibt es wirtschaftliche und politische Krisen. Die Region wird in der Tat zum „Kontinent der Flüchtlinge“, eine Tatsache, die durch die kürzliche Massenausweisung aus Nigeria dramatisiert wurde. Was das Horn von Afrika anbelangt, so verurteilt die Sozialistische Internationale die Anwesenheit von sowjetischen, kubanischen und ostdeutschen Truppen in Äthiopien. Der seit 30 Jahren andauernde Kampf des eritreischen Volkes um Selbstbestimmung muß nach den Prinzipien der UN und der OAU geregelt werden.

Ferner bekräftigt der Kongreß seine Unterstützung des Rechts des Saharaischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Wir wiederholen unser Eintreten für die Aufnahme direkter Verhand-

---

*„Für uns gehören Freiheit und Demokratie zu den Wesensmerkmalen der sozialistischen Idee... Demokratie ist daher nicht eine Sache des ‚Überbaus‘, sondern das unverzichtbare Mittel des Volkes, wirtschaftliche und soziale Macht auszuüben.“*

---

lungen zwischen der Polisario-Front und Marokko, um eine gerechte und endgültige Lösung dieses Konflikts zu finden.

In vielen dieser Fälle ist es klar, daß wir einen Ausgleich – manchmal einen schwierigen, heiklen Ausgleich – zwischen den Faktoren suchen, die Freiheit, Demokratie und Frieden ausmachen. Dies sollte nicht als Verwässerung unserer grundsätzlichen Verpflichtung für Freiheit und Demokratie verstanden werden. Für uns gehören Freiheit und Demokratie zu den Wesensmerkmalen der sozialistischen Idee. Wo der Staat die Wirtschaft lenkt, ist die entscheidende Frage, wem der Staat gehört. Der Staat gehört dem Volk nur, wenn dieses das Recht hat, gewaltlos und ohne Angst vor Repressalien die Politik zu ändern und die Amtsinhaber auszuwechseln. Demokratie ist daher nicht eine Sache des „Überbaus“, sondern das unverzichtbare Mittel des Volkes, wirtschaftliche und soziale Macht auszuüben.

Wie aber handeln wir nach einem solchen Prinzip in einer komplexen Welt der nuklearen Supermächte, wo schon in „konventionellen“ vornuklearen Kriegen seit dem 2. Weltkrieg Millionen getötet wurden? Wir sind solidarisch mit den demokratischen Kräften in Afghanistan, Polen, El Salvador, Südafrika und der Türkei, und wir müssen diese Solidarität so einsetzen, daß es nicht zu einem Dritten Weltkrieg kommt, der nicht nur die Menschenrechte, sondern auch den größten Teil der Menschheit auslöschen würde. Und wir müssen außerdem jene vereinfachende Argumentation ablehnen, mit der die Supermächte ihr eigenes Unrecht zu rechtfertigen suchen und gleichzeitig das Unrecht des Gegners anprangern, indem sie z. B. eine unheilvolle, wenn auch stille Intervention gegen die polnische Arbeiterbewegung entschuldigen und eine Intervention in El Salvador verurteilen, oder umgekehrt.

Wir verpflichten uns der schwierigen politischen Aufgabe, Freiheit und Demokratie und Frieden zu schaffen. Und wir glauben, daß eine Minderung von

Konflikten und Spannungen in diesen regionalen Auseinandersetzungen die Arbeit der internationalen Abrüstung erleichtern wird.

Wir verknüpfen diese Fragen auch mit der Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt.

Weder die Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen unter dem Vorsitz von Willy Brandt, noch die Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen unter dem Vorsitz von Olof Palme waren spezifisch sozialistisch. Beide umfaßten das gesamte Spektrum demokratischer Meinungen im Westen und in der Dritten Welt und vereinten führende Persönlichkeiten aus der ganzen Welt. Diese Bandbreite ist unserer Meinung nach von großem Vorteil, gerade weil die Überlebensfrage – das Ausschalten der Geißeln des Atomkrieges und der absoluten Armut – nicht im Alleingang gelöst werden kann und der Zusammenarbeit über Ideologien und Grenzen hinweg bedarf.

Aus diesem Grunde unterstreicht die Sozialistische Internationale die große Aussagekraft der Berichte beider Kommissionen. Insbesondere bekräftigen wir unser Engagement für die von beiden befürwortete Politik, einen Teil der Ressourcen, die in einer abgerüsteten Welt nicht mehr für die Herstellung von Vernichtungswaffen gebraucht werden, für eine Kampagne gegen Hunger und Unterentwicklung im Süden und für Vollbeschäftigung im Norden einzusetzen.

Die Brandt-Kommission hat diesem entscheidenden Punkt Ausdruck verliehen: „Es ist eine schreckliche Ironie, daß der dynamischste und schnellste Transfer hochentwickelter Ausrüstungen von den Reichen zu den Armen im Bereich der Todesmaschinerie stattgefunden hat.“ Im Palme-Bericht 1980 heißt es, daß bis jetzt die Ausgaben der Welt für Vernichtungswaffen in einem einzigen Jahr 650 Mil-

---

*„Die Einheit unserer Welt ist nicht mehr nur eine erhabene moralische Vision; sie ist jetzt eine wirtschaftliche Tatsache.“*

---

liarden Dollar betrugen. Diese Summe ist mehr als dreizehnmal größer als das Leistungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer insgesamt im Jahre 1980. Kurz gesagt, wenn, wie von der Palme-Kommission vorgeschlagen, die größeren Nationen 5 % der durch echte Abrüstung eingesparten Gelder für internationale wirtschaftliche Entwicklung bereitstellen würden, wäre dies ein entscheidender Anfang in dem einzigen Krieg, den wir wollen, dem Krieg gegen Hunger und Krankheit.

Dies sollte nicht, wie wir im Geiste des Brandt-Reports betonen, als ein mildtätiger Akt des Nordens verstanden werden. Mitleid und menschliche Solidarität sind wichtige Gründe, warum die entwickelten Länder sich des Schicksals der Völker annehmen sollten, die in einer Weltwirtschaftsstruktur, die sie nicht geschaffen haben, einen benachteiligten Platz einnehmen. Darüber hinaus muß man aber auch folgendes erkennen: wenn die Mittel für die Entwicklung der Dritten Welt verfügbar wären, so würde das Arbeit schaffen für Männer und Frauen in den entwickelten Ländern, Schwerter zu Pflugscharen umschmieden, oder, um den biblischen Gedanken modern auszudrücken, thermonukleare Bomben in fruchtbare Felder und neue Industrien verwandeln. Die Einheit unserer Welt ist nicht mehr nur eine erhabene moralische Vision; sie ist jetzt eine wirtschaftliche Tatsache.

Der Bericht der Brandt-Kommission von 1983 faßte das Wesentliche unserer Auffassung in seinem Originaltitel zusammen: *Gemeinsame Krise, Nord-Süd: Zusammenarbeit für weltweiten Aufschwung*. Wir stimmen mit diesem Bericht überein und möchten nur einige Beispiele nennen: der IWF sollte eine merkliche Neuzuteilung von Sonderzielungsrechten für die Volkswirtschaften des Südens vornehmen und seine eigenen Richtlinien von 1979, die nationalen, sozialen und politischen Ziele der Mitgliedsländer zu berücksichtigen, genauer befolgen; als Sofortmaßnahme sollte die Umschuldung in Angriff genommen werden; der Gemeinsame Fonds sollte so bald wie möglich geschaffen werden; es sollte eine neue Agentur zur Förderung der Energieerzeugung in der Dritten Welt eingerichtet werden. Möglichst schnell sollte das UN-Ziel von 0,7 % des Bruttosozialprodukts als Entwicklungshilfebeitrag von seiten der entwickelten Länder angestrebt werden.

Wir möchten wiederholen, daß diese Maßnahmen keine Mildtätigkeit sind, sondern Mittel für eine weltweite Belebung, die im gemeinsamen Interesse aller Nationen liegt.

Die Sozialistische Internationale wird ihrem Engagement für diese Strategie im Sinne der Vorschläge der von Michael Manley geleiteten Arbeitsgruppe von 1982 nachkommen. Wir werden bestrebt sein, mit sozialistischen Regierungen und Oppositionsparteien zusammenzuarbeiten, um deren Politik mit unseren hier erwähnten Vorstellungen zu koordinieren. Und wir glauben, daß Fortschritte in Richtung auf eine neue Weltwirtschaftsordnung nicht auf globale Verhandlungen zu warten brauchen. Zwischeninitiativen könnten von größter Bedeutung sein. So

könnten z. B. Ländergruppen wie die nordischen Länder und die Niederlande einen koordinierten Anstoß geben für die Verwirklichung wichtiger Elemente einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Wir sind natürlich eine Internationale der Übereinstimmung ohne zentrale Macht über Mitgliedsparteien und deren Regierungen. Aber wir sind auch eine Internationale der politischen, geistigen und moralischen Solidarität, und wir müssen dieses unser Engagement organisieren und es zu einem schlagkräftigen Mittel der Überzeugung für unsere Mitgliedsparteien und unsere Freunde machen.

### III.

Dies sind nun die großen Linien einer Politik der Hoffnung auf Frieden und wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit.

Wir erwarten kein Zeitalter des Weltfriedens und allgemeinen Wohlstands, keinen plötzlichen Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Dieser Traum entstand zu einer Zeit, als die Arbeiter- und sozialistischen Bewegungen schwach waren und der Kapitalismus unkontrolliert und grausam. Mehr als hundert Jahre Geschichte sind aber vergangen, seit unsere Vorgängerorganisation, die Internationale Arbeitervereinigung, 1864 in London gegründet wurde. In all diesen Jahren haben die Sozialisten Wahrheiten gelernt, die nicht weniger wichtig sind, nur weil sie manchmal bitter sind.

---

*„Die Völker werden entweder einen demokratischen und gewaltlosen Weg finden, die jetzt schon soziale Kraft ihrer Erfindungsgabe zu sozialisieren, oder aber sie werden von der Arbeit ihrer eigenen Hände und Hirne überwältigt oder sogar vernichtet werden.“*

---

In den entwickelten Gesellschaften findet der sozialistische Kampf auf einem Feld statt, das von der Macht privaten Unternehmertums beherrscht oder stark beeinflusst ist. Der Streik des Kapitals – eines unendlich mobileren und internationaleren Kapitals als früher – ist immer eine Bedrohung für demokratisch gewählte progressive Regierungen. Außerdem erfordert ein wirklich demokratischer sozialer und wirtschaftlicher Wandel eine kulturelle Veränderung, um jene, die einst die Untergebenen waren – seien es nun die arbeitenden Männer und Frauen in diesen Ländern oder die Menschen in den ehemaligen Kolonien –, in die Lage zu versetzen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

In den kommunistischen Ländern werden die Frei-



heitsbewegungen, die in jedem Fall für das „menschliche Gesicht des Sozialismus“ und nicht für eine Rückkehr zum Kapitalismus eintreten, nicht nur durch die repressive Macht in ihrer eigenen Gesellschaft, sondern auch durch die der Sowjetunion gewaltsam eingeschränkt.

In den Entwicklungsgebieten der Welt hat die politische Unabhängigkeit die wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit, die in eine neo-koloniale Welt eingebaut ist, in der heute statt nackter militärischer Gewalt und Unterwerfung die „terms of trade“ zur Aufrechterhaltung der Macht benutzt werden, nicht beseitigen können.

In gewissem Sinne sind wir Sozialisten, gerade weil wir diese *strukturellen* Grenzen der individuellen und kollektiven Freiheit erkennen. Wir wenden uns nicht nur gegen diese oder jene Ungerechtigkeit; wir

widmen uns der langwierigen, schweren Aufgabe, gegen die *Strukturen* der Ungerechtigkeit in und zwischen den Nationen anzugehen.

In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Welt in militärischer, technologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht viel internationaler geworden als je zuvor. Die Völker werden entweder einen demokratischen und gewaltlosen Weg finden, die jetzt schon soziale Kraft ihrer Erfindungsgabe zu sozialisieren, oder aber sie werden von der Arbeit ihrer eigenen Hände und Hirne überwältigt oder sogar vernichtet werden. Die Sozialistische Internationale – eine demokratische, pluralistische Institution, die auf der Solidarität mit gemeinsamen Werten und nicht auf Macht beruht – ist ein Mittel zu diesem Zweck und vielleicht eine der ersten Annäherungen an dieses Ziel.

## Entschließung zu Sicherheits- und Abrüstungsfragen

Die Sozialistische Internationale bekräftigt ihren Willen, sich für die Schaffung von Sicherheit einzusetzen, die sich nicht auf eine ständig wachsende Zahl immer zerstörerischer Waffen, sondern allein auf Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Völkern gründet. Unser Ziel ist letzten Endes eine allgemeine und vollständige Abrüstung, die wir nur durch entschlossene und beharrliche internationale Maßnahmen erreichen können. Der Kongreß der Sozialistischen Internationale ruft alle sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien auf, sich aktiv an diesen Bemühungen zu beteiligen.

Aus Sorge über die bedrohliche Verschlechterung der internationalen Lage haben wir 1980 in unserem Bericht über Abrüstung Regierungen und internationale Organisationen aufgefordert, ein Dringlichkeitsprogramm für Abrüstung auszuarbeiten. Heute brauchen wir ein solches Programm dringender denn je. Obwohl die Besorgnis der Menschen über das Werrüsten in allen Teilen der Welt wächst, haben die Abrüstungsverhandlungen noch zu keinerlei konkreten Ergebnissen geführt. Zusehends zerrinnt den Verhandelnden die Zeit unter den Händen, und neue Runden im nuklearen und konventionellen Werrüsten bedrohen die Sicherheit der Menschheit.

Abrüstung läßt sich nicht aus dem gesamtpolitischen Zusammenhang herausnehmen. Der potentiell-

le Rahmen für Entspannung in Ost und West muß so aufgebaut sein, daß eine Zurückhaltung beim militärischen Werrüsten beiden Seiten annehmbar erscheint. Deshalb ist es für die Völker Europas und für die Sicherheit im allgemeinen von Vorteil, wenn sobald wie möglich ein verifizierbares Abkommen über die Verringerung der Nuklearstreitkräfte zustandekommt.

Unter Hinweis auf die im Abrüstungsbericht 1980 erklärten Aufgaben und Ziele appelliert der Kongreß der Sozialistischen Internationale an die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, unverzüglich noch in diesem Jahr entsprechende Schritte in die Wege zu leiten. Diese Schritte sollten Vereinbarungen über die ersten praktischen Maßnahmen bei den START, INF und Wiener Verhandlungen wie auch eine Über-einkunft aus den Madrider Verhandlungen einschließen, eine europäische Abrüstungskonferenz einzuberufen. Die beiden Mächte sollten sich ebenfalls über ein verifizierbares Moratorium für Atomwaffenversuche sowie Produktion, Lagerung und Einsatz chemischer und biologischer Waffen einigen. Wirksame Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Waffenhandel und Waffentransfers zu beschränken.

Die Genfer INF-Verhandlungen der kommenden Monate sind von entscheidender Bedeutung für die gesamte internationale politische und militärische Entwicklung. Wenn die Zeit für abschließende Ergebnisse jedoch nicht ausreicht, müßten die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten so schnell wie

möglich ein Zwischenabkommen abschließen, das für beide Seiten ausgewogene Verpflichtungen ohne destabilisierende Maßnahmen enthält.

Das Ziel einer solchen Dringlichkeitsmaßnahme wäre es, die derzeitige Tendenz im qualitativen und quantitativen Wettrüsten zu stoppen und mehr Zeit zu gewinnen, um über einen umfassenderen Abbau aller bestehenden Rüstungsarsenale zu verhandeln.

Die Verhandlungen über INF-Systeme sollten eng mit den Verhandlungen über strategische Waffensysteme (START) verknüpft werden.

Die Schaffung atomwaffenfreier Zonen ist ein sinnvolles Mittel, um auf regionaler Ebene Stabilität und Sicherheit zu stärken. Die Sozialistische Internationale begrüßt die laufenden Bemühungen um die Schaffung solcher Zonen, z. B. im Norden Europas, im Balkan und im Pazifikgebiet.

Die Großmächte sollten durch größere Zurückhaltung auf beiden Seiten in ihren bilateralen Beziehungen wie auch durch Einschränkung ihres militärischen Engagements in verschiedenen Teilen der Welt den politischen Rahmen für die Ost-West-Entspannung schaffen.

## **Fortschreibung des Abrüstungsberichts der SI von 1980 Die Sozialistische Internationale und die Abrüstung**

### **Jahre der Enttäuschung**

Der Kongreß der Sozialistischen Internationale in Madrid im Jahre 1980 verabschiedete den Bericht zur Abrüstung in einer Atmosphäre zunehmender Unsicherheit und Konfrontation. Der Kongreß hatte jeden dazu aufgerufen, ungeachtet seiner oder ihrer politischen Überzeugung die Bemühungen um Abrüstung, Frieden, Entspannung und internationale Zusammenarbeit zu unterstützen. Man war sich darüber einig, daß der Dialog die Voraussetzung für Abrüstung und Abrüstung die Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden ist.

Während der letzten zweieinhalb Jahre war die Welt Zeuge eines immer schneller werdenden Wettrüstens, während keine der laufenden Verhandlungsrunden irgendwelche Ergebnisse brachte, um dieser unheilvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Das internationale Klima hat sich verschlechtert, und in

Die Länder der Welt, die wahren Frieden und somit echte Abrüstung wollen, sind der endlosen Vorschläge und deren Ablehnung, der Gegenvorschläge und deren erneuter Ablehnung überdrüssig. Wir sprechen für die Völker der Welt, die Ergebnisse sehen wollen und nicht nur bloße Verhandlungstaktiken.

Die Sozialistische Internationale, die 75 Parteien und Organisationen mit 20 Millionen Mitgliedern und 210 Millionen Stimmen vertritt, appelliert vor allem an die Supermächte, das tödliche Wettrüsten zu beenden und der Welt echte Sicherheit zu geben, indem sie den militärischen Wettlauf durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit ersetzen. Dies kann die Menschheit vor der drohenden Vernichtung bewahren, so kann geholfen werden, das Elend von Millionen hungernder Menschen einzudämmen, nur so können gleichzeitig die menschlichen und materiellen Ressourcen für eine erfolgreiche Bekämpfung der derzeitigen Weltwirtschaftskrise freigesetzt werden.

verschiedenen Teilen der Welt wüten regionale militärische Konflikte. Das Fehlschlagen der 2. UN-Sondersitzung über Abrüstung hat die Völker der Welt in ihren Hoffnungen und gerechtfertigten Forderungen tief enttäuscht. Die Sozialistische Internationale bringt ihre ernste Besorgnis über diese alarmierende Entwicklung zum Ausdruck.

Zur gleichen Zeit ist jedoch die Weltöffentlichkeit der Gefahr gewahr geworden und hat in nie dagewesenem Ausmaß und mit solch politischem Nachdruck ihre Stimme erhoben, daß dies mehr als irgendwelche anderen Faktoren Einfluß auf manche Regierung nahm. Angesichts dieses wachsenden Protestes und Drucks kamen die Regierungen der beiden Supermächte überein, ihre Verhandlungen in Genf sowohl über nukleare strategische als auch über Mittelstreckenraketen wiederaufzunehmen. Aber die Zeit wird knapp. Wenn in diesem Jahr keinerlei konkrete Ergebnisse erzielt werden, besteht die drohende Gefahr eines erneuten Wettrüstens, das sich auf alle Arten von Massenzerstörungswaffen und in alle Teile der Welt ausweiten würde.

Die Sozialistische Internationale ruft erneut jeden auf, sein Äußerstes zu tun, damit dieser Rüstungsppi-

rale Einhalt geboten wird und konkrete Schritte in Richtung auf eine wahre Abrüstung unternommen werden.

### **Frieden, Abrüstung und kollektive Sicherheit**

Die Sozialistische Internationale bekräftigt ihren im Abrüstungsbericht 1980 zum Ausdruck gebrachten Willen, sich für eine Sicherheit einzusetzen, die sich nicht auf Waffen, sondern allein auf Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen zwischen den Völkern gründet.

Die Sozialistische Internationale hält daran fest, daß Sicherheit und friedliche Entwicklung nicht dadurch gewährleistet werden können, daß beide Seiten in Konkurrenz miteinander militärische Potentiale aufbauen. Die internationale Sicherheit kann nicht ewig auf einer Abschreckung beruhen, die die Welt zu vernichten droht. Eine alternative Sicherheitsordnung muß gefunden werden, wenn die Menschheit überleben soll. Die Abschreckung, wie sie von den Supermächten konzipiert wurde, fördert das Wettrüsten. Gemeinsame Sicherheit ist der Grundsatz, von dem wir hoffen können, daß er die internationalen Beziehungen auf einen neuen sichereren Kurs bringt und uns aus der heutigen prekären Lage herausführt.

Die Sozialistische Internationale würdigt die Arbeit der Palme-Kommission und begrüßt ihre Initiativen. Wir stimmen zu, daß dem Wettrüsten mit Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen ein Ende gesetzt werden muß. Das setzt voraus, daß die Großmächte den Mut aufbringen, die bestehenden Arsenale abzubauen und der Schaffung atomwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt zuzustimmen.

Gleichzeitig müssen Anstrengungen unternommen werden, um die konventionellen Waffen auf das niedrigstmögliche ausgewogene Maß zu reduzieren.

Regionale Bemühungen um kollektive Sicherheit sind von größter Bedeutung. Sie sind besonders dringlich, um dem zunehmenden Waffenhandel und Waffentransfer Einhalt zu gebieten, die sowohl Nährstoff für regionale Konflikte abgeben als auch deren Ergebnis sind. Es ist eine Illusion zu glauben, daß regional oder örtlich begrenzte Konflikte mit „ausgewogenen“ Waffenlieferungen gelöst werden können. Die Großmächte tragen auch hier eine besondere Verantwortung, zumal sie manchmal in Waffentransfers das Hauptinstrument zu sehen scheinen, um auf internationale Entwicklungen einzuwirken und Beziehungen zu Käuferstaaten aufzubauen.

Es ist von größter Bedeutung, daß die Vereinten Nationen in ihrer Rolle als Bewahrer von internatio-

nalem Frieden und Sicherheit gestärkt werden. Ein solcher Prozeß in diese Richtung wurde bereits innerhalb der UNO in Gang gesetzt. Jetzt ist die Zeit, diesen Prozeß zu konkretisieren und durch politische Unterstützung zu fördern. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Rolle der UN-Friedenstruppe zu richten sein.

Wir sind der festen Meinung, daß jetzt die Zeit zum Handeln gekommen ist, daß es noch nicht zu spät ist für eine Umkehr in Richtung Rüstungskontrolle und -begrenzung wie auch echter Abrüstung. Der Anfang muß in den Verhandlungen in Genf gemacht werden.

### **Reduzierungen bei strategischen Waffen**

Das atomare Wettrüsten ist eine tödliche Bedrohung für die Menschheit. Die Sozialistische Internationale appelliert an die Nuklearmächte, vor allem an die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, das Streben nach einer illusorischen Überlegenheit aufzugeben und das Wettrüsten zu beenden, Einigung zu erzielen über den Verzicht weiterer Dislozierungen und den Weg hin zu echter Abrüstung einzuschlagen. Die neue Runde des strategischen Wettrüstens muß deshalb verhindert werden, und die bestehenden Arsenale müssen in substantieller Form abgebaut werden. Dies muß das Ziel der START-Verhandlungen sein. Ebenso wichtig ist es, technologische qualitative Erfindungen zu verhindern, die nur zu erneuter Produktion führen, das Kriegsführungspotential erhöhen und die Illusion eines begrenzten Atomkrieges nähren.

Ein umfassender Atomstoppvertrag sollte unverzüglich abgeschlossen werden.

Um ein positives Ergebnis bei den START-Verhandlungen zu gewährleisten, ist es unerlässlich, daß beide Seiten die Grundsätze und praktischen Bestimmungen des SALT II-Vertrages kontinuierlich einhalten. Beide Seiten sollten Versuche mit neuen strategischen Waffen und die Stationierung solcher Waffen unterlassen, einerlei ob in SALT II verboten oder nicht. Es muß dafür gesorgt werden, daß keine Seite umfangreiche Verteidigungssysteme zur Abwehr angreifender atomarer Sprengköpfe aufstellt, weil diese ein falsches Gefühl der Sicherheit hervorrufen und zur Entwicklung neuer Systeme zwecks Ausschaltung der bestehenden Raketenabwehrsysteme führen würden. Gleichzeitig könnte ein durch diese Abwehrsysteme hervorgerufenen falsches Gefühl der Sicherheit der Erstschlag-Doktrin Vorschub leisten.

Der ABM-Vertrag von 1972 muß auch in der Zukunft voll eingehalten werden.

Es ist unerlässlich, daß alle zukünftigen Abrüstungsvereinbarungen ein wirksames Kontrollsystem vorsehen. Die Sozialistische Internationale unterstützt die Bemühungen zur Einrichtung eines internationalen Instituts zur Verifizierung von Abrüstungsvereinbarungen. Die Verifizierung ist aufgrund jüngster technischer Entwicklungen machbarer geworden. Auch sollte es Inspektionen vor Ort geben.

Gegenseitiges Vertrauen ist die grundlegende Voraussetzung für einen Fortschritt in Richtung Abrüstung. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion werden eine neue gemeinsame Basis in der Frage der gemeinsamen Sicherheit finden müssen. Gleichzeitig ist es für alle Länder von größter Bedeutung, daß die Autorität der Vereinten Nationen anerkannt wird und die Weltorganisation als zentrales Forum zur Koordinierung der Bemühungen um die Sicherung von Frieden und Abrüstung genutzt wird. Sie ist das Symbol für unseren Glauben an eine rationale Weltordnung.

#### Rüstungskontrolle in Europa

Der Abrüstungsbericht der Sozialistischen Internationale von 1980 hat auf die Tatsache hingewiesen, daß Europa seit Jahrzehnten der Kontinent mit der stärksten Massierung von Waffen aller Art gewesen ist.

Trotz internationaler Anstrengungen seit Ende der 60er Jahre ist das konventionelle Waffenpotential laufend verstärkt worden. Gleichzeitig droht dem Kontinent die Gefahr neuer Runden des Wettrüstens im Bereich der Gefechtsfeldwaffen, der atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen wie auch der chemischen Waffen. Das führt zu einer bedrohlichen Verschlechterung des gesamten internationalen Klimas.

Die Sozialistische Internationale und ihre Mitgliedsparteien sollten jedmöglichen Druck auf die Verhandlungspartner der Genfer INF-Gespräche ausüben, um ein gerechtes Ergebnis zu gewährleisten, das zu einer Umkehr des derzeitigen Trends der Entwicklung führt. Wenn bis Ende 1983 keine abschließende Einigung erzielt werden kann, sollte ein Zwischenabkommen vereinbart werden, um eine weitere Zuspitzung der Situation zu vermeiden. In jedem Fall sollte das Ziel der schrittweise und auf lange Sicht vollständige Verzicht auf die Stationierung aller Atomwaffen auf diesem Kontinent sein. Ein Fehlschlagen dieser Verhandlungen würde sich äußerst nachteilig auf die Aussichten auf Entspannung und Abrüstung in Europa und damit auf das gesamte Spektrum der Ost-West-Beziehungen auswirken.

Auch sollten große Anstrengungen unternommen werden, um den Stillstand der Wiener Gespräche über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa zu überwinden. Der Verhandlungsbereich der Gespräche sollte insofern erweitert werden, als die konventionellen Waffen mit der größten Zerstörungskraft und atomare Kurzstreckenraketen miteinbezogen werden.

Die Sozialistische Internationale begrüßt den von der Palme-Kommission vorgebrachten Gedanken der Einrichtung von Zonen in Mitteleuropa, die von atomaren Gefechtsfeldwaffen und chemischen Waffen frei sein sollten.

Sicherheit und gegenseitiges Vertrauen lassen sich auch mit Hilfe subregionaler Rüstungskontrollmaßnahmen durch Schaffung atomwaffenfreier Zonen z. B. in der nordischen Region und auf dem Balkan verstärken.

Die Sozialistische Internationale appelliert auch an die Teilnehmer der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, ihr Äußerstes zu tun, um ein für alle Parteien annehmbares Schlußdokument zu verabschieden und Einigung über die Einberufung einer Konferenz über sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu erzielen.

#### Abrüstung und Entwicklung

Die sozialistische Internationale bekräftigt, daß die Wettrüsten, die ständige Drohung eines großen Krieges, bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten anderer Völker, Kriege und Gewalttaten das schlimmste Hindernis für den Fortschritt der Menschheit sind. All dies verschlingt enorme Finanzmittel, die so dringend für konstruktiven Aufbau, vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit benötigt werden. So bleiben Unsicherheit und Furcht bestehen, so verbreitet sich Mißtrauen unter allen Völkern.

Es ist insbesondere die Dritte Welt, die unter der zunehmenden Flut von Waffen schwer zu leiden hat. Dies ist sowohl eine finanzielle Belastung für die schon angespannte Wirtschaftslage dieser Länder als auch eine Versuchung, sich auf kriegerische Auseinandersetzungen mit Nachbarstaaten einzulassen oder solche zu eskalieren. Der so dringend erforderliche Nord-Süd-Dialog muß das Wettrüsten in den Entwicklungsländern mit in seine Betrachtungen einbeziehen. Wir rufen gleichermaßen die Regierungen in den betroffenen Gebieten und die Supermächte auf, die Waffenpotentiale substantiell zu verringern, um so das sinnlose Horten von Waffen zu vermeiden, die nichts zur Sicherheit der Völker beitragen.

Echte Rüstungskontroll- und Rüstungsabbaumaßnahmen wären die wirkungsvollsten Mittel zur Überwindung der derzeitigen internationalen Wirtschaftskrise, unter der alle Länder leiden, die aber die am wenigsten entwickelten Länder am härtesten trifft.

Die im Rahmen der Vereinten Nationen durchgeführten Untersuchungen und Beratungen über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung sollten zu konkreten Initiativen und Maßnahmen führen.

### Eine exemplarische Strafe. (Zum Streit um Cuba.)



Der Erste: Ach — seit Wochen schon strafen wir diesen Plebejer mit Verachtung — und der Herr scheint es noch gar nicht einmal zu merken! — Der Zweite: Komm', geh'n ma wieder!

(aus: Süddeutscher Postillon, Nr. 23/1897)

## Resolution über Lateinamerika und die Karibik

Die SI bekräftigt ihre Unterstützung für den Kampf um Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte in Lateinamerika.

Die SI unterstreicht erneut ihre wachsende Sorge gegenüber der um sich greifenden gefährlichen Krise in Mittelamerika und der Karibik.

Die Politik der Reagan-Administration hat eine an sich schon schwierige und gefährliche Lage ernsthaft verschärft. Die SI unterstützt die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die sich innerhalb und außerhalb des Kongresses der Politik der massiven Militärhilfe für die repressiven Regime widersetzen und für eine friedliche Lösung durch Verhandlungen in der Zone einsetzen.

Die Internationale bekräftigt ihr Engagement für die politische und ökonomische Demokratie, die Menschenrechte und die soziale Gerechtigkeit. Die SI verurteilt alle Menschenrechtsverletzungen, ungeachtet der politischen Ausrichtung des jeweiligen Regimes.

Wir unterstützen den Kampf der FDR und ihres Präsidenten, Guillermo Ungo, Generalsekretär unserer Mitgliedspartei, der MNR von El Salvador, und wir unterstützen voll den Aufruf der FDR/FMLN zu einer realen Lösung auf dem Verhandlungsweg, um dem Morden ein Ende zu setzen und wirklichen Frieden und Demokratie zu erreichen.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung für die nicaraguanische Revolution; denn wir unterstützen die demokratischen Ziele dieser Revolution, ideologischen Pluralismus, Blockfreiheit und gemischte Wirtschaft, und hoffen, daß diese Nation ihren eigenen unabhängigen Weg weiterverfolgen kann.

Deshalb widersetzen wir uns nach Kräften allen Versuchen, Nicaragua zu destabilisieren, und weisen sie zurück und verurteilen die Aggression von außen, deren Opfer es gegenwärtig ist. Wir fordern direkte Verhandlungen zwischen Honduras und Nicaragua, um die Einfälle zu beenden, die von honduranischem Gebiet aus in Nicaragua erfolgen, und unterstützen die Friedensinitiative von Contadora, die von Kolumbien, Venezuela, Panama und Mexiko getragen wird, eine Initiative, die eine echt latein-amerikanische Lösung für die vielen verschiedenen Probleme, unter denen die Region leidet, erbringen könnte.

Was Grenada betrifft, hält die SI am Prinzip der Selbstbestimmung fest und widersetzt sich daher

jedem Versuch seitens der Reagan-Administration, die Lage in diesem Land zu destabilisieren. Die SI unterstützt voll eine demokratische Entwicklung auf der Grundlage des Wiederaufbaus der Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit, wie vom New Jewel Movement bezeichnet.

Der Kongreß wiederholt die vom Büro in seinem Treffen in Basel im November 1982 ausgesprochene Empfehlung, baldmöglichst eine Konferenz der SI über Nichtintervention, Stabilität und Frieden in Mittelamerika abzuhalten. Der Kongreß nimmt dankbar das Angebot der französischen Sozialistischen Partei an, als Gastgeber für besagte Konferenz zu dienen.

Oligarchische und Militär-Regimes, die in mehreren Ländern Lateinamerikas und der Karibik bestehen, wie in Guatemala, El Salvador, Haiti, Chile, Paraguay, Uruguay und Argentinien, haben die Kontrolle über alle Lebensbereiche in diesen Ländern übernommen; diese Kontrolle umfaßt Militärgerichtshöfe, Standgerichte, summarische Urteile und willkürliche Verhaftungen.

Die SI verurteilt energisch die Diktaturen von Duvalier in Haiti, von Stroessner in Paraguay und des Militärregimes in Guatemala und verpflichtet sich, ihre Solidarität und politische Unterstützung für die demokratischen Kräfte in diesen Ländern zu verstärken.

Die SI ist besorgt über die Menschenrechtsverletzungen in Surinam und ruft zur Rückkehr zu einem friedlichen Demokratisierungsprozeß in diesem Land auf.

Im zehnten Jahr des brutalen Pinochet-Regimes steht die SI zu ihrer Solidarität mit dem chilenischen Volk, dessen Leiden durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise noch verschärft wurden.

Die SI unterstützt den Kampf aller Völker Lateinamerikas und der Karibik, die von repressiven Regimen unterjocht werden, und fordert die Beachtung des Rechts aller Bürger Chiles, Argentinien, Uruguays und Paraguays, in Freiheit und Würde in ihr Heimatland zurückzukehren. Die SI stellt mit Genugtuung den Kampfgeist fest, den das Volk Uruguays während der von den politischen Parteien vor kurzem durchgeführten sogenannten „internen Wahlen“ bewies.

Die SI bekräftigt ihre Solidarität mit dem argentinischen Volk und den Zielen der Wiederherstellung der Demokratie in diesem Land, wie sie von der „Multipartidaria“ zum Ausdruck gebracht wurden.

Die SI begrüßt den Demokratisierungsprozeß in Bolivien und hofft darauf, daß die politische „Öff-

nung" in Brasilien zu einer Festigung der Demokratie führt. Sie beglückwünscht die PDT, unter der Führung von Leonel Brizola, zu dem überwältigenden Sieg der Partei im Staat Rio de Janeiro und sieht in den Erfolgen der PMDB einen Schritt nach vorn in diesem Demokratisierungsprozeß.

Dagegen sieht die SI mit großer Sorge und Beunruhigung die Möglichkeit, daß die demokratischen Prozesse in Lateinamerika und der Karibik Rückschläge erleiden können, wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage andauert, und verurteilt die vom Internationalen Währungsfonds auferlegten Maßnahmen als undemokratisch, die als ein Zeichen wirtschaftlicher Unterdrückung angesehen werden müssen.

Massive Geldentwertungen werden auferlegt, die den Lebensstandard der Völker der Region noch mehr senken. Die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen von seiten der Regierungen sind keine akzeptablen Maßnahmen und müssen abgelehnt werden, da sie eine wirtschaftliche Aggression darstellen; dasselbe gilt für die Exportpreise, die die Hauptursache für die Zerrüttung und das Elend in Lateinamerika und der Karibik bilden.

Die SI erklärt ihre Solidarität mit den Regierungen der Genossen Luis Alberto Monge und Salvador Jorge Blanco sowie mit ihren Mitgliedsparteien Liberación Nacional und Revolucionario Dominicano in ihrem Kampf zur Überwindung der großen Finanzprobleme, von denen sie betroffen sind. Deshalb fordert sie die entwickelten Länder auf, diesen beiden Ländern besondere Aufmerksamkeit zu widmen, damit die demokratischen Institutionen und das Wohl des Volkes nicht gefährdet werden.

Die SI ist sich bewußt, daß die meisten Länder Lateinamerikas und der Karibik an die Grenzen ihrer Verschuldung gestoßen sind, und unterstützt daher die Initiative, eine multilaterale Formel zu finden, die es erlaubt, gemeinsam das Problem der Auslandsverschuldung der Region zu überwinden, die bereits 300 Milliarden Dollar überschreitet.

Der SI ist bekannt, daß in Lateinamerika und der Karibik und allgemein in der Dritten Welt Konfrontationsstrategien diskutiert werden, von denen eine darin bestehen könnte, einseitig die Zahlung der Auslandsschulden einzustellen, was eine weltweite Wirtschaftskatastrophe zur Folge haben würde und das Ergebnis der Verzweiflung und Enttäuschung der Entwicklungsländer wäre, die vergeblich nach internationaler Gerechtigkeit rufen.

Deshalb unterstützt die SI voll den Nord-Süd-Dialog, der zu einer neuen internationalen Wirtschafts-

ordnung führen soll, die nicht nur Gerechtigkeit und Gleichheit in der Dritten Welt fördern, sondern auch die Industrienationen aus der gegenwärtigen Stagnation, in der sich die Weltwirtschaft befindet, befreien würde.

Die SI bittet auch ihre Mitgliedsparteien, insbesondere diejenigen, die an der Regierung sind, Anstrengungen um die wirtschaftliche Integration der Nationen Lateinamerikas und der Karibik zu unterstützen und zu fördern und das Recht eines jeden Landes der Region auf seine eigene Regierungs- und Gesellschaftsform nach dem Willen jedes Volkes anzuerkennen.

Im Malvinen/Falklandinseln-Konflikt ruft die SI zu einer friedlichen Lösung auf dem Verhandlungsweg auf und ist überzeugt, daß die UN sich an der Suche nach einer dauerhaften Lösung beteiligen sollten.

Die SI erklärt ihre Zustimmung zur Resolution 2063 der Vereinten Nationen, die zu einer friedlichen Regelung auf dem Verhandlungsweg und einer dauerhaften Lösung für das Problem der Souveränität dieser Inseln aufruft.

Desgleichen ruft die SI alle anderen Nationen Lateinamerikas und der Karibik mit Gebiets- und Grenzstreitigkeiten dazu auf, ihre Konflikte durch Verhandlungen und friedliche Vereinbarungen zu lösen.

#### **Dringlichkeitsresolution zu Nicaragua**

Die Sozialistische Internationale wendet sich gegen jegliche von außen kommende Intervention in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Sie ist besonders alarmiert und besorgt wegen des Eindringens von Söldnertruppen aus Honduras nach Nicaragua in den letzten Tagen und Wochen. Sie verlangt, daß diese Invasionen sofort beendet werden und daß jegliche direkte oder indirekte Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Verletzung der territorialen Integrität Nicaraguas eingestellt wird. Das Volk von Nicaragua muß frei bleiben, um seine Verpflichtung zur Blockfreiheit und zu einer pluralistischen Demokratie verwirklichen zu können.

Die SI unterstützt die Unabhängigkeit Puerto Ricos als einer lateinamerikanischen Nation.

Abschließend heißt der Kongreß der SI die neuen Mitgliedsparteien willkommen – die Fortschrittliche Labour-Partei von Santa Lucia, die Allianz des Arbeitenden Volkes von Guyana, die Unabhängigkeitspartei Puerto Ricos und die APRA Perus –, die mit ihrem Eintritt die demokratisch-sozialistische Familie in der Region vergrößern.

## Entschließung zum Nahen Osten

1. Die Sozialistische Internationale ist der Ansicht, daß alle Regierungen und Parteien dieser Region und alle friedliebenden Länder sich beherzt dafür einsetzen müssen, daß der Weg für politische Verhandlungen zur Schaffung eines dauerhaften Friedens geebnet wird.

Nach dem Einmarsch Israels im Libanon, der vom ersten Tag an von Präsident Willy Brandt verurteilt wurde, hat die Sozialistische Internationale drei Missionen in den Nahen Osten entsandt, die den Libanon, Israel, Syrien, Jordanien, Ägypten und Tunesien besuchten.

Mit praktisch allen führenden Politikern dieser Region wurde Kontakt aufgenommen, und die Mission führte ausführliche Gespräche mit den Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale in diesem Gebiet: der Arbeiterpartei Israels, der Vereinigten Arbeiterpartei (MAPAM) und der Progressiven Sozialistischen Partei im Libanon.

2. Die Sozialistische Internationale glaubt, daß der Nahostkonflikt eine Bedrohung für den Weltfrieden darstellt und für Millionen von Menschen in diesem Gebiet mit fortwährendem Leid verbunden ist.

3. Die Sozialistische Internationale hat während ihrer Missionen festgestellt, daß es in der arabischen Welt und in Israel gemäßigte Kräfte gibt, die sich wirkungsvoll für den Frieden einsetzen. Deshalb vertritt die Sozialistische Internationale die Ansicht, daß diese Kräfte gefördert werden müssen; damit die beiden extremen Richtungen in dieser Stellung nicht dominierend werden und letztlich Friedensverhandlungen verhindern. Die Sozialistische Internationale blickt in diesem Zusammenhang mit großer Besorgnis auf die wachsende Flut verschiedener extremistischer Bewegungen in islamischen Ländern und in Israel wie auch auf die massive Dislozierung hochentwickelter Waffen in diesem Gebiet.

4. Die Sozialistische Internationale verurteilt die in den palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon begangenen Massaker, nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der nachdrücklichen Forderung der Labour Alignment nach einer Untersuchung der Massaker in Sabra und Shatilla und bedauert, daß die Empfehlungen der Untersuchungskommission nicht in vollem Umfang von der Regierung Israels ausgeführt wurden – ein Zeichen mangelnden politischen Willens dieser Regierung, nach einer gerechten Lösung für den Nahen Osten zu suchen –, und schlägt vor, daß im Libanon selbst eine glaubwürdige Unter-

suchung zur Ermittlung aller für diese Verbrechen Verantwortlichen durchgeführt wird.

5. Die Sozialistische Internationale bekräftigt ihre Solidarität mit den Mitgliedsparteien in diesem Gebiet – der Arbeiterpartei und der MAPAM in Israel und der Progressiven Sozialistischen Partei im Libanon – und appelliert an sie, sich weiterhin für politische Verhandlungen zwischen allen betroffenen Parteien (einschließlich der Palästinenser) einzusetzen, um zu einem dauerhaften Frieden in diesem Gebiet zu kommen.

6. Die Sozialistische Internationale ist der Ansicht, daß die Anerkennung des Rechtes des Libanon, als vollständig unabhängiger und souveräner Staat zu bestehen, ein erster Schritt in Richtung Frieden darstellt. Zu diesem Zweck müssen die Israelis, die bewaffneten palästinensischen und syrischen Truppen unverzüglich den vollständigen Rückzug aus diesem Land antreten. Wenn das nicht geschieht, werden die Besatzungstreitkräfte im Libanon eine außerordentlich instabile Zone mit negativen Auswirkungen auf den Frieden in diesem Gebiet schaffen.

7. Die Sozialistische Internationale anerkennt die positive Rolle, die die multinationalen Streitkräfte wie auch die UN-Streitkräfte bei der zunehmenden Festigung des Friedens und der Souveränität im Libanon gespielt haben. Die Anwesenheit dieser Streitkräfte hat zur Zeit eine legitime Basis, denn die Regierung und das Volk des Libanon haben ihre Zustimmung gegeben. Die Wiedervereinigung des Libanon, die Schaffung einer nationalen Einheitsarmee und die Auflösung der religiösen Milizen der Parteien sind fundamentale Faktoren für die Umgestaltung des Libanon in einen freien, unabhängigen und souveränen Staat, der die Grundsätze der Demokratie und Freiheit respektiert.

8. Alle Länder in diesem Gebiet haben das Recht, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben. Deshalb verurteilt die Sozialistische Internationale die expansionistische Politik einer jeden Regierung in diesem Gebiet. Ebenso unerlässlich ist die Anerkennung des Rechtes Israels, in einem eigenen Staat in Sicherheit zu leben, wie auch die Anerkennung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf ihr „homeland“.

9. Es ist allein Sache des palästinensischen Volkes, seine legitimen Vertreter zu bestimmen, und es ist nicht die Aufgabe der SI als Organisation zu entscheiden, ob die PLO die legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ist.

Die SI stellt fest, daß viele ihrer Mitgliedsparteien und -organisationen die PLO als eine solche legitime



Vertretung anerkennen. Einige SI-Parteien unterhalten reguläre politische Beziehungen mit der PLO, ohne sie ausdrücklich anzuerkennen.

10. Der einzige Weg, zu dauerhaftem Frieden und Sicherheit zu gelangen, ist der der direkten Verhandlungen zwischen allen interessierten Parteien, wobei Terroraktionen und Gewaltanwendung unter allen Umständen ausgeschlossen sein müssen. Die Sozialistische Internationale verleiht ihrer Besorgnis darüber Ausdruck, daß die israelische Regierung ihre Siedlungspolitik in der West Bank verstärkt. Die Siedlungen stehen im Widerspruch zum Völkerrecht und stellen ein beträchtliches und zunehmendes Hindernis für die Friedensbemühungen dar.

11. Die Sozialistische Internationale ist der Ansicht, daß die legitimen Vertreter Israels, Jordaniens und des palästinensischen Volkes in direkte Verhandlungen miteinander treten sollten, um zu einer dauerhaften Koexistenz zwischen Israel und dem palästinensischen Volks auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung zu gelangen. In diesem Sinne begrüßt die Sozialistische Internationale die neue Gesprächsrunde zwischen Hussein und Arafat als einen positiven Schritt nach vorne.

#### Resolution über Ost-Timor

Die SI wurde von Mario Soares über die Lage in Ost-Timor unterrichtet und begrüßt Portugals Ablehnung jeglicher neokolonialistischer Intervention in der Region.

Die SI erwartet, daß die Entwicklung in der Region in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Selbstbestimmung erfolgt, und unterstützt daher die Diskussion über die Zukunft Ost-Timors zwischen Indonesien, Portugal und dem Volk Ost-Timors, da sie diesen Prozeß als im Interesse des Friedens, der Gerechtigkeit und Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region liegend betrachtet.

## AUSSENPOLITIK

### Heinz Timmermann: Die genetischen Mutationen der KPI

#### Italiens Kommunisten überwinden den „demokratischen Zentralismus“

*Dr. phil. Heinz Timmermann, geb. 1938, ist Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln. Veröffentlichungen u. a. I comunisti italiani, Bari 1974; Eurokommunismus: Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt 1978 (als Hrsg. und Ko-Autor); Wohin marschiert die Linke in Europa?, Freiburg 1979; Die kommunistischen Parteien Südeuropas, Baden-Baden 1979 (als Hrsg. und Ko-Autor).*

#### Eine überrschende Wende

Als die KPI im Herbst 1982 mit den Vorbereitungen zu ihrem XVI. Parteitag begann, deuteten viele Anzeichen darauf hin, daß im Zentrum der Kongreßdebatten die Auseinandersetzung um ihr Verhältnis zur KPdSU und zu deren Gesellschafts- und Machtssystem stehen werde. Nachdem sich die Parteiführung (und später auch das ZK) im Anschluß an die gewaltsame Unterdrückung des Reformprozesses in Polen dazu entschlossen hatten, den „Realsozialismus“ osteuropäischer Prägung als „in seiner Triebkraft erschöpft“ zu bezeichnen und den Beziehungen zu den kommunistischen Parteien nun auch formell den Präferenzcharakter zu nehmen, stieß sie damit bis in ihre eigenen Reihen hinein auf scharfen Widerspruch.

Vorstandsmitglied Cossutta bezeichnete diese Einschätzung als „liquidatorisch“ und als einen Schritt, der einem „Riß“ (strappo) im historisch gewachsenen Verhältnis zur KPdSU, der entscheidenden Kraft des Friedens und des sozialen Fortschritts, gleichkomme und der die Partei ihres revolutionären Charakters beraube. In offenem Kräftemessen versuchten Cossutta und seine Anhänger im Vorfeld des Kongresses auf den Sektions- und Provinzversammlungen, das vernichtende Urteil über den Realsozialismus rückgängig zu machen und die Politik Moskaus erneut zum Bezugspunkt der KPI-Außenbeziehungen zu erheben. Der Parteitag würde – so schien es vielen – die

KPI auf ihrem Weg von einer ursprünglich moskau-nahen zu einer westlichen Grundwerten verpflichteten Partei vor eine schwere innere Zerreißprobe stellten.

Auf dem Mailänder Kongreß Anfang März 1983 kam es jedoch ganz anders – zur nicht geringen Überraschung der Parteiführung selbst. Die Änderungsanträge Cossuttas, die gemeinsam mit dem ZK-Dokument im Zentralorgan der KPI veröffentlicht worden waren, rückten auf den vorbereitenden Kongressen der Untergliederungen in den Hintergrund. Auf den Versammlungen der 118 Provinzparteioorganisationen, die die Delegierten für Mailand zu wählen hatten, erreichten die Anhänger Cossuttas nur in einem einzigen Fall eine Mehrheit und blieben im Schnitt bei fünf bis sechs Prozent hängen. Sie waren vernichtend geschlagen und zogen ihre Anträge in Mailand kurz vor der Abstimmung über das politische Dokument zurück. Für die KPI, die größte und einflußreichste kommunistische Partei des Westens, waren Sowjetkommunismus und „Realsozialismus“ (fast) kein Thema mehr.

Statt dessen konzentrierten sich die Auseinandersetzungen im Vorfeld des Parteitags und auf dem Parteitag selbst – neben der Diskussion über die strategische Linie der Partei, die sich als „demokratische Alternative“ zu den Christdemokraten definiert und auf eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialisten des PSI angelegt ist – auf zentrale Aspekte der innerparteilichen Willensbildung, die sich auch bei der KPI laut Statut noch immer nach den Regeln des „demokratischen Zentralismus“ vollzieht. Auf fast allen Provinzkongressen wurden Änderungsanträge verabschiedet, die eine größere Transparenz der inneren Entscheidungsprozesse forderten und darauf drängten, bei der Ausarbeitung der politischen Linie die Stellung der gewählten Organe (also der Zentralkomitees) gegenüber den Führungsorganen (also den Vorständen und Sekretariaten) zu stärken.

Auf einigen dieser Kongresse erreichte darüber hinaus Anträge, die Delegierten sowie die gleichzeitig neu zu bestimmenden Führungen der Provinzparteioorganisationen geheim und bei offener Liste zu wählen, das nötige Quorum von 20 Prozent. Die Folge war, daß scheinbar ungefährdete Funktionsträger nicht wieder in die Führungsgremien gewählt wurden und viele – auch prominente – Kandidaten kein Mandat für Mailand erhielten oder auf tiefere Plätze verwiesen wurden. So wurde beispielsweise der gesamte Vorstand der Provinzparteioorganisation von Prato (bei Florenz) abgewählt; KPI-Vorstandsmitglied Napolitano, zugleich Vorsitzender der KPI-Fraktion

in der italienischen Abgeordnetenkammer, hatte Mitte, vom Provinzkongreß Neapels zum Mailänder Parteitag delegiert zu werden. Umgekehrt wurden solche Funktionäre, die bei den Führungen in Ungnade gefallen waren, mit teilweise triumphalen Ergebnissen zu Delegierten gewählt (so etwa der frühere Mailänder KPI-Chef Terzi, der den „Fehler“ begangen hatte, zu früh und zu intensiv auf das Bündnis mit den Sozialisten gesetzt zu haben).

Die Parteiführung selbst war über das wünschbare Ausmaß der innerparteilichen Demokratisierung in sich gespalten. Die weitestgehenden Vorstellungen entwickelte die „basisdemokratisch“ orientierte Richtung der KPI um Vorstandsmitglied Ingrao (dessen Antrag bereits auf der den Parteitag vorbereitenden ZK-Sitzung vom Oktober 1982 nur knapp die Mehrheit verfehlt hatte). Mit ihr konvergierte die „sozialdemokratisch“ orientierte Richtung um Napolitano und, aus eher taktischen Gründen, auch die „proso-wjetische“ Richtung um Cossutta. Die Führungsgruppe um Parteichef Berlinguer dagegen sah in den Vorschlägen Ingraos Gefahren für die Einheit und Handlungsfähigkeit der KPI und versuchte, allzu weitgehenden Änderungen in der Praxis des „demokratischen Zentralismus“ durch eigene, begrenzte Änderungsvorschläge die Spitze zu nehmen. Erst als diese Gruppe auf mehreren Provinzkongressen keine Mehrheit für ihre Linie gefunden hatte und erkennen mußte, daß sich der Druck der Basis auf innerparteiliche Demokratisierung nicht kanalisieren ließ, gab sie ihren inhaltlichen Widerstand auf. So war der Weg frei für das, was italienische Beobachter eine „genetische Mutation der KPI“ nannten.

#### Aspekte des „demokratischen Zentralismus“

Um den Wandel bei der KPI in seiner Bedeutung einschätzen zu können, muß man wissen, daß der nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ ablaufende Willensbildungsprozeß bei den kommunistischen Parteien nicht einfach ein nur organisatorisches Problem ist. Auch unter nichtkommunistischen Parteien (etwa den Gaullisten in Frankreich oder den Sozialisten in Italien) geht ja die Willensbildung eher von oben nach unten als umgekehrt, ohne daß ihnen der Charakter von im westlichen Wertesystem verankerten Formationen abgesprochen würde.

Der entscheidende Punkt ist vielmehr, daß das Prinzip des Zentralismus für die Kommunisten untrennbar mit ihrem Charakter als marxistisch-leninistische Kampfparteien zur revolutionären Änderung der Gesellschaft zusammenhängt und nur um

den Preis einer Aufgabe der so definierten politischen Zielsetzung fallengelassen werden kann. Da sich die KPI auf ihrem Weg zum Sozialismus (und beim Aufbau desselben) von einer wissenschaftlich abgesicherten Theorie leiten läßt und daher nur eine einzige Wahrheit möglich ist (so die Argumentation der Traditionalisten), kann es echte Diskussionen oder gar unterschiedliche Auffassungen über die ideologisch-politische Linie der Partei nicht geben, ist Dissens administrativ zu unterdrücken. Faktisch ermöglicht diese Ideologisierung des „demokratischen Zentralismus“ bei den KPs eine mit abgestuften Machtbefugnissen versehene innerparteiliche Hierarchie, die eine reibungslose Befehlsgebung von oben nach unten und einen Kaderaustausch nach dem Prinzip der Kooptation gewährleistet. Der „demokratische Zentralismus“ bildet das Hauptinstrument für die Verteidigung der jeweils herrschenden Führungsspitze und ihrer Auslegung von Auftrag, Generallinie und Taktik der Partei. Die Rolle der Mitglieder beschränkt sich auf Akklamations- und Mobilisierungsaufgaben.

Wenn also die hier skizzierte Wirkungsweise des „demokratischen Zentralismus“ eng verbunden ist mit der Transformation der KPs in marxistisch-leninistisch orientierte revolutionäre Avantgarde- und Kampfparteien, so mußte umgekehrt ein programmatischer Revisionismus im Sinne einer Akzeptierung der politischen Demokratie westlichen Typs zu einer Auflockerung auch der innerparteilichen Struktur und Willensbildung führen. Dieser dialektische Prozeß – dem sich z. B. die KPF-Führung unter hohen Kosten für die Vitalität und Attraktivität der Partei bis heute entgegenstemmt –, hat das innere Leben der KPI seit ihrem 1956 eingeleiteten programmatischen Wandel stark geprägt und zunehmend verändert.

Seither wuchsen in ihr – gemessen an den Verhältnissen in anderen kommunistischen Parteien – die Chancen für die Vertreter abweichender Meinungen, ihre Positionen in den Parteigremien, in den Parteipublikationen und sogar in der bürgerlichen Presse vorzutragen, ohne dafür mit Sanktionen belegt zu werden. Auf ihrem XV. Parteitag vom Frühjahr 1979 modifizierte die KPI auch formal eine Reihe bisher gültiger, die Meinungsfreiheit einengender statutarischer Verpflichtungen – etwa in der Richtung, daß Minderheiten die Entscheidungen der Mehrheit nicht länger „akzeptieren und anwenden“, sondern nur noch „respektieren“ müssen. Ersatzlos gestrichen wurde damals auch der kautschukartige Passus, wonach „keine Handlung geduldet wird, die

die Einheit und Disziplin der Partei brechen könnte“.

Diese und ähnliche Neuerungen hingen eng mit den 1979 vollzogenen einschneidenden Änderungen im programmatischen Teil des Statuts zusammen. Darin beruft sich die KPI hinfort zwar weiterhin auf Marx, Engels und die „erneuernden Ideen“ Lenins. Gleichzeitig revidierte sie jedoch die früher geltende Auffassung einer primär weltanschaulichen Bindung der Parteimitglieder (an den „Marxismus-Leninismus“) und verwies auf den „weltlichen und rationalen Charakter“ der KPI. Konsequenterweise reduzierte sie die Voraussetzung für die Mitgliedschaft auf die Zustimmung zum „politischen Programm“ der Partei und unterstrich ihre Absicht, sich bei dessen „eigenständiger Ausarbeitung mit allen Strömungen des modernen Denkens zu messen“.

### Die Dynamik des Wandels

In den folgenden Jahren ergab sich, was die innerparteiliche Willensbildung in der KPI angeht, ein widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite paßte sie diese den Erfordernissen einer Partei „weltlichen und rationalen Charakters“ weiter an, beispielsweise im Hinblick auf die Prozeduren bei der Vorbereitung ihrer Parteitage. So erhielten jene ZK-Mitglieder, die bei der Ausarbeitung des den Vorkongressen als Diskussionsgrundlage zu präsentierenden ZK-Dokuments in der Minderheit geblieben waren, das Recht, ihre abweichenden Positionen im Zentralorgan der KPI zu publizieren und damit der Gesamtpartei gleichsam parteioffiziell bekanntzumachen. Dies verbesserte die Chancen der Minderheit, bei den Wahlen der Parteitage delegierten für ihre Konzeptionen zu werben und dabei vielleicht zur Mehrheit zu werden. Darüber hinaus hatte jeder Delegierte die Möglichkeit, auf dem Nationalkongreß selbst Initiativanträge einzubringen, also erneut solche Anträge zu präsentieren, die auf den Provinzparteitagen in der Minderheit geblieben waren. Von beiden Möglichkeiten machte die prosovjetsche Tendenz um Cosutta diesmal ausgiebig Gebrauch.

Auf der anderen Seite verstärkte sich jedoch an der Parteibasis – und auch bei den erwähnten Gruppen in der Parteiführung – der Eindruck, daß der innere Funktionsmechanismus der KPI in seinen geschriebenen und ungeschriebenen Regeln unter vielen Aspekten noch immer vom traditionellen Verständnis des „demokratischen Zentralismus“ geprägt war und den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr entsprach. Jedenfalls trafen die Vorschläge Ingraos zur innerparteilichen Demokratisierung unter den

Mitgliedern und Kadern der KPI auf breite Zustimmung und füllten (als Änderungs- und Ergänzungsanträge der Provinzparteitage) nicht weniger als 60 Seiten des insgesamt 216 Seiten starken Antragshefts zum Mailänder Parteitag.

Für diese von unten kommenden Innovationsimpulse (sowie für die gleichzeitige Ablehnung prosowjetischer Konzeptionen) gibt es eine im Grunde einfache Erklärung: In ihrer Mehrzahl sind die Delegierten in der Partei sowie in den Betrieben, Staatsverwaltungen, parlamentarischen Körperschaften und gesellschaftlichen Organisationen mit den täglichen Problemen der Menschen konfrontiert. Hinzu kommt, daß sie – z.T. als ehemalige Aktivisten der 1968er-Bewegung – überwiegend einer Generation angehören, die zu den Mythen, Denkweisen und Funktionsmechanismen der Vergangenheit keine Beziehung mehr hat (die Sektions- oder Ortsvereinsvorsitzenden sind im allgemeinen um 35, die Provinz- oder Unterbezirksvorsitzenden um 40 Jahre alt).

Diese mittlere Funktionärsgruppe, die ja in ihren verschiedenen Funktionen das eigentliche Rückgrat der Partei bildet, orientiert sich in ihrer politischen Arbeit immer weniger an abstrakten oder von außen empfohlenen Sozialismusmodellen und ist auch nicht länger bereit, jede von oben herab auferlegte politische Kursänderung ohne weiteres zu akzeptieren. Vielmehr kämpft sie vor Ort für fortschrittliche Wirtschafts- und Gesellschaftsänderungen unter den konkreten Bedingungen Italiens und Westeuropas, mit der Absicht freilich, an der Ausarbeitung der strategischen Linie der Partei mitzuwirken sowie in offener, kontroverser Diskussion um geeignete Lösungen zu ringen.

Dieser Drang zu innerparteilicher Transparenz und Partizipation wurde durch den strategischen Linienwechsel weg vom „historischen Kompromiß“ mit den Christdemokraten als Hauptpartner hin zur „demokratischen Alternative“ mit den Sozialisten als zentralem Bündnispartner weiter verstärkt. Der „historische Kompromiß“ lief auf den Versuch der KPI hinaus, die beiden großen, wertbezogenen Grundströmungen des Landes zur Sanierung und Transformation Italiens zusammenzuführen, ohne ihre jeweilige historische Identität grundlegend verändern zu wollen; die „demokratische Alternative“ dagegen verlangt von den Kommunisten eine viel stärkere Anstrengung zur eigenen Transformation, da es in der Kooperation mit dem PSI darum geht, konkrete Politik auf der Grundlage gemeinsamer demokratisch-sozialistischer Programmatik und Zielsetzung zu machen. Die Delegierten in Mailand waren in

ihrer großen Mehrheit dazu bereit: Nicht zufällig erhielt Berlinguer starken Beifall, als er PSI-Chef Craxi gegenüber die Absicht der KPI bekundete, sich „mit einem ernsthaften und kohärenten italienischen sozialistischen Reformismus europäischer Prägung zu messen“.

#### Zentrale Innovationsimpulse

Die insgesamt 187 einschlägigen Änderungsanträge der Provinzparteitage an den Mailänder Nationalkongreß knüpften in ihrer Motivation und Zielsetzung an die Vorschläge Ingraos an, reichten teilweise aber auch darüber hinaus. Als Begründung für radikale Innovationen in der innerparteilichen Willensbildung führte Ingrao vier Punkte an.

1. In der Vergangenheit hatten die Entscheidungen der Parteiführung oft den Charakter autoritativen Handelns von oben, das sich aus traditionellen Elementen der kommunistischen Geschichte ergab: „der Verbindung mit jenen Ländern, in denen die kommunistischen Parteien an der Macht sind; der Überzeugung, daß die Arbeiterklasse eine ‚historische Mission‘ erfüllt, als deren authentische Interpreten die kommunistischen Führer fungierten; einer Konzeption des Marxismus als einer bereits rundum definierten Doktrin“. Heute dagegen orientiert sich die Politik der KPI weniger an ideologischen Überzeugungen als an der „konkreten Gegenüberstellung unterschiedlicher Analysen und Projekte“.

Damit liquidierte Ingrao die traditionelle ideologische Begründung für die Sicherung der Parteieinheit, die den Spitzen der KPs als Vorwand dienen, die zentralen programmatischen und personellen Entscheidungen in engen Führungszirkeln unkontrolliert und unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu treffen. In der komplexen Gesellschaft von heute sei es nicht mehr möglich – heißt es z.B. im Antrag einer KP-Föderation (Arezzo bei Florenz), „das die Partei einende Netzwerk durch ein Modell des politischen Engagements abzusichern, das auf einer starken ideologischen Kohäsion und einer konsequenten und bindenden Disziplin beruht“.

2. Die Demokratie Italiens hat – so weiter Ingrao – in der Vergangenheit an Vitalität gewonnen. In Staat und Gesellschaft sind die Kommunisten stärker als zuvor aufgefordert, „sich ständig zu alternativen und entgegengesetzten Thesen zu äußern und dabei Methoden problemorientierter Untersuchungen anzuwenden“. Die ganze Gesellschaft ist „weltlicher“ geworden, und die modernen Werte überlagern die alten Grundüberzeugungen.

Damit fordert Ingrao im Grunde, zwischen der

parteiiernen Diskussion und der realen Dynamik des politischen und sozialen Lebens des Landes eine enge Beziehung herzustellen: Die KPI muß, wenn sie die italienische Demokratie transformieren will, sich in ihrem inneren Funktionsmechanismus selbst demokratisieren. Zwischen Programmen und Instrumenten für die „demokratische Alternative“ besteht ein enger Zusammenhang, heißt es in einigen Anträgen der Provinzkongresse, und dies macht es notwendig, das Binnenleben der Partei an die neuen gesellschaftlichen Prozesse anzupassen. Wenn sie sich heute als Teil der westeuropäischen Linken fühle, so müsse sie auch in ihrem Innern die Methode der politischen Demokratie gelten lassen.

3. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden – so weiter Ingrao –, daß in den ZKs auf den verschiedenen Parteiebenen nicht nur mehr diskutiert, sondern auch wirklich entschieden wird. Denn damit könnten auch die Genossen an der Basis besser verstehen und entscheiden, könnten von unten neue Impulse in die Partei eingegeben werden.

Dieser Appell, die Mitglieder durch Übertragung tatsächlicher Mitwirkungs- und Entscheidungsbefugnisse für frische Aktivitäten zu motivieren, erinnert stark an das Wort Willy Brandts von der „Produktivkraft Partizipation“, die es zu mobilisieren gelte. In einigen Anträgen wurde er ergänzt durch den Hinweis auf die Existenz unterschiedlicher politisch-kultureller „Denkrichtungen“ (aree di pensiero) in der KPI, die in ihrem Reichtum an Ideen und Vorschlägen für die Partei nur dann fruchtbar gemacht werden könnten, wenn sie zur politischen Willensbildung in ihr beitragen könnten (Cremona). Anträge dieser Tendenz sind nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie die Konsequenz aus dem soziologischen Wandel der KPI von der traditionellen „Arbeiterpartei“ zu einer Partei ziehen, die sich verstärkt auch um eine Verankerung in den „neuen sozialen Schichten“ (Berlinguer) der Intellektuellen, Techniker und Wissenschaftler bemüht. Sie verdienen auch deshalb Aufmerksamkeit, weil sie vom Ansatz her die Herausbildung unterschiedlicher Strömungen innerhalb der Partei legitimieren.

4. Wenn sich die Kommunisten jetzt ernsthaft um die Formierung einer „demokratischen Alternative“ mit dem Ziel der politischen und sozialen Transformation Italiens bemühen – betonte Ingrao schließlich –, so müsse deutlich werden, „wer die Entscheidungen in der KPI trifft“ und „wie die Partei ihre Führungsgruppen auswählt und bestimmt“. Dieser Appell, die Praxis des Geheimen bei der Entscheidungsbildung zu überwinden – eine Praxis, die die

Macht der Führungsspitze und des von ihr geformten Apparats recht eigentlich begründet und den „demokratischen Zentralismus“ zum „bürokratischen Zentralismus“ verformte –: Dieser Appell hat zwei wichtige, in einer Reihe von Anträgen näher explizierte Aspekte.

Zum einen könnte auf diese Weise, würde er befolgt, Mißtrauen von Außenstehenden gegenüber der KPI und ihren eigentlichen Absichten abgebaut werden, da die Partei für Wähler und Koalitionspartner transparenter und damit berechenbarer würde. Zum anderen aber könnte dadurch die Praxis der Kooptation bei der Auswahl der Führungsgruppen unterbunden werden, die – wie es in verschiedenen Anträgen heißt – Bürokratismus, Konformismus und Inkompetenz begünstigt hat. Man müsse Normen finden, „um eine politische Kultur zu schaffen, die geeignet ist, die Bildung der Führungsgruppen in der Klarheit der Positionen zu garantieren, wie sie sich in den von der Partei verabschiedeten politischen Plattformen darstellen“ (Reggio Emilia).

Zwar fanden Anträge einiger Untergliederungen (z. B. der beim KPI-Zentralorgan l'Unità bestehenden Betriebsgruppe), den „demokratischen Zentralismus“ überhaupt abzuschaffen, auf den Provinzkongressen keine Mehrheit. Mit Nachdruck wurde jedoch verlangt, „all jene (geschriebenen und ungeschriebenen) Regeln zu überwinden, die die Entfaltung der innerparteilichen Diskussion objektiv begrenzen und die der Grund für negative Deformationen im Leben und Handeln der Partei sind“ (Reggio Emilia). Es gehe darum, mit der „unkritischen“ und „abstrakten“ Konzeption von der Einheit der Partei sowie der daraus folgenden Logik zu brechen, sämtliche Probleme, Differenzen und Konflikte durch der Basis nicht sichtbare Vermittlungen und Kompromisse an der Parteispitze faktisch vorab zu entscheiden (Reggio Emilia).

#### Der Dissens wird legitimiert

Diese eher allgemeingehaltenen Vorschläge zur Demokratisierung der innerparteilichen Struktur und Willensbildung wurden von ihren Vorkämpfern in die Form konkreter Anträge gegossen und vom Mailänder Parteitag in zentralen Punkten mit meist überwältigender Mehrheit angenommen. Symbolwert hat dabei der Beschluß des Kongresses, dem „demokratischen Zentralismus“ nicht länger den Rang eines „Prinzips“ für den inneren Funktionsmechanismus der KPI zu geben, sondern ihn nur noch als „Methode“ gelten zu lassen. Dies sei deshalb geschehen – betonte die vom Parteitag eingesetzte Statuten-Kom-

mission -, weil der Begriff „Prinzip“ einen „allzu starken ideologischen Beigeschmack“ habe. Hier die wichtigsten konkreten Neuerungen:

1. Die weitaus meisten Änderungsanträge befaßten sich mit der Forderung, auf allen Parteiebenen die Stellung der gewählten Organe gegenüber den Exekutivorganen zu stärken, um zu verhindern, daß die Komitees zu reinen Akklamationsgremien für die an der Spitze gefallenen Entscheidungen degenerieren. Das ZK – und analog auch die regionalen und lokalen Komitees – müßten über die unterschiedlichen Positionen in der Führung informiert werden und die Entscheidung an sich ziehen, falls sich die Divergenzen nicht auflösen ließen. In weitergehenden Anträgen wurde sogar die Forderung erhoben, bei sämtlichen Entscheidungen, soweit sie nicht „absolut drängend“ seien, zuvor die Sektionen sowie die Zonen-, Föderations- und Regionalkomitees zu konsultieren (Verona).

Der zuletzt genannte Antrag wurde für den Fall akzeptiert, daß Änderungen der vom Parteitag beschlossenen Generallinie geplant sind. Die KPI-Führung wird es also in Zukunft schwer haben, von ihr (oder vom Parteichef allein) beschlossene radikale Kurswechsel von oben herab zu dekretieren, wie es im Falle des „historischen Kompromisses“ 1973 oder der „demokratischen Alternative“ 1980 geschehen war.

Im übrigen schloß sich der Kongreß den oben skizzierten Vorschlägen an und formulierte in seiner vielleicht wichtigsten Entscheidung (die 77 Anträge von insgesamt 53 Föderationskongressen zusammenfaßte): „Wenn sich in der Parteiführung sowie in den regionalen und föderalen Exekutivorganen in wichtigen Fragen der Richtung und der politischen Aktion Divergenzen ergeben und keine einheitlichen Lösungen gefunden werden können, so müssen sie unverzüglich den gewählten Organen zur Diskussion und zur Entscheidung unterbreitet werden ... Darüber hinaus ist es notwendig und nützlich, daß die Exekutivorgane bei der Vorlage von Linien und Entscheidungen darlegen, über welche divergierenden Hypothesen sie zur Formulierung ihrer Vorschläge gelangt sind.“

Diese Bestimmung, die von dem Führungszentrum um Berlinguer auf den ersten Provinzkongressen noch scharf abgelehnt worden war, bildet den eigentlichen Kern der „genetischen Mutation“ in der KPI. Zuvor hatte die Minderheit in den Vorständen die Mehrheitsmeinung nicht nur zu respektieren; sie mußte ihre Ansichten auch für sich behalten und hatte in den gewählten Organen die Mehrheitsmeinung

mitzutragen: Die Inhalte der Spitzendebatten blieben der Gesamtpartei (einschließlich des Zentralkomitees) verborgen. Jetzt erhält die Minderheit das Recht, ihre Positionen nicht nur im Vorfeld des Parteitags, sondern in der täglichen operativen Arbeit zu vertreten, die Positionen der Mehrheit zu kritisieren und zu kontrollieren sowie selbst dafür zu kämpfen, Mehrheit zu werden. Die schon heute in der KPI faktisch bestehenden Tendenzen und Strömungen werden in ihrer Existenz damit auch unter diesem Aspekt formal legitimiert.

2. Diese Entwicklung wurde unterstrichen durch neue Bestimmungen zur Behandlung von Minderheiten. Auf mehreren Provinzkongressen wurde die Forderung erhoben, die Herausbildung von Minderheiten nicht als „außergewöhnlich und anormal“ (Reggio Emilia) zu betrachten oder den Dissens gar zu marginalisieren und zu bestrafen“ (Salerno). Dem der Dissens sei nicht länger eine Gefahr für die Einheit und Handlungsfähigkeit der Partei, betonte Ingrao; vielmehr sei er „integraler Bestandteil unserer Suche“ und erhöhe die Motivation bei dem Bemühen um die notwendige Einheit im Handeln.

Diesem Verlangen schloß sich der Kongreß einstimmig an: Der Hinweis auf das „Recht auf Ausdruck des Dissenses“, der bereits im Basisdokument des ZK verankert worden war, wurde durch einen Zusatz verdeutlicht, der die „gleiche Legitimität der unterschiedlichen politischen Positionen“ hervorhebt. Damit sollte zugleich dem Begriff „Dissens“ jeglicher diskriminierende Anstrich genommen und betont werden, daß die Minderheit zwar nicht die Ansicht der Partei vertritt, aber legitimerweise in der Partei wirkt.

3. In seinen Beiträgen hatte Ingrao vorgeschlagen, die mit bestimmten Politikfeldern betrauten, bis jetzt jedoch wenig wirksamen Kommissionen des ZK in ihren Initiativrechten zu stärken und zu ihrer Arbeit auch solche Spezialisten und Basisaktivisten heranziehen, die keine Funktionen in der Partei bekleiden. Der Schwerpunkt ihrer Aufgaben sollte darin liegen, Anregungen der unteren Parteigliederungen aufzunehmen und in die Willensbildung der Führungsorgane einzubringen. Dieser konkrete Vorschlag, der faktisch auf die Konstituierung eines zweiten Kanals der Willensbildung von unten nach oben hinausläuft, wurde vom Parteitag ebenfalls einstimmig gebilligt.

#### Der Tanker bewegt sich

Gewiß bleiben auch nach Mailand trotz der geschilderten Änderungen viele Fragen zum inneren Funktionsmechanismus der KPI und damit zu ihrem

Charakter offen. Da ist zum einen das Problem, ob und inwieweit die genannten Neuerungen in der Praxis überhaupt realisierbar sind. Ist das Zentralkomitee mit seinen 179 Mitgliedern nicht zu groß, als daß es tatsächlich die Aufgabe übernehmen könnte, zum zentralen Ort der Willensbildung und der politischen Entscheidung zu werden? Werden die ZK-Kommissionen die gewünschten Impulse für eine stärkere Einflußnahme der Basis auf die Politik der Führung geben können, wo sie doch selbst im Parteigeßel keine originären Rechte haben? Zum anderen erhebt sich die Frage: Läßt nicht der Modus bei den Wahlen für die Leitungsgremien und die Delegiertenmandate – geheime Abstimmung nur bei einem Quorum von 20 Prozent – nach wie vor Raum für eine Perpetuierung der Kooptationspraxis durch die Führungen? Wäre es nicht konsequenter, in Personalfragen die geheime Wahl durchgängig zum Prinzip zu erheben?

Diese offenen Fragen sollten freilich nicht den Blick dafür verstellen, daß das System des „demokratischen Zentralismus“, wie es sich im Zeichen des Marxismus-Leninismus in den kommunistischen Parteien herausgebildet hat und wie es diese als zentrales Merkmal selbsternannter revolutionärer Vorhutparteien noch heute prägt, von der KPI durchgreifend modifiziert und unter vielen Aspekten sogar liquidiert worden ist. Indem die italienischen Kommunisten die Existenz divergierender Tendenzen legitihierten und das Prinzip der freien Meinungsbildung auch für das Leben in der Partei akzeptierten, haben sie endgültig die historische Phase des ideologisch geprägten Monolithismus leninistischen Typs hinter sich gelassen. Sie haben damit jenen Prozeß weiter vorangetrieben, den der PSI-Politiker (und EG-Kommissar) Giolitti als „Suche nach einer neuen Identität und einer neuen Politik“ charakterisierte, „die mit ihrer Option für den Westen und für den Reformismus übereinstimmen“.

So gesehen ist es nicht entscheidend, ob Programm und Politik der KPI in allen Punkten mit den im Westen vorherrschenden außen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeptionen harmonieren; das ist auch bei vielen sozialdemokratischen und sozialisti-

schen Parteien der Fall, ohne daß sie dafür als antiwestlich eingestuft würden. Entscheidend ist vielmehr, daß sich die KPI in ihrem Binnenleben von historisch bedingten totalitären Praktiken gelöst hat und die Regeln demokratischen Verhaltens westlicher Prägung aus Überzeugung übernimmt. Zwei Beispiele für diese Demokratisierung gab der Parteitag selbst, indem er gegen den Widerstand des Führungszentrums um Berlinguer radikale Änderungen im Funktionsmechanismus der KPI erzwang und indem er darüber hinaus den Parteichef im Verlauf des Kongresses mit Erfolg dazu drängte, seine zunächst eher kritische Einschätzung des PSI im Schlußwort zu korrigieren.

Damit fangen die Probleme für die KPI aber eigentlich erst richtig an. So hatte sie in Mailand kaum konkrete Vorschläge zur Überwindung der Wirtschaftskrise anzubieten, gab sie wenig Orientierung auf einem Felde, das für die Linke zum zentralen Thema der Auseinandersetzung mit den neoliberalen Konzepten und Strategien der Konservativen geworden ist. Nach der Lösung ihrer „Sonderprobleme“, die sich aus ihrem Charakter als Teil der ideologisch und politisch auf Moskau bezogenen kommunistischen Weltbewegung ergaben, könnte die KPI jetzt alle Kraft auf diese Aufgabe konzentrieren. Dabei dürften sich Konvergenzen und viele Felder gemeinsamen Interesses mit den Sozialdemokraten und Sozialisten ergeben.

So gesehen sind die Transformationen der KPI-Binnenstruktur in ihren Konsequenzen für die demokratisch-sozialistische Linke Westeuropas insgesamt von großer Bedeutung. Immerhin ist die KPI mit 1,7 Millionen Mitgliedern und einem Wähleranteil von 30 Prozent ein Faktor von erheblichem Gewicht in Italien und in der Europäischen Gemeinschaft. Für die Partei ihrerseits jedenfalls kommen die geschilderten Neuorientierungen angesichts ihres historischen Erbes einer wahren „Kulturrevolution“ gleich (La Repubblica). Der „Tanker KPI“, das zeigte sich dem Beobachter in Mailand, steht unter vollem Dampf und bewegt sich mit klarem Kurs in Richtung Westen.

# **Wolfgang Merkel: Bettino Craxi – Taktiker oder Strategie? Die Sozialistische Partei Italiens vor den Parlamentswahlen**

*Wolfgang Merkel, Jahrgang 1952, ist Historiker und  
Politologe und promoviert z. Z. über das Thema „Die  
Sozialistische Partei Italiens unter Craxi“.*

Man schreibt das Jahr 1532. Im Florenz der Medici erscheint ein Buch: „Il Principe“ – Der Fürst. Sein Verfasser: Niccolò Machiavelli. Sein Inhalt: Ein modernes Lehrbuch der Politik. Entbunden von gesellschaftlichem Ethos und privater Moralität, entwickelte der florentinische Staatsmann und Geschichtsschreiber eine Art Technik der Macht. Macht, Machterwerb und Machterhaltung wurden zu Mittel und Ziel politischen Handelns stilisiert.

Rom, 22. April 1983. Bettino Craxi, der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Italiens, kündigt den Christdemokraten die Zusammenarbeit in der Regierung auf. Ist dies das Vorspiel eines politischen Spektakels, an dessen Ende Craxi zum Premierminister der Republik gewählt wird? Gelingt es endlich dem gelehrigen Schüler Machiavellis, den Gipfel der Macht zu erklimmen? Bettino Craxi als „moderner Fürst“?

Glaubt man der Publizistik hierzulande, die – ebenso verfälschend wie simplifizierend – Craxi häufig als machthungrigen, „opportunistischen“ Ränkeschmied darstellt, läßt man sich von den semantischen Infamien einiger Kommunisten (Bettino – Benito) beeindrucken, die den sozialistischen „Leader“ Craxi in die Nähe des faschistischen „Duce“ Mussolini rücken wollten, könnte man tatsächlich meinen, der florentinische Geschichtsschreiber habe in dem römischen Politiker einen späten Musterschüler gefunden.

Doch das Rom von 1983 ist nicht das Florenz von 1532, die überschaubaren Verhältnisse des Fürstentums der Medici gleichen nicht den komplexen Strukturen der italienischen Politik von heute. So kann die in der Publizistik oft vorherrschende personenbezogene Berichterstattung nur einen kleinen Ausschnitt der Problematik beleuchten. Begnügt man sich mit ihm, verstellt man sich häufig den Blick auf jene gesellschaftlichen Ursachen, Politikzwänge und koalitionsfähigen Strategien, die die Handlungsspielräume des Politikers Craxi bestimmen und begrenzen.

## **Craxi – eine Karriere im Apparat**

Dabei soll gar nicht verhehlt werden, daß B. Craxi auch Machtpolitiker ist. Seine politische Karriere liest sich, anders als die von Arturo Ui, als „unaufhaltsamer“ Aufstieg: 1954 führende Rolle im Jugendverband FGSI, 1959 Mitglied des Zentralkomitees des PSI, Assessor für Öffentliche Arbeiten in Mailand, 1965 Sekretär des mitgliederstärksten sozialistischen Provinzverbands Mailand. Im selben Jahr tritt er in die „Direzione“, dem Nucleus der parteiinternen Macht ein. Drei Jahre später wird er zum ersten Mal als Abgeordneter ins Parlament gewählt, 1970 zum Vizesekretär der Partei bestellt. Dieses Amt bekleidet er bis 1976, bis zu dem Jahr, in dem die „Revolte der 40-Jährigen“ die alte Parteiführung entmachtete. Durch eine bizarre (Pasquino: „unnatürliche“) innerparteiliche Links-Rechts Koalition wurde der von der Parteimitte gestützte De Martino abgesetzt und Bettino Craxi zum neuen Generalsekretär der Partei gewählt. Abhängig von der Parteilinken um Lombardi und Signorile, unterstützt von einer heterogenen Gruppe des Zentrums und der Parteilinken galt Craxi nur als „primus inter pares“ in der neuen Parteiführung.

Doch 1980 zerbrach das Bündnis zwischen linkem und rechtem Parteiflügel. Die strategische Formel „Autonomie und Alternative“, die beide Flügel zusammengeführt hatte, zerfiel. Die Parteilinke, seit 1978 fragmentiert in drei Fraktionen (Lombardiani, Nuova Sinistra, De Martiniani), insistierte weiterhin auf dem strategischen Primat der koalitionsfähigen Alternative gegenüber der seit 1946 ununterbrochen regierenden Christdemokratie. Die Mehrheit um Craxi, sich nun „riformisti“ nennend, hatte sich schon längst unter dem Slogan der „Regierbarkeit“ (governabilità) für eine neue Koalition mit den Christdemokraten entschieden. Aber zu diesem Zeitpunkt konnte Craxi, der noch 1976 nur die 13 % des Minorcorrente „Autonomia“ als wirkliche Hausmacht hinter sich wußte, auf eine Mehrheit von 70 % in der Partei (42. Parteikongreß in Palermo, April 1981) verweisen. Eine parteiinterne demokratische Legitimation, über die nicht einmal der historische Parteiführer Pietro Nenni auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere verfügte!

Waren Craxis Mittel zur Machtausweitung in der Partei nicht immer zweifelsfrei – so benutzte er eine allgemeine Schmiergeldaffäre um den Staatskonzern ENI, um seinen linken Gegenspieler Claudio Signorile auszuschalten – bleibt zu konzedieren, daß es Craxis Führung war, die der in der Vergangenheit oft bis zur Entscheidungsunfähigkeit zerrissenen Sozial-



stischen Partei zu einer längst vergessenen programmatischen Konkretion und politischen Dynamik verhalf. Doch diese Dynamik, die ihren Höhepunkt in der Programmkonferenz von Rimini (April 1982) fand (Meinungsumfragen signalisierten dem PSI 15 %–17 % der Wählerstimmen; Wahlergebnis 1979: 9,8 %), nützte sich im vergangenen Jahr in der Regierungskoalition mit den Christdemokraten sichtbar ab. Aber blenden wir zurück in das Jahr 1980, als die Sozialisten nach fünf Jahren Opposition erneut ein Bündnis mit der Democrazia Cristiana eingingen.

### Craxis Konzept der „Regierbarkeit“ – die Grenzen einer Strategie

Im März 1980 beschloß eine knappe Mehrheit im PSI, in die von dem Christdemokraten Francesco Cossiga geführte Koalitionsregierung einzutreten. Ein überraschender Schritt, vergegenwärtigt man sich, daß die „alternativa di sinistra“, ein Bündnis aller demokratischen linken Kräfte als Alternative zur Democrazia Cristiana, noch immer die offizielle Strategie der Partei war. Ohne Erklärungswert bleibt jedoch die Kritik, die den Regierungseintritt der Sozialisten mystifizierend durch „Craxis Drang zur Macht“ und der „Sehnsucht des PSI nach den klientelistischen Ressourcen“ (M. Pannella) des Staates motiviert sah. Der Sozialistischen Partei ging es vielmehr darum, wie es Craxi formulierte, in einer prekären politischen (Terrorismus) und wirtschaftlichen Situation Regierungsmehrheiten zu ermöglichen, um damit die „Regierbarkeit“ des Landes zu sichern. Diese Konzeption barg jedoch von Anfang an Risiken und Inkompatibilitäten, die dann drei Jahre später zu ihrem Scheitern beitrugen.

Zu kritisieren ist vielmehr, daß der Begriff der „Regierbarkeit“ zu lange von der Parteiführung nur im verkürzten Sinne einer Koalitions-Arithmetik (Beschaffung von Regierungsmehrheiten) begriffen wurde. Anstatt die Regierungsbeteiligung zu nutzen, um Elemente jenes programmatischen Reformismus in reale Politik umzusetzen, der die Konferenz von Rimini (1982) ausgezeichnet hat, konkurrierte man mit der DC um die Besetzung der Machtzentren in Politik und Wirtschaft – und beließ es meist dabei. Wenngleich man häufig die innovativen Impulse einer konkreten Reformpolitik vermißte, war das Konzept der „governabilità“ keineswegs nur orientierungsloser Pragmatismus, sondern auch an ein strategisches Projekt gebunden. Als führende Partei eines laizistischen „Lagers“ (Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) versuchte der PSI, auf nationaler Regierungsebene der Hegemonie der Christde-

mokraten eine gleichbedeutende Kraft entgegenzusetzen.

Ergänzt wurde diese Strategie durch die Bündnispolitik auf regionaler und kommunaler Ebene. Durch Koalitionen mit Christdemokraten und Kommunisten sicherte sich der PSI nicht nur einen überproportional hohen Anteil an öffentlichen Ämtern (Regionaler Wähleranteil des PSI: 12,7 % – Ämter: 17 % der Bürgermeister; 31 % der Provinzpräsidenten; 30 % der Regionalpräsidenten), sondern versuchte die Wählerschaft beider großen Parteien an deren Rändern zu erodieren. Das Ziel war, ein laizistisches Zentrum unter sozialistischer Führung zur dritten bedeutenden politischen Kraft Italiens zu machen, um nicht wieder, wie in der Vergangenheit, zu einer Kolonie unter kommunistischem (Volksfront 1948–1956) oder christdemokratischem (1963–1974) Protektorat degradiert zu werden.

Doch mindestens drei Risiken und Beschränkungen ließen die Konzeption scheitern bzw. ihren Erfolg als höchst fragwürdig erscheinen:

1. Die Zusammenarbeit mit den Christdemokraten, wie die Aufrechterhaltung der „*conventio ad excludendum*“ (die Übereinkunft der Parteien, die Kommunisten von der Regierung fernzuhalten), ermöglichte es einer ideenlosen und von 37 Jahren ununterbrochenen Herrschaft verbrauchten DC, weiterhin an der Macht zu bleiben. Der PSI wurde so wider Willen zum Garanten eines blockierten Systems, in dem es seit Kriegsende zu keinem effektiven Wechsel in der Regierungsverantwortung gekommen ist. Eine solche Politik entsprach weder dem sozialistischen Anspruch, Gesellschaft und Staat zu reformieren, noch dem in der Wählerschaft weit verbreiteten Wunsch nach Wandel in der Führung des Landes.
2. Im Gefolge der wirtschaftlichen Krise wurde die Heterogenität der Regierungskoalition immer sichtbarer. Die sich häufig widersprechenden wirtschaftspolitischen Konzeptionen von DC und PSI zur Überwindung von 9 % Arbeitslosen, 16 % Inflation und der ständig steigenden Staatsverschuldung, lähmte die Koalition zuletzt bis zur Entscheidungsunfähigkeit. An diesem Widerspruch scheiterten vier der sechs Regierungen der laufenden Legislaturperiode (Kabinette Cossiga II 1980, Spadolini I und II 1982, Fanfani V 1983).
3. Die Rechtswendung der Democrazia Cristiana unter dem neuen Generalsekretär Ciriaco De Mita führte die einst katholisch-populistische DC immer deutlicher ins offen konservative Lager. De Mitas These des „*bipolarismo*“ (es gibt nur zwei Pole im italienischen Parteiensystem – die DC und den PSI;

die laizistischen Parteien, d. h. vor allem der PSI habe sich zu einem dieser Pole zu bekennen) und der Vorschlag des christdemokratischen Vizesekretärs Mazotta, wieder zu den zentristischen Koalitionen der 50er Jahre zurückzukehren (was bedeutete, den PSI von künftigen Regierungen auszuschließen), zeigen deutlich, daß die Democrazia Cristiana nicht gewillt ist, dem PSI und den laizistischen Parteien gleiches Gewicht in einem Regierungsbündnis zuzubilligen.

Angesichts dieser Entwicklung blieb einer staats- wie parteipolitisch verantwortungsbewußten Sozialistischen Partei keine andere Möglichkeit, als die gegenwärtige Regierungskoalition zu verlassen und Neuwahlen zu provozieren.

Doch mit welchem Programm, mit welcher Koalitionsaussage will der PSI sich am 26. Juni der Wählerschaft präsentieren? Welche Rolle kann die Sozialistische Partei nach den Wahlen in der italienischen Politik spielen? Da sich die PSI-Führung mit ihren Aussagen noch sehr bedeckt hält, sollen einmal anhand dreier denkbaren Szenarien die Beschränkungen und Spielräume der Handlungsmöglichkeiten Bettino Craxis aufgezeigt werden.

#### Schlüsselfaktor PSI: Drei Szenarien

**Szenario I:** Der PSI entscheidet sich nach einer klaren Programmabsprache, v. a. im Bereich der Wirtschaftspolitik, erneut für ein Bündnis mit den Christdemokraten, Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen wird gleiches Gewicht in der Regierung versprochen. Der traditionelle Sozialistenflügel in der DC um Forlani und Donat Cattin (auf dem Parteikongreß in Rom, Mai 1982, konnte dieser Corrente 35% der Delegiertenstimmen auf sich vereinigen) würde Craxi den Posten des Ministerpräsidenten konzedieren (vgl. La Repubblica v. 22.4.83).

Fraglich bleibt jedoch, wie die eher an Monetarismus und Angebotsökonomie orientierten Konzepte der DC mit den Vorstellungen der Sozialisten von Wirtschaftsprogrammierung, gezielter Ausgabenpolitik und Reform des „stato assistenziale“ (die klientelistische DC-Variante des Wohlfahrtsstaats) zu einem entscheidungsorientierten Kompromiß zusammengeführt werden können. Dennoch gibt es weite Kreise in der Fraktion der Riformisti, die für eine solche Lösung nicht unempfindlich sind.

**Szenario II:** Ein Minderheitskabinett der laizistischen Parteien (PSI, PSDI, PRI, PLI) unter Craxi erhält externe parlamentarische Stützung (und somit parlamentarische Mehrheiten) von den Kommunisten, die ein solches Kabinett als ersten Schritt zur Verwirkli-

chung ihrer „Demokratischen Alternative“ ansehen könnten. Ein Vergleich der wirtschafts- und sozialpolitischen Programme zeigt, daß eine solche Konstellation eine größere Homogenität aufwiese als ein erneutes „centro-sinistra“- (Mitte-Links) Bündnis.

Eine solche Koalition fände wohl in allen Fraktionen des PSI eine breite Unterstützung. Eine Unbekannte bleibt die Kommunistische Partei (1979: 30,4% der Wählerstimmen) in dieser Konfiguration. Dennoch gibt es Anzeichen, daß alle drei Strömungen im PCI (Ingrao-Linke, Zentrum um Berlinguer, Rechte um Napolitano) diese Konstellation als Zwischenlösung akzeptieren könnten.

**Szenario III:** PSI und PCI bekennen sich zu ihren offiziellen Strategien (PSI: Linksalternative, PCI: Demokratische Alternative) und formen mit Sozialdemokraten und Republikanern eine alternative Koalition zur Democrazia Cristiana. Den laizistischen Parteien wird im Regierungsbündnis gleiches Gewicht zugestanden, Craxi als Ministerpräsident würde die nationale und internationale Anerkennung sichern helfen. Die Kommunisten haben dazu, wie zuletzt G. Napolitano (vgl. L'Espresso, 1.5.1983, S. 18), schon wiederholt ihre Bereitschaft durchblicken lassen.

Für eine unmittelbare Verwirklichung eines solchen Bündnisses nach dem 26. Juni scheint allerdings der Zeitraum noch zu kurz, obwohl sich auf der ZK-Sitzung des PSI (22./23.4.1983) sowohl der Corrente der Lombardiani (er repräsentiert gegenwärtig ca. 20% der Partei) als auch die linke Fraktion um De Martino und Achilli (10% der Partei) für eine baldige Linkskoalition ausgesprochen hatten. Unterstützung könnten diese auch von unerwarteter Seite bekommen. Mit Rino Formica, dem früheren Finanzminister, und Gianni De Michelis, Minister für Staatsbeteiligungen, tendieren auch zwei mit eigener Hausmacht ausgestattete Vertreter des reformistischen Parteiflügels um Craxi zu einer linken Alternative in „absehbaren“ Zeiträumen.

Weniger ein erneutes „centro-sinistra“-Bündnis als vielmehr ein Wandel der traditionellen Formen der Koalitionsbildungen könnte die Stagnation des politischen Systems Italiens überwinden. Der Sozialistischen Partei kommt hier eine Schlüsselfunktion zu. In ihrem Entscheidungsbereich liegt es, ob sich aus einem blockierten tripolaren (Rechte – Heterogenes Zentrum – Linke) ein bipolares System entwickelt, in dem sich analog zu der Mehrzahl der europäischen Parteiensysteme ein bürgerlich/konservatives und ein progressiv/reformistisches Lager gegenüberstehen.



## **Detlev Albers: Der 6. März 1983, seine Ursachen und Folgen**

*Prof. Dr. Detlev Albers, Jahrgang 1943, lehrt am Fachbereich Arbeitslehre/Politik der Universität Bremen und ist einer der Mitautoren der „Herforder Thesen“. Veröffentlichungen u. a.: Demokratie und Sozialismus in Italien (1978) sowie zahlreiche Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden, s. a. NG 11/81 und 3/83.*

Was immer vor dem 6. März über die Bedeutung dieser Wahlen geschrieben wurde, es wäre leichtfertig, davon eine, die schwierigste Charakterisierung zu vergessen: Schicksalswahlen. Tatsächlich spricht viel dafür, das Resultat des 6. März als einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik zu begreifen, jedenfalls aber für die der SPD. Schauen wir einen Augenblick in der bundesdeutschen Entwicklung zurück, so zeigt sich, daß dies keineswegs für sämtliche der vergangenen Bundestagswahlen gilt. Im Gegenteil. Politische Weichenstellungen großer Tragweite, um die im Wahlkampf mit aller Offenheit gerungen wurde, sind bisher nur selten unmittelbar mit dem Wahlausgang verbunden gewesen.

1949, 1972, 1983 – in der dreißigjährigen Geschichte der Bundesrepublik wird man kaum eine andere Reihung finden, bei der die Wahlergebnisse selbst vergleichbar stark die weitere Entwicklung des Landes bestimmten, deren Richtung zugleich vorwegnahmen und zementierten. 1949 hätten wesentliche Teile dessen, was dann den ersten CDU-Staat der fünfziger und sechziger Jahre bildete, seine Wirtschaftswunder-Verblendung und sein unglaublicher Drang, sich vor den Lehren der Vergangenheit davonzustellen, noch vermieden werden können. Die SPD Kurt Schumachers und ihre von Victor Agartz geprägten Vorstellungen zur Demokratisierung der Wirtschaft hätten zweifellos auf dem Boden des Grundgesetzes eine andere Art von Republik zu realisieren versucht. Ein wirklicher Neubeginn, der Roß und Reiter des nationalsozialistischen Desasters beim Namen nennt und zugleich auf dem Wege der

Beseitigung seiner gesellschaftlichen Wurzeln um die Erhaltung der deutschen Einheit kämpft, hätte den Pressionen und Deformationen des „Kalten Krieges“ unbestreitbar mehr Widerstand entgegenzusetzen vermocht. Und doch zeichneten die SPD zu diesem Zeitpunkt bereits die Spuren frischer Niederlagen, die traumatische Erfahrung der SED-Gründung und der damit unüberbrückbare Gegensatz zu den Kommunisten nicht anders als die wachsende Isolierung gegenüber den bürgerlichen Parteien, die sich längst von den antifaschistischen Gemeinsamkeiten der ersten Nachkriegszeit absetzten. Beides zusammen ließ die sozialdemokratische Wahl Niederlage als nahezu unvermeidlich erscheinen und führte die Konservativen zu einer zwei Jahrzehnte umspannenden, lange Zeit als unabänderlich geltenden Vorherrschaft.

Anders 1972. Was drei Jahre zuvor noch von „Großer Koalition“, rechtsradikalem Protest und außerparlamentarischer Opposition auf der Linken verdeckt worden war, stand jetzt ohne Wenn und Aber im Mittelpunkt der Wahlkampagne. Entweder gelang der Rechten der im Parlament nur mit knapper Not aufgehaltene Vormarsch. Das hätte nicht nur den sozialliberalen Neuanfang in der Ost- und Deutschlandpolitik zunichte gemacht, sondern auch das gesamte Reformpotential der Gesellschaft auf einen Schlag zurückgedrängt. Ganz zu schweigen von den verhängnisvollen Konsequenzen eines von der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt erzwungenen Ausstiegs aus der europäischen Entspannungspolitik. Oder Sozialdemokraten und Liberale siegten damit erstmals gemeinsam, um ihre zentralen Versprechen, „mehr Demokratie“ zu wagen und den „Frieden sicherer“ zu machen, endlich auf einen direkten Wählerauftrag gestützt, in die Tat umzusetzen. Und eben dies glückte der Koalition unter Willy Brandt: Ein Plebiszit, das die SPD zur stärksten bundesdeutschen Partei machte und ihr die unbestreitbare Schlüsselrolle für die Ausgestaltung eines umfassenden Reformprozesses zuwies. Seine innere Dynamik hätte die Bundesrepublik tatsächlich auf Jahre hinaus zu einem Vorbild demokratischer Strukturveränderungen befähigen können. Es kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein, zu erklären warum; aber die Feststellung, daß diese vielleicht einmalige Chance der bundesdeutschen Gegenwartsgeschichte ungenutzt veran wurde, liefert bereits einen entscheidenden Grund für die Niederlagen der frühen achtziger Jahre.

Wieder anders am 6. März 1983. Ihm geht jene lange, zermürbende Strecke voraus – äußerlich sym-

bolisiert bereits im Wechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt, die vom immer bewußteren Verzicht der Sozialdemokratie auf ihren Veränderungsanspruch im Arbeitnehmerinteresse geprägt ist. Nicht daß es in dieser Zeit an schweren, Korrekturen erzwingenden Belastungen gefehlt hätte. Zwei Rezessionen von wachsender Intensität, beide begleitet von tiefgreifenden Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft, das Aufbrechen des Nord-Süd-Gegensatzes wie der buchstäblich globalen ökologischen Krise, schließlich der primär von der westlichen Führungsmacht aufgenötigte Übergang zu einer erneuten Phase internationaler Hochspannung – das alles war unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nicht ohne Zugeständnisse auch von Seiten der Lohnabhängigen zu bewältigen. Nur hätte dies ein um so bewußteres Eingreifen und Mobilisieren gegen fortbestehende Klassenprivilegien, gegen das Diktat ökonomischer Macht und die uralten Mechanismen der Umverteilung von unten nach oben verlangt.

Statt dessen geriet die SPD unter dem Einfluß ihrer „Realisten“ und „Macher“ immer stärker in die Defensive. Sie belegte ihre Mitglieder und Wähler, die Gewerkschaften wie das ganze progressive Lager mit Opfern und Rückschritten – und verbat sich zugleich, nach innen und außen, jede ernsthafte Diskussion darüber, ob man auf diesem Wege jemals den offenkundigen „Konstruktionsfehlern“ der bestehenden Gesellschaftsordnung würde entgehen können. So nahm sich die Partei selbst die unverzichtbaren Verarbeitungsstrategien, ohne die ihre Anhänger den offenkundig zunehmenden Krisenerscheinungen von Mal zu Mal hilfloser gegenüberstanden. Dies galt jedenfalls dann, als sich oberflächliche Erklärungsmomente, wonach das sozialdemokratisch verwaltete „Modell Deutschland“ immer noch besser als die übrigen westlichen Länder mit den Krisenfolgen zurechtkomme oder die CDU/CSU bestimmte Fehlentwicklungen noch ausdrücklicher in Kauf nehme, im Laufe der Zeit verbrauchten oder gar wie in den Monaten des Übergangskabinetts Kohl/Genscher dem Augenschein nach widerlegt wurden. Die Anfang der siebziger Jahre errungene Meinungsführerschaft der SPD reduzierte sich damit zunächst auf das Argument des „kleineren Übels“ und konnte schließlich von der konservativen Parole „Den Aufschwung wählen“ umgekehrt werden.

Die Frage nach den Ursachen für die sozialdemokratische Wahlniederlage vom 6. März muß sich also zunächst einmal eingestehen, daß sie, unbeschadet von tagespolitischen Trends und großenteils auch

von persönlichen Schuldzuweisungen, auf Grundprobleme von Zielvorstellungen, Programm und Praxis der Partei zurückverweist. Ihr Kern scheint mir im immer weiteren Auseinanderklaffen von gesellschaftlicher Realität, ihren Widersprüchen, Nöten, Gefahren und Opfern einerseits und den Antworten, Perspektiven, tatsächlichen Verhaltensweisen andererseits zu bestehen, die die SPD seit langem Freund und Feind vermittelt. Wohlgermerkt: Ein solches Auseinanderklaffen zu konstatieren, ihm den eigentlichen Grund für den Verlust der sozialdemokratischen Meinungsführerschaft seit Anfang der siebziger Jahre zuzuschreiben, das verlangt die Bereitschaft, Veränderungen an beiden Eckpunkten dieses Spannungsverhältnisses zur Kenntnis zu nehmen und ständig aufeinander zu beziehen. Die gleichen Antworten, wie etwa die klassische Lösung des Godesberger Programms, Verteilungsgerechtigkeit nur aus den Zuwächsen einer in ihren Grundlagen unangestastet gelassenen Wirtschaftsordnung anzustreben, können in der einen Situation ausreichen, sogar kurzfristige Zugewinne eintragen und sich zehn Jahre später als Angelpunkt politischen Abwirtschaltens erweisen.

Aus alledem folgt: 1969–1972 befand sich das, was man als Grundgedanken der Godesberger Volkspartei ansah und nun in der neuen Rolle als führende Regierungspartei schrittweise, aber doch zielstrebig zu realisieren suchte, in einem akzeptablen, deshalb mehrheitsfähigen Verhältnis zu den vordringlichen gesellschaftlichen Problemen wie den auf ihre Lösung gerichteten Erwartungen der Bevölkerung, zumindest aber des Arbeitnehmerlagers. 20 Jahre CDU-Herrschaft verlangten an allen Fronten Aufräumarbeiten. Sie reichten von den Ostverträgen über Fortschritte in der Bildungs- und Sozialpolitik bis zur gewiß nur bescheidenen Reform der Betriebsverfassung. Zusammengenommen entsprach dieser „Vorrat an Gemeinsamkeiten“ zwischen der Godesberger SPD und der Freiburger FDP sowohl den systemimmanenten Handlungsmöglichkeiten wie er zugleich den Hoffnungen breiter Bevölkerungsschichten entgegenkam. Die hiergegen von der CDU/CSU betriebene Polarisierung ließ sich in den wachsenden Konsens der „Ära Brandt“ umsetzen. In nachhinein wird man allerdings einräumen müssen, daß schon damals versäumt wurde, auf die noch nicht überschrittenen Grenzen dieser Reformpolitik, die Vorläufigkeit ihrer Ergebnisse und die Unauwechlichkeit sozialer und politischer Kraftproben hinzuweisen, wenn die Widersprüche kapitalistische Akkumulation wieder in ganzer Schärfe zum Austrag

kommen würden. Die Kohärenz von Politik und Lösung gesellschaftlicher Probleme als Basis jeder erfolgreichen Meinungsführerschaft oder Hegemonie verdankte sich mehr der anderen Form als dem entscheidend anderen Inhalt gegenüber der vorher betriebenen Regierungspolitik von CDU/CSU und „Großer Koalition“.

Dagegen ist spätestens seit dem ökonomischen Einbruch 1974/75 zu beobachten, wie sich jetzt die Realität gesellschaftlicher Widersprüche und der Horizont sozialdemokratischer Lösungsversuche auseinanderentwickeln. Auch dieser Vorgang vollzieht sich nicht von heute auf morgen. Helmut Schmidt kann gegen die erste Rezession der siebziger Jahre noch mit einem beachtlichen Arsenal von krisenbekämpfender Gegensteuerung zu Felde ziehen. Die staatlichen Beschäftigungsprogramme, noch dazu solche, die auf wirksame Beschäftigungsgarantien verzichten, werden zwar in ihrer regulierenden Wirkung leichtfertig überschätzt. Aber sie bleiben allen Halbherzigkeiten zum Trotz keineswegs folgenlos, wie etwa das „Zukunftsinvestitionsprogramm“ vom Ende der siebziger Jahre beweist. Dennoch rückt das Ausmaß der Arbeitslosigkeit immer mehr in den Rang eines jede Schönfärberei widerlegenden Gradmessers sozialliberaler Fähigkeiten zur Krisenbewältigung auf. Die Wirtschaftspolitik, das Paradeferd der seit Godesberg von Deist über Schiller zu Schmidt vermittelten Zuversicht, den Marktmechanismus besser als die CDU/CSU verwalten zu können, eben sie gerät mit innerer Notwendigkeit zur Achillesferse der Regierung-SPD.

Und doch ist es nicht nur der ständig nach rechts hin erpreßbare Immobilismus in der Wirtschaftspolitik, der den Regierungsverlust und die Wahlniederlage des 6. März bewirkt. Eingezwängt in den zunehmend aussichtslosen Versuch, mit der alten ökonomischen Logik zu krisenbewältigenden Rahmenbedingungen, national und international, zu gelangen, verliert man jede Offenheit, Zuhör-Bereitschaft und Glaubwürdigkeit im Verhältnis zu den „neuen sozialen Bewegungen“. Die Friedensbewegung – was ist sie mehr als naiver, unverbesserlicher Zweifel an den Zielen der eigenen Außenpolitik; die Ökologiebewegung – was formuliert sie mehr als utopische, zudem gewerkschaftsfeindliche Wunschvorstellungen eines abwegigen „Zurück zur Natur“; die Frauenbewegung – was treibt sie anderes um als undankbare Ungeduld gegenüber uralten sozialdemokratischen Gleichstellungsforderungen? Die selbst produzierte Alternative, entweder gegenüber sozialdemokratischen Stammwählern oder gegenüber den Anhängern die-

ser Bewegungen weitere Einbußen hinnehmen zu müssen, erscheint nicht mehr als Aufforderung zu einer grundlegend anderen Politik, sondern als unent-rinnbarer Sachzwang.

Aus heutiger Sicht beeindruckt an der Vorgeschiede des 6. März wenig mehr als das: Die Hartnäckigkeit, mit der man den alten Kurs von Rückschlag zu Rückschlag weitersteuert, Großstadt auf Großstadt verliert, dem Aufkommen der Grünen praktisch tatenlos zusieht und sich im Bundesrat auf eine abgeschlagene Außenseiterposition einrichtet. Nur so kann passieren, daß die Republik der achtziger Jahre, erschüttert von der schwersten Wirtschaftskrise ihres Bestehens, in ihren staatlichen Institutionen dennoch einheitlicher konservativ beherrscht wird als selbst zu Zeiten Adenauers. Auf allen Ebenen mit komfortablen Mehrheiten ausgestattet, kann sich der 2. CDU-Staat anschicken, noch seinen Vorgänger in den Schatten zu stellen. Viel zu spät erst kommt es in der SPD zu greifbaren Umkehrversuchen; Erhard Epplers und Oskar Lafontaines Einsatz in der Friedensbewegung sind hier ebenso zu nennen wie Willy Brandts Orientierung auf neue „Mehrheiten links von der CDU“ und Hans-Jochen Vogels Wahlversprechen, den „Frieden mit der Natur“ und das „Überflüssigmachen“ der Raketen allen anderen politischen Zielen überzuordnen. Aber niemand kann übersehen, daß solche Zielsetzungen, sollen sie wirklich überzeugen, eine weit-hin neue Grundausrichtung der Partei erfordern.

Was also sind die Folgen des 6. März, wie könnte und müßte die Wahlniederlage von der SPD verarbeitet werden? Die Partei steht vor einer Zäsur, die, wie wir gesehen haben, in der Geschichte der Bundesrepublik kaum ihresgleichen findet. Jeder, der sich über die Tiefe dieses Einschnittes täuscht, wird nur die Dauer seiner Verarbeitung verlängern oder sie gar unmöglich machen. Gewiß darf sich die SPD weder in der Opposition noch dort, wo sie in Ländern und Gemeinden Mehrheiten behauptet hat, aus der Tagespolitik verabschieden. Das alles entbindet jedoch nicht von dem Erfordernis, die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Probleme, die Gegenwart und Zukunft des Landes bestimmen, und sozialdemokratische Lösungsstrategien, die ihnen tatsächlich zu be-gegnen vermögen, radikal neu zu durchdenken. Wann, wenn nicht jetzt, könnte dies jemals vordringlicher sein.

Denn gescheitert sind nicht Personen, nicht einmal nur einzelne Konzepte und Programme; fragwürdig geworden, weil an der Realität längst vor dem Wählerverhalten vom 6. März gescheitert, ist ein

jahrzehntlang befolgt und verinnerlichtes Grundverständnis sozialdemokratischer Politik. Nichts schien aussichtsloser, als die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit für ein authentisch sozialistisches Programm zu gewinnen. Wollte man deshalb überhaupt etwas erreichen, dann half nur eines: jede berechtigte Einzelforderung zu zerlegen, in einen Prozeß kleiner Schritte aufzulösen und im Kampf um deren Verwirklichung strikt darauf zu achten, daß sie nicht mit dem Kernbestand der ökonomischen Machtverteilung kollidierten. Und eben dieses Muster von Politik, in anderen Ländern schlechthin sozialdemokratisch genannt, erweist sich für alle absehbare Zukunft als unhaltbar. Oder sollen wir Millionen Arbeitslose darauf vertrusten, daß alle unsere Maßnahmen zur Wirtschaftspolitik, egal um welchen Preis, vor der unternehmerischen Investitionsbereitschaft haltmachen? Sollen wir unseren Kampf gegen die ökologische Krise bei uns, in der sog. Dritten Welt global auf Dauer darauf begrenzen, daß er die Profitinteressen der multinationalen Konzerne nicht durchkreuzen darf? Sollen wir unser Eintreten für Frieden, Abrüstung, Rüstungskonversion freiwillig mit dem Vorbehalt versehen, daß es die Sicherheitsinteressen der USA und das, was ihre herrschende Klasse dafür erklärt, nicht verletzen darf?

Man wende nicht ein, Antworten auf alle diese Fragen blieben der SPD erspart, wenn sie jemals wieder die Regierungsmacht gewinne. Der „Genosse Trend“ in Gestalt der Enttäuschung über die unausbleiblichen Negativfolgen der CDU-Herrschaft werde es schon richten und die Partei in vier oder acht Jahren mit der Substanz nach unveränderten Konzepten wieder zur Mehrheitsposition führen. Aber, alles Unwahrscheinliche solcher Erwartungen einmal beiseite geschoben, was dann? Gibt es irgendein halbwegs ernstzunehmendes „Szenario“ der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der internationalen Politik, das die Hoffnung erlaubte, damit in Zukunft auszukommen? Im Gegenteil. Von den Folgen unwillkürlicher technologischer Entwicklungen über den ungebrochenen Rüstungswettlauf, die internationale Konkurrenz zwischen den westlichen Industrieländern und die immer prekärer werdende Lage der „Dritten“ und „Vierten Welt“, bis hin zur Bedrohung der grundlegenden ökologischen Systeme – es ist weder absehbar, daß sich die Bundesrepublik des ausgehenden 20. Jahrhunderts diesen übergreifenden Determinanten entziehen könnte, noch daß sich eine einzige von ihnen derart entspannte, um hierauf realistische Erwartungen einer dauerhaften Stabilisierung des bisherigen Status quo zu stützen. Ist nicht

umgekehrt die entgegengesetzte Hypothese viel plausibler? Auf die Gesellschaften des „Nordens“ wie des „Südens“ läuft bereits in den nächsten Jahrzehnten ein derart überbordender Problemdruck zu, daß ein Ausweichen vor der „Systemfrage“ weder hier noch dort möglich ist, ja daß, verglichen mit den Anstrengungen, die nötig sein werden, die gravierendsten materiellen Probleme der Menschheit unter Vermeidung von Katastrophen zu lösen, die Öffnung des Weges zum Sozialismus in einem Land wie der Bundesrepublik noch als eine der geringeren Schwierigkeiten erscheint.

Gleichwohl sind es nicht nur die großen perspektivischen Probleme der kapitalistischen Gesellschaften, die dazu anhalten, die alte sozialdemokratische Erfahrung von der Aussichtslosigkeit sozialistischer Zielsetzungen aufzugeben und sich statt dessen an die Ausarbeitung wie den Kampf für ein „sozialistisches Projekt“ zu machen, das sich, ähnlich wie dies vor Jahren die französischen Genossen taten, darum bemüht, die einzig und allein den Bedingungen, Traditionen, Lektionen der Geschichte unseres Landes entsprechenden Strategien und Erfordernisse der Gesellschaftsveränderung aufzuzeigen. In die gleiche Richtung drängen, bei Lichte betrachtet, nicht weniger elementare Ansprüche, die sich für die SPD aus dem tagespolitischen Ringen um eine glaubwürdige Alternative zur CDU/CSU und die schließliche Überwindung ihrer Oppositionsrolle ergeben. Denn wo, wenn nicht hier, im Herausarbeiten einer konkreten sozialistischen Perspektive, erschließt sich für die Partei ein vergleichbar wichtiges, mit ihrer historischen Identität auf das engste verbundenes Gelände, um verlorenen Boden in Richtung ihrer Stammwähler aus dem Arbeitnehmerbereich wie gleichermaßen gegenüber den „neuen sozialen Bewegungen“ wieder wettzumachen? Wenn Verlust und Gefährdung der Arbeitsplätze zum beherrschenden Problem immer größerer Gruppen von Arbeitnehmern werden, wird ihre Interessen keine Partei überzeugend vertreten können, die – aus welchen Gründen immer – davor zurückschreckt, der Gesellschaft selbst und ihren demokratisch verfaßten Einrichtungen die Entscheidungsgewalt über die Grundfragen von Produktion und Arbeit zu erkämpfen. Wenn die Themen der „Grünen“, von der Ökologie bis zum Frieden, unabwiesbare Prioritäten jeder fortschrittlichen Politik benennen, wird mit ihnen niemand zusammenarbeiten, geschweige denn an ihre Stelle treten können, der nicht selbst einen schlüssigen Zusammenhang zwischen diesen Fragen und seinen eigenen Zielsetzungen aufzuweisen vermag. Auch da-

für aber ist der notwendige Atem nur zu gewinnen, Meinungsführerschaft, die immer mehr als bloße Protesthaltungen formulieren muß, nur zu erreichen, wenn sich die SPD zu seiner Realisierung wieder das Terrain der sozialistischen Transformation öffnet.

Die Entwicklung überzeugender gesellschaftlicher Alternativen zur CDU/CSU, die Notwendigkeit, gegenüber den Problemen der Arbeitnehmer wie der „neuen sozialen Bewegungen“ eigenständige, dem Meinungskampf mit dem politischen Gegner standhaltende Lösungsstrategien aufzubauen, und nicht zuletzt das Erfordernis, die Grundwerte und -ziele der Partei wieder zu einer Zusammenhalt stiftenden Kraft werden zu lassen – das alles spricht dafür, die Verpflichtung der Partei auf ein tragfähiges „Sozialistisches Projekt“ der Gegenwart zu erneuern. Daß eine große, traditionsbewußte Partei wie die SPD dies nicht tut, ohne sich in ausführlichen, demokratisch geführten Diskussionen ein neues, gemeinsam getragenes Grundsatzprogramm zu erarbeiten, über alle damit verbundenen Einsichten sich selbst wie der breitesten Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, dürfte selbstverständlich sein. Daß aus einem solchen Vorgang keine Illusionen darüber entstehen, daß die beste Zielsetzung, das beste Parteiprogramm den täglichen politischen Kampf um sozialen Fortschritt nicht ersetzen, sondern lediglich erleichtern kann, daß es im übrigen über die Langwierigkeit des Prozesses der Gesellschaftsveränderung, der vor uns liegt, wie über unsere Angewiesenheit auf begleitende Erfolge der Arbeiterbewegung zumindest in unseren westlichen Nachbarländern keine Zweifel geben kann, dürfte nicht minder selbstverständlich sein. Aber niemand, wenn nicht sie selbst, wird die SPD daran hindern können, auf diesem Wege zu einer gewiß schwierigen, aber letztlich allein erfolgversprechenden Verarbeitung der Folgen des 6. März 1983 vorzudringen.



## KULTURPOLITIK

### Jürgen Kocka: Hochschulstudium wofür? Wandlungen des Praxisbezugs in den Geistes- und Sozialwissenschaften

*Dr. Jürgen Kocka, Jahrgang 1941, ist Professor für Geschichte, bes. Sozialgeschichte an der Universität Bielefeld. Veröffentlichungen: zahlreiche Bücher und Artikel zur deutschen und amerikanischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte seit dem 18. Jahrhundert sowie zur Theorie der Geschichte; zuletzt: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875, Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1983, Bonn.*

Praxisbezug war ein Schlüsselbegriff der Hochschulreform in den späten 60er und frühen 70er Jahren. Heute ist das Thema etwas aus der Mode gekommen, jedenfalls wenn man von den Absolventen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche und ihrem Arbeitsmarkt spricht. Doch man sollte die Diskussion wieder aufnehmen und das Verhältnis von Studium und gesellschaftlicher Praxis unter den neuen Bedingungen neu bestimmen. Wer so schnell gewachsen ist wie das deutsche Hochschulwesen in den letzten zwei Jahrzehnten, muß sich auch qualitativ gründlicher ändern als es bisher geschehen ist.

#### Die Kontrahenten der 60er Jahre

In der Universitätsreform-Diskussion der 60er Jahre ging es nicht zuletzt um die Neubestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft, um die richtige Definition des Praxisbezugs von Wissenschaft. Vereinfachend kann man drei Grundpositionen unterscheiden, die damals miteinander stritten. 1. Zum einen wurde argumentiert, daß man sich in einem hochgradig differenzierten Gesellschaftssystem befinde, dessen Leistungsfähigkeit gerade auf seiner Ausdifferenzierung in Teilsysteme beruhe. Daraus folge, daß man das Teilsystem Wissenschaft sich so viel wie möglich nach seinen eigenen Regeln entwickeln lasse, möglichst autonom, ohne es nach Kriterien praktischen Nutzens oder gesellschaftlicher

Vernünftigkeit von außen zu steuern. Von dieser Position her wurde die kritische Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz des in Forschung und Lehre Angebotenen entweder als illegitim zurückgewiesen; die Relevanz einer wissenschaftlichen Tätigkeit sei nach wissenschaftlichen Kriterien zu bestimmen. Oder aber es wurde argumentiert, mittel- und langfristig würde gerade eine so um ihrer selbst willen betriebene Wissenschaft die einzelnen bilden und damit der Gesellschaft insgesamt zugute kommen, in einer indirekten, nicht weiter zu lenkenden Art und Weise.

2. Dagegen wurde gehalten, daß sich der gesellschaftliche Nutzen von Wissenschaft nicht selbsttätig einstelle, und daß die Wissenschaften zu wichtig und zu teuer geworden seien, als daß man sie sich selbst überlassen dürfe. Verfechter dieser zweiten Position verwiesen z. B. auf die unbestreitbare Diskrepanz zwischen dem, was Lehramtskandidaten an hochspezialisiertem Wissen lernten, und dem, was sie später als Lehrer in der Praxis brauchten. Diese Kritiker der herkömmlichen Universität forderten verstärkten Praxisbezug und meinten damit Berufspraxisbezug der Wissenschaft, jedenfalls der wissenschaftlichen Lehre. Die Forschung, so lautete die analoge Forderung, habe ihre Prioritäten ganz bewußt nach konkreten praktischen Problemen außerhalb ihrer selbst zu bestimmen, um zu deren Lösung beizutragen.

3. Es gab eine dritte Position, die gesellschaftlich-politischen Praxisbezug der Wissenschaft in einem grundsätzlichen, emanzipatorisch-aufklärerischen Sinn verlangte. Von ihr her erschienen die Argumente der Autonomisten – also der Vertreter der erstgenannten Position – als Verteidigung des Elfenbeinturms, gegen die man die Notwendigkeit des gesellschaftlich-politischen Engagements setzte und mit guten Argumenten begründete. Zugleich wandte man sich gegen einen zu sehr auf Berufspraxis orientierten Praxisbezug; dieser verkürze die aufklärerisch-emanzipatorischen Möglichkeiten der Wissenschaft, die man nicht zu sehr von ihrem momentanen, spezialisierten Verwertungszusammenhang her definieren dürfe. Sonst verschütte man ihr reflexiv-kritisches Potential. Es liegt auf der Hand, daß man so eher mit Bezug auf die Sozial- und Geisteswissenschaften als auf Medizin und Technikwissenschaften argumentieren konnte.

Position 1 wurde vor allem von etablierten Verteidigern der damals bestehenden Universität vertreten. Für Position 2 traten in verschiedenen Nuancen Kulturpolitiker und Wissenschaftsbeamte unter Effizienzsteigerungsgesichtspunkten auf, aber auch man-

che Didaktiker und Wirtschaftsverbände, übrigens auch Studenten, die auf klarere Strukturierung des Studiums drängten und seinen beruflichen Gebrauchswert unter der Etikette „Praxisbezug“ einforderten. Position 3 – das war die Position der intellektuellen Reformer wie Habermas und Kollegen, die durchaus Einfluß auf die reale Universitätsreform gewannen.

In der Rückschau ist klar, wie verwandt im Grunde die erste und die dritte Position waren, in Absetzung zur Alternative, die Position 2 verkörperte. Vertreter beider Positionen konnten sich denn auch beide auf Humboldt berufen, während die Vertreter der zweiten Position sich bestenfalls auf die Realität der Universität seit Humboldt berufen konnten, die ja immer auch Stätte der Ausbildung für spezialisierte Berufe gewesen war. Position 1 und 3 erscheinen als sehr deutsche Positionen, während Position 2 schon eher mit ausländischen Vorbildern, amerikanischen zumal, argumentieren konnte.

Wie ist es nun diesen drei konkurrierenden Positionen im letzten Jahrzehnt ergangen? Die folgenden Bemerkungen beziehen sich ausschließlich auf den Bereich der ehemaligen Philosophischen Fakultät und Teile der Sozialwissenschaften.

#### Gewinner und Verlierer des letzten Jahrzehnts

Die Position 1 hat ein wenig an Boden verloren. Die wachsende Komplexität und weitgetriebene Professionalisierung haben das Teilsystem „Wissenschaft“ zwar gegen Eingriffe von außen relativ widerständig gemacht; schließlich schützt auch die Verfassung die Freiheit von Forschung und Lehre. Aber die Autonomie der Wissenschaften und der Wissenschaftler ist in einigen Bereichen zugunsten verstärkter staatlich-bürokratischer Einflußmöglichkeiten durchaus eingeschränkt worden. Das gilt für die immer genauer durchregulierte Lehrerausbildung und die universitäre Selbstverwaltung überhaupt, deren Spielräume – ganz im Gegensatz zu dem, was die Reformer der 60er Jahre wollten – durch ein sich schnell veränderndes und verdichtendes Netz bürokratischer Regeln und Eingriffe verengt wurden und zukünftig weiter verengt werden dürften.

Der dritten Position sind viele Lippenbekenntnisse gezollt worden, und die radikaleren Vertreter eines gesellschaftspolitischen Praxisbezugs von Wissenschaft haben entschiedene Abwehrakte provoziert, Verteidigungen gegen angeblich drohende Politisierung der Wissenschaft von links. In der Regel waren das aber kurzlebige Erscheinungen, die momentan überbewertet wurden. Der Praxisbezug von Wissen-



schaft im Sinne eines grundsätzlichen gesellschaftlich-politischen Engagements hat in Wirklichkeit nur wenig an Boden gewonnen. Sicher gibt es jetzt eine dem Alter nach mittlere Generation von Wissenschaftlern, die die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft stärker betont, als das früher der Fall war und vielleicht auch mehr als die chancenarme heutige Nachwuchsgeneration.

In einzelnen Fächern sind neue Schulen, Zeitschriften, Einflußpositionen entstanden, die einen kritisch-engagierten Praxisbezug verschiedener Akzentuierung bejahen, in der Regel ohne damit die notwendigen wissenschaftlichen Objektivitätsgebote zu verletzen. Auch auf fachübergreifende, interdisziplinäre Studien ist in diesem Zusammenhang zu verweisen, die an Boden gewonnen haben und im Prinzip eher als hochspezialisierte Einzelforschungen jenen grundsätzlichen Praxisbezug einzulösen vermögen; mit diesem Ziel sind sie ja auch immer wieder gefordert und teilweise institutionalisiert worden wie z.B. im Zentrum für interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld. Allerdings: fachübergreifende „Projektstudien“ sind eher etwas für höhere Semester und ausgebildete Wissenschaftler; sie setzen eine gründliche fachwissenschaftliche Ausbildung voraus, sonst gleiten sie leicht ins unverbindliche, ideologisierte Geplauder ab. Nach dem Willen der Reformen sollte auch die Umgestaltung des hochschulinternen Willensbildungsprozesses den nichtspezialisierten Diskurs auf Dauer stellen und die gesellschaftlich-politische Reflexion der Wissenschaft institutionalisieren. Wer die aufwendige Gremienarbeit der Gruppenuniversität kennt, weiß, daß das gründlich mißlungen ist.

Was schließlich den Praxisbezug als Berufspraxisbezug (Position 2) betrifft, so ist die Bilanz uneinheitlich. Auf der einen Seite wurden viele Pädagogische Hochschulen in die Universitäten sowie einige Fachhochschulen in neue Gesamthochschulen aufgenommen. Diese Integration hatte viele Triebkräfte, wobei neben anderem die Professionalisierungs- und Aufstiegsbestrebungen der Absolventen und Lehrenden von Pädagogischen und Fachhochschulen nicht unterbewertet werden sollten; Aufstiege, die in der institutionellen Selbstauslöschung endeten. Im Ergebnis hat dieser letzte Schritt eines jahrzehntelangen Professionalisierungs- und Akademisierungsvorgangs dazu geführt, daß ein Stück Anwendungsbezug verloren ging. Das zeigt sich vor allem an der Grundschullehrerausbildung. Statt diese zu betreiben, zieht man es nach der Integration oft vor, über sie zu forschen. Oder aber: niemand ist so recht für sie zuständig.

Andererseits hat die Berufspraxisbezogenheit des Universitäts-Lehrerstudiums deutlich zugenommen, und dieser Prozeß scheint, jedenfalls in Nordrhein-Westfalen, weiterzugehen. Vehikel und Ausdruck dieser zunehmenden Berufspraxisbezogenheit ist zum einen der beträchtliche Bodengewinn der Didaktik, sowohl der allgemeinen Didaktik im erziehungswissenschaftlichen Begleitstudium wie auch in der Fachdidaktik in den einzelnen Fächern. Zum anderen zeigt sich der Wille zu mehr Berufspraxisbezogenheit in den Versuchen der Kultusverwaltungen, durch detaillierte Festlegung von Prüfungsgebieten und damit Studiengebieten auch auf die Inhalte des Studiums einzuwirken. In dieselbe Richtung wirken teils bereits vollzogene, teils noch geplante Veränderungen im Prüfungsvorgang, die die Einflußmöglichkeiten der Fachvertreter mindern. Schließlich konnte man in den letzten Jahren eine sich verändernde Haltung vieler Studenten zum Studium feststellen. Die emphatische Forderung nach gesellschaftsveränderndem Praxisbezug ließ nach. Aber die Frage, was denn dieses bestimmte Seminarthema oder jenes zur Lektüre empfohlene Buchkapitel, diese Veranstaltung und jene Fragestellung für die spätere Lehrertätigkeit nütze, diese Frage ist häufiger gestellt worden. Mehr als früher bestehen Studenten auf dem unmittelbaren Gebrauchswert des Studiums, mit bestem praxisbezogenen Gewissen. Das Mißtrauen gegen intellektuelle Umwege, von denen man vorweg nicht weiß, wo sie enden, ist gewachsen. Wissenschaftliche Lehre ist deshalb schwerer geworden.

### Folgen der Expansion

Wenn man heute über den Praxisbezug der Hochschulausbildung nachdenkt, muß man zwei Grundtatbestände in Rechnung stellen, die in der Diskussion der 60er Jahre nur eine geringe Rolle spielten: zum einen die ruckartige Ausdehnung des Hochschulbereichs. Nicht mehr 6 oder 8 % wie noch 1960, sondern über 20 % jedes Jahrgangs verfügen heute über die Studienberechtigung. Zum anderen besteht kurz- und mittelfristig eine stark veränderte, gegenüber früher verengte und im einzelnen kaum prognostizierbare Arbeitsmarktlage für Akademiker, jedenfalls für die Lehrer unter ihnen. Nie seit dem Vormärz gab es langfristig eine ähnliche Diskrepanz zwischen der Zahl der Hochschulabsolventen und der Zahl jener Arbeitsplätze, die herkömmlicherweise von ihnen besetzt werden.

Keine Lösung des sich damit stellenden Problems wäre die administrativ-politisch verfügte Reduzierung der Studentenzahlen, aus mehreren Gründen: Gera-

de weil das Studium nicht nur Berufsvorbereitung ist, sondern auch Bildung und Chancen der Selbstverwirklichung bietet, ist es aufgrund demokratischer Prämissen schwierig, den Zugang dazu gewissermaßen von oben zu verengen. In einer Gesellschaft, in der das Maß der erreichten Bildung und Ausbildung so stark über Lebenschancen der verschiedensten Art entscheidet wie bei uns, ist es schwer mit demokratischen und sozialen Grundsätzen zu vereinbaren, den Zugang zu diesem „kulturellen Kapital“ künstlich zu erschweren. Auch deshalb war die resolute Ausweitung des tertiären Bildungssystems sinnvoll und notwendig. Wer für eine Zurückschneidung des tertiären Bereichs aus Bedarfsgesichtspunkten plädiert, sollte auch bedenken, daß eine Verringerung der Studentenzahl die Arbeitslosenzahl nur vergrößern würde. Diesen Beitrag der Hochschulen zur Milderung der Arbeitslosigkeit – als Wartesäle, in denen man etwas tut, was jedenfalls nicht völlig sinnlos ist, statt andere vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, die damit arbeitslos würden – sollte man mitbedenken, zumindest solange alternative Ausbildungsplätze im dualen System nicht hinreichend angeboten werden können.

Die genau bedarfsorientierte Einrichtung hoch spezialisierter Studiengänge und die exakt bedarfsorientierte Verteilung der Studierenden auf diese Studiengänge sind ebenfalls keine Lösung. Abgesehen von verfassungspolitischen Bedenken, die einer allzu strengen Lenkung der Berufswahl entgegenstehen, reicht die vorhandene Prognosefähigkeit nicht aus. Die Arbeitsmärkte ändern sich schnell, und mit ihnen die Anforderungen an die Absolventen, in einer nicht genau voraussagbaren Weise. Andere Konsequenzen sind notwendig:

Erstens muß man einsehen, daß Hochschulbildung zu jenen Gütern gehört, deren Wert pro Einheit abnimmt, in dem Maß, in dem die davon produzierte und verteilte Menge zunimmt. Es handelt sich um inflationäre Prozesse, die sich auch bei der Vermehrung von Geld, Ansehen oder Titeln zeigen. Man muß also lernen und akzeptieren, daß das Hochschul-Abgangszeugnis in Zukunft weniger automatisch zu jenem Maß an Einkommen, Ansehen, Sicherheit und Selbstverwirklichung via Beruf führen wird als bisher. Akademiker werden in Zukunft, das hat ja schon eingesetzt, auch in mittelmäßig bezahlten, mittelmäßig angesehenen Positionen arbeiten.

Damit und mit dem prognoseerschwerenden schnellen Wandel der Arbeitsmarktnachfrage hängt, zweitens, zusammen, daß sich die enge Verzahnung von Ausbildungs- und Berufssystem stark lockern

wird, und man das akzeptieren muß. In Deutschland ist herkömmlicherweise diese Verzahnung, „Berechtigungswesen“ genannt, besonders stark. Letztlich resultiert das daraus, daß die deutschen Universitäten sehr früh Beamtenausbildung betrieben haben und davon geprägt wurden. Dieses Berechtigungswesen konnte angesichts schnell sich wandelnder Arbeitsmärkte nur einigermaßen funktionieren, solange die Zahl der Hochschulstudenten und -absolventen durch früh sich auswirkende soziale Barrieren gering gehalten wurde, solange der Hochschulzugang nur für kleine Minderheiten möglich war. Das aber hat sich geändert. Die damit notwendig verbundenen Enttäuschungen sind vielleicht leichter zu ertragen, wenn man die dahinterliegenden Mechanismen durchschaut.

Drittens: Wer heute Geschichte oder Germanistik oder Sozialwissenschaften an der Hochschule lehrt, muß wissen, daß nur der kleinere Anteil der im Seminar versammelten Studenten voraussichtlich Lehrer werden kann. Was die meisten anderen werden, ist nicht klar. Wir bilden für Arbeitsplätze aus, die wir nicht kennen. Daraus folgt, daß die Berufspraxisbezogenheit im bisherigen Sinn eher wieder reduziert oder aber allgemeiner gefaßt werden muß. Größere Flexibilität ist verlangt. Es muß wohl geprüft werden, ob die erziehungswissenschaftlichen und schuldidaktischen Elemente des Studiums, die in den letzten Jahren so stark aufgewertet wurden, in der neuen Situation noch angemessen sind. Die Ministerien sollten sehr vorsichtig sein, durch detaillierte Verordnungen die Berufsbezogenheit, die direkte Verwendbarkeit des Studiums für spezielle Berufe sicherstellen zu wollen. Auch ihre Prognosefähigkeit reicht auf diesem Gebiet nicht sehr weit. Und die Abnehmer, die Studierenden, sollten einsehen, daß ihr Insistieren auf dem direkten Gebrauchswert des Studiums unter den neuen Arbeitsmarktbedingungen antizipiert ist.

#### Reform der Lehre

Allerdings werden sich auch die Studienangebote der Hochschulen selbst auf die neue Situation umstellen müssen. Die Antworten werden fachspezifisch variieren, und sie sind alles andere als klar. Viele Anregungen liegen vor, vor allem in den nicht genug diskutierten Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Differenzierung des Studienangebots von 1978. In folgende Richtungen sollte man denken:

1. Man sollte im Grundstudium versuchen, jene Kenntnisse und Fertigkeiten zu betonen, die vielseitig verwendbar, generell und relativ formal sind. So

erwirbt etwa der Geschichtsstudent neben spezifischen geschichtswissenschaftlichen Qualifikationen sehr formale, vielfach verwendbare Fähigkeiten wie die, relevantes Material unter bestimmten Fragestellungen ausfindig zu machen und zu ordnen; die Fähigkeit, Informationen zu verdichten, zusammenzufassen und mit Bezug auf spezielle Bedürfnisse weiterzugeben; Sensibilität für den Zusammenhang und die Distanz zwischen Handlungsplanung und Handlungsergebnissen in verschiedenen Handlungsbereichen – das sind Qualifikationen, die man als Sachbearbeiter verschiedenster Art auf den verschiedensten Arbeitsplätzen brauchen kann, auf Arbeitsplätzen, die es jetzt vielleicht noch nicht gibt. Gerade im breit angelegten, mit Nebenfächern angereicherten Grundstudium sollten diese multifunktionalen Qualifikationen betont werden, um die Berufschancen der nach dem Grundstudium Abgehenden zu verbessern. Wenn deutlich wird, daß das Hochschulstudium nicht mehr Anfangsgehälter in Höhe von A 13 garantiert, wenn die Stipendien knapper und die Finanzierung über Darlehen häufiger werden, mag die Neigung zu Kurzstudien zunehmen – vorausgesetzt, das Grundstudium führte zu einem klaren Abschluß, und im gewerblichen wie im Dienstleistungssektor, in öffentlichen wie privaten Verwaltungen gäbe es Stellen für so ausgebildete Absolventen. Dies ist keineswegs ausgeschlossen, aber es müßte sich erst einstellen. Wer das amerikanische College-System kennt, wird solche eine Entwicklung nicht nur als Nachteil sehen können, sondern als richtige Konsequenz aus der rapiden Ausdehnung des Hochschulbereichs.

2. Überhaupt sollten wir stärker von den Erfahrungen jener Länder lernen, die wie die USA seit Jahrzehnten mehr als 20 % eines Jahrgangs in Hochschulen ausbilden. Dort weiß man, daß Kurse zur Vermittlung breiten Orientierungswissens im Grundstudium nötiger sind als eng spezialisierte, zur Forschung hinführende Veranstaltungen. Ins einzelne gehende Leselisten und entsprechende Aufgaben von Woche zu Woche sind dort ebenso wenig verpönt wie angemessene Formen der Erfolgskontrolle. Wenn man auf die breite Mehrheit der Studenten im Fach Geschichte blickt, so lernen und wissen die amerikanischen mehr als die deutschen; vergleicht man die *Spitzengruppen*, mag es anders sein. An den amerikanischen Colleges weiß man seit langem, daß man es in der Mehrheit nicht mit Studenten zu tun hat, die durch Elternhaus und vorausgehende Schulzeit hinreichend vorbereitet wurden, um sich selbständig der Angebote wissenschaftlicher Lehre zu bedienen und

forschungsnah zu studieren. Man macht sich da weniger vor. Wir könnten davon einiges lernen, statt allzu eng und undifferenziert an der Idee der Einheit von Forschung und Lehre festzuhalten.

3. Die auf das mit einer Art „B.A.“ endende Grundstudium folgende zweite Studienphase sollte dagegen von solchen standardisierenden Tendenzen freigehalten werden. Hier sollte das Studienangebot stärker als bisher differenziert werden, nachdem das Grundstudium eine allen gemeinsame, breite fachwissenschaftliche Basis gelegt hat. Die Lehrerstudiengänge, auf deren Umgestaltung sich derzeit so viel Energie konzentriert, werden auf absehbare Zeit nur von einem Teil der eingeschriebenen Studenten nachgefragt werden. Die Ausbildung zum wissenschaftlichen Nachwuchs betrifft ohnehin nur einen sehr geringen Teil der Studenten. Das, was jetzt Magister-Studiengang ist, sollte von den Lehrerstudiengängen schärfer unterschieden und – in sich vielfältig differenziert – ausgebaut werden. In bezug auf diese Studiengänge, die weder der Lehrerausbildung noch der wissenschaftlichen Nachwuchsausbildung dienen, muß man sich Neues einfallen lassen. Sie sollten individuell sehr variabel sein, mit großen Wahlmöglichkeiten für den einzelnen. Je nach Interesse und antizipierten beruflichen Orientierungen, mit Blick auf neu zu erschließende Berufsbereiche – für den Historiker etwa: Museum, Tourismus, Arbeit als qualifizierter Sachbearbeiter im mittleren Management irgendwelcher Behörden und Unternehmen, Informationsbereich, Stadtarchitektur und -sanierung etc. – müßten die Studierenden sich ihr Studium bausteinartig zusammensetzen können, wobei Bausteine auch aus anderen benachbarten Wissenschaften gewählt werden könnten. Durch verschieden profilierte Studienangebote könnten sich so Universitäten verstärkt voneinander unterscheiden. Ein solches System würde den Studierenden größere Verantwortung und Entscheidungslast aufbürden als heute, und das wird nur mit intensiver Beratung durchzustehen sein. Studenten, die bereits Berufserfahrungen hinter sich haben, werden sich da eher zurechtfinden. Weiterbildung von Studierenden mit Berufserfahrung sollte ein wichtigerer Bestandteil der Hochschullehre werden als bisher. Die Erfahrungen, die die Fern-Universität Hagen auf diesem Gebiet macht, sollten auch von normalen Universitäten genau verfolgt werden.

4. Vor allem in den Lehrer ausbildenden Fächern ist der Berufspraxisbezug des Studiums heute problematischer als je. Die Entsprechung zwischen Studien-, Prüfungs- und Berufssystem wird lockerer. Das führt

zu Enttäuschungen und Unsicherheit, aber darin stecken auch Chancen: Vielleicht nehmen die Studenten zu, die aus der Not eine Tugend machen und ihr Fach aus intellektueller Neugier und zum Zweck der besseren allgemeinen Orientierung, der Selbstverständigung und der Bildung betreiben. Die Lockerung des Berufspraxisbezugs mag es erleichtern und nahelegen, den allgemeinen, aufklärend-orientierenden Praxisbezug eines Faches wieder stärker herauszuarbeiten und das zu betonen, was das Fach zur grundsätzlichen Orientierung, zur gesellschaftlich-politischen Reflexion, zur Menschenbildung in einem emanzipatorischen Sinn beizutragen hat. Daraus folgt zumindest, daß man in beiden Studienphasen Spielräume beibehalten, Freiräume schaffen muß, in denen Lehrende und Studierende ihre Präferenzen entwickeln können, ohne von Standardisierungen und Regelungen erdrückt zu werden.

#### Differenzierung — aber wie?

All dies läuft auf ein Plädoyer für mehr Vielfalt im Hochschulbereich hinaus. Dessen innere Differenzierung hielt mit seiner Expansion nicht Schritt. Im Gegenteil: Durch die Integration der Pädagogischen Hochschulen in die Universitäten und ähnliche Schritte hat man bestehende Außendifferenzierungen auch noch abgebaut. Nötig sind nun Differenzierungen zwischen Studienphasen und -abschlüssen, zwischen den Institutionen und wohl auch innerhalb der

Hochschullehrerschaft. Das sind noch nicht gezogene Konsequenzen des ruckartigen Wachstums, das hinter uns liegt. Aber die Vielfalt und ausgeprägte Konkurrenz der Institutionen, wie sie für die USA kennzeichnend sind, fehlen unserem durchstaatlichten System. Marktelemente sind da nicht leicht einzuführen. Wie aber sonst soll man zu den nötigen Differenzierungen kommen?

Die kollegial und gruppenparitätisch organisierte Selbstverwaltung der Hochschulen ist zu einer bewußten und geplanten Strategie der Binnendifferenzierung nicht in der Lage; sie blockiert sich selbst. Überhaupt haben ja die Reformen seit den 60er Jahren die Handlungsfähigkeit der Fachbereiche und Hochschulen geschwächt und damit Leer-Räume entstehen lassen, in die die staatliche Verwaltung und Politik notwendig eindringen; sie sind die großen Gewinner der Reform. Aber sind sie nicht ihrerseits hoffnungslos überfordert, die nötigen Binnendifferenzierungen zu planen und durchzusetzen, ohne den verbliebenen Rest an Selbstverwaltung und damit die Funktionsfähigkeit der Hochschulen weiter zu bedrohen? Können sie die gegenwärtigen Sparaktionen in den Dienst einer solchen Reformpolitik stellen, ohne die dazu nötige Legitimationsbasis zu verlieren? Die strukturellen Folgerungen aus der hinter uns liegenden Expansion bleiben jedenfalls noch zu ziehen.

## Reinhold Schattenfroh: Ziele und Aufgaben eines Kulturforums der SPD

*Der Jurist Reinhold Schattenfroh, Jahrgang 1930, Senatsdirektor a. D., ist Geschäftsführer des Instituts für Soziale Demokratie (August-Bebel-Institut), Berlin, und seit 1981 Beauftragter des SPD-Parteivorstandes für Kulturpolitik.*

Am 19. November 1982 hat der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Gutachten des Verfassers zur Kulturpolitik zustimmend zur Kenntnis genommen. In dem Gutachten sind — neben einer detaillierten Bestandsaufnahme sozialdemokratischer Kulturpolitik aus den letzten 20 Jahren — Empfehlungen für künftiges praktisches Handeln

enthalten. Als Hauptvorschlag wird die Gründung eines *Kulturforums* empfohlen. Was ist hierunter zu verstehen? Wieweit sind entsprechende Maßnahmen bisher gediehen? Was kann von einem derartigen Kulturforum erwartet werden?

#### Das Kulturforum: Brückenpfeiler zwischen Politik und Kultur

Der Rat, ein Kulturforum zu errichten, gründet sich auf drei Beobachtungen:

1. Kultur und Kulturpolitik erlangen in unserer heutigen Gesellschaft aus einer Vielzahl von Gründen zunehmende Bedeutung: wachsende Freizeit; längere und bessere Ausbildung; neue Medien und Kommunikationsformen; Mobilität über gesellschaftliche und nationale Grenzen hinweg. Immer häufiger werden gesellschaftliche Veränderungen auch nicht mehr allein als ökonomische oder soziale Entwicklung,

sondern ebenso als Fragen kultureller Werte und Überzeugungen empfunden.

2. Das kulturelle Leben selbst ist seit etwa anderthalb Jahrzehnten einem tiefgreifenden Wandel unterworfen, der über den gewohnten generationsweisen Entwicklungsschub weit hinausreichen dürfte. Ästhetische Werte und sozialpsychologische Orientierungen ändern sich, neue Verhaltens- und Empfindungsmuster tauchen auf, Ausdruck und Gestaltung lassen ein zutiefst gewandeltes Grundverständnis erkennen. Die Veränderungen sind überall spürbar: in Stadtplanung und Wohnkultur ebenso wie in Literatur, Musik und Bildender Kunst, in der Ästhetik der alternativen Bewegung wie in Umgangssprache und Alltagskultur.

3. Die SPD hat den bewußten, aktiven Kontakt zu diesen Entwicklungen weitgehend verloren. Es gibt bei ihr zwar noch auf jahrzehntelangen Traditionen beruhende kulturpolitische Grundwerte: Sie lassen sich in der Formel „Kulturelle Demokratie“ zusammenfassen und enthalten als Elemente neben der uneingeschränkten Freiheit künstlerischer Betätigung Forderungen wie die nach kultureller Chancengleichheit für alle, nach Emanzipation durch kulturelle Teilhabe und nach größtmöglicher kultureller Vielfalt (von den etablierten, zentralisierten Einrichtungen bis hin zu den verschiedensten Formen der Alltagskultur in ihren gruppenmäßigen, lokalen und regionalen Ausprägungen). Aber: Die einstmalig höchst lebendige, eigene politische Kultur der Partei ist heute weitgehend verschwunden und vergessen, ein Anschluß an moderne kulturelle Entwicklungen in unserer Gesellschaft nur durch wenige – zwar respektierte, aber politisch kaum beachtete – Genossen und Genossinnen hergestellt.

Ansichts dieser Situation soll das Kulturforum dazu beitragen, daß wieder Brücken zwischen der nach politischen Kategorien denkenden und handelnden Partei und den von anderen, eigenständigen Gesetzmäßigkeiten bestimmten Kulturbewegungen in unserer Gesellschaft entstehen. Es gibt für mich keinen Zweifel, daß hierbei die Partei in einer ersten Phase überwiegend der aufnehmende, empfangende Teil sein muß: sie sollte sich dem tiefgreifenden kulturellen Wandel in seiner ganzen Breite öffnen, sollte zuhören, Informationen aufnehmen, Zusammenhänge aufspüren und geduldig zu verstehen versuchen, auch wenn ihr manches fremd und mit überlieferten Handlungsmustern nur schwer vereinbar scheint. Erst in einer zweiten Phase sollten Willensbildung und programmatische Festlegung folgen.

Das Kulturforum hat, mit anderen Worten, zum

Ziel, den besonderen Sachverstand der SPD in kulturpolitischen Fragen zu erweitern, der Partei die notwendigen Informationen für zukunfts gestaltende Entscheidungen zu verschaffen und sie damit zu einem respektierten Partner der Gruppen aus allen Bereichen des Kulturlebens zu machen. Zugleich soll das Eigenleben der Partei wieder enger in Kontakt zu modernen Entwicklungen gebracht werden.

#### Der richtige Zeitpunkt

Die Partei hat darauf verzichtet, sich während des Wahlkampfes mit öffentlichkeitswirksamen Eilentscheidungen in dieser Angelegenheit zu schmücken. Mir scheint diese Zurückhaltung uneingeschränkt richtig zu sein. Ein anderes Vorgehen wäre von vielen als Wahlkampfpropaganda mißverstanden worden und hätte deshalb wohl mehr geschadet als genützt. Denn bei Künstlern und anderen aktiv am Kulturleben Beteiligten hatte sich in den vergangenen Jahren Argwohn eingenistet: Man fürchtete – und dies durchaus nicht immer zu Unrecht –, von der SPD lediglich „instrumentalisiert“, d. h. in Sichtweite von Wahlen als Zugpferd vor den parteipolitischen Karren gespannt zu werden, ohne daß es den Politikern in Wahrheit um kulturelle Bedürfnisse ging.

Der Hauptanlaß zu solchem Mißtrauen liegt nach dem 6. März nun zunächst hinter uns. Für die Partei ist damit der richtige Zeitpunkt gekommen, rasch und in Erfüllung früherer Andeutungen zu handeln. Sie muß nun zeigen, daß ihr die Kultur wirklich so viel wert ist wie vor den Wahlen behauptet.

#### Überlegungen zum organisatorischen Rahmen

Das Kulturforum wird seine Aufgaben nur erfüllen können, wenn es ihm gelingt, für seine Tätigkeit auch anerkannte Persönlichkeiten zu gewinnen, die der Partei nicht angehören und auf Unabhängigkeit oder sogar kritische Distanz Wert legen. Das Forum sollte deshalb keine unmittelbare Einrichtung der Partei sein, sondern Eigenständigkeit besitzen. Andererseits muß das Forum vom Vertrauen der Partei getragen sein. Diesen Anforderungen entspricht die ins Auge gefaßte Organisationsstruktur: Hauptstütze und Koordinationsinstanz des Kulturforums soll ein *Kuratorium* sein, dessen Mitglieder vom Parteivorstand für eine beschränkte Amtszeit berufen werden und das nach dem Vorbild der Organisation des „Wilhelm-Dröschner-Preises“ für seine Tätigkeit volle Unabhängigkeit genießt. Unter dem Dach des Kuratoriums können sich dann thematisch begrenzte *Arbeitskreise* oder andere geeignete Formen kulturpolitischer Aktivität bilden.

Das Kuratorium sollte bereits durch das Spektrum seiner Mitglieder die ernsthafte Bereitschaft zum Ausdruck bringen, neue Brücken zwischen Sozialdemokratie und Kultur entstehen zu lassen. Sowohl die Partei als auch das Kulturleben müssen glaubwürdig repräsentiert sein. Für Parteivorstand, parlamentarische Fraktionen und den kommunalen Kulturbereich müssen Persönlichkeiten nominiert werden, deren kulturelles Engagement außer Zweifel steht. Das Kulturleben andererseits sollte weniger durch Funktionäre als durch aktiv tätige, professionell ausgewiesene Personen repräsentiert werden; hier müssen besondere Anstrengungen unternommen werden, um geeignete, zur Mitarbeit bereite Vertreter zu finden. Auch Arbeitnehmerinteressen und die kulturellen Probleme markanter Teilbereiche unserer Gesellschaft wie Frauen, Jugendliche und Ausländer sollten nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Funktionäre und aktiv im kulturellen Berufsleben stehende sollten ein angemessenes Zahlenverhältnis zueinander bilden. Im Gutachten wurde eine Mitgliederzahl von etwa einem Dutzend vorgeschlagen. Das ist sicher kein Dogma; das Kuratorium darf allerdings nicht aus ängstlichem Paritätsdenken zu einer Größe anschwellen, bei der zügige Zusammenarbeit aller Mitglieder kaum noch gewährleistet ist. Die hochgradige Aufteilung kulturpolitischer Kompetenzen in Partei, Parlament und Kommunen gestattet ohnehin keine lückenlose Repräsentanz; dasselbe gilt für die Auffächerung in viele Kultursparten. Je überzeugender die ausgewählten Personen sind, desto weniger wird sich das Gefühl einer lückenhaften Vertretung auch bei einem kleinen Mitgliederkreis bemerkbar machen.

Zum Ausgleich kann sich die Vielfalt kulturellen Lebens und sozialdemokratischer Kulturpolitik in der Ebene der Arbeitskreise und sonstigen Arbeitsorganisationen niederschlagen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich dabei zusätzlich zu der Belebung von Außenkontakten zu verschiedensten Bereichen des kulturellen Lebens auch parteiintern eine Verbindung zwischen den vielen isoliert voneinander Kulturpolitik und Kulturarbeit betreibenden Gruppen der Partei ergebe.

### Ein wirklich neuer Anfang

Es wäre allerdings ein Irrtum anzunehmen, daß die kulturpolitische Isolierung der SPD durch ein noch so ausgeklügeltes Organisationsschema allein zu durchbrechen wäre. Die eigentliche Problematik liegt im Inhaltlichen, im Verhältnis unserer Partei zu den kulturellen Phänomenen der heutigen Gesell-

schaft. Gefordert ist hier ein wirklich neuer Anfang. Welchen Weg das Kulturforum dabei beschreiten wird, muß in erster Linie vom künftigen Kuratorium und innerhalb des so gesetzten Rahmens von den Arbeitskreisen und anderen Arbeitsorganisationen entschieden werden. An dieser Stelle können lediglich Anregungen gegeben werden.

1. Geeignete Instrumente für die Erfüllung kulturpolitischer Aufgaben des Kulturforums sind sicher die üblichen Konferenzen, Seminare, Fachgespräche, öffentliche Diskussionen u. ä. Veranstaltungen. Vielleicht führt der Wille, einen wirklich neuen Anfang zu setzen, auch zu bisher noch nicht eingespielten Formen: zu Präsentationen, Festen, einer lebendigen Mischung von theoretischer Erörterung und künstlerischer Darbietung. Phantasie ist sicher erwünscht, Experimente sollten nicht ausgeschlossen werden.

2. Die Tätigkeit des Kuratoriums und der ihm angegliederten Arbeitskreise und sonstigen Arbeitsgremien sollte zu einer Art Bestandsaufnahme des heutigen Kulturlebens in der Bundesrepublik führen. Enzyklopädische Vollständigkeit ist dabei sicher nicht zu erreichen, aber anzustreben wäre eine Gesamtübersicht, in der die wesentlichen Elemente zuverlässig erfaßt sind. Die Bestandsaufnahme sollte sich nicht in einer puren Ist-Beschreibung erschöpfen, sondern vor allem auf neue Tendenzen und alternative Entwicklungsmöglichkeiten aufmerksam machen.

3. Für eine längerfristige politische Orientierung ist es besonders wichtig, sog. „Zukunftsthemen“ aufzuspüren, d. h. Probleme der kulturellen Entwicklung, die sich heute noch kaum bemerkbar machen, aber in kommenden Jahren wahrscheinlich eine erhebliche Rolle spielen werden. Hier kommt es entscheidend auf eine kompetente Beratung an. Das Gutachten empfiehlt dafür den laufenden Kontakt mit der künstlerisch-intellektuellen Avantgarde. Dieser Ausdruck hat in den Diskussionen teilweise erheblichen Widerspruch gefunden; man argwöhnt, hinter der Bezeichnung stecke das getarnte Anerkenntnis einer kulturellen Elite. Solcher Verdacht ist, jedenfalls was den Verfasser des Gutachtens und seine Intention betrifft, mit Sicherheit unbegründet: Avantgarde soll hier im wörtlichen Sinn „Vorhut“ bedeuten, also die an der Spitze der kulturellen Entwicklung stehende, überwiegend professionelle Gruppe der Künstler und Intellektuellen. Bei ihnen entsteht ein Großteil der neuen Ideen, Formen und Konzepte, welche entweder die Kultur künftiger Jahre unmittelbar prägen oder wie ein Seismograph allgemein noch nicht erkennbare Veränderungen frühzeitig anzeigen. Des-

halb erleichtert der Kontakt mit einer so verstandenen Avantgarde kulturpolitische Meinungsführerschaft, ja macht sie im weitem Umfang überhaupt erst möglich.

4. Zu hoffen ist, daß die Aktivität des Kulturforums auch Hilfe bei Prioritätsentscheidungen bringt. Solche Entscheidungen werden in den kommenden Jahren vermehrt zu treffen sein. Allein die Finanzlage wird dies erzwingen. Hierzu gehört etwa die Konkurrenz zwischen traditionellen Kultureinrichtungen und den vielfältigen Formen der sich neu entwickelnden Stadtkultur – mag eine strikte Trennung der beiden Sphären auch noch so problematisch sein, sie beanspruchen jedenfalls beide ein angemessenes Stück aus dem immer weniger ausreichenden Haushaltskuchen.

5. Schließlich wird das Kulturforum auch die Frage der Rolle des Staates im Prozeß der weiteren kulturellen Entwicklung einmal grundsätzlicher zu erörtern haben. Kultur ist heute ohne intensive staatliche Förderung nicht mehr denkbar. Alle traditionellen Einrichtungen, aber auch wesentliche Teile der Stadtteil- und der alternativen Kultur sind subventioniert. Im Jargon: Ohne Staatsknete läuft kaum noch etwas! Selbstverständlich prägt diese staatliche Finanzbasis den seinem Selbstverständnis nach freien kulturellen Überbau. Aber es bleibt nicht einmal bei der bloßen Abhängigkeit vom staatlichen Geld; auch viele Entscheidungen bis hin zur Feststellung der anerkannten resp. nicht akzeptierten kulturellen Bedürfnisse sind in Staatsbehörden, amtliche Gremien oder staatsähnliche, beamtenmäßig administrierte Organisationen abgewandert. Der Bürger selbst kommt immer weniger zu Wort. Das trifft spiegelbildlich im übrigen auch für die politischen Parteien zu: Kulturpolitik wird überwiegend von Amtsträgern in der Exekutive, allenfalls noch von Fraktionen und Stadträten gemacht, kaum mehr von eigentlichen Parteigremien.

#### Warnung vor falschen finanziellen Erwartungen

Vielleicht sollte in einem Punkt auch gesagt werden, was das Kulturforum sicher *nicht* sein wird. Ein Gremium mit breit geöffnetem Füllhorn! Natürlich ist die Erwartung nicht unberechtigt, daß mehr Ver-

ständnis für kulturelle Belange auf längere Sicht auch zu verstärktem finanziellen Engagement führen dürfte. Aber dies ist sicher erst das Ergebnis eines langwierigen Erkenntnis- und Wandlungsprozesses. Das Kulturforum muß sich jedenfalls von Anfang an gegen falsche kurzfristige Hoffnungen verwahren. Kaum etwas könnte verhängnisvoller sein, als wenn der Eindruck entstünde, hier würde eine gefüllte Schatztruhe hereingetragen, aus deren goldenen Inhalt sich mit ein paar raschen Griffen die Nöte der deutschen Kultur wundersam beheben ließen.

#### Information und Kommunikation

Zu den wesentlichen Mängeln sozialdemokratischer Kulturpolitik gehört bisher das Fehlen ausreichenden Kontakts und laufender Verbindung zwischen den vielen, häufig isoliert voneinander Tütigen in der Partei. Zusammen mit der Errichtung des Kulturforums sollte daher auch ein kulturpolitischer Informationsdienst ins Leben gerufen werden. Das Blatt sollte in regelmäßiger Folge (etwa alle 2 Monate) erscheinen und über alle für die SPD wichtigen Vorgänge (Veranstaltungen, Termine, grundsätzliche Entscheidungen, Anfragen in den Parlamenten, neue Veröffentlichungen etc.) informieren.

Hermann Glaser hat 1979 bedauernd festgestellt: „Es gibt offensichtlich keine kulturpolitische Theorie innerhalb der sozialdemokratischen Partei.“ Dieser Defizitmeldung ist bisher nirgends ernsthaft widersprochen worden. Die Partei sollte deshalb auch dafür sorgen, daß möglichst bald eine Plattform zur Diskussion der bisher nicht ausreichend aufgegriffenen theoretischen Fragen der Kulturentwicklung und der Kulturpolitik (Vergleiche etwa Gramsci, Pasolini, Elias, Barthes; Sozialanthropologie, Bühnologie; UNO-Papier etc.) geschaffen wird. Zum Teil kann hier auch das Kulturforum etwa durch Veranstaltungen helfen, wichtiger wäre aber noch, daß in einer hierfür geeigneten Zeitschrift, etwa der *Neuen Gesellschaft*, die Kulturpolitiker aller Ebenen sich mit Wissenschaftlern, Mitgliedern von Kulturredaktionen, praktizierenden und zugleich theoriezugewandten Künstlern und anderen Personen über kulturtheoretische Grundsatzfragen auseinandersetzen können;

## Hans-Peter Jäger: Literatur und Politik

*Dr. Hans-Peter Jäger, Jahrgang 1949, ist Politologe und war wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten. Veröffentlichungen: u. a. Eduard Bernsteins Panorama. Versuch, den Revisionismus zu deuten, Frankfurt und Bern 1981.*

„Hundertfach ist es inzwischen dokumentiert“, schreibt Dieter Lattmann, „und verfügbar für jeden, der es zur Kenntnis nehmen will, das Indizieren von Schulbuchautoren, das Absetzen von Fernsehendungen, die Durchsuchaktionen gegen Buchhandlungen, dieser ganze Prozeß aus Angstschweiß und Strammstehen, dem Zurechtstutzen von Meinungen, dem Widerspruch schleifenden Verlangen nach Ausgewogenheit. Das alles konnte nur deswegen relativ ungestört um sich greifen, weil solche Vorgänge, wie die Veranlasser wohl wissen, einem Großteil der Bevölkerung, so sie überhaupt davon erfährt, abgrundtief gleichgültig bleiben. Kein Wunder, daß es zwischen Schriftstellern und Politikern eine neue Berührungsangst gibt. Es handelt sich mit wenigen Ausnahmen um eine von Grund auf beschädigte Beziehung.“

Dieter Lattmann ist beides, Schriftsteller und Politiker – jedenfalls war er es eine Zeitlang. Sein Urteil wiegt schwer. Was auf die Bundesrepublik gemünzt ist, gilt generell und – wie ich fürchte – überwiegend in noch krasserer Form. Eine beschädigte Beziehung zu den Literaten und zur Literatur, von Seiten der Bevölkerung und ihrer Vertreter, Repräsentanten oder einfach der Machthaber.

Wie tief ins Gleichgültige und wie weit ins Destruktive dieses Verhältnis zu gehen vermag, ist bekannt und läßt sich ja unschwer ablesen an den weit hin unwidersprochen gebliebenen Bücherverbrennungen im Mai des Jahres 1933. Und das Schauderhafte dieses Ereignisses wie das Erschrecken vor der Gleichgültigkeit, die es begleitet, lassen sich nicht relativieren durch den Hinweis, man habe damals Wichtigeres zu verhindern gehabt als Bücherverbrennungen. Auch als nicht mehr nur Bücher verbrannt wurden, gab es keinen Aufstand der Massen.

Was Dieter Lattmann beklagt, ist davon weit entfernt; aber dennoch vom gleichen Geist der Intoleranz geprägt, der auch die Bundesrepublik nicht verschont. All das enthält schon eine Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis von Literatur und Politik: Politik glaubt offenbar an die auch politische

Wirkung von Literatur. Wo diese sich den herrschenden Zuständen und Personen nicht kommod machen will, kann Gleichgültigkeit durchaus in Verfolgung und Unterdrückung umschlagen.

Doch nicht nur Politiker gehen von der politischen Wirkung der Literatur aus, auch die Schriftsteller vertrauen auf sie. Noch einmal Dieter Lattmann: „Als Schriftsteller setze ich, auch in der Politik, zuerst bei der Sprache an, die das Bewußtsein prägt.“ Das klingt einfach und zuversichtlich zugleich. So redet Sysphos, mit dem Lattmann sich einmal verglichen hat, nicht. So redet ein Mann der Aufklärung, der zumindest hofft, daß in Sprache manifestierte Vernunft sich letztlich durchsetzt. Aber, so ist dagegen zu fragen, ist dieses Verständnis noch realitätsgerecht? Gibt es sie denn noch, diese Öffentlichkeit, in der über vernünftige Rede und Gegenrede der allgemein beste Standpunkt ermittelt wird und in welcher die literarische Stimme besonderen Kredit genießt?

Was immer Literatur vor der bürgerlichen Gesellschaft gewesen sein mag, von einem bestimmten historischen Moment an ist sie ein wesentlicher Teil jener öffentlichen Meinung, die zum einen den herrschaftlich geprägten Gewaltapparat in den abstrakten bürgerlichen Staat zu überführen bemüht ist und die zugleich zeigt, welche Mannigfaltigkeit des Besonderen unter dem ausschließlichen Regiment abstrakter und allgemeiner Gesetze möglich ist, welche subjektiven Formen unter objektiven Normen sich zu entfalten vermögen.

Ist es einmal gelungen, die Fesseln des Feudalismus zu sprengen und den bürgerlichen Rechtsstaat, in dem der Gemeinwille selbst zur politischen Gewalt wird, zu etablieren, hört Literatur auf, unmittelbar politisch zu sein. Dann ist sie nur noch ein Teil in jenem öffentlichen Gespräch, das zwischen den Gesellschaftsmitgliedern geführt wird und dessen Summe die öffentliche Meinung bildet. Sofern – das ist noch hinzuzufügen – sich dieses Gespräch rationaler sprachlicher Argumentation bedient, kann sein über Rede und Gegenrede selbstregulativ erreichtes Ergebnis Vernunft für sich beanspruchen.

Die These, Literatur sei Teil dieser umfassenderen bürgerlichen Öffentlichkeit, läßt sich kulturhistorisch belegen, ebenso die Realität der Kategorie bürgerliche Öffentlichkeit selbst: einer der bezeichnendsten Orte, an denen solche Gespräche stattfinden, so sich also bürgerliche Öffentlichkeit realisiert, ist das Kaffeehaus.

Diese frühen Kaffeehäuser sind – dem ernüchterten den Getränk entsprechend, das in ihnen serviert wird



- Orte der Nüchternheit, wie es sich für Geschäftslö-  
kale gehört. Und die Geschäfte, die man da betreibt,  
sind eben nicht allein kommerzieller Natur, zu ihnen  
gehören auch Politik, Kunst und Literatur. Das gilt  
zwar so dezidiert nur für die Metropolen der bürger-  
lichen Welt, für London und Paris, wo ein Daniel  
Defoe, ein Lawrence Sterne, ein Diderot ihre Texte  
verfertigen, denen man unschwer ihre Verwandt-  
schaft zu Diskussion und Disput ansieht. Deutsch-  
land hinkt hier weit hinterher. Doch auch bei uns  
läßt sich noch sehr viel später der Nachklang davon  
ausmachen: im Café des Westens und im Romani-  
schen Café im Berlin der 20er Jahre dieses Jahrhun-  
derts trifft sich und arbeitet die literarische Welt.

Freilich, auch nach Durchsetzung der bürgerlichen  
Gesellschaft bleibt ein Spannungsverhältnis zwischen  
Besonderem und Allgemeinem, zwischen Subjektivem  
und Objektivem, also auch zwischen Literatur  
und Politik. Aber das gilt nun, die Welt scheint in  
Ordnung, als notwendig, weil produktiv. In diesem  
Sinne äußert denn auch Goethes Faust, wie sein Autor  
ein Bürger par excellence:

„Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,  
der täglich sie erobern muß.“

Was in solcher Öffentlichkeit als Vernunft in die  
Welt gesetzt wird, ruht auf der Rationalität der privaten  
Sphäre, ruht auf dem Selbstverständnis einer Gesellschaft,  
die glaubt, daß das System der freien Konkurrenz  
zu gutem Ende sich selbst zu regeln vermöchte – vorausgesetzt,  
keine außerökonomische Macht stört die Gesetze des Marktes  
und niemand sprengt die Exklusivität der bürgerlichen Klasse,  
von Besitz und Bildung.

In dem Maße aber, in dem diese Grundlage frag-  
würdig wird, verändert auch die Öffentlichkeit ihren  
Charakter: sie verliert ihren rationalen Kern. Die  
ursprünglich im privaten Bereich ausgetragenen Kon-  
flikte dringen in den politischen Bereich ein. Interes-  
sen, die über die Mechanismen des Marktes nicht  
oder nicht ausreichend zum Zug kommen, tendieren  
zu staatlich regulierter Befriedigung. Das bedeutet,  
daß der über vernünftiges Reden ermittelte Konsens  
abgelöst wird vom durch Druck und Gegendruck ge-  
wichteten Kompromiß. Staatliche Instanzen werden  
so zu jenem Schiedsgericht, das ein Allgemeininter-  
esse nicht mehr inhaltlich vertritt, sondern beim  
Ausbalancieren unterschiedlicher Interessen mit-  
wirkt. Aber auch eine Gesellschaft, die sich über  
Kompromisse stabil hält, kommt nicht ganz ohne  
Konsequenz aus. Für die Bundesrepublik bestand  
diese Übereinstimmung lange Zeit im Glauben an  
die Möglichkeit von Wohlstand für alle.

Vor nun schon mehr als 80 Jahren hat der Vater  
des sozialdemokratischen Revisionismus, Eduard  
Bernstein, formuliert: „Nicht vom Rückgang, sondern  
von der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums  
hängen die Aussichten des Sozialismus ab.“ Ein Satz,  
den sich die Sozialdemokratie wohl bis heute zu ei-  
gen gemacht hat. Wobei bekanntlich gegenwärtig  
erhebliche Schwierigkeiten auftreten bei der Realisie-  
rung wie bei der Aufrechterhaltung des Postulats ei-  
ner Gesellschaft im Überfluß. Wenn nun aber beides  
der Fall ist: Ablösung der konsens- durch die kom-  
promißvermittelte Gesellschaft und Verlust noch des  
zur Kompromißfindung notwendigen Minimalkon-  
sensus, dann ändert sich neben vielem anderen auch  
das Verhältnis von Literatur und Politik.

„Mein Herr“, schrieb ein deutscher Schriftsteller  
an einen Kritiker, „Vielleicht hat es Ihnen die Be-  
obachtung, vielleicht, im ungünstigeren Fall, die ei-  
gene Erfahrung schon gesagt, daß es einen Grad von  
Elend gibt, welcher jede Rücksicht vergessen und je-  
des Gefühl verstummen macht. Es gibt zwar Leute,  
welche behaupten, man solle sich in einem solchen  
Fall zur Welt hinaushungern, aber ich könnte die  
Widerlegung in einem seit kurzem erblindeten  
Hauptmann von der Gasse aufgreifen, welcher  
erklärt, er würde sich totschießen, wenn er nicht ge-  
zwungen sei, seiner Familie durch sein Leben seine  
Besoldung zu erhalten. Das ist entsetzlich. Sie wer-  
den wohl einsehen, daß es ähnliche Verhältnisse ge-  
ben kann, die Einen verhindern, seinen Leib zum  
Notanker zu machen, um ihn von dem Wrack dieser  
Welt in das Wasser zu werfen, und werden sich also  
nicht wundern, wenn ich Ihre Türe aufreiß, in Ihr  
Zimmer trete, Ihnen ein Manuskript auf die Brust  
setze und ein Almosen abfordere.“ Dieser Schrift-  
steller wandte sich seiner materiellen Bedrängnis wegen  
an einen Kritiker, also einen Vertreter der literari-  
schen öffentlichen Meinung, um mit seinen Arbeiten  
öffentlich Gehör und damit finanzielle Unterstützung  
zu finden. Die Tatsache, daß es sich bei dem Schrift-  
steller um Georg Büchner und bei dem Manuskript  
um „Dantons Tod“ handelte, zeigt, daß das ungestör-  
te Wirken der Marktgesetze auf Qualitätsmerkmale  
als Erfolgsbedingung und -voraussetzung nicht  
unbedingt Wert legt. Allenfalls dieses erschütternde  
Dokument selbst ließe sich zynisch dem literarischen  
Markt zurechnen.

Heute mag Vergleichbares durchaus noch vorkom-  
men – vor allem weniger bekannte Autoren werden  
ein Lied davon singen können. Es gibt aber noch ei-  
ne weitere Instanz, an die man sich wendet: „Herr  
Bundeskanzler, ich danke Dir, daß Du Dich um die

Künstler bemüht“, redete der Schriftsteller-Politiker Lattmann dem Vertreter des sozialpflichtigen Staates immer wieder ironisch ins Gewissen. Und die Künstler-Sozialversicherung ist ja schließlich doch noch Gesetz geworden.

Allerdings ist das nur die Spitze des Eisbergs: zur Pristung seiner materiellen Existenz ist ein Schriftsteller heute ebenso wie auf das Wohlwollen der Verlage und die Kaufkraft des Publikums auch auf die Zuwendung öffentlicher und quasiöffentlicher Gelder durch offizielle und halboffizielle Stellen angewiesen. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: es ist gut, daß sich das Verhältnis von Literatur und Politik auf dieser Ebene in dieser Richtung verändert hat. Jedenfalls sind die Schriftsteller heute zu einer Interessengruppe unter anderen geworden, die die Befriedigung ihrer besonderen Gruppeninteressen auch politisch einklagen.

Das ist eine oberflächliche, aber einschneidende Veränderung im Verhältnis Literatur – Politik. Eine Veränderung, die eine andere, literarisch gravierendere mit sich führt. Allerdings muß hier zunächst die These von der Veränderung im Verhältnis von Literatur und Politik auch eingeschränkt werden. Bürgerliche Öffentlichkeit war, zumal in Deutschland, weit hin Fiktion. Eine bürgerliche Öffentlichkeit, die als institutionalisierte auch das Politische bestimmt, hat es hier lange Zeit nicht oder nur bruchstückhaft gegeben. Hier mußte folglich der literarische Kampf – und natürlich nicht nur dieser – gegen spätféudalistische, absolutistische politische und soziale Verhältnisse nahtlos übergehen in den des Aufklärers gegen den Schmock.

Wiederum an Büchner läßt sich dieser Übergang illustrieren: Da ist auf der einen Seite der „Hessische Landbote“ mit seiner schneidenden Kritik am selbstherrlichen Duodezfürstentum und dem Schlachtruf „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“. Auf der anderen Seite, in Ergänzung dazu, die Dramen, die bereits eine radikale, das heißt: an die Wurzel gehende Kritik der bürgerlichen Gesellschaft artikulieren – wenn auch politisch noch ungerichtet.

Wähte die neue, die bürgerliche Zeit sich erst am Anfang einer Epoche unendlichen, auch humanen Fortschritts, so war solcherart das Ende bereits antizipiert.

Die in der Literatur zur Geltung kommende befreite Subjektivität wendet sich somit nicht nur gegen diejenigen besonderen Herrschaftsinteressen, deren Legitimationsbasis ökonomisch wie ideell hinfällig geworden ist; sie wendet sich auch gegen die vermeintlich allgemeinen Interessen einer Gesellschaft,

in der der Bourgeois den Mantel des Citoyen nur umlegt, um mit dieser Maskerade seine Selbstsucht schamlos zu bedecken.

Literatur, das zeigt sich schon sehr früh, die gegen die nivellierende Gewalt eines schlechten Allgemeinen auf der konkreten Mannigfaltigkeit und der Differenzen in ihr beharrt, die gegen die Zwänge des scheinbar und wirklich Objektiven sich aufs Subjektive versteift, ist nicht im engeren, wohl aber im umfassenden Sinn politisch. Niemand hat das besser gewußt, als jene Vertreter politischer Gewalt, die einen Büchner, einen Heine und davor und danach eine Vielzahl anderer Schriftsteller ins Exil trieben oder ihnen weit Schlimmeres zufügten.

In diesem umfassenden Sinn politisch ist Literatur – von ihrer jeweiligen Thematik einmal ganz abgesehen – schon deshalb, weil sie in ihrem skrupulösen Umgang mit Sprache antiideologisch wirkt. Wer mit äußerster sprachlicher Anstrengung Begriff und Sache zur Deckung bringen will, von dem muß man befürchten, daß er es mit der Wahrheit hält. Natürlich gibt es, schematisch gesprochen, „rechte“ und „linke“, „progressive“ und „konservative“ bis „reaktionäre“ Literatur, einschließlich aller nur denkbaren Mischungsverhältnisse. Doch weder Poetisierung der Wirklichkeit, noch Trivialisierung der Literatur können verhindern, daß sich in der Literatur Aufklärung weiter am Leben erhält. Gerade nach 1945 hat sich das deutlich gezeigt. Da waren zunächst die Autoren, die auch unter den Nationalsozialisten publiziert hatten: die Mitverantwortlichen, die Mitläufer und die der inneren Emigration. Dann dominierten die zurückgekehrten Exilanten. Aber es zeigte sich bald: weder konnte mit der NS-Zeit ohne weiteres umgegangen noch an Weimar umstandslos angeknüpft werden. „Kahlschlag“ hieß eine Reaktion, an welcher sich das Bedürfnis nach einem neuen Anfang zeigte.

Politisches Handeln ist selektives Handeln. In einer gegebenen überdeterminierten Situation wählt es unter verschiedenen Möglichkeiten die eine aus, die es aus dem Modus der Möglichkeit in den der Wirklichkeit überführen möchte. Soll es sich dabei um eine wirkliche Wahl handeln, bedarf es des historischen Bewußtseins. Kein Zweifel, hierzu leistet Literatur ihren besonderen Beitrag.

Selbstredend gibt es Schriftsteller, die sich damit nicht begnügen, bei denen das Politische selbst unmittelbar Thema ist. Man braucht nur an Wolf Biermann zu erinnern, um ein heute allseits bekanntes Beispiel vor Augen zu haben. Gar zu einer eigenen Gattung hat es die sogenannte Arbeiterliteratur gebracht. Die Gruppe 61, der Werkkreis Literatur

der Arbeitswelt, aber auch einzelne Autoren wie Gernot Wolfgruber etwa haben ihren festen und auch akzeptierten Platz im Literaturbetrieb.

Innerhalb einer diskutierenden und auf Konsens angelegten Öffentlichkeit als Vermittlungsinstanz zwischen Gesellschaft und Politik käme der Literatur nur eine, wenn auch bedeutende Stimme im vielschichtigen Dialog zu. Diese Öffentlichkeit aber ist so nicht vorhanden. Übrig sind nurmehr die Regeln, nach denen sie einstmalig funktionierte. Inhaltlicher Konsens aber ist auf Dauer durch formellen nicht zu ersetzen: wer sich jeweils überstimmen lassen muß, ohne im Vertrauen auf Vernunft die Hoffnung haben zu können, daß auch sein besonderes Interesse früher oder später, jedenfalls nicht zu spät, zum Zuge kommen wird, der pfeift über kurz oder lang auch auf die Spielregeln.

Unter den Bedingungen des kompromißorientierten Macht- und Chancenausgleichs kommt der Literatur eine spezifische Bedeutung zu. Hier dürfte eine ihrer wesentlichen Funktionen darin bestehen, hinzuweisen auf konsensfähige, weil vernünftige und subjektiv unabdingbare Allgemeininteressen. Das mag paradox klingen angesichts dessen, daß – wenigstens bei uns in der Bundesrepublik – die Zeit des großen Engagements der Literaten und der Literatur in der Politik vorbei zu sein scheint.

Die von Aufbruchstimmung geprägten gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse von Autoren und die sozialdemokratischen Wählerinitiativen gehören in die 60er Jahre, allenfalls in die frühen 70er. Die oppositionellen und gesellschaftskritischen Schriftsteller hatten damals in der SPD eine nicht nur vielversprechende, sondern auch macht-, weil mehrheitsfähige Alternative gegen den CDU-Staat gesehen, auf die zu hoffen war und für die es sich einzusetzen lohnte. Heute finden sich dagegen auch bei den noch immer Unentwegten deutliche Züge des Desengagements.

Verschwunden aber ist die politische Literatur ja keineswegs. Die Anti-AKW-Bewegung und der mit ihr verbundene neue Regionalismus haben auch ein sichtbares Aufleben kultureller Formen gebracht: Mundart-Dichtung ist wieder gefragt und versteht sich als Opposition gegen Zentralismus und Technokratie. Daß dieser literarischen Bewegung die große politische Organisation fehlt, die sie im übrigen auch nicht wollte, ist sicherlich mit ein Grund, weshalb sie weniger zur Kenntnis genommen wird als jene Literatur, die man als „Neue Subjektivität“ bezeichnet hat. Wobei gewiß hinzukommt, daß die „Neue Subjektivität“ den traditionell orientierten Literatur-

rezensenten entgegenkommt, die triumphierend und befriedigt verkünden können: Jetzt dichten sie wieder! Damit soll aber nun nicht gesagt sein, die Literatur der „Neuen Subjektivität“ sei unpolitisch, d. h. politisch bedeutungslos.

Was sich in literarischen Regionalismus und „Neue Subjektivität“ ausdifferenziert hat, hatte einstmalig zusammengehört. Die Bruchstelle bezeichnet ziemlich genau Peter Schneiders Novelle „Lenz“. Dort ist noch beides ineinander verschlungen, das eine ohne das andere nicht denkbar: politische Identität und subjektive Befindlichkeit sind zwei Aspekte derselben Sache, beiden gilt die gleiche Aufmerksamkeit.

Die Verzweiflung über die eigene Unfähigkeit, als sinnvoll erlebte politische Arbeit und persönliche Bedürfnisse in Einklang zu bringen, läßt den neuen Lenz seine Sinnsuche aufnehmen. Unter italienischer Sonne – für Deutsche anscheinend immer noch ein verlockender und glaubwürdiger Topos – findet er schließlich doch noch zu persönlicher Gelassenheit wie zu sinnvollem politischem Tun. Seither ist die „italienische Sonne“ über der „Republik Freies Wendland“ aufgegangen, während die „Neue Subjektivität“ von privaten Empfindsamkeiten und Empfindlichkeiten verdüstert wird. Ihnen gemeinsam aber ist die radikale Betonung des „subjektiven Faktors“, mehr noch und genauer: der Unmittelbarkeit. Was zählt sind konkrete Erfahrungen, nicht mehr abstrakte Erkenntnisse. Vorbei ist es mit der „Utopie der Allgemeinbegriffe“.

Solange die Gesellschaft im Überfluß eine realistische Vorstellung zu sein schien, konnten die Disparitäten der unterschiedlichen Erfahrungsräume überspielt werden. Lange Zeit konnten sozial Benachteiligte hoffen, sich vormachen oder vormachen lassen, ihre Benachteiligung sei entweder nicht von Dauer oder aber Nachteile in einem Bereich würden durch Vorteile in einem anderen ausgeglichen. Unmittelbare Erfahrungen wurden in Relation gesetzt zu vermittelten Erfahrungen oder Vorstellungen anderer – und erst beides zusammen ergab das Bild von Wirklichkeit.

Heute ist das weitgehend anders. Und Literatur spiegelt es wider. Wenn, wie gesagt, heute eine wesentliche Funktion der Literatur darin besteht, Allgemeininteresse zu artikulieren, so scheint dies im Widerspruch zu stehen zu der literarischen Insistenz auf Unmittelbarkeit: ganz konkrete und unmittelbare Erfahrungen sträuben sich gegen Verallgemeinerung. Die Situation junger Studenten ist nicht gänzlich, aber sie ist erheblich verschieden von der junger Lehrlinge, gar Arbeitsloser. Und doch gibt es ein

wichtiges und verallgemeinerungsfähiges Moment in all dieser Mannigfaltigkeit, das mehr ist als nur gemeinsames Beklagen und Anklagen: es wird nach Qualität gefragt; es wird inhaltlich gedacht und entsprechend gehandelt; und es wird bewertet und gewertet: nach Nutzen und Notwendigkeit für den einzelnen und das Ganze.

Das bedeutet, daß es prinzipiell keine politikfreien Räume mehr gibt, ebenso wenig wie von gesellschaftlicher Einrede abgeschottete Politikbereiche. Man mag das bedauern, weil es mit Sicherheit die gewohnte Ruhe und Ordnung nachhaltig stört. Aber eine Alternative angesichts einer Situation, deren vorläufige Stabilität erkaufte wird um den Preis nicht nur einer zunehmend prekärer werdenden Lage einzelner gesellschaftlicher Gruppen, sondern der Zerstörung von Lebensgrundlagen überhaupt, ist nicht sichtbar. Deren Erhaltung zu fordern, hieße in der Tat, ein allgemeines Interesse zu formulieren.

Sicherlich kann ein Großteil der Literatur, die darauf reflektiert, nicht von vornherein als politisch bezeichnet werden. Politisches Denken, das ist so trivial wie wesentlich, zielt auf Handlung. Eine Literatur, die, börsartig gesagt, nur larmoyant ist, ist nicht politisch. Und auch noch so berechtigte Kritik muß einmal zur Formulierung sinnvoller Alternativen vorstoßen. Fragt man aber nicht nach der Politikfähigkeit literarischer Äußerungen, sondern nach dem Verhältnis von Literatur und Politik, dann geht es darum, von seiten der Politik Literatur als auch politisch relevanten Ausdruck zu begreifen.

Nach Weimar und Nationalsozialismus haben sich die Parteien, die Mittler zwischen Gesellschaft und Politik, real und in ihrem Selbstverständnis gewandelt. Aus Klassenparteien, jedenfalls mehr oder weniger deutlichen Vertretungen von Gruppeninteressen, sind „Volksparteien“ geworden. Auch die traditionelle Vertretung der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, hat sich diesen Terminus zu eigen gemacht und ihn mit Inhalt zu füllen versucht. Man darf unterstellen: nicht nur aus machtpolitischen Überlegungen. Aus einer Partei der Arbeiterschaft wurde, ohne daß diese Bezugsgruppe aufgegeben werden mußte, eine Partei des sozialen Ausgleichs, der gerechten Verteilung der Chancen und Lasten. Das verlangt aber nun generell eine erhöhte Sensibilität gegenüber den Signalen sozialer Disparitäten und Nöte, auf materieller wie auf ideell-psychischer Ebene.

Bislang ist es der SPD gelungen, diese zwar nicht zu nivellieren oder gänzlich zu beheben, aber doch soweit auszugleichen und gering zu halten, daß ihr selbst wie dem politisch-gesellschaftlichen System Bundesrepublik ein vergleichsweise sehr breites Loyalitäts- und damit Legitimationspotential verfügbar war. Diese Situation beginnt sich zu ändern.

Diejenigen Gruppen, die innerhalb der traditionellen Kanäle der Interessendurchsetzung nicht konfliktfähig sind oder deren Interessen nicht genügend Berücksichtigung finden, greifen zu neuen, das bestehende Ordnungsgefüge verwirrenden und herausfordernden Formen der Artikulation. Wobei sie sich häufig darauf berufen können, keine Partialinteressen zu vertreten, sondern durchaus solche, deren Berücksichtigung über kurz oder lang für uns alle von Bedeutung sein werden. Es kann selbstredend nicht um Anbiederung an mehr oder weniger unausgeglichene Ideen und an bloß lautstark formulierte Wünsche gehen. Aber verantwortliche Politik hat noch das abstruseste Gegenargument auf seinen rationalen Kern hin zu prüfen, ganz zu schweigen von ernsthaften Ängsten angesichts der gegenwärtigen Bündnis- und Weltlage.

Die offensichtliche Umwertung vieler geläufiger Werte, der Zerfall der alten und das Knüpfen neuer Sinnzusammenhänge – vielfältig verknüpft mit der veränderten materiellen Situation – verlangen andere als die eingefahrenen politischen Reaktionsweisen. Wer nicht nur mit ordnungspolitischen Maßnahmen an den Symptomen herumkurieren will, muß hinter die Fassaden der Erscheinungsbilder zu dringen versuchen und zu verstehen bereit sein. Literatur bietet hier eine Möglichkeit.

Sie bietet Einblicke, die sich zwar nicht unmittelbar verwerten, gar in politisches Handeln umstandslos übersetzen lassen, die aber doch paradigmatische Aufschlüsse zu geben vermögen –, „paradigmatisch“ insofern, als nämlich an einem ganz besonderen Fall ein Allgemeines aufscheint. Das nämlich scheint die politische Rolle der Literatur in einer kompromißgeordneten Gesellschaft zu sein: inmitten des durch Druck und Gegendruck der je einzelnen Interessen erzeugten Kraftfeldes die subjektiv notwendigen Interessen zur Sprache zu bringen und mit Vehemenz zu vertreten. Politik aber täte gut daran, sich für diese Signale empfänglich zu zeigen.

## Theodor Weißenborn: Außenseiter – eine Kategorie der Verdrängung

**Zur sozialen Aufgabe einer Literatur, die  
sich als gesellschaftliche Einrichtung  
versteht**

*Der Schriftsteller Theodor Weißenborn, geb. 1933, studierte Philosophie, Germanistik, Romanistik und Medizinische Psychologie. Er ist Mitglied des Internationalen PEN-Clubs und erhielt zahlreiche Literaturpreise, darunter den Georg-Mackensen-Preis für die beste deutsche Kurzgeschichte.*

Krieg, Liebe, Glück, Elend, Tod – daraus besteht die Welt, in der ich lebe, dies erblicke ich, wenn ich mich umsehe, und all dies ist vorhanden, lange bevor ich darüber nachdenke und darüber schreibe, ich habe es nicht erschaffen, ich finde es vor – ich kann nichts erfinden, das nicht ist.

Die Wirklichkeit, die mich umgibt, bestimmt die Inhalte meines Denkens, und was da – zunächst vor sprachlich, chaotisch und namenlos – aus dieser Wirklichkeit sich herandrängt, ich kann nur versuchen, es zu benennen und zu ordnen, damit es seinen Schrecken verliere, durchsichtig und – zunächst im Geiste – verfügbar werde. Im Sprechen wird mir die Wirklichkeit zur Welt, im Sprechen erschließt sich mir das Ungeheure und wird mir vertraut, sprechend erfahre ich, was um mich ist und wer ich bin – im Dialog mit der Wirklichkeit klären, berichtigen und vervollständigen sich meine Vorstellungen von ihr, und nur im Bereich erfahrener Realität ist meine Rede glaubhaft, trifft mein Wort das Gemeinte.

Aber ich bin nicht Robinson. Ich lebe in einer Gemeinschaft unter Menschen, und also ist Wirklichkeit für mich nicht ein Gegenstand privater Entdeckung, unverbindlichen ästhetischen Vergnügens oder gar interesselosen Wohlgefallens, sondern eben die gesellschaftliche Realität, in der ich lebe, mit allen ihren bedrückenden und provozierenden Erscheinungen, ein Gegenstand, der fortwährend kritischer Untersuchung bedarf, der mich herausfordert, ihn zu werten und zu verändern, denn Erkennen und Darstellen bedeuten nicht Gutheißern.

Greifen wir einen konkreten Bereich aus dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit heraus: die Welt des psychisch Kranken. „Wie kommt es“, so hat man mich gefragt, „daß Sie gerade diesen Bereich zu einem Hauptthema Ihrer literarischen Arbeit gemacht haben? Warum schreiben Sie über Außenseiter?“

Vorab: Ich habe den Außenseiter, auch ihn, nicht erfunden, weder das Wort noch die Sache – beides finde ich vor, es ist mir Vorwurf im doppelten Sinn des Wortes, und diesen Vorwurf greife ich auf.

Zum Wort, zur Sache, die es bezeichnet, und zur Gesinnung dessen, der es unkritisch benutzt: Das Wort „Außenseiter“ enthält eine Degradierung des mit ihm Gemeinten, eine negative Wertung, denn es ist bezogen auf eine als positiv, als gültig und verbindlich hingestellte und weithin verinnerlichte gesellschaftliche Norm, nämlich den Tüchtigen und Begünstigten, den Favoriten des gesellschaftlichen Rennsports, den Insider, den, der „in“ ist, das heißt den von der Gesellschaft anerkannten und von ihr integrierten Menschen, den die kommerzielle Werbung mit Eigenschaften wie „erfolgreich“, „jung“, „gesund“, „sportlich“ und ähnlichen Attributen ausgestattet hat. Diesem gehört die Welt, er schmiedet sein Glück, und frohen Herzens tritt er über die am Boden Liegenden hinweg und wendet sich den erfreulichen Seiten des Daseins zu, so unbeschwert und so zynisch, wie der Privilegierte nur sein kann.

Tatsächlich: der Außenseiter ist eine Kategorie der Verdrängung und der Gebrauch dieses Wortes eine – wenn auch oft unbewußte – verbale Geste der Abwehr, die unserem Verhalten gegenüber dem psychisch Kranken genau entspricht. Das Wort verrät die versteckte Inhumanität, mit der diese unsere sich so sozial dünkende Gesellschaft große Gruppen ihrer Mitglieder, sobald sie in irgendeiner Weise von der Norm abweichen, als minderwertig stempelt, verstößt und vergift – eine Gesinnung, die unser aller Verhalten mehr bestimmt, als wir wahrhaben wollen und als uns lieb ist.

Ich schlage daher vor, die Vokabel „Außenseiter“ in das Wörterbuch des Untermenschen aufzunehmen.

Ärzte, Psychologen, Sozialarbeiter, auch fortschrittliche Theologen, haben den Teufelskreis erkannt, in dem unsere gesellschaftlichen Einrichtungen die Übel, die zu beseitigen sie beauftragt sind, fortlaufend in sich selbst erzeugen. Krasses Beispiel hierfür: der Strafvollzug. Man weiß das, und dabei bleibt es. Aber nein! Man hat – fast hätte ich's vergessen – enorme Fortschritte gemacht: in den geschlossenen Abteilungen der Universitäts-Nervenkliniken und in den Psychiatrischen Landeskrankenhäusern hat man die unschönen und für jedermann sichtbaren Gitterstäbe vor den Fenstern durch unzerbrechliche Glasscheiben, durch Panzerglas, ersetzt. Wer hätte derlei vor 500 Jahren auch nur zu denken gewagt! Und in manchen Kliniken wird noch immer wacker

elektrisch geschockt, und zwar nicht aus medizinischen Gründen, sondern (Zitat eines Arztes) „damit im fortlaufenden Turnus von höchstens vier Wochen die Betten frei werden“. Auch psychogene Lähmungen, also seelisch bedingte Leiden, werden mancherorts mit Stromstößen traktiert. Fortschritt! Was tut's, daß der Patient zwar gebessert, aber nicht geheilt entlassen und nach einigen Monaten – ganz im Sinne der zutreffend so genannten „Drehtürpsychiatrie“ – erneut eingewiesen wird! Hauptsache, die Betten werden frei. Dafür freilich genügt es, die Anzeichen der Krankheit zu verwischen – die Krankheit selbst und ihre Ursache, das Lebensproblem, dürfen weiterbestehen. Fortschritt, wohin man blickt! – Psychotherapie? Bleibt noch immer weithin Privileg der Privatpatienten. – Psychosomatische Medizin? Mitscherlich? „Ich denke, Sie wollen hier Examen machen!“ Mitscherlich ist für manche Dozenten und Prüfer nicht zitabel. Dieser „Nestbeschmutzer“ hat eine Dokumentation mit dem Titel „Medizin ohne Menschlichkeit“ über die verbrecherischen Experimente deutscher Ärzte an Häftlingen in Hitlers Konzentrationslagern zusammengestellt und sich dadurch die Feindschaft der Ärzte-Innung zugezogen. – Beschäftigungstherapie? Im Landeskrankenhaus N. schrauben die Patienten Kugelschreiber zusammen und kleben Tüten. Nach einem halben, spätestens einem Jahr verfallen sie der Lethargie. Dann sind sie auch nicht mehr rentiert. Auf der Station – dank der chemischen Zwangsjacke: den in Überdosierung verabreichten Sedativa – herrschen Ruhe und Ordnung. Die Behandlung war erfolgreich. Dreißig von hundert Patienten in N. haben keinen eigenen Waschlappen. Die Verantwortlichen (selber im Besitz eigener Waschlappen) haben über diese Information gelacht wie über einen Witz. „So etwas gibt es einfach nicht!“ meinten sie treuherzig, und dabei blieb es. Die Mattscheibe als Bewußtseinsschranke – wir sollten sie als Emblem an unsere Nationalfahne heften.

Unsere Gesellschaft betrachtet den Außenseiter als ihren Feind. Begreiflich. Denn er ist das lebendige Denkmal ihres Versagens. Das Übel beseitigen? Die Schuld wiedergutmachen? – Nein, die Gesellschaft ist vollauf damit beschäftigt, ihr Image zu pflegen. Sie verbannt die Straffälligen hinter Gitter, die ausländischen Arbeiter ins Getto, die Obdachlosen ins Asyl und die psychisch Kranken hinter Panzerglas – weit draußen an die Peripherie der Städte, ins landschaftlich idyllische Abseits, ins Aus. Requiescant! Der städtische Rasen bleibt sauber.

Dies der sozialpathologische Befund. Als Therapie

– eine mögliche Form der Therapie unter andern – schlage ich vor, daß die Literaten ihren Platz am Schreibtisch verlassen, um in die Institutionen zu gehen und konkrete Kenntnis von den Vorgängen in dieser Gesellschaft zu erlangen, daß sie gerade die hinter Mattglas und Panzerglas und Gitterstäbe verdrängten unschönen, bedrückenden und beschämenden Inhalte in das öffentliche und private Bewußtsein zurückholen, um auf diese Weise eine Grundvoraussetzung für die kollektive praktische Bewältigung dieser Inhalte zu schaffen. Dies eben, das Bewußtmachen des Verdrängten, halte ich für die soziale Aufgabe einer Literatur, die sich als gesellschaftliche Einrichtung versteht und bejaht: Aufklärung (oder modischer: Information) und damit permanente Therapie des chronisch an Verdrängungen leidenden öffentlichen und privaten Bewußtseins.

Wer von uns genügt der Norm? Wer von uns ist so jung, so erfolgreich, so gesund, so schön und so unbeschwert, wie die kommerzielle Werbung es uns vorgaukelt? Wer von uns ist frei oder wird zeit seines Lebens frei bleiben von Krankheit und Not, von körperlichen oder seelischen Leiden? – Die Chance, daß er früher oder später zum Außenseiter dieser Gesellschaft wird, ist jedem gegeben. Hätten wir, angesichts dieser Chancengleichheit, nicht allen Grund, uns mit dem Außenseiter zu solidarisieren, mit ihm, der eine Möglichkeit verkörpert, die in uns allen angelegt ist, und der unsere menschliche Kondition weit deutlicher veranschaulicht als jeder unauffällige sogenannte Normale? – Soll ich nicht über Außenseiter schreiben?

Aber wenn überhaupt, warum dann gerade Erzählungen und Hörspiele? Warum nicht Sachtexte, reine Informationstexte? Warum arbeite ich nicht wissenschaftlich? Oder – auch diese Frage liegt nahe – warum schreiben die Journalisten, die Ärzte, die Psychologen keine Hörspiele?

Die Antwort steckt in der Sache, die komplexer Natur ist, die eine rational zugängliche und beschreibbare und daneben eine nur erahnbare und allenfalls einfühlbare Komponente hat; eben jenen Bereich des Emotionalen, des nur subjektiv Erfahrbaren, des Vorsprachlichen, der sich der begrifflichen Analyse entzieht und sich nur im Bild, in der Metapher, auf dem Wege der Assoziation und das heißt mittels poetischer Rede vergegenwärtigen läßt. Die Zuständigkeit der Poesie beginnt da, wo die übrigen Weisen sprachlicher Mitteilung, die alltägliche Rede und die wissenschaftliche Fachsprache, an ihre vom Gegenstand her gesetzte Grenze gelangen. Methoden – auch sprachliche Ausdrucksweisen – sind in ge-

nau dem Maße tauglich, als sie ihrem Gegenstand angemessen sind, sie lassen sich nicht wahllos von einem Wirklichkeitsbereich auf den andern übertragen.

Dieser Sachverhalt weist auf alles andere als eine Rivalität zwischen Kunst und Wissenschaft und zeigt eher, wie sehr diese beiden Methoden der Weiterführung mit wechselseitigem Gewinn aufeinander beziehbar sind. Hierzu ein Beispiel: Vor einiger Zeit habe ich auf Einladung des Sozialpolitischen Arbeitskreises für Sozialpsychiatrie in der Tübinger Universitäts-Nervenlinik einige meiner Krankheitsbeschreibungen vorgetragen und mit Patienten, Pflegern und Medizinern über die Texte diskutiert. Dabei zeigte sich, daß die poetische Darstellung krankhafter seelischer Vorgänge dem Hörer Identifikationserlebnisse ermöglicht und dazu beitragen kann, ihm seine eigene gesellschaftlich bedingte oder gesellschaftlich mitbestimmte Situation durchsichtig zu machen und ihm Entstehung und Verlauf seiner Krankheit zu deuten. So gesehen, ist tatsächlich jede Lektüre, aber auch jede andere Form der Kommunikation, das Gespräch mit Freunden und Bekannten, dem Ehepartner oder meinetwegen dem Seelsorger, therapeutischer Art und getragen vom dem Interesse, das in den zumeist unausgesprochenen Fragen eines der beiden oder beider Gesprächspartner liegt. Wer sagt mir, was ich über mich wissen will? Wer zeigt, wer erklärt mir die Welt? Wer hilft mir? – Eine schlichte Einsicht, ein schlichter Vorgang, mag man sagen, aber ein menschliches Urbedürfnis, eine Grunderwartung, die wir spontan teilen, fernab von aller Ideologie.

Aus solcher Erfahrung ergibt sich: die Poeten werden in dieser Gesellschaft ebensowenig arbeitslos wie in irgendeiner anderen. Im Gegenteil: je mehr sie sich der gesellschaftlichen Realität öffnen, um so mehr Wirkungsmöglichkeiten werden sie entdecken, je mehr der von den Wissenschaften erarbeiteten Realien sie in ihr Bewußtsein aufnehmen, um so verbindlicher und gesellschaftlich aufschlußreicher werden ihre literarischen Äußerungen sein. Poetische Gestalt und wissenschaftliche Sachbeschreibung – ebenso wie intuitive Einfühlung und rationales Denken – können einander ergänzen und stützen als zwar verschiedene, aber auf ein gemeinsames Ziel gerichtete Weisen der Realitätserfahrung, indem beide Methoden, jede mit ihren spezifischen Mitteln, von verschiedenen Seiten dasselbe Objekt angehen. Die empirische Forschung, die Statistik liefert das Zahlenmaterial, die rational zugänglichen, meßbaren Fakten, während die poetisch gestalthafte Rede den

Bereich des Arationalen erschließt und zugleich die sich aus ihm aufdrängenden Emotionen in den Dienst rationaler Bewußtwerdung stellt (ähnlich wie Bert Brecht dies in seiner Dramaturgie des epischen Theaters gefordert hat). Die Wissenschaft liefert den Begriff, die Kunst die Anschauung – so wird der Gegenstand plastisch gemäß der Einsicht Kants: „Begriff ohne Anschauung ist leer – Anschauung ohne Begriff ist blind.“

Nach soviel Grundsatztheorie ein Wort zur schriftstellerischen Praxis und zur Entstehungsgeschichte meiner Texte, soweit sie die Schicksale psychisch Kranker zum Gegenstand haben: Der erste Anstoß zu diesen Texten ging aus von der unmittelbaren Begegnung mit Patienten auf offener Straße, im Bus, in dem Haus, in dem ich wohnte, auf dem Hauptpostamt in Bonn, in einem Kuhdorf im Elsaß, wo ich Urlaub machte. – Wirklichkeit. Bedrückende und provozierende Wirklichkeit, die Sprache werden wollte und die mir zugleich die Sprache verschlug. Was ich während meines Studiums der Philologie gelernt hatte, war unbrauchbar. Arthur Schnitzlers Novelle „Fräulein Else“, die ich damals las, und wenig später James Joyce halfen weiter und ermöglichten mir die praktische Erarbeitung des inneren Monologs als eines für die Darstellung bewußter und unbewußter seelischer Vorgänge geeigneten Ausdrucksmittels. Aber das genügte nicht. Denn die sprachlichen Äußerungen psychisch Kranker, der manisch-depressiven und der schizophrenen Patienten vor allem, sind durch die Krankheit in spezifischer Weise verändert. Diese Eigentümlichkeiten, will man sie angemessen darstellen, muß man kennen. Kenntnisse aber wollen erarbeitet sein und sind weder durch Bekenntnisse noch durch irgendwelche vagen Anmutungserlebnisse zu ersetzen. Also setzte ich mich wieder auf die Schulbank und studierte medizinische Psychologie und Psychiatrie. Den größten Nutzen – im Blick auf meine literarische Arbeit – zog ich dabei aus den Forschungsergebnissen Hans Prinzhorns, Leo Navratils und Theodor Spoerris und ihren Werken „Bildnerei der Geisteskranken“, „Schizophrenie und Sprache“ und „Sprachphänomene und Psychose“. Ich bin diesen und anderen Autoren zu Dank verpflichtet, aber auch den Ärzten, Psychologen und Soziologen unter meinen Bekannten, mit denen ich meine Texte unter allen nur erdenklichen fachlichen Gesichtspunkten durchzusprechen pflege und die seit Jahren meine besten Lektoren sind. Auf die Idee, meine Texte mit Schriftstellerkollegen, Redakteuren oder Verlagslektoren zu diskutieren, würde ich nicht im Traum verfallen, denn – so seltsam das

klingen mag – an formal-ästhetischen Fragen bin ich nicht sonderlich interessiert.

Die Sache ist es, die die Form mit innerer Notwendigkeit hervortreiben muß. Formfehler und Stilbrüche weisen auf ein gestörtes Verhältnis des Autors zur Wirklichkeit. An diesem seinem Verhältnis zur Wirklichkeit müßte Literaturkritik, wie ich sie verstehe und wünsche, ansetzen, sie müßte die Sphäre der Werkimmanenz überschreiten und ideenkritisch verfahren, oder anders: Ästhetische Fragen sind keine Sache für sich, die zugleich eine Sache für niemanden wäre, sie führen vielmehr, treibt man sie nur folgerichtig voran, notwendig zu Fragen der Erkenntnistheorie und der Ontologie, zu Fragen schließlich der Gesellschaftspolitik. Im Wie steckt das Was, die Form offenbart Wesen, und mit Recht fordern wir vom Schriftsteller wie von jedermann, daß er nicht lüge, und von dem, was er schreibt, daß es den wahren Sachverhalt zeige.

So autoritär dies vielleicht klingt: der Autor sollte schreiben, was die Wirklichkeit ihm diktiert. Sie darf ihm die Hand führen. Vertraut er ihr, so vertraut sie ihm, erschließt sich seiner Sprache, bequemt sich zu den Mitteln, die sie ihn lehrt und mit denen er ihr dient. Nur im Bündnis mit der Wirklichkeit ist der Autor unangreifbar. Nur soweit er die Sache auf seiner Seite hat und auf seiten der Sache steht, trifft sein Wort das Ding, sagt er, was ist, gelangt das Seiende zur Sprache und gelangt er, selber ein Teil des Seienden, zum Bewußtsein seiner selbst.

Natürlich gibt es in meinen Texten Personen, Handlungen, Szenen, Milieus, Konflikte und Sinnzusammenhänge und wie immer die Kategorien klassischer Ästhetik lauten. Natürlich schreibe ich traditionell und konventionell, und gern gestehe ich, daß die Poetik des Aristoteles und seine Worte über die Mimesis, die Kunst der Nachahmung, für mich aufregender zu lesen sind als Max Bensens Computerlyrik. Menschen und Handlungen, Handlungen und Menschen – davon bin ich umringt, daraus besteht die Welt, in der ich lebe, und wollte ich sie leugnen, sie gar aus meinem Bewußtsein verdrängen und auf ihre Darstellung verzichten, so hätte ich das Gefühl, die Welt zu verfälschen, die Wirklichkeit, meinen besten Verbündeten, zu verraten und zu verlieren, und dies, der Verlust der Realität, wäre das Schlimmste, was einem Autor, was einem Menschen überhaupt widerfahren kann.

Ich will aus dieser meiner Weise, die Welt zu se-

hen und darzustellen, keine Norm, keine allgemeinverbindliche Verhaltensweise für andere herleiten, und Konstitution, Temperament, Erfahrung und Überlegung mögen andere Autoren zu anderen Methoden und zu anderen Formen der Weltanschauung führen. Erfaßt zum Beispiel nicht auch das Neue Hörspiel mit seiner Zitierung von Wirklichkeitspartikeln, mit seinen Geräusch-Collagen und seiner kritischen Verwendung von Sprachklischees Realität? Intendiert es nicht auf andere Weise und mit seinen spezifischen Mitteln dieselbe Wirklichkeit, die uns alle umfaßt? Und kann es nicht ebenso zur Enthüllung verborgener Realitätsbereiche, zur Aufdeckung versteckter Inhumanität und damit zur Bildung kritischen Bewußtseins beitragen wie die tradierten Formen des Schauspiels oder des Hörspiels, die sich klassischer dramaturgischer Mittel bedienen? – Ich meine, es kann, es soll, und es will wohl auch. Nur frage ich mich bei solchen Stücken: Genügen sie wirklich den kritischen Ansprüchen, die sie erheben? Reproduzieren sie nicht das Chaos, anstatt es zu bannen? Deuten sie mir die Welt? Wirklich? Und wenn schon das Neue Hörspiel manchen seiner Befürworter als der Stein der Weisen erscheint – mangelt dann nicht der Weise dem Stein?

Ich lasse diese Frage offen und arbeite weiter wie bisher, das heißt ich konzentriere mich auf die gesellschaftliche Wirklichkeit mit allen ihren konkreten Bereichen, entwickle die Fiktion aus den Fakten, lebe mit meinen Figuren, suche ihre Nähe, dringe auf Greifbare und bemühe mich, alle Abstraktion zu meiden, alles Überall und Nirgendwo, alles Artifizielle, das nicht Ausdruck von Existenz, sondern Manier wäre, das die Wirklichkeit nicht enthüllte, sondern verkleisterte und das so allgemein wäre, daß sich konkret niemand getroffen zu fühlen brauchte. Ich versuche dies.

\*

Während ich dies schreibe, sitzt der schwachsinnige Knecht eines Bauern vor der Schuppentür auf der Erde, schneidet Bilder aus alten Illustrierten und verwahrt sie in einem Karton. Vor einem halben Jahr haben die Ärzte seinen Kehlkopf entfernt. Er sammelt Bilder von Prinzessin Beatrix. Er wiegt noch hundert Pfund. Manchmal zeigt er mir die Bilder. Er krächzt. Er küßt die Bilder. Er lächelt. Er kann nicht sprechen. Er hat nie schreiben gelernt. Er hat nie sprechen können.

Ich werde nicht arbeitslos.





## Frankreich: Schocktherapie

**Steht die ehrgeizige Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung vor dem Scheitern?**

Merkwürdige Dinge bekommt man jetzt in Paris zu hören: da versichert der sozialistische Minister für Industrie und Forschung, Laurent Fabius, ein enger Vertrauter des Staatspräsidenten Mitterrand, daß nichts dringender sei, als den „ideologischen Ballast“ auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen und den Chefs der verstaatlichten Unternehmen ebenso volle Handlungsfreiheit zu gewähren wie den Privatunternehmern. Der gleiche Minister, noch vor nicht langer Zeit ein rigoroser Anhänger fester sozialistischer Prinzipien, der seine gemäßigten Parteigenossen einmal mit dem Schlagwort überrascht hatte, daß „nicht der Markt entscheidend ist, sondern der Sozialismus“, sieht sich nun genötigt, seinen früher tiefroten Wein zu verwässern.

Andere sozialistische Minister, so Jacques Delors, der für die Wirtschaft und die Finanzen verantwortlich ist, sprechen die gleiche Sprache: wobei Delors allerdings Anspruch darauf erheben kann, nie so, wie Fabius, einem rigorosen Sozialismus das Wort geredet zu haben. Grund für den Stimmungsumschwung in Paris, für die radikal zu nennende Wendung: die Zeiten sind schwer. Zu Beginn, im Jahre 1981, nach der Wahl Mitterrands und nach dem grandiosen Wahlsieg der Sozialisten schien alles relativ einfach zu sein. Man hatte sich vorgenommen – und wer hätte das den Sozialisten verübeln sollen? –, den Franzosen die während des Wahlkampfes versprochenen Reformen und die Verbesserung des Lebensstandards zu gewähren. Und wer in der Tat hätte etwas daran aussetzen können, daß die Mindestlöhne erhöht, daß die Sozialleistungen jedweder Art verbessert wurden, daß, mit einem Wort, an jene gedacht wurde, die früher allzu kurz gekommen waren?

Nicht etwa, daß die Verantwortlichen in der Regierung nicht an die finanziellen Konsequenzen gedacht hätten; Jacques Delors insbesondere trat ständig als Warner auf und wurde wegen seiner unaufhörlichen Hinweise auf die „finanziellen Gefahren“

dieser Politik mit dem tadelnden Prädikat... „Sozialdemokrat“ bedacht. Staatspräsident Mitterrand und dessen Berater gingen allerdings von zwei Hypothesen aus. Die erste: die Politik der Erhöhung der Kaufkraft, der „Ankurbelung“ der Wirtschaft, zum Teil orientiert an den Thesen von Keynes, würde der kränkelnden Industrie und dem schwachbrüstigen Außenhandel zu einer Erholung verhelfen. 1982 gelangte man dann zu der Erkenntnis, daß die theoretischen Konzeptionen nicht der Realität entsprachen. Die Konsequenz: man griff zu harten Maßnahmen, wie sie beispielsweise in der Blockierung der Preise sowie der Löhne und Gehälter zum Ausdruck kamen. Wirtschaftspolitische Strenge stand auf der Tagesordnung. Es erwies sich dann, daß die „Reorientierung“, wie man diese neue Politik mit einem schwachen Begriff bezeichnete, allzu spät kam. Bereits zweimal war der Franc abgewertet worden, eine dritte Abwertung erwies sich als notwendig, weil das Defizit im Außenhandel und die Auslandsverschuldung katastrophale Ausmaße annahmen, ebenso wie das Defizit im Staatshaushalt.

Was tun? Die sozialistische Regierung, die nicht zu Unrecht auf das „schwere Erbe“ verweist, das ihr hinterlassen wurde (eine geschwächte Industrie insbesondere), hätte sich für eine Politik entscheiden können, wie sie insbesondere von dem zurückgetretenen Industrieminister Jean-Pierre Chevènement vorgeschlagen wurde und zum Teil auch praktiziert worden war: „Ankurbelung“ der Industrie mit allen Mitteln und vor allem mit Hilfe der verstaatlichten Industriezweige als „Speerspitze“. Die Konsequenz: Abkapselung gegenüber dem Ausland auf der Basis eines gewissen Protektionismus, Ausscheiden aus dem europäischen Währungssystem. Es scheint, daß Mitterrand einen Augenblick daran gedacht hat. Aber er hat sich schließlich für die von Delors vorgeschlagene Politik entschieden. Für einige Zeit, endgültig? Die Frage bleibt offen. Sicher aber ist, daß eine protektionistische Politik voller Gefahren gewesen wäre.

Der Weg, der schließlich eingeschlagen wurde, ist sehr „klassisch“ zu nennen. Es muß, so heißt es, „saniert“ werden, Frankreich soll sich gesund schrumpfen. Auf wessen Kosten? Das geht mit großer Eindeutigkeit aus den im März getroffenen Maßnahmen hervor. Da das Defizit im Haushalt hundert Milliarden Francs (ca. 33 Mrd. DM) übersteigt, werden die Franzosen zur Kasse gebeten: etwa 15 Milliarden Francs (ca. 5 Mrd. DM) sollen mit einer (rückzahlbaren) Zwangsanleihe aufgebracht werden, die der Größenordnung von zehn Prozent auf die für 1981

gezahlte Einkommensteuer entspricht. Die Kleinverdiener sind von dieser Maßnahme allerdings ausgenommen. Um das Defizit der Sozialversicherung zu verringern, sollen über zehn Milliarden Francs durch eine einprozentige Abgabe für alle steuerpflichtigen Einkommen aufgebracht werden. Die staatlichen Ausgaben sollen um 15 Milliarden Francs gesenkt werden. Alle Tarife der öffentlichen Unternehmen werden erhöht, Einsparungen in der Sozialversicherung kommen hinzu. Und schließlich: den „Sozialpartnern“ wird „Mäßigung“ empfohlen, was darauf hinauslaufen dürfte, daß das allgemeine Lebensniveau in sensibler Weise sinken dürfte. Nicht zu vergessen auch, daß Devisenbeschränkungen die Reisen ins Ausland erheblich verringern werden.

Ein wahrhaft „klassisches“ Programm. Versuchen wir zu ergründen, ob es auch wirksam sein wird. Kein Zweifel dürfte daran bestehen, daß das Finanzierungsdefizit erheblich abgebaut werden wird. Sicher erscheint auch, daß die öffentlichen Unternehmen nicht mehr im gleichen Maße wie früher gezwungen sein werden, ihre Defizite durch Anleihen im Ausland zu decken. Ob allerdings diese Maßnahmen dazu beitragen werden, eine weitere Abwertung der französischen Währung zu verhindern, steht in keiner Weise fest: denn die Veränderungen des Dollarkurses können dem Finanzminister noch einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

Es ist auch keineswegs sicher, ob die Inflationsrate auf acht Prozent pro Jahr fallen wird, wie es das von der Regierung angestrebte Ziel ist. Das hängt in hohem Maße von der Fähigkeit der französischen Industrie ab, in der Konkurrenz mit dem Ausland zu bestehen; und daran zweifeln vor allem die Unternehmer, die auch aus politischen Gründen nicht gewillt scheinen, der Linksregierung „Geschenke“ zu machen. Und vor allem: der offen deflationistische Plan der Regierung beinhaltet die Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit, die gegenwärtig beim Stand von zwei Millionen „stabilisiert“ ist, um einige Hunderttausend wächst.

Man muß der Wahrheit die Ehre geben: wohl keine konservative Regierung hätte es in Frankreich wagen können, der Inflation auf Kosten der Beschäftigung zu Leibe zu gehen. Eine Protestwelle der Gewerkschaften wäre ihr sicher gewesen. Zwar haben die Gewerkschaften sehr sauer reagiert, aber sie haben nicht zu Kampfmaßnahmen gegriffen. Aus verständlichen Gründen: sie wollen der Linksregierung eine Chance geben. Auch die Kommunistische Partei will das, obwohl niemand weiß, wann und unter welchen Bedingungen sie den „Absprung“ vollziehen

wird, der ihr um so schwerer fallen dürfte, als die KPF selber kein glaubwürdiges „Rezept“ für die Überwindung der Krise anzubieten hat.

Bleiben wir bei dem „Rezept“. Was besonders auffällt bei den Diskussionen und Debatten, die im Lande dem „Sanierungsplan“ der Regierung folgten, ist die Tatsache, daß es zwar nicht an guten Ratschlägen, wohl aber an überzeugenden Konzepten gemangelt hat. Wir erwähnten bereits die Thesen, die von den Anhängern einer „harten“ Politik, der des Protektionismus beispielsweise, vorgebracht wurden. Sie sind nicht eben überzeugend. Wie man auch skeptisch gegenüber den Vertretern des „Voluntarismus“ sein darf, die im Grunde genommen fordern, sich um die inflationären Auswirkungen von wirtschaftlichen Maßnahmen nicht zu kümmern. Denn Tatsache ist, daß die französische Industrie unglaubliche Schwachstellen aufweist, daß sie sich häufig außerstande zeigt, Initiative aufzubringen und ihre Dienstleistungen denen der Konkurrenz anzupassen. Deshalb trifft die internationale Rezession Frankreich besonders empfindlich. Das veranlaßt Wirtschafts- und Finanzminister Delors zu einer Feststellung, die wie ein Eingeständnis der Ohnmacht wirkt: „Die Krise nimmt kein Ende“, erklärte der Minister im April. „Niemand kann sich ihr entziehen, wie stark er auch sei. Alle Rezepte sind versucht worden. Keines hat es in irgendeinem Land gestattet, gleichzeitig die Erhöhung des Lebensniveaus, den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu garantieren, die im Gleichgewicht nach außen ihren Ausdruck findet.“ Die linke Wochenzeitung „Le Nouvel Observateur“ in einem Kommentar dazu: „Pierre Mauroy kann so oft wie er will von einer ‚neuen Logik‘ sprechen: er respektiert jetzt die gleichen unausweichlichen Gesetze aller Regierungen der westlichen Welt: ein Land kann nicht mehr konsumieren als es produziert...“

Eine derartige Aussage, wie man auch zu ihr stehen mag, impliziert zumindest, daß die französischen Sozialisten wohl kaum mehr Lust verspüren dürften, ein „Modell“ anzubieten. Denn Frankreich ist in eine tiefgehende Krise geraten. In den ersten Monaten dieses Jahres ist das Defizit des Außenhandels beträchtlich gewesen: „abscheulich“, wie der inzwischen zurückgetretene Minister für den Außenhandel, Michel Jobert, feststellte. Um das Loch zu stopfen, werden Auslandsanleihen aufgenommen werden müssen, und zwar immer mehr. Aber bereits scheint, wie ein Minister erklärte, die „Gefahrenzone“ sichtbar zu werden. Wird die Verschuldung des Landes nicht dazu führen, daß die „stillen Teilhaber“ verlan-

gen werden, auch ein Wort bei der Gestaltung der französischen Wirtschafts- und Finanzpolitik mitzureden? Denn die Gesamtschulden sind inzwischen auf etwa 300 Milliarden Francs gestiegen. In Paris wird gemunkelt, daß bei den deutsch-französischen Verhandlungen, die der letzten Franc-Abwertung vorausgingen, von bundesdeutscher Seite „Garantien“ gefordert worden seien...

Was also kann die französische Regierung tun? Die Industriellen fordern, daß sie von zahlreichen Leistungen „entlastet“ werden und daß, im „Ausgleich“ dazu, die Mehrwertsteuer erhöht wird. Ihr Argument: da diese Steuer nicht die zu exportierenden Produkte betrifft, werden die Exporte somit gesteigert werden. Innerhalb der Regierung steht diese Forderung zur Diskussion: Würde eine solche Maßnahme nicht die Inflation, das Hauptübel des Landes, begünstigen?

Andere Diskussionen, nicht minder wichtig, finden bereits statt oder sind zumindest „eingeplant“: Wie werden auf die Dauer die Gewerkschaftsorganisationen auf die verordnete „austerität“ reagieren, um die es sich ja wirklich handelt, wenn auch die Minister diesen Begriff nicht verwenden, sondern nur von „Strenge“ reden? Alle Meinungsumfragen bestätigen, daß ein großer Teil der Linkswähler zumindest besorgt und enttäuscht ist, wenn auch die Proteste der Arbeiter sich bisher in engen Grenzen gehalten haben.

Viel stärker hingegen macht sich ein Phänomen bemerkbar, das man in Frankreich mit dem Begriff

„corporatisme“ umschreibt und das man früher „poujadisme“ mit Blick auf die von Pierre Poujade in den 50er Jahren begründete Steuerprotestbewegung nannte, die dazu führte, daß fünfzig „poujadistische“ Abgeordnete ins Parlament einzogen. Es protestieren die Landwirte und Winzer, weil sie glauben, zu kurz gekommen zu sein; die Besitzer kleiner Läden klagen über die Steuerlast und veranstalten Demonstrationen, und die kleinen und mittleren Unternehmer, die keine gewerkschaftliche Tätigkeit in ihren Betrieben wünschen, bedrohen die „rote Regierung“ mit der Schließung ihrer Firmen. Kurz: jede „Korporation“ meldet ihre Ansprüche zu einer Zeit an, da nicht viel zu verteilen ist. Die Regierung sei dazu „verurteilt“, sagte ein Minister, gegenüber dem „corporatisme“ fest zu bleiben. Da in absehbarer Zeit nicht mit einer Verbesserung der Lage zu rechnen ist, könnte die Regierung in die Gefahr geraten, angesichts aller dieser Forderungen unter die Räder zu geraten.

Bleibt für sie die Hoffnung eines Silberstreifs am internationalen wirtschaftlichen Horizont. Vielleicht stellt sich das Wachstum wieder ein, vielleicht werden die Franzosen zu der Einsicht gelangen, daß die „austerität“ notwendig ist. Vielleicht. Und die Parlamentswahlen finden ja erst im Jahre 1986 statt. Und vielleicht wird die Schrumpfungskur bis dahin Erfolge zeitigen können.

Vielleicht, aber sicher ist nichts. Optimismus ist zur Zeit die teuerste Ware in Paris.

*Gustave Stern (Paris)*

## Griechenland: Neue Hoffnung

In der griechischen Außenpolitik ist nach zwei wichtigen Staatsbesuchen, dem von Premierminister Andreas Papandreu in Kanada und dem des zyprischen Präsidenten Kyprianou in Griechenland, einiges in Bewegung geraten.

Premierminister Papandreu äußerte sich über die Ergebnisse seiner Gespräche mit seinem kanadischen Amtskollegen Trudeau sehr zufrieden, sowohl was deren politische als auch was deren wirtschaftliche Themen betraf. „Mit Nachdruck“, sagte er, „habe ich die nationalen Fragen unseres Landes in den Vordergrund gestellt, und zwar im Blick darauf, daß Kanada, wie ich meine, als ein zum Westen gehören-

des Land, das jedoch auch bestimmte „Besonderheiten“ aufweist und in vielen Fragen ganz sicher eigenständige Positionen vertritt, eine wichtige Rolle spielen könnte. Ich denke, daß alles sehr gut gelaufen ist und Herr Trudeau uns – nicht zuletzt hinsichtlich der Zypernfrage – in den Vereinten Nationen unterstützen wird.“

Auf der anderen Seite betonte Trudeau besonders die weitestgehende Harmonie und Übereinstimmung in den Fragen, die er während der Gespräche mit Papandreu in bezug auf die kritischen Weltwirtschaftsprobleme besprochen hatte. „Unsere beiden Länder“, sagte er, „halten unbeirrt an einer liberalen Weltwirtschaftsordnung und an der Forderung nach einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes auf einer breiteren, weltweiten Grundlage fest.“

Überdies zeigte sich Trudeau erfreut darüber, daß Griechenland im Juli die EG-Präsidentschaft übernimmt, und äußerte sich überzeugt, daß Papandreu als Wirtschaftswissenschaftler, als Politiker und vor allem als Philanthrop sicherlich viel werde beitragen können zur Förderung der von beiden geteilten Auffassungen in Fragen des Nord-Süd-Dialogs. Auch hinsichtlich der NATO, so betonte Trudeau, befänden sich seine Ansichten in Übereinstimmung mit denen des griechischen Premiers.

Der Besuch des zyprischen Präsidenten Kyprianou in Athen war der Ausgangspunkt neuer Bemühungen um eine gerechte und zugleich realistische Lösung des Zypern-Problems. In einer Atmosphäre der nationalen Erhebung und des Nationalstolzes und unter der Ägide des Präsidenten der Griechischen Republik, Konstantin Karamanlis, wurde die Entschlossenheit der Nation, keine angeblich vollenetzten Tatsachen in Zypern anzuerkennen und weiterhin für den Abzug der türkischen Besatzungstruppen von der Insel sowie für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität des Staates Zypern zu kämpfen, erneut mit markigen Worten beteuert. An Präsident Kyprianou gewandt, ritt Karamanlis eine scharfe verbale Attacke gegen die türkischen Eroberer, wies auf den Wunsch der Zyprioten hin, sich mit Griechenland zu vereinigen, und betonte, daß wir auch zu Recht das Eingreifen derer erwarten könnten, die wirklich Einfluß auf die Invasoren haben und diesen auch ausüben sollten.

In seiner Antwort erklärte Kyprianou, daß es ohne Abzug der türkischen Okkupationsarmee von der Insel keine Lösung des Zypern-Problems geben könne, und er fügte hinzu: „Wir sind mit einer Konföderation einverstanden, auf keinen Fall aber mit irgendetwas, was auf eine Zwei-Zonen-Lösung hinauslaufen würde.“ Eine gerechte Lösung liege im Interesse aller Einwohner Zyperns, der Griechen, der türkischen Zyprioten, der Armenier und der Europäer, und würde zur Verbesserung der grie-

chisch-türkischen Beziehungen ebenso beitragen wie zur Befriedung der internationalen Lage.

Nach privaten Unterredungen mit Präsident Kyprianou beteuerte Papandreu überdies in einer Tischrede, daß es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen der griechischen und der zyprischen Regierung gebe und daß allen Versuchen, angebliche Differenzen und Vorstimmungen zwischen beiden Regierungen auszuschlichten, ein für allemal ein Ende gesetzt werden müsse. Außerdem kam Papandreu noch einmal auf die Frage des Dialogs zwischen beiden Bevölkerungsgruppen in Zypern zurück und wiederholte seine Auffassung, daß von einem Dialog auf gleichberechtigter Basis noch keine Rede sein könne und es eine „Pontius Pilatus“-Politik sei, wenn die großen Länder sich unter Hinweis darauf, daß es ja einen Dialog gebe, aus ihrer Verantwortung zurückziehen würden. Denn wohin soll ein unter Waffenstillstandsbedingungen geführter Dialog eigentlich führen? Das heißt freilich nicht, daß von griechischer Seite der Dialog abgebrochen werden sollte, denn schließlich wurde dieser Dialog durch die Vereinten Nationen eingeleitet.

In seiner Antwort erklärte Kyprianou, daß jene, die auf ein mögliches Auseinanderbrechen der starken Front Athen-Nikosia spekulierten, ihre Hoffnungen lieber fahren lassen sollten. Die Gespräche in Athen würden sich als von entscheidender Bedeutung für die künftigen Entwicklungen in der Zypernfrage erweisen. Notwendig seien systematische Anstrengungen zur Internationalisierung des Problems, damit die Welt zu der Überzeugung gelange, daß es nicht ausreiche, schöne Beschlüsse zu fassen; sie müßten auch verwirklicht werden, damit dies auch die Türkei zu spüren bekomme und ihre Pläne, Ansichten und Absichten gegen Zypern aufgebe. So hat die Hoffnung, daß wenigstens die düsteren Ansichten in der Zypernfrage aufgehellt werden können, neue Nahrung bekommen.

Artemis Kyrilaxis (Athen)

## Großbritannien: Regierung in der Defensive

Die österlichen Parlamentsferien sind gemeinhin ein politisch ruhige Zeit. Lobbyisten aller Art, vor allem die Atomwaffengegner, versuchen sie des-

halb für ihre Zwecke zu nutzen, und schlagzeilenhungrige Redakteure gieren nach jedem Skandal, um ihre Titelseiten füllen zu können.

Die Parlamentsnachwahl in Darlington, die für die Labour Party mit einem langersehnten und ermutigenden Sieg endete, rettete nicht nur Michael Foot

den Kopf, sondern machte auch einmal mehr deutlich, daß bei den allgemein erwarteten Neuwahlen wieder mit Labour gerechnet werden muß. Wichtiger noch – sie offenbarte auch tiefgreifende Probleme der sozial-liberalen Allianz. Der eindrucksvolle Sieg des liberalen Kandidaten bei der Nachwahl in Bermondsey und die nachgerade vernichtende, spektakuläre Niederlage der SDP in Darlington haben die Rivalitäten zwischen beiden Parteien wiederaufleben lassen. Es ist längst nicht mehr ausgemacht, daß eher Roy Jenkins als David Steel Premierminister-Kandidat der Allianz sein wird. Überdies wird nun wieder über die Verteilung der Mandate zwischen beiden Parteien gestritten. Unterdessen nehmen die Umfrageergebnisse für die Allianz kontinuierlich ab.

All dies kann Labour nur recht sein. Kurz vor Ostern wurde das Wahlkampfdokument veröffentlicht: „Labours Plan: Die neue Hoffnung für Britanien.“ Es soll die Grundlage für das Wahlprogramm bilden, das damit wohl das „linkeste“ Wahldokument seit 1945 sein wird. Bei seiner Präsentation stellte Michael Foot vier zentrale Themen heraus:

- wirtschaftliche Wiederbelebung, ausgehend von einem Abkommen mit den Gewerkschaften, durch das die Arbeitslosenzahl binnen fünf Jahren unter eine Million gedrückt werden soll;
- Rückzug aus Europa;
- Sicherung und Ausbau unserer Sozialdienste – gegenüber Mrs. Thatchers (bereits eingeleitete wie noch befürchtete) immer drastischeren Einschnitten;
- und, natürlich, atomare Abrüstung.

Obgleich diese und viele andere darin enthaltenen Vorstellungen schon zuvor verbreitet worden waren, lassen die Formulierungen einiger Forderungen auf in letzter Minute gefundene Kompromisse schließen. Denis Healey zu Gefallen sagt das Dokument: „Einseitige und multilaterale Abrüstung müssen Hand in Hand gehen, wenn auch nur eines davon zum Erfolg führen soll.“ Obgleich festgestellt wird, daß Labour eine nicht-nukleare Verteidigungspolitik anstrebt, wird diese Aussage gleich wieder eingeschränkt: „Der Weg dorthin muß so angelegt sein, daß dabei die Aufgaben ... der Erzielung von Abkommen über nukleare Abrüstung und der Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten erfüllt werden können.“ Insgesamt schlägt sich in dem Dokument aber doch der in den letzten Jahren gestärkte Einfluß der Linken unter Tony Benn auf die Labour-Politik nieder, was seine Schlappe auf dem letztjährigen Parteitag (s. NG 11/82), im nachhinein betrachtet, etwas unbedeutend erscheinen läßt.

Die traditionellen Friedensdemonstrationen der Kampagne für atomare Abrüstung (CND) zu Ostern, die sich, ähnlich wie überall in Europa, breiter Beteiligung erfreuten, unterschieden sich von denen der zurückliegenden Jahre dadurch, daß sich die Regierung offensichtlich genötigt sah, zu ihnen Stellung zu nehmen. Sowohl Mrs. Thatcher als auch der neue Verteidigungsminister Michael Heseltine hielten aggressive Reden, in denen sie übrigens die Berliner Mauer erwähnten. Heseltine reiste sogar dorthin. Eine prominente Tory-Lady entblödete sich schließlich nicht, eine neue pro-atomare Initiative namens „Frauen für Verteidigung“ als Gegengewicht zu den Frauen von Greenham Common (s. NG 2/83) zu gründen. Bei alledem glaubte niemand mehr so recht, daß das zeitliche Zusammentreffen mit der Ausweisung der sowjetischen Diplomaten reiner Zufall gewesen sein soll.

Glücklich konnten sich indes die Kritiker des neuen Polizeigesetzes („Police and Criminal Evidence Bill“) schätzen, daß das hochbrisante Gesetz erst nach Ostern dem Oberhaus zur Beratung vorlag. Mrs. Thatcher war es, die sich am nachdrücklichsten für das umstrittene Gesetz verwandt hatte, das der Polizei jene fast uneingeschränkten Vollmachten eingeräumt hätte, die sie gegen „übertrieben geschützte Kriminelle“ oder – je nach Standort – gegen rechtsstaatlich geschützte Verdächtige gefordert hatte. Eine Reihe grundsätzlicher Fragen der Bürgerfreiheit stand daher mit zur Debatte, und die Regierung schätzte dabei weniger die öffentliche Reaktion als vielmehr die der Berufsjuristen und der Institutionen völlig falsch ein. Insbesondere unter dem Druck von Bischöfen, Journalisten und Ärzten, deren vertrauliche Unterlagen auf gerichtliche Anordnung hätten durchsucht werden können, sah sich die Regierung gezwungen, diesen Paragraphen ebenso abzumildern wie die Bestimmungen, nach denen die Polizei das Recht erhalten sollte, eines „ernsthaften strafwürdigen Vergehens“ Verdächtige ohne Anklage wesentlich länger als gegenwärtig zulässig festzuhalten. Zunächst sollte die Auslegung dessen, was unter „ernsthaft“ zu verstehen sei, dem jeweiligen Polizeioffizier überlassen sein. Nun ist ein objektiver Kriterienkatalog vorgeschlagen worden. Nichtsdestoweniger bleiben bei vielen ganz erhebliche Bedenken gegen das Gesetz zurück, und der Druck der Kritiker auf die Regierung wird sich fortsetzen.

Ein von den Medien weidlich ausgeschlachteter „Skandal“ war der desolate Zustand unserer zweiten (unabhängigen) Frühstück-Fernsehanstalt TVAM. Bei Zuschaueranteilen weit unter denen des eben-

falls neugegründeten (staatlichen) BBC-Rivalen und bei rückläufigen Werbeeinnahmen mußte der schiefernde Chef der Anstalt, der ehemalige Botschafter Peter Jay, den Hut nehmen. Der Vorgang ist nur deshalb erwähnenswert, weil er einen Trend bei den – allgemein rückläufigen – Fernsehgewohnheiten in Großbritannien bestätigt. Und das zu einer Zeit, wo immer mehr Fernsehsendungen angeboten werden. Wir haben nicht nur einen neuen Ganztags-Kanal und seit einem halben Jahr auch zwei alternative Frühstücksprogramme, sondern erwarten in Kürze auch eine Revolution auf dem Gebiet des Kabelfern-

sehens. Letzteres nimmt sich reichlich unzeitgemäß aus, blickt man auf die Einschränkung der Werbe-etats und der Konsumgewohnheiten sowie auf den Video-Boom hierzulande. Wie schon beim Polizeigesetz macht sich Mrs. Thatcher auch darin zur Gefangenen ihres eigenen Köhlerglaubens, hier offenbare sich die Risikofreudigkeit des Kapitalismus gegenüber staatlichen Monopolen. Die Ansicht vieler Nachdenklicher, daß in der Folge das Programm-niveau auf allen Kanälen sinken könnte, wurde schlichtweg ignoriert.

*Elizabeth Hartley-Brewer (London)*

## **Irland: Wirtschaftspolitik oder Buchhalterei?**

**Irlands neue Koalitionsregierung ist sehr schnell aus den Fittern Wochen in eine Phase politischer Schwierigkeiten und wachsender Unpopularität geschlittert.**

Sie war während einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise ins Amt gelangt, gekennzeichnet durch bedrückend hohe Arbeitslosenzahlen und wachsender Staatsverschuldung. Nun sah sie sich mit der Aufgabe konfrontiert, innerhalb von acht Wochen einen Haushalt zu erstellen. Sie versuchte es und kam folgerichtig in große Schwierigkeiten.

Insgesamt hatte die gestürzte Regierung Haughey ein Land hinterlassen mit einem ökonomischen Wachstum, das gegen Null tendierte, mit 15 Prozent Arbeitslosigkeit, mit Stagnation sowohl im Bereich der Industrie wie auch der Landwirtschaft und mit einem öffentlichen Sektor, der ein ständiges Defizit von fast einer Milliarde £ vor sich herschob. Es war zugelassen worden, daß die öffentlichen Haushalte von Jahr zu Jahr stärker Schuldenverschreibungen sowohl auf dem inländischen Kapitalmarkt wie auch im Ausland unterbrachten – parallel zu einem fast vollständigen Mangel an Disziplin im Bereich der öffentlichen Ausgaben. Als nur ein Beispiel von vielen kann ein bemerkenswertes Flugplatzprojekt genannt werden, für das große öffentliche Mittel bereitgestellt wurden und das, obwohl gleichzeitig zahlreiche professionelle amtliche Gutachter dieses Vorhaben aufgrund von Kosten-Nutzen-Analyse negativ

beurteilten. Jedenfalls war die Aufgabe der Koalition von Labour und Fine Gael, einen Haushalt vorzulegen, nicht gerade beneidenswert.

Der politische Hintergrund ist von großer Wichtigkeit. Labour und Fine Gael bildeten die Regierung im Dezember 1982 auf der Basis eines gemeinsamen politischen Papiers, das von einem außerordentlichen Parteitag der Labour Party akzeptiert wurde. Diese gemeinsame Erklärung enthielt eine Anzahl von Punkten, die deutlich darauf abzielten, die Unterstützung der Labour-Delegierten und der Gewerkschaften zu erhalten. Zu diesen Punkten zählte beispielsweise, die Ausgaben für den Wohnungsbau um 100 Millionen £ zu erhöhen, eine eindeutige Garantie für die Sozialhilfe der Ärmsten, das Versprechen von mehr Gleichheit für die normalen Steuerzahler und präzise Absprachen in solchen Bereichen wie den Bildungssystemen und der Entwicklungshilfe. Mit diesem spezifischen Inhalt wurde das Gesamtpaket der Parteiorganisation vorgelegt und als der gerechte und angemessene Versuch bezeichnet, um die bekannte Krise zu bewältigen. Es bestand Übereinstimmung darin, daß tiefgehende Heilungsmaßnahmen für Wirtschaft und Gesellschaft notwendig seien. Aber nur wenige Tage nachdem die neue Regierung ihr Amt übernommen hatte, erschreckte der Erziehungsminister sowohl das Volk insgesamt wie auch insbesondere die Arbeiterbewegung durch eine Serie von gravierenden und teilweise zerstörerischen Kürzungen im Schulbereich. Eine Protestbewegung bildete sich, um zu versuchen, einige der angekündigten Kürzungen zu verhindern. Diese „Episode“ hatte eine große negative Wirkung auf das Ansehen der Labour Party.

Aber das, was folgte, war noch schlimmer. Aus den Verhandlungen über den anstehenden Etat wurde durch einen Fine Gael-Minister bekannt, daß die Gehälter der staatlichen Angestellten und Beamten um 10 Prozent gekürzt werden sollten, die Sozialhilfsempfänger sollten 1983 keinerlei Erhöhung ihrer Bezüge erhalten und die öffentlichen Ausgaben sollten auf ein drakonisch niedriges Niveau gesenkt werden. Zwar wurde dies alles sofort vom Vorstand der Labour Party dementiert, aber in der Partei und bei den Gewerkschaften wuchs die Unruhe, die sich in einer wachsenden Zahl von Leserbriefen und öffentlichen Erklärungen äußerte. Und dann wurde der Haushaltsentwurf veröffentlicht.

Es war vorausgesagt worden, daß er der härteste in der Geschichte des irischen Staates werden würde – und er erfüllte diese Voraussage prompt. Um das relative und absolute Defizit des öffentlichen Sektors herunterzubringen und die Schuldenaufnahme der öffentlichen Hand zu begrenzen, hatte die Regierung Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen beschlossen, die alle sozialen Gruppen trafen und

Ursache für ein wachsendes politisches Mißtrauen bei der Bevölkerung waren. Vielleicht wären die ökonomischen Ziele unter den gegebenen Umständen alles in allem akzeptabel gewesen, aber die getroffenen Maßnahmen waren überaus brutal, unsozial in mancherlei Hinsicht und widersprachen klar dem, was von der Labour Party auf ihrem außerordentlichen Parteitag beschlossen worden war: Das 100 Mio. £ Wohnungsbauprogramm kam nicht mehr vor, das Sozialhilfesystem wurde hart getroffen, die Steuern wurden deutlich quer über die gesamte Breite erhöht, der Lebensstandard für alle wird durch den Etat stark reduziert.

Das alles hat die Regierung in große politische Schwierigkeiten gebracht, denn für die Labour Party ist eine derartige Politik kaum erträglich und es könnte sein, daß die Koalition noch in diesem Jahr überstrapaziert auseinanderbricht. Für Irland bleibt als einzige Hoffnung, von den negativen und destruktiven Elementen des neuen Budgets wegzukommen und zu versuchen, Arbeitsplätze zu schaffen.

*Tony Brown (Dublin)*



## KRITIK

Links und frei.

Mein Weg 1930–1950

von Willy Brandt

Hoffmann & Campe Verlag,

Hamburg 1982, 462 S., DM 42,–

Im Herbst 1933 ließ sich Willy Brandt auf Anraten seiner norwegischen Freunde an der Universität Oslo einschreiben. Es wurde zwar kein „ordentliches Studium“ daraus, wie es heißt, weil im Exil „jede Tätigkeit der antinazistischen Aufgabe untergeordnet“ blieb; immerhin aber bestand der junge Student die Vorbereitungsprüfung und fertig-

te mit gutem Erfolg eine umfangreiche Klausurarbeit über Auguste Comte an.

Die Nüchternheit dieses Denkers durchweht auch den Lebensbericht des langjährigen Vorsitzenden der SPD. Der Leser wird Zeuge von Brandts „Lehr- und Wanderjahren“, eine Lebensbeichte wird er allerdings nicht finden. Von siebzehn bis siebenunddreißig – der Autor bleibt ein distanzierter Chronist dieser biographisch so wichtigen Zeitspanne, er erlebt seine Lebensstationen nicht noch einmal, sondern dokumentiert und kommentiert sie.

Äußerst spannend zu lesen, was Willy Brandt nach seiner Flucht aus Deutschland Anfang April 1933 durchlebt: Journalist in Oslo, Mitarbeiter am Volksfront-Experiment in Paris, im Untergrund in Berlin (1936),

Spanien-Erfahrungen in Barcelona, zurück nach Norwegen, zweite Flucht vor den Deutschen nach Stockholm, endlich, Ende 1945, die „Rückkehr unter Ruinen“, um (wie es lakonisch heißt) „des Alten Neubeginn in Bonn“ zu erleben. Es ist hier nicht der Platz, allein die Personen zu nennen, die Willy Brandt auf seiner Odyssee traf, oft Namen, die heute bereits zum Bestand des europäischen Sozialismus zählen. Hier wird der Zeitzeuge zur Quelle von unschätzbarem Wert.

Mag man es vielleicht bedauern, daß der Verfasser seinen Lebensabschnitt gleichsam „von außen“ beschreibt, wie unbeteiligt, so wird man dadurch entschädigt, daß solche Distanz es ihm erlaubt, eine Beurteilung der verschiedenen Lebenspassagen vorzunehmen. Zwar bleibt

der eigene Lernprozeß (vom Radikalismus zum Reformismus) weitgehend ausgeblendet, eher beiläufig wird die heilsame Wirkung der skandinavischen Wirklichkeitsnähe auf den „Mönchsmarxismus“ (Tranmål) deutscher Herkunft erwähnt. Dennoch bietet die gleichsam „soziologische Optik“ dieses Buches – das Leistung und Versagen des europäischen Sozialismus seit 1920 mißt am Grundbekenntnis einer linken Volkspartei – eine Warte, die zwar im Rückblick zuweilen etwas altväterlich wirkt, nichtsdestotrotz im Ganzen aber eine zutreffende Verarbeitung der eigenen Erfahrungen gestattet: Der in harten Wettern gegerbte Sozialdemokrat Brandt will nicht so tun, als ob die „Erscheinungsformen einer Massensekte“, die bis 1933 die SPD kennzeichneten, *keine* Probleme aufwerfen. Biographisch mag man Auge in Auge mit der eigenen Jugend „wiederverkindlichen“, politisch aber geht das nicht! Jene „geistesarme Unzulänglichkeit auf tönernen Füßen“ der alten SPD, ihre „wortgewaltige Impotenz“ gleich laut Julius Leber eher einer „Lust an der Ohnmacht“ – immer das passende Zitat auf den Lippen! – denn einem „Naturverhältnis zur Macht“, wie Brandt das nennt. Die realitätstüchtige Lernbereitschaft im Hier und Heute kann sich also nicht einmal sentimental erfreuen an den Naivitäten der eigenen Parteigeschichte. Insgesamt gesehen stellt der vorliegende Teillebensbericht von Willy Brandt also eine Art „Godesberger Summe“ dar: In immer neuen Anläufen wird (im historischen Kontext) gewarnt vor allem „Sektierertum“, vor einer „Politik als Ersatzliebe“, theoriegewisser „Selbstisolation“, „Beziehungs-

losigkeit zur Realität“, wird gewarnt vor, unter Ideologen so beliebt, „rechthaberischer Intoleranz“.

Die Fähigkeit der Menschen, sich blind zu stellen, ist nahezu unbemessen, heißt es an einer Stelle. Diese Verdrängung teilt das vorliegende Buch nicht. Der Verfasser bleibt nüchtern gegenüber allem und jedermann, etwa auch gegenüber der Emigration, ebenso kühl beurteilt er aber auch das Verhältnis zum Kommunismus. Nicht erst seine Erfahrungen als Bürgermeister von Berlin, schon das Miterleben kommunistischer Arbeitsweisen im Exil – beispielsweise in Spanien – begründet seine trockene Schlußfolgerung, wonach „Bolschewismus“ und „europäische Linke“ nicht nur graduell, sondern prinzipiell zwei völlig verschiedene Bewegungen darstellen.

Wer im Besitz eines eigenen Kopfes durch die Welt geht, so Willy Brandt lapidar, der wird häufig mit Schwierigkeiten von mehr als einer Seite zu rechnen haben. Daß der in diesem Band ausgebreitete Lebenslauf sich kaum für das „Heitere Berufsleben“ eignet, das mag die Triftigkeit dieser bitteren Bemerkung unterstreichen. *Sven Papeke*

In den Katakomben. Jüdische Verlage in Deutschland. 1933–1938 von Ingrid Belke bearbeitet 96 S., 12 Abb., 16 S. Beilage, DM 6,-

(Nur direkt beim Schiller-Nationalmuseum, Postfach 57, 7142 Marbach am Neckar)

„Der Jude“, so lautet einer der „Zwölf Sätze der Deutschen Studentenschaft“ vom 12. April 1933, „kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann fügt er.“ Am gleichen Tag veröffentlichte der Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig ein „Sofortprogramm“, das u. a. Maßnahmen gegen den Buchvertrieb durch Kaufhäuser und gegen Leihbibliotheken forderte, im übrigen aber mit den Worten schloß: „In der Judenfrage vertraut sich der Vorstand der Führung der Reichsregierung an. Ihre Anordnungen wird er für seinen Einflußbereich ohne Vorbehalt durchführen.“

Zwei Tage später hätte man den einhundertfünfzigsten Jahrestag der Berliner Uraufführung von Lessings „Nathan der Weise“ begehen können. Doch daran dachte, wenige Monate später, allein der im Mai gegründete „Jüdische Kulturbund“, Sammlungsort der entlassenen und aus der Öffentlichkeit verbannten etwa 2500 jüdischen Künstler und vortragenden Dozenten; an der Festaufführung durften – wie bei allen Veranstaltungen des Bundes – bis auf die beobachtenden Gestapobeamten nur Juden teilnehmen, die sich als solche auch ausweisen konnten.

Der hier offenbar werdende, mühselige und der Öffentlichkeit weitgehend verborgen gebliebene Versuch, unter den Bedingungen einer staatlich verordneten, bereitwillig vollzogenen, vielfach



aber auch schon freiwillig vorweggenommenen Barbarei jüdische Kultur zu bewahren, ist Gegenstand einer Ausstellung im Deutschen Literaturarchiv/Schiller-Nationalmuseum, deren sorgfältig erarbeiteter Katalog (wie alle Kataloge, die aus Marbach kommen) auch für sich gelesen werden kann. Er gibt zunächst einen Überblick über die in der Reichsvertretung der deutschen Juden unter dem Berliner Rabbiner Leo Baeck zusammengekommenen jüdischen Organisationen: den „Centralverein“ und den „Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten“, die beide die Assimilation bejahten, auf der einen, die verschiedenen zionistischen Gruppierungen, unter ihnen die Kulturzionisten (Martin Buber, Chajim Weizmann), die der Assimilation ablehnend gegenüberstanden und eine Erneuerung des jüdischen Volks- und Kulturbewusstseins forderten, auf der anderen Seite.

Die unterschiedliche Ausrichtung der einzelnen Organisationen, die sich in diesem als Antwort auf die ersten antijüdischen Boykotte am 17.9.1933 gegründeten Dachverband zusammenfanden, setzt sich fort in den verschiedenen Verlagen, die Bücher und Zeitschriften zu jüdischen Themen herausgaben und sich von daher auch an eine jüdische Leserschaft wandten: Am 1.7.1938 gab es noch 27 jüdische Verlage und 61 Buchhandlungen. Letztere waren von der Belieferung mit „deutschem Schrifttum“ ausgeschlossen und durften nur an Juden – gegen Vorlage des Ausweises – verkaufen.

Sicherlich der bedeutendste der hier vorgestellten Verlage war der 1931 gegründete, kulturzionistisch orientierte Berliner

Schocken Verlag, der bis 1938 225 Titel herausbrachte, darunter S.J. Agnon, die Fortsetzung der bei Lambert Schneider begonnenen großen Bibelübersetzung von Buber und Rosenzweig und 1935 vier Bände der ersten Gesamtausgabe Franz Kafkas. Deren Vertrieb wurde – vermutlich aufgrund einer enthusiastischen Rezension von Klaus Mann in der Exil-Zeitschrift „Die Sammlung“ – nach kurzer Zeit verboten; die letzten beiden Bände erschienen 1936/37 in Prag. In Anlehnung an die Insel-Bücherei entstand die „Bücherei des Schocken Verlags“; sie brachte es auf insgesamt 92 Bände.

Die Politik von Regierung wie Reichsschrifttumskammer zielte, wie Volker Dahm in seiner hier zugrundegelegten Untersuchung über „Das jüdische Buch im Dritten Reich“ (Frankfurt 1979/81) dargelegt hat, von Anfang an auf eine systematische, in mehreren Etappen betriebene Abschaffung und Einengung des jüdischen Verlagswesens und Buchhandels. Ihr Ziel war zunächst die Ghettoisierung; an ihrem Ende stand die Liquidation: Ende 1938 wurden alle Verlage und Buchvertriebe aufgefordert, „sofort zu schließen und den Verkauf von Druckwerken jedweder Art einzustellen.“ Als letztes jüdisches Buch erschien am 15.12.1938 der „Philo-Atlas“ im gleichnamigen Verlag, ein Handbuch für die jüdische Auswanderung.

Herzstück des Bandes bilden die im November 1968 im „Monat“ erschienenen Erinnerungen von Gershom Schocken an seinen Vater, den Kaufmann, Verlagsgründer, Mäzen, Bibliophilen und Sammler Salman Schocken: bewegend zu lesende, ebenso kritische wie liebevolle Aufzeich-

nungen, die einen intensiven Einblick in Leben und Denken dieses ganz ungewöhnlichen Mannes gewähren. Ergänzt werden sie durch die Erinnerungen des Verlegers Lambert Schneider, der 1931–1938 Geschäftsführer des Schocken Verlags war.

Eine ausführliche, materialreiche Chronik und Dokumentation zum Thema, die mit der Wannsee-Konferenz, auf der die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde, endet, findet sich im Anhang.

Theo Meler-Ewert

**Raoul Wallenberg, Retter von hunderttausend Juden. Ein Opfer Himmlers und Stalins**  
von Heiner Lichtenstein.  
Mit einem Vorwort von Simon Wiesenthal  
Bund-Verlag, Köln 1982, 172 S., DM 19,80

Lebt Raoul Wallenberg noch? Was ist mit ihm geschehen? Diese Fragen sollten immer wieder gestellt werden, denn es geht um einen der mutigsten Menschen und um ein ungeheuerliches Verbrechen unserer Zeit. Lichtensteins Buch wird, so ist zu hoffen, mit dafür sorgen, daß dies nicht vergessen wird. Die Sowjetbehörden verweigern bis heute jede glaubwürdige Auskunft über den Mann, den sie vor 38 Jahren verschleppt haben.

Im Sommer 1944 ging Wallenberg als Erster Sekretär der schwedischen Gesandtschaft nach Budapest. Der aus einer reichen und einflußreichen Familie stammende junge Schwede hatte sich vorher in der Welt

umgetan und war in Palästina in einer niederländischen Bank tätig gewesen. Dort hatte er die Tragödie der von den Nazis vertriebenen Juden kennengelernt. Zu seiner Mission in Ungarn entschloß er sich, um möglichst viele Juden vor dem Massennord zu bewahren. Daß ihm das gelang, erscheint wie ein Wunder. In seinem Budapester Büro ließ Wallenberg Papiere für ungarische Juden ausstellen, durch die sie sich als unter schwedischem Schutz stehend ausweisen konnten. Diese „Schutzpässe“ taten ihre Wirkung, oft nur in Verbindung mit dem ganz persönlichen Einsatz von Wallenberg bei den Hilfs- und Befreiungsaktionen. Er muß, wie einer der Geretteten später berichtete, „starke persönliche Autorität besessen haben, denn im Grunde hatte er keine wirkliche Macht hinter sich“ (S. 70). Er riskierte täglich seinen eigenen Kopf.

Als im Winter 1945 die Sowjetarmee Ungarn erreichte, suchte Wallenberg sofort den Kontakt mit russischen Offizieren. Am 17. Januar teilte er seinen Mitarbeitern mit, daß er zum Marschall Malinowski fahre. Von da an gibt es keine offizielle Auskunft über Wallenbergs Leben und Aufenthalt. Alle Nachforschungen und Interventionen,

auch die zahlreichen der schwedischen Regierung, blieben ergebnislos. Die Sowjetbehörden leugneten eine Verantwortung für Wallenbergs Schicksal, eine amtliche Anklage gegen ihn haben sie nie erhoben. Aus den Fragen an die Mitarbeiter Wallenbergs, die von der sowjetischen Militärpolizei verhaftet worden waren, geht hervor, daß die UdSSR Wallenberg unterstellte, er sei Mitarbeiter und Spion der Nazis gewesen. Hatte Wallenberg etwas mit Himmlers Plan zu tun, Juden gegen die Lieferung von 10000 Lastwagen für die Verwendung im Osten auszutauschen? Es gibt keine Zeugnisse, nur Vermutungen darüber. Es spricht jedoch viel dafür, daß die Sowjets das annahmen und sich darum an Wallenberg rächen wollten. Sicher scheint zu sein, daß Wallenberg in keiner Weise darauf vorbereitet war, was ihn von den neuen Machthabern erwartete. „Er hatte offenkundig nicht begriffen“, schreibt Lichtenstein (S. 84), „daß ein totalitäres Regime in Ungarn durch ein anderes abgelöst werden würde.“

Eingehend werden die Versuche der Familie Wallenbergs, einzelner Journalisten und verschiedener Komitees geschildert, das Schicksal Wallenbergs aufzuklären und die Weltöffentlichkeit

dafür zu interessieren. Immer wieder tauchten Zeugen auf, die berichteten, ihn in sowjetischen Gefängnissen und Lagern gesehen zu haben. Im Januar 1981 fand in Stockholm ein Wallenberg-Hearing statt, bei dem sich noch weitere meldeten. Doch ihre Zuverlässigkeit mußte oft bezweifelt werden. Im Februar 1982 brachte der schwedische Vertreter bei der UN-Menschenrechtskonvention in Genf das Schicksal Wallenbergs zur Sprache und der amerikanische Delegierte sagte eine Untersuchung zu. In der Bundesrepublik hat sich bei der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Düsseldorf (Uerdinger Straße 26) ein Raoul-Wallenberg-Arbeitskreis gebildet. Lichtenstein schließt sein Buch mit der Aufforderung, dessen Bemühungen zu unterstützen: „Ob man nun Freunde in der UdSSR oder einem anderen Land des Warschauer Paktes hat, gelegentlich in die Sowjetunion reist oder Menschen kennt, die das tun, ob Geistliche ihre Verbindungen nutzen oder Gewerkschafter, Wissenschaftler oder Parteiprominenz – alles kann helfen, Wallenbergs Spuren zu finden und die Wahrheit über das weitere Schicksal dieses beispielhaften Mannes zu erfahren.“

Susanne Milla